

BILDUNGS- FINANZBERICHT 2008

Im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland.



Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Internet: www.destatis.de

Informationsservice

Tel.: +49 (0) 611 / 75 24 05

Fax: +49 (0) 611 / 75 33 30

www.destatis.de/kontakt

Weitere Informationen zur Thematik dieser Publikation unter

Tel.: +49 (0) 611 / 75 41 35

Fax: +49 (0) 611 / 75 40 00

bildungsausgaben@destatis.de

Erscheinungsfolge: jährlich

Erschienen im Dezember 2008

Preis: EUR 0,00 [Downloadversion]

Bestellnummer: 1023206087004

ISBN:

Fotorechte: © panthermedia.net / Hans-Joachim Bechheim

Vertriebspartner: SFG Servicecenter Fachverlage

Part of the Elsevier Group

Postfach 43 43

72774 Reutlingen

Tel.: +49 (0) 70 71 / 93 53 50

Fax: +49 (0) 70 71 / 93 53 35

destatis@s-f-g.com

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2008

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Der Bericht wurde von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gruppe „Bildung, Forschung und Entwicklung, Kultur, Rechtspflege“ des Statistischen Bundesamtes erstellt.

Autoren

Heinz-Werner Hetmeier
Alexander Lorenz
Pascal Schmidt

Unter Mitarbeit von

Thomas Baumann
Harald Eichstädt
Olga Seifert

Mitglieder der Arbeitsgruppe Bildungsfinanzbericht

Das Statistische Bundesamt wurde bei der Erstellung des Bildungsfinanzberichts von einer Arbeitsgruppe beraten. Dieser Arbeitsgruppe gehörten an:

Klaus Brandenburg	Bundesministerium der Finanzen
Martin Braun	Zentrale Datenstelle der Landesfinanzminister
Klaus Bronnenmayer	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg
Dr. Robert Helmrich	Bundesinstitut für Berufsbildung
Heinz-Werner Hetmeier (Vorsitzender)	Statistisches Bundesamt
Horst Itner	Bundesministerium für Bildung und Forschung
Kersten Klemm	Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
Prof. Dr. Klaus Klemm	Universität Duisburg-Essen
Dr. Anja Mayer	Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg
Dr. Günter Raßer	Bayerisches Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst
Alexander Renner	Bundesministerium für Bildung und Forschung
Martin Schulze	Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland – Sekretariat
Dr. Günter Walden	Bundesinstitut für Berufsbildung
Prof. Dr. Manfred Weiß	Deutsches Institut für internationale Pädagogische Forschung
Rainer Wilhelm	Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur Rheinland-Pfalz
Kristin Witte	Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung
Jürgen Wixforth	Zentrale Datenstelle der Landesfinanzminister

Vorbemerkung

Die adäquate Ausstattung des Bildungswesens mit Finanzressourcen ist für die Leistungsfähigkeit des Bildungswesens von großer Bedeutung. Der Bildungsfinanzbericht 2008 ist Teil eines Bildungsmonitorings, das kontinuierlich datengestützte Informationen über Rahmenbedingungen, Input, Verläufe, Ergebnisse und Wirkungen von Bildungsprozessen bereitstellt. Das Statistische Bundesamt wurde vom Bundesministerium für Bildung und Forschung im Einvernehmen mit der Kultusministerkonferenz beauftragt, erstmalig 2008 und bis 2010 jährlich einen Bildungsfinanzbericht vorzulegen.

Der Bildungsfinanzbericht basiert auf datengestützten Analysen der Bildungsfinanzen. Als objektive und neutrale Informationsquelle enthält sich der Bericht politischer Wertungen und Empfehlungen. In erster Linie richtet er sich an politische Entscheidungsträger und Entscheidungsträgerinnen auf Bundes- und Länderebene. Darüber hinaus sollen Informationsbedürfnisse der Wissenschaft und der Öffentlichkeit befriedigt werden. Im Vordergrund steht die politische Steuerungsrelevanz, weshalb insbesondere die Bildungsausgaben der öffentlichen Haushalte dargestellt werden. Soweit es die Datenlage erlaubt, wird auch ihr Zusammenwirken mit den privaten Bildungsausgaben dargestellt.

Von besonderer Bedeutung für die Steuerungsrelevanz ist die Aktualität der Ergebnisse. Daher werden Informationen über die Haushaltsplanung zum laufenden Haushaltsjahr (2008) in den Bildungsfinanzbericht aufgenommen. Die öffentlichen Ausgaben können in einzelnen Kapiteln zwar nicht vollständig dargestellt, aber in ihrer Entwicklung bis zum aktuellen Rand in möglichst vergleichbarer Form abgebildet werden.

Das Statistische Bundesamt knüpft an die Arbeiten der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) an, die bis zu ihrer Auflösung im Rahmen der Föderalismusreform jährlich einen Bildungsfinanzbericht erstellte. Der Bericht orientiert sich hinsichtlich der Datenbasis und Methodik am bisherigen Bildungsfinanzbericht der BLK. Um kohärente und nutzerfreundliche Darstellungen zu den Statistiken der Bildungsfinanzen sicher zu stellen, ist der Bildungsfinanzbericht mit dem Bildungsbudget sowie anderen Publikationen und Daten der amtlichen Statistik verzahnt worden. Durch den steigenden Bedarf an Vergleichbarkeit und Anschlussfähigkeit zu internationalen Statistiken, werden auch Daten in internationaler Abgrenzung (Datenmeldung an UNESCO, OECD und Eurostat) in den Bildungsfinanzbericht einbezogen.

Bei Erstellung des Berichts wurde das Statistische Bundesamt durch die Arbeitsgruppe Bildungsfinanzbericht beraten. Ihr gehören Vertreterinnen und Vertreter der Bundes- und Landesministerien für Bildung und Wissenschaft, des Bundesministeriums für Finanzen, der Zentralen Datenstelle der Landesfinanzminister (ZDL), der Wissenschaft und der statistischen Ämter an. Außerdem wurde der Bericht in der Steuerungsgruppe „Feststellung der Leistungsfähigkeit des Bildungswesens im internationalen Vergleich“ erörtert.

Die Autoren danken allen Mitwirkenden für die kritische Durchsicht der Entwürfe sowie für die zahlreichen Anregungen, die wesentlich zum Gelingen dieses Projektes beigetragen haben.

Wiesbaden im Dezember 2008

Die Autoren

Inhalt

Vorbemerkung	5
Tabellenverzeichnis	8
Abbildungsverzeichnis	9
Hinweise für die Leserinnen und Leser	10
Einleitung	12
1 Zusammenfassung der Hauptergebnisse	15
2 Bildungsausgaben in Deutschland im Überblick	18
2.1 Entwicklung der Bildungsausgaben	18
2.2 Bildungsausgaben nach Bildungsbereichen	18
2.3 Bildungsausgaben in Relation zum Bruttoinlandsprodukt	20
2.4 Finanzierungsstruktur der Bildungsausgaben nach Bildungsbereichen	20
2.5 Ausgaben für ausgewählte Bildungskarrieren	22
3 Entwicklung der öffentlichen Bildungsausgaben	24
3.1 Öffentliche Bildungsausgaben in Relation zur Bevölkerung	26
3.2 Öffentliche Bildungsausgaben in Relation zum Gesamthaushalt von Bund, Ländern und Gemeinden	28
3.3 Öffentliche Bildungsausgaben in Relation zum Bruttoinlandsprodukt	29
4 Öffentliche Bildungsausgaben nach Bildungsbereichen und Ländern	32
4.1 Öffentliche Ausgaben für Kindertageseinrichtungen	32
4.1.1 Entwicklung der öffentlichen Ausgaben für Kindertageseinrichtungen im Überblick	32
4.1.2 Öffentliche Ausgaben für Kindertageseinrichtungen nach Körperschaftsgruppen	32
4.1.3 Öffentliche Ausgaben für Kindertageseinrichtungen nach Ländern	33
4.1.4 Öffentliche Zuschüsse für private Einrichtungen	34
4.2 Öffentliche Ausgaben für Schulen (allgemein bildende und berufliche Schulen)	34
4.2.1 Entwicklung der öffentlichen Ausgaben für Schulen im Überblick	34
4.2.2 Öffentliche Ausgaben für Schulen nach Körperschaftsgruppen	35
4.2.3 Öffentliche Ausgaben für Schulen nach Ländern	36
4.2.4 Ausgaben für öffentliche Schulen je Schüler/in nach Schularten und Ländern 2005	36
4.2.5 Entwicklung der Ausgaben für öffentliche Schulen je Schüler/in nach Ländern seit 1995	38
4.2.6 Öffentliche Zuschüsse für private Schulen	38
4.3 Öffentliche Ausgaben für Hochschulen	40
4.3.1 Entwicklung der öffentlichen Ausgaben für Hochschulen	40
4.3.2 Öffentliche Ausgaben für Hochschulen nach Körperschaftsgruppen	40
4.3.3 Öffentliche Ausgaben für Hochschulen nach Ländern	42
4.3.4 Öffentliche Ausgaben je Studierenden	42
4.3.5 Öffentliche Zuschüsse für private Hochschulen.....	42

4.4	Öffentliche Ausgaben für die Förderung von Schüler/innen und Studierenden	44
4.4.1	Entwicklung der öffentlichen Ausgaben zur Förderung von Schüler/innen und Studierenden im Überblick	44
4.4.2	Öffentliche Ausgaben zur Förderung von Schüler/innen und Studierenden nach Körperschaftsgruppen	44
4.4.3	Öffentliche Ausgaben zur Förderung von Schüler/innen und Studierenden nach Ländern	45
4.5	Öffentliche Ausgaben für das sonstige Bildungswesen	46
4.5.1	Entwicklung der öffentlichen Ausgaben für das sonstige Bildungswesen im Überblick	46
4.5.2	Öffentliche Ausgaben für das sonstige Bildungswesen nach Körperschaftsgruppen	46
4.5.3	Bildungsförderung durch die Bundesagentur für Arbeit	48
4.6	Öffentliche Ausgaben für Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit	48
4.6.1	Entwicklung der öffentlichen Ausgaben für Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit im Überblick	48
4.6.2	Öffentliche Ausgaben für Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit nach Körperschaftsgruppen	48
4.7	Zusammenfassende Betrachtung der öffentlichen Ausgaben für Bildung	51
5	Bildungsausgaben im internationalen Kontext	52
5.1	Ausstattung der Bildungsbereiche mit Finanzmitteln	52
5.1.1	Deutschland im Vergleich mit anderen Staaten	52
5.1.2	Vergleich der Länder auf Basis internationaler Kennzahlen	56
5.2	Ausgaben für Bildung in Bezug zur Wirtschaftskraft	56
5.3	Öffentliche Ausgaben für Bildung	58
5.3.1	Öffentliche Ausgaben für Bildung in Bezug zu den öffentlichen Gesamtausgaben	58
5.3.2	Öffentliche Ausgaben für Bildung in Bezug zur Wirtschaftskraft	58
Anhang	62
A 1	Gegenüberstellung der bildungsrelevanten Funktionen und Gliederungsnummern nach dem Schlüssel für die Aufbereitung der Jahresrechnungsergebnisse des öffentlichen Gesamthaushalts ab dem Rechnungsjahr 2005	62
A 2	Haushaltssystematische Abgrenzung der Bildungsbereiche in den Kapiteln 3 und 4	64
A 3	Zuordnung nationaler Bildungsgänge zur ISCED-97	65
A 4	Datenquellen	67
A 5	Ergebnisdarstellung	68
A 6	Versorgungsausgaben und unterstellte Sozialbeiträge	73
A 7	Vergleich der Ausgabenkonzepte (unmittelbare Ausgaben, Nettoausgaben, Grundmittel)	74
A 8	Tabellen	77

Tabellenverzeichnis

Tabelle 2.2-1	Bildungsausgaben nach Bildungsbereichen in Mrd. Euro
Tabelle 2.3-1	Bildungsausgaben in Relation zum BIP nach Bildungsbereichen in %
Tabelle 2.4-1	Finanzierungsstruktur der Bildungsausgaben nach Bildungsbereichen 2005 in Mrd. Euro
Tabelle 2.5-1	Ausgaben je Bildungsteilnehmer/in in ausgewählten Bildungseinrichtungen 2005 in Euro
Tabelle 3-1	Öffentliche Bildungsausgaben 2005 in Mrd. Euro
Tabelle 3-2	Öffentliche Bildungsausgaben nach Ländern und Körperschaftsgruppen in 1 000 Euro
Tabelle 3.2-1	Öffentliche Bildungsausgaben in Relation zum öffentlichen Gesamthaushalt nach Ländern und Körperschaftsgruppen
Tabelle 3.3-1	Öffentliche Bildungsausgaben in Relation zum BIP nach Ländern und Körperschaftsgruppen
Tabelle 4.1.3-1	Öffentliche Ausgaben für Kindertageseinrichtungen nach Ländern und Körperschaftsgruppen in 1 000 Euro
Tabelle 4.1.4-1	Öffentliche Zuschüsse für private Kindertageseinrichtungen nach Ländern und Körperschaftsgruppen in 1 000 Euro
Tabelle 4.2.1-1	Öffentliche Ausgaben für allgemein bildende und berufliche Schulen nach Ländern und Körperschaftsgruppen in 1 000 Euro
Tabelle 4.2.4-1	Ausgaben für öffentliche Schulen je Schüler/in nach Schularten und Ländern 2005 in Euro
Tabelle 4.2.4-2	Ausgaben für öffentliche allgemein bildende Schulen je Schüler/in nach Schularten und Ländern 2005 in Euro
Tabelle 4.2.5-1	Ausgaben für öffentliche allgemein bildende und berufliche Schulen je Schüler/in in Euro
Tabelle 4.2.6-1	Öffentliche Zuschüsse für private Schulen 1995 in 1 000 Euro
Tabelle 4.2.6-2	Öffentliche Zuschüsse für private Schulen 2005 in 1 000 Euro
Tabelle 4.2.6-3	Öffentliche Zuschüsse für private Schulen je Privatschüler/in in Euro
Tabelle 4.3.1-1	Öffentliche Ausgaben für Hochschulen nach Ländern und Körperschaftsgruppen in 1 000 Euro
Tabelle 4.3.5-1	Öffentliche Zuschüsse für private Hochschulen 2005 in Euro
Tabelle 4.4.2-1	Öffentliche Ausgaben zur Förderung von Schüler/innen und Studierenden nach Ländern und Körperschaftsgruppen in 1 000 Euro
Tabelle 4.5.1-1	Öffentliche Ausgaben für das sonstige Bildungswesen nach Ländern und Körperschaftsgruppen in 1 000 Euro
Tabelle 4.5.3-1	Ausgaben der Bundesagentur für Arbeit für die Erstausbildung in Mill. Euro
Tabelle 4.5.3-2	Zusätzliche Ausgaben der Bundesagentur für Arbeit für die Förderung beruflicher Bildung (Weiterbildung) in Mill. Euro
Tabelle 4.6.1-1	Öffentliche Ausgaben für Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit nach Ländern und Körperschaftsgruppen in 1 000 Euro
Tabelle 4.7-1	Öffentliche Ausgaben für Bildung nach Bildungsbereichen, Ländern und Körperschaftsgruppen 2005 in 1 000 Euro
Tabelle 4.7-2	Anteile der Bildungsbereiche an den öffentlichen Bildungsausgaben nach Ländern und Körperschaftsgruppen insgesamt 2005 in %
Tabelle 5.1.1-1	Jährliche Ausgaben für Bildungseinrichtungen je Schüler/in bzw. Studierenden für alle Bildungsbereiche 2005 in US-Dollar
Tabelle 5.1.1-2	Veränderung der Ausgaben für Bildungseinrichtungen je Schüler/in bzw. Studierenden für alle Leistungsbereiche aufgrund verschiedener Faktoren nach Bildungsbereichen 2005 (2000 = 100)
Tabelle 5.1.2-1	Ausgaben für Bildungseinrichtungen je Bildungsteilnehmer/in 2005 in Euro
Tabelle 5.3.1-1	Öffentliche Gesamtausgaben für Bildung in Relation zu den öffentlichen Gesamtausgaben und zum BIP (1995, 2005)
Tabelle 5.3.2-1	Öffentliche Ausgaben für Bildung in Relation zum BIP 2005 in %
Tabelle A 6-1	Versorgungsausgaben der öffentlichen Haushalte für pensionierte Beamte und unterstellte Sozialbeiträge für aktive Beamte 2005 in 1 000 Euro
Tabelle A 6-2	Beihilfeausgaben der öffentlichen Haushalte für aktive Beamte 2005 in 1 000 Euro
Tabelle A 7-1	Bildungsausgaben nach unterschiedlichen Ausgabenkonzepten in 1 000 Euro
Tabelle A 7-2	Bildungsausgaben nach Ausgabe- und Einnahmearten in 1 000 Euro

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 2.2-1	Bildungsausgaben nach Bildungsbereichen 2005 in Mrd. Euro
Abbildung 2.3-1	Bildungsausgaben in Relation zum BIP 2005 in %
Abbildung 2.4-1	Bildungsausgaben nach finanzierenden Sektoren 2005 in %
Abbildung 2.4-2	Finanzierungsstruktur der Bildungsausgaben nach Bildungsbereichen 2005 in %
Abbildung 2.5-1	Kumulierte Ausgaben der Bildungseinrichtungen für ausgewählte Bildungskarrieren 2005 in Euro
Abbildung 3-1	Entwicklung der öffentlichen Bildungsausgaben in Mrd. Euro
Abbildung 3.1-1	Öffentliche Bildungsausgaben in Relation zur Bevölkerung in Euro
Abbildung 3.1-2	Öffentliche Bildungsausgaben in Relation zur Bevölkerung im Ländervergleich 2005 in Euro
Abbildung 3.2-1	Öffentliche Bildungsausgaben in Relation zum Gesamthaushalt von Bund, Ländern und Gemeinden nach Körperschaftsgruppen in %
Abbildung 3.3-1	Öffentliche Bildungsausgaben in Relation zum BIP nach Körperschaftsgruppen in %
Abbildung 4.1.2-1	Öffentliche Ausgaben für Kindertageseinrichtungen in Mrd. Euro
Abbildung 4.2.2-1	Öffentliche Ausgaben für Schulen nach Körperschaftsgruppen in Mrd. Euro
Abbildung 4.2.2-2	Öffentliche Ausgaben für Schulen nach Körperschaftsgruppen 2005
Abbildung 4.2.4-1	Ausgaben für öffentliche Schulen je Schüler/in nach Schularten 2005 in Euro
Abbildung 4.2.4-2	Ausgaben für öffentliche Schulen je Schüler/in nach Ausgabearten und Ländern 2005 in Euro
Abbildung 4.2.4-3	Ausgaben für öffentliche Schulen je Schüler/in in Euro und Schüler-Lehrer-Relationen an öffentlichen Schulen nach Ländern 2005
Abbildung 4.2.5-1	Ausgaben für öffentliche Schulen je Schüler/in in Euro
Abbildung 4.3.2-1	Öffentliche Ausgaben für Hochschulen nach Körperschaftsgruppen in Mrd. Euro
Abbildung 4.3.4-1	Laufende Ausgaben je Studierenden an Hochschulen nach Ländern 2005 in Euro
Abbildung 4.3.4-2	Laufende Ausgaben je Studierenden an Hochschulen nach ausgewählten Fächergruppen 2005 in Euro
Abbildung 4.4.2-1	Öffentliche Ausgaben zur Förderung von Schüler/innen und Studierenden nach Körperschaftsgruppen 2005
Abbildung 4.4.2-2	Öffentliche Ausgaben zur Förderung von Schüler/innen und Studierenden in Mrd. Euro
Abbildung 4.5.2-1	Öffentliche Ausgaben für das sonstige Bildungswesen nach Körperschaftsgruppen 2005
Abbildung 4.5.2-2	Öffentliche Ausgaben für das sonstige Bildungswesen in Mrd. Euro
Abbildung 4.5.3-1	Bildungsförderung durch die Bundesagentur für Arbeit in Mill. Euro
Abbildung 4.6.2-1	Öffentliche Ausgaben für Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit nach Körperschaftsgruppen 2005
Abbildung 4.6.2-2	Öffentliche Ausgaben für Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit in Mrd. Euro
Abbildung 4.7-1	Anteile der öffentlichen Ausgaben für Bildung nach Körperschaftsgruppen in %
Abbildung 5.1.1-1	Jährliche Ausgaben für Bildungseinrichtungen je Schüler/in bzw. Studierenden vom Primar- bis zum Tertiärbereich 2005 in US-Dollar
Abbildung 5.1.1-2	Jährliche Ausgaben für Bildungseinrichtungen je Schüler/in bzw. Studierenden nach Bildungsbereichen 2005 in US-Dollar
Abbildung 5.1.1-3	Jährliche Ausgaben je Schüler/in im Primärbereich 2005 in US-Dollar
Abbildung 5.1.1-4	Jährliche Ausgaben je Schüler/in bzw. Studierenden im Tertiärbereich (einschließlich Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten) 2005 in US-Dollar
Abbildung 5.1.2-1	Ausgaben für alle Bildungseinrichtungen (ISCED 1 bis 6) je Bildungsteilnehmer/in 2005 in Euro
Abbildung 5.2-1	Ausgaben je Schüler/in bzw. Studierenden vom Primar- bis zum Tertiärbereich in Relation zum BIP je Einwohner 2005 in %
Abbildung 5.3.1-1	Öffentliche Ausgaben für Bildung in Relation zu den öffentlichen Gesamtausgaben 2005 in %
Abbildung 5.3.2-1	Öffentlichen Ausgaben für Bildung in Relation zum BIP 2005 in %
Abbildung 5.3.2-2	Öffentliche Ausgaben für Bildung (ISCED 1 bis 6) in Relation zum BIP 2005 in %

Hinweise für die Leserinnen und Leser

Marginalien als kurze,
zentrale Informationen

Kernaussagen

Die Kernaussagen der einzelnen Kapitel werden als Textbausteine (Marginalien) rechts bzw. links neben dem zugehörigen Fließtext hervorgehoben.

Abbildungen und Tabellen

Bei Verwendung grafischer Darstellungen und Tabellen wird im Fließtext auf die entsprechende Abbildung bzw. Tabelle verwiesen.

- Lesebeispiel: Abb. 2.4-1 ist der Verweis auf die erste Abbildung im Textabschnitt 2.4 (Die Finanzierungsstruktur der Bildungsausgaben nach Bildungsbereichen) des Kapitels 2 (Bildungsausgaben in Deutschland im Überblick).

Zugleich wird die Tabelle benannt, aus der die Datenwerte der entsprechenden Textabschnitte entnommen werden können. In der Regel sind Tabellen nicht im Fließtext integriert. Sie sind vorwiegend am Ende des Berichts im Anhang zu finden.

- Lesebeispiel: Tab. 2.4-1 ist der Verweis auf die Tabelle im Tabellenanhang zum vierten Textabschnitt (Die Finanzierungsstruktur der Bildungsausgaben nach Bildungsbereichen) des Kapitels 2 (Bildungsausgaben in Deutschland im Überblick).

Aufgrund der Fülle an Daten, die dem Bildungsfinanzbericht zugrunde liegen, erscheint eine Reihe von Tabellen nicht im Anhang des Bandes. Das flankierende Datenmaterial wird zum Download auf der Homepage www.destatis.de zur Verfügung gestellt.

Methodenkästen

Ein hochgestelltes ^M an der jeweiligen Textpassage verweist auf die „Methodenkästen“, in denen am Ende jedes Abschnitts methodische und begriffliche Erläuterungen zusammengefasst werden. Nur in Ausnahmefällen werden methodische und datentechnische Anmerkungen in den Fließtext integriert.

^MMethodische Erläuterungen

Weitere Informationen

Auf der Homepage www.destatis.de werden der Bildungsfinanzbericht und weitere konzeptionelle Informationen zur nationalen und internationalen Bildungsfinanzberichterstattung bereitgestellt.

Abkürzungsverzeichnis

Abb.	Abbildung
BA	Bundesagentur für Arbeit
BAföG	Bundesausbildungsförderungsgesetz
Bd.	Band
BIBB	Bundesinstitut für Berufsbildung
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BLK	Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMF	Bundesministerium der Finanzen
EAG	Education at a Glance (Bildung auf einen Blick, Veröffentlichung der OECD)
Eurostat ..	Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften
FH	Fachhochschule
Fkt.	Funktion
Fn	Fußnote
Gl. Nr.	Gliederungsnummer
i. d. R.	in der Regel
ISCED	International Standard Classification of Education (Internationale Standardklassifikation des Bildungswesens)
IZBB	Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ der Bundesregierung
KMK	Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland
Mill.	Millionen
Mrd.	Milliarden
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)
o. n. F.	ohne nähere Fachrichtungsangabe
Tab.	Tabelle
UNESCO ..	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur)
UOE	UNESCO, OECD, Eurostat (gemeinsame Datenerhebung der drei internationalen Organisationen)
Uni	Universität
VGR	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen
vorl.	vorläufig
Zweckv. ..	Zweckverbände

Territoriale Kurzbezeichnungen

BB	Brandenburg
BE	Berlin
BW	Baden-Württemberg
BY	Bayern
HB	Bremen
HE	Hessen
HH	Hamburg
MV	Mecklenburg-Vorpommern
NI	Niedersachsen
NW	Nordrhein-Westfalen
RP	Rheinland-Pfalz
SH	Schleswig-Holstein
SL	Saarland
SN	Sachsen
ST	Sachsen-Anhalt
TH	Thüringen
DDR	Deutsche Demokratische Republik
EU	Europäische Union
EU19	Die 19 EU-Mitgliedstaaten, die gleichzeitig auch der OECD angehören
Ver. Königreich	
.....	Vereinigtes Königreich

Symbole für fehlende Daten

a	Daten nicht zutreffend, da die Kategorie nicht zutrifft.
m	Keine Daten verfügbar.
n	Die Größenordnung ist entweder vernachlässigbar oder null.
x	Die Daten sind in einer anderen Kategorie oder Spalte der Tabelle enthalten [z. B. bedeutet x(2), dass die Daten in Spalte 2 der Tabelle enthalten sind].
~	Der Durchschnitt ist nicht mit anderen Bildungsbereichen vergleichbar.
–	Die Größenordnung ist entweder vernachlässigbar oder null.
---	Daten oder Merkmal nicht vorhanden.
/	Keine Angaben, da Zahlenwerte nicht sicher genug.
.	Zahlenwerte unbekannt.
k. A.	keine Angabe

Einleitung

Bildungsfinanzbericht als Teil des Bildungsmonitorings

Artikel 91b Abs. 2 des Grundgesetzes ermöglicht es Bund und Ländern, zur Feststellung der Leistungsfähigkeit des Bildungswesens im internationalen Vergleich zusammenzuwirken, entsprechende Empfehlungen zu erarbeiten und Berichte in Auftrag zu geben. Um diese Aufgabe zu erfüllen, wird in Deutschland ein Bildungsmonitoring aufgebaut, das kontinuierlich datengestützte Informationen über Rahmenbedingungen, den Input, die Gestaltung, die Verläufe, die Ergebnisse und Wirkungen von Bildungsprozessen bereit stellt.

Der nationale Bildungsbericht ist neben den Schulleistungsvergleichen und Bildungsstandards einer der Eckpfeiler des Monitoringsystems. Er wird ergänzt durch regionale Berichte (z. B. Landes- und kommunale Bildungsberichte), bereichsspezifische Berichte (z. B. den Berufsbildungsbericht) und die „Internationalen Bildungsindikatoren im Ländervergleich“. In dieser Gemeinschaftspublikation der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder werden ausgewählte Indikatoren der internationalen Bildungsberichterstattung (aus „Education at a Glance“ (EAG), EU-Benchmarks) auf Länderebene dargestellt.

Da die adäquate Ausstattung des Bildungswesens mit Finanzressourcen von großer Bedeutung für die Leistungsfähigkeit des Bildungswesens ist, hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung im Einvernehmen mit der Kultusministerkonferenz das Statistische Bundesamt beauftragt, in den Jahren 2008 bis 2010 jährlich einen Bildungsfinanzbericht zu erstellen.

Das Statistische Bundesamt setzt damit die Arbeiten der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) fort, die bis zu ihrer Auflösung im Rahmen der Föderalismusreform jährlich einen Bildungsfinanzbericht erstellt hat. Das Statistische Bundesamt wird bei der Erstellung des Berichts durch die Arbeitsgruppe Bildungsfinanzbericht beraten, der Vertreterinnen und Vertreter der Bundes- und Landesministerien für Bildung und des Bundesministerium für Finanzen, der Zentralen Datenstelle der Landesfinanzminister, der Wissenschaft und der statistischen Ämter angehören.

Datengestützte Analyse der Bildungsfinanzen

Beim Bildungsfinanzbericht handelt es sich um eine datengestützte Analyse der Bildungsfinanzen. Er ist eine objektive und neutrale Informationsquelle und enthält sich politischer Wertungen und Empfehlungen. Der Bericht richtet sich in erster Linie an politische Entscheidungsträger und Nutzer auf Bundes- und Länderebene. Darüber hinaus sollen auch Informationsbedürfnisse der Wissenschaft und der Öffentlichkeit befriedigt werden. Im Vordergrund steht die politische Steuerungsrelevanz, weshalb insbesondere die Bildungsausgaben der öffentlichen Haushalte dargestellt werden. Soweit es die Datenlage erlaubt, wird auch ihr Zusammenwirken mit den privaten Bildungsausgaben dargestellt.

Von besonderer Bedeutung für die Steuerungsrelevanz ist die Aktualität der Ergebnisse. Es werden daher auch Informationen über die Haushaltsplanung zum laufenden Haushaltsjahr (2008) in den Bildungsfinanzbericht aufgenommen. Dafür wird in Kauf genommen, dass die öffentlichen Ausgaben in einzelnen Kapiteln zwar nicht vollständig dargestellt werden, dafür aber in ihrer Entwicklung bis zum aktuellen Rand in möglichst vergleichbarer Form abgebildet werden.

Der Bericht soll sich nach den Vorgaben der Auftraggeber hinsichtlich Datenbasis und Methodik am bisherigen Bildungsfinanzbericht der BLK orientieren. Um eine kohärente Darstellung der statistischen Ergebnisse zu den Bildungsfinanzen sicher zu stellen und Irritationen bei den Nutzern auszuschließen, ist eine enge Verzahnung des Bildungsfinanzberichts mit den anderen Publikationen und Datenlieferungen der amtlichen Statistik erforderlich. Vor dem Hintergrund der steigenden Nachfrage nach Daten, die eine Anschlussfähigkeit zu internationalen Statistiken bieten, werden Daten in internationaler Abgrenzung (Datenmeldung an UNESCO, OECD und Eurostat) in den Bildungsfinanzbericht einbezogen.

Bildungsprozesse finden in allen Lebensabschnitten, in öffentlichen und privaten Bildungseinrichtungen und außerhalb von Bildungseinrichtungen (z. B. Jugendverbänden, Unternehmen, Verwaltungen, Freizeiteinrichtungen) statt. Dabei sind die Aufgaben und Leistungen der Bildungseinrichtungen unterschiedlich (z. B. einschließlich bzw. ohne individuellen Förderunterricht, Hausaufgabenbetreuung, Unterbringung) und teilweise mit Komplementärleistungen

(z. B. Krankenbehandlung, Forschung und Entwicklung in Hochschulen) verbunden. Ein abgestimmtes, überschneidungsfreies und das gesamte Bildungswesen umfassende System monetärer Statistiken, das unmittelbar Informationen über die Bildungsausgaben bereitstellt, gibt es daher nicht und wird es voraussichtlich auch in Zukunft nicht geben.

Um Aussagen über die Bildungsausgaben machen zu können, sind Informationen aus verschiedenen Datenquellen heranzuziehen und zu einem Gesamtbild zusammenzufügen. Dies erfordert auf Grund der methodischen Unterschiede zwischen den Statistiken, der Lücken im System der monetären Bildungsstatistiken und des unterschiedlichen Zeitpunkts der Datenverfügbarkeit eine Vielzahl von Datenanpassungen, die teilweise nur mit Hilfe spezieller Schätz- und Fortschreibungsmethoden durchgeführt werden können. Die dabei angewandten Methoden werden in erster Linie vom Analysezweck bestimmt.

Im Mittelpunkt der monetären Analysen des Bildungswesens steht zum einen die Frage nach dem Gesamtwert der erbrachten Bildungsleistungen und der den Bildungseinrichtungen zur Verfügung stehenden Mittel. Zum anderen interessiert, in welchem Umfang sich Bund, Länder und Gemeinden bzw. Unternehmen und die privaten Haushalte an der Finanzierung der Bildung beteiligen. Die Analysen können für einzelne Bildungseinrichtungen, für Bildungsbereiche (z. B. Hochschulen) oder für das gesamte Bildungswesen durchgeführt werden. Sie können sich auf die Ausgaben für den Bildungsprozess beziehen, aber auch die Finanzierung der Lebenshaltungskosten der Bildungsteilnehmer berücksichtigen. Sie können sich auf das Bundesgebiet beziehen, aber auch auf einen Vergleich mit den Einrichtungen anderer Länder oder Staaten abzielen. Da das Bildungswesen der einzelnen Länder und Staaten unterschiedlich strukturiert ist und die Statistiksysteme unterschiedlich ausgestaltet sind, wurden diverse Ausgabenbegriffe und -abgrenzungen entwickelt, die dem jeweiligen Analyseziel unter Berücksichtigung der Besonderheiten der einzelnen Statistiken am ehesten entsprechen.

Für die monetäre Betrachtung der Gesamtleistung des Bildungswesens oder einzelner Bildungsbereiche stehen die Ausgaben der Bildungseinrichtungen für Personal, Sachaufwand und Investitionen im Mittelpunkt. Da viele öffentliche Bildungseinrichtungen – insbesondere die öffentlichen Schulen – über keinen eigenständigen Haushalt oder Rechnungswesen verfügen, werden die Basisdaten den Haushaltsrechnungen von Bund, Ländern und Gemeinden entnommen, ggf. um bildungsfremde Leistungen bereinigt oder vervollständigt (z. B. um die unterstellten Sozialbeiträge für aktive Beamte). Dies führt zu Abweichungen von den Basisstatistiken (Jahresrechnungsstatistik, Hochschulfinanzstatistik).

Für internationale Vergleiche sind die Bildungsausgaben entsprechend der methodischen Vorgaben der internationalen Organisationen abzugrenzen und nach ISCED-Stufen (International Standard Classification of Education) zu gliedern. Nach den methodischen Vorgaben der internationalen Organisationen sind u. a. auch die öffentlichen Ausgaben für Schülerbeförderung, die Ausgaben der Studentenwerke, Stipendien u. dgl. einzubeziehen. Für die allgemeine Verständlichkeit des Bildungsfinanzberichts wäre es optimal, wenn in allen Kapiteln des Berichts ein identischer Ausgabenbegriff angewendet würde. Dies ist jedoch nicht möglich, da für internationale Vergleiche eine Gliederung nach der ISCED erforderlich ist, während auf nationaler Ebene aus Gründen der Steuerungsrelevanz eine Gliederung nach Bildungsbereichen (z. B. Schule, Hochschule) oder Schul- bzw. Hochschularten zweckmäßiger ist. Dennoch wurde das Bildungsbudget (siehe Kapitel 2) so gegliedert, dass im nationalen Bildungsbudget auch die Bildungsausgaben in internationaler Abgrenzung ablesbar sind.

Die öffentliche Hand finanziert rund drei Viertel der Bildungsausgaben in Deutschland. Daher stehen die Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden auch im Mittelpunkt des Bildungsfinanzberichtes. Für die Steuerungsrelevanz von großer Bedeutung ist hier, dass die Informationen möglichst bis zum aktuellen Rand bereitgestellt werden und dass die Transfers zwischen den öffentlichen Haushalten berücksichtigt werden. Die aktuellen Entwicklungen lassen sich – auch wegen der Ausgliederungen aus den öffentlichen Haushalten – am besten auf der Basis der nach dem Grundmittelkonzept abgegrenzten Bildungsausgaben darstellen. Bei den Grundmitteln handelt es sich um die Ausgaben eines Aufgabenbereichs abzüglich der dem Aufgabenbereich zurechenbaren Einnahmen (aus dem öffentlichen und nichtöffentlichen Bereich). Sie zeigen die aus allgemeinen Haushaltsmitteln (Steuern, Mittel aus dem Finanzausgleich, Kreditmarktmittel, Rücklagen) zu finanzierenden Ausgaben des Aufgabenbereichs. Die Bildungsausgaben der Kapitel drei und vier sind – falls nichts anderes vermerkt – nach dem Grundmittelkonzept abgegrenzt.

Struktur des Bildungsfinanzberichtes

Die Struktur des Bildungsfinanzberichts wurde von einer Arbeitsgruppe erarbeitet, der Vertreter der Fach- und der Finanzseite von Bund und Ländern, der Wissenschaft und des Statistischen Bundesamts angehörten. Der Bericht besteht in der Druckfassung aus den folgenden fünf Kapiteln sowie einem Anhang und einem erweiterten Tabellenteil:

1. Zusammenfassung der Hauptergebnisse
2. Bildungsausgaben in Deutschland im Überblick
3. Entwicklung der öffentlichen Bildungsausgaben
4. Öffentliche Bildungsausgaben nach Bildungsbereichen und Ländern
5. Bildungsausgaben im internationalen Kontext

Die einzelnen Kapitel enthalten einen kommentierenden Text mit Abbildungen und einzelnen Übersichtstabellen. Um zusätzliche Informationen in den thematischen Kontext eines Kapitels zu integrieren, werden besondere Sachverhalte oder Aspekte im Rahmen von Exkursen (z. B. auch mit ergänzenden Daten aus anderen Quellen) aufgezeigt. Analog hierzu werden Hinweise zur Methodik ergänzt („Methodenbox“).

Ergänzende, tiefer gegliederte Tabellen, Systematiken, Hinweise zur Methodik und zu den Datenquellen sind im Anhang des Berichts enthalten. Flankierendes Datenmaterial wird vom Statistischen Bundesamt im Internet (umfangreiche Tabellen als Excel-Dateien zum Download) unter www.destatis.de bereitgestellt.

1 Zusammenfassung der Hauptergebnisse

Bund und Länder betrachten die Schaffung eines leistungsfähigen Bildungssystems als eine der Schlüsselaufgaben der Gesellschaft. Bildung beeinflusst nicht nur in einem wesentlichen Maße die Chancen des Individuums im Arbeits- und Privatbereich, sondern auch die Entwicklungschancen und die Wettbewerbsfähigkeit der nationalen Volkswirtschaften in einer globalisierten und wissensbasierten Weltwirtschaft. Für das Wachstum der Volkswirtschaften sind die Humanressourcen und die durch Forschung und Entwicklung gewonnenen Erkenntnisse zunehmend wichtiger als Sachressourcen. Deshalb kommt der Beobachtung der Entwicklung dieser Zukunftsinvestitionen eine große Bedeutung zu.

Drei Viertel der Bildungsausgaben werden in Deutschland von der öffentlichen Hand finanziert

Das deutsche Bildungswesen ist im Schul- und Hochschulbereich geprägt durch ein öffentlich finanziertes Bildungsangebot, während im Elementarbereich, in der beruflichen Bildung und in der Weiterbildung private Haushalte, Organisationen ohne Erwerbszweck und Unternehmen traditionell stärker an der Finanzierung beteiligt sind. Rund drei Viertel der gesamten Bildungsausgaben wurden 2005 von Bund, Ländern und Gemeinden aufgebracht, das restliche Viertel von Privathaushalten, Organisationen ohne Erwerbszweck und Unternehmen sowie vom Ausland. Die Bildungsausgaben der Unternehmen gehen jedoch als Aufwand in die Gewinn- und Verlustrechnung ein und werden daher zu einem erheblichen Teil über Steuererminderungen refinanziert. Bei Berücksichtigung dieser steuerlichen Effekte fällt der tatsächliche Anteil der Unternehmen geringer aus.

Anteil der öffentlichen Bildungsausgaben am Gesamtetat gestiegen, Anteil am BIP rückläufig

Die Bildungsausgaben sind im Bundesgebiet seit 1995 stetig gestiegen, sogar überproportional verglichen mit den Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts, jedoch unterproportional zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Bezogen auf den öffentlichen Gesamthaushalt wendeten die öffentlichen Haushalte im Jahr 2005 17,4 % für Bildung auf. 1995 entfielen 13,9 % auf Bildung. Bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP) stellten Bund, Länder und Gemeinden dem Bildungsbereich im Jahr 2005 Mittel in Höhe von 3,9 % des BIP zur Verfügung. Im Jahr 1995 entsprach ihr Finanzbeitrag noch 4,1 % des BIP. Der Anteil der Gesamtausgaben des öffentlichen und privaten Bereichs für Bildung am BIP ging von 1995 bis 2005 von 6,9 % des BIP auf 6,3 % zurück. Dieser Rückgang ist in erster Linie auf Ausgabenkürzungen im Bereich der Weiterbildung zurückzuführen. Auf Grund der Haushaltsplanungen des öffentlichen Bereichs und der Entwicklung der Teilnehmerzahlen ist zu erwarten, dass der Anteil der Bildungsausgaben am BIP bis 2008 weiterhin leicht rückläufig ist.

Öffentliche Bildungsausgaben je Einwohner/in 2005 13 % über dem Niveau von 1995, bezogen auf die unter 30-jährigen Steigerung um 28 %

Bezogen auf die Einwohnerzahl wendeten die öffentlichen Haushalte im Jahr 2005 1 052 Euro je Einwohner für Bildung auf. Davon entfielen je Einwohner und Einwohnerin 52 Euro auf den Bund, 781 Euro auf die Länder und 219 Euro auf die kommunale Ebene. 1995 waren dies noch insgesamt 930 Euro je Einwohner. Damit gaben die öffentlichen Haushalte 2005 je Einwohner/in nominal 13,1 % mehr aus als noch 1995. Im Sinne des lebenslangen Lernens sollte die gesamte Bevölkerung an Bildungsmaßnahmen teilnehmen. Der größte Teil der öffentlichen Bildungsausgaben entfällt jedoch auf Bildungseinrichtungen, die in erster Linie von jungen Menschen besucht werden. Dabei sind die unter 30-jährigen die primäre Zielgruppe, für die das Bildungssystem die entsprechenden Angebote bereitzustellen hat. In Relation zu dieser Altersgruppe betragen die öffentlichen Ausgaben für Bildung 2005 insgesamt 3 291 Euro. Das waren nominal 27,9 % mehr als 1995 (2 573 Euro). Realisieren die öffentlichen Haushalte ihre Haushaltsplanungen, so werden auch auf Grund der demografischen Entwicklung die öffentlichen Bildungsausgaben je Einwohner/in bis 2008 nominal weiter leicht ansteigen.

58 % der Bildungsausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden für Schulen

Bund, Länder und Gemeinden haben 2005 nach dem Grundmittelkonzept insgesamt 86,7 Mrd. Euro für Bildung aufgewendet. Davon entfielen 10,7 Mrd. Euro auf die Kindertageseinrichtungen, 50,2 Mrd. Euro auf die allgemein bildenden und beruflichen Schulen, 18,4 Mrd. Euro auf die

Hochschulen, 4,0 Mrd. Euro auf die Förderung von Schüler/innen und Studierenden, 2,0 Mrd. Euro auf das sonstige Bildungswesen und 1,4 Mrd. Euro auf die Jugend- und Jugendverbandsarbeit.

Bund, Länder und Gemeinden steigerten Bildungsausgaben von 75,9 Mrd. in 1995 auf 86,7 Mrd. Euro in 2005

Bund, Länder und Gemeinden steigerten ihre Ausgaben für Bildung im Zeitraum 1995 bis 2005 um 14 %. Dabei entwickelten sich die Ausgaben in den einzelnen Bildungsbereichen und in den einzelnen Ländern unterschiedlich. Gegenüber 1995 wurden die Ausgaben für Tageseinrichtungen für Kinder (eliminiert um die Unterschiede in der Veranschlagungspraxis) um 25 % erhöht, für Schulen um 13 %, für Hochschulen um 13 % und für die Förderung von Schülern und Schülerinnen um 17 %. Dagegen lagen die Ausgaben für Jugend- und Jugendverbandsarbeit (eliminiert um die Unterschiede in der Veranschlagungspraxis) unter dem Niveau von 1995.

Bund, Länder und Gemeinden steigern die Bildungsausgaben auch in den Jahren 2006, 2007 und 2008 moderat

Nach vorläufigen Ergebnissen gaben die öffentlichen Haushalte 2006 88,1 Mrd. Euro für Bildung aus, 2007 91,2 Mrd. Euro. Das waren 3,5 % mehr als im Jahr 2006. Im Jahre 2008 ist mit einer weiteren Steigerung zu rechnen, da die Haushaltsansätze um 0,8 % über denen des Jahres 2007 liegen. Die Haushaltsplanungen von Bund, Ländern und Gemeinden sehen für 2008 Bildungsausgaben vor, die in allen Bildungsbereichen über dem Niveau von 2005 liegen. Jedoch ist die Entwicklung der Ausgaben in den einzelnen Ländern in den Bildungsbereichen unterschiedlich.

Bildungsausgaben in den Flächenländern Ost 2005 nominal niedriger als 1995

Während die öffentlichen Bildungsausgaben im früheren Bundesgebiet in den letzten Jahren kontinuierlich erhöht worden sind, lagen die Bildungsausgaben in den Flächenländern Ost und Berlin 2005 bis 2008 deutlich unter den Ausgaben von 1995. Der Rückgang der Bildungsausgaben in Ostdeutschland folgte der demografischen Entwicklung, welche eine Reduzierung der Ausgaben für Schulen und Kindertageseinrichtungen ermöglichte. Trotz der Ausgabenkürzungen sind die Ausgaben je Schüler/in an den öffentlichen Schulen in den Flächenländern Ost von 3 700 Euro in 1995 auf 5 000 Euro in 2005 erhöht worden, während sie in den Flächenländern West 2005 mit 4 600 Euro nur geringfügig über dem Wert von 1995 (4 300 Euro) lagen.

Länderanteil an den Bildungsausgaben 2005 bei 74 %

In einer Betrachtung nach Körperschaftsgruppen entfielen 2005 von den Ausgaben (Grundmitteln) in Höhe von insgesamt 86,7 Mrd. auf den Bund 4,3 Mrd. Euro, auf die Länder (staatliche Ebene) 64,4 Mrd. Euro und auf die Gemeinden 18,0 Mrd. Euro. Der Anteil der Körperschaftsgruppen ist in den einzelnen Bildungsbereichen sehr unterschiedlich. Nach den Haushaltsplanungen werden sie sich auch bis 2008 nur geringfügig verändern.

Ausgaben je Bildungsteilnehmer/in (Primar- bis Tertiärbereich) über OECD-Durchschnitt

In Deutschland lagen 2005 die Bildungsausgaben pro Teilnehmer/in vom Primar- bis Tertiärbereich kaufkraftbereinigt insgesamt bei 7 900 US-Dollar und damit über dem OECD-Durchschnitt (7 500 US-Dollar). Im Vergleich zum EU19-Durchschnitt (7 000 US-Dollar) waren die Ausgaben in Deutschland sogar um 11,9 % höher.

Ausgaben je Bildungsteilnehmer im allgemein bildenden Schulbereich unterhalb, in beruflichen Bildungsprogrammen über OECD-Durchschnitt

Allerdings bestanden zwischen den Bildungsbereichen deutliche Unterschiede. Im Schulbereich waren die Ausgaben je Schüler/in im Primarbereich (5 000 US-Dollar) und im Sekundarbereich I (6 200 US-Dollar) in Deutschland niedriger als der OECD-Durchschnitt (6 300 US-Dollar bzw. 7 400 US-Dollar). Im Sekundarbereich II lagen sie mit 10 300 US-Dollar deutlich über dem OECD-Durchschnitt (8 400 US-Dollar). Dies ist aber in erster Linie auf die hohen Ausgaben der Betriebe im Rahmen des Dualen Systems zurückzuführen.

Ähnlich ist die Situation im Tertiärbereich. Die Ausgaben je Studierenden lagen 2005 in Deutschland mit 12 400 US-Dollar deutlich über dem OECD-Durchschnitt (11 500 US-Dollar), weil die deutschen Hochschulen relativ forschungsintensiv sind. Werden die Ausgaben für Forschung und Entwicklung eliminiert, so betragen die Ausgaben je Studierenden statt 12 400 US-Dollar nur noch 7 800 US-Dollar (ISCED 5A/6) und liegen damit ebenfalls deutlich unter den Werten anderer OECD-Staaten und dem OECD-Durchschnitt von 8 100 US-Dollar.

Anteil der Bildungsausgaben am BIP in Deutschland deutlich niedriger als in anderen OECD-Staaten

2005 wurden in Deutschland in der Abgrenzung der OECD 5,1 % des BIP für öffentliche und private Bildungseinrichtungen ausgegeben. Gemessen an der Wirtschaftskraft waren die Ausgaben in Deutschland damit deutlich niedriger als im OECD-Durchschnitt (5,8%). Während im Vergleich zu 1995 andere vergleichbare Industriestaaten ihre Bildungsausgaben in Relation zum BIP zum Teil kräftig gesteigert haben, ging der BIP-Anteil in Deutschland von 5,4 % auf 5,1 % zurück. Dies trifft aber auch für andere Industriestaaten wie Österreich, Frankreich oder Spanien zu. Dagegen haben beispielsweise Dänemark, Schweden, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten die Bildungsausgaben im Verhältnis zur wirtschaftlichen Leistung gesteigert.

Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass nach Auffassung der Länderfinanzseite im vorliegenden Bericht die statistische Methodik die Bildungsausgaben in Deutschland stark unterzeichnet.¹ Nach dem Nettoausgabenkonzept, das die Länderfinanzseite favorisiert, müssten jährlich für den Bildungsbereich rund 4 Mrd. Euro höhere öffentliche Ausgaben ausgewiesen werden. Die Finanzseite weist ferner darauf hin, dass die unterstellten Sozialbeiträge von 8,1 Mrd. Euro für die aktiven Beamten unplausibel niedrig seien, da sich die tatsächlichen Zahlungen für das pensionierte Personal im Bildungsbereich nach den Berechnungen der Zentralen Datenstelle der Landesfinanzminister (ZDL) 2005 bereits auf 12,3 Mrd. Euro beliefen. Die hier getroffenen Annahmen ständen zudem im Widerspruch zum Dritten Versorgungsbericht der Bundesregierung. Die Regierungschefs von Bund- und Ländern haben deshalb mit Beschluss vom 19. Dezember 2007 um eine Überprüfung des statistischen Konzepts gebeten.

1) Die unterschiedlichen Auffassungen zur Methodik werden in den Anhängen A6 und A7 näher erläutert.

2 Bildungsausgaben in Deutschland im Überblick

Die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung eines Landes wird erheblich durch den Bildungs-, Wissenschafts- und Forschungsbereich geprägt. Um einen Überblick über diese Zukunftsinvestitionen zu geben, erstellt das Statistische Bundesamt jährlich das Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft. Im Teilbereich Bildungsbudget werden die dem Bildungssystem zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen abgebildet. An ihrer Höhe lässt sich der Stellenwert ablesen, welcher der Bildung in der Gesellschaft beigemessen wird. Die Ausstattung des Bildungswesens mit Finanzmitteln, deren Verteilung auf die einzelnen Bildungsbereiche und deren Finanzierung durch Bund, Länder, Gemeinden und den privaten Bereich stehen häufig im Mittelpunkt der bildungspolitischen Diskussion.

Nach dem Konzept des lebenslangen Lernens nehmen die Individuen von der Geburt bis ins hohe Alter an Bildungsprozessen teil. In einer Gesamtbetrachtung der Bildungsausgaben sind daher nicht nur die Ausgaben für das formale Bildungssystem (Kindergarten, Schule, Berufsbildung, Hochschule) einzubeziehen, sondern auch die Ausgaben für non-formale Angebote (z. B. Weiterbildung, Jugendarbeit, Kinderbetreuung u. dgl.). Da die Statistiksysteme der einzelnen Staaten primär auf die Beobachtung von Kindergärten, Schulen und Hochschulen ausgerichtet sind und in vielen Staaten beispielsweise Statistiken zur Weiterbildung fehlen, konzentrieren sich die internationalen Vergleichsstudien der OECD im Wesentlichen auf das formale Bildungssystem. Angesichts der demografischen Veränderungen in Deutschland kann aber die Bildung im Erwachsenenalter bei einer Gesamtdarstellung des Bildungsgeschehens nicht unberücksichtigt bleiben. Im Bildungsbudget werden daher die Bildungsausgaben in internationaler Abgrenzung um die Ausgaben für Weiterbildung, Jugendarbeit u. dgl. ergänzt.

2.1 Entwicklung der Bildungsausgaben

Bildungsausgaben im Jahr
2005 141,6 Mrd. Euro,
2006 142,9 Mrd. Euro

In der Abgrenzung des Bildungsbudgets^M beliefen sich die gesamten öffentlichen und privaten Bildungsaufwendungen im Jahr 2005 auf 141,6 Mrd. Euro. Das waren in jeweiligen Preisen gut 13,4 Mrd. Euro mehr als 1995. Dem Bildungssystem standen 2005 unter Berücksichtigung der Preisveränderungen real 2,8 % weniger finanzielle Mittel zur Verfügung als 1995. Nach vorläufigen Ergebnissen wurden 2006 mit 142,9 Mrd. Euro rund 1 % mehr ausgegeben als im Vorjahr.

Im Gegensatz zum Bildungsbudget werden von der OECD die Ausgaben für Weiterbildung, Jugendarbeit, Horte und dergleichen nicht in die Vergleichsstudien einbezogen. Hierfür wurden in Deutschland im Jahr 2005 rund 14,0 Mrd. Euro ausgegeben. In internationaler Abgrenzung (OECD) beliefen sich die öffentlichen und privaten Ausgaben für Bildung auf 127,6 Mrd. Euro. Davon entfielen auf Bildungseinrichtungen 114,5 Mrd. Euro, auf die Schüler- und Studienförderung durch den öffentlichen Bereich sowie die Ausgaben der privaten Haushalte für Bildungsgüter 13,1 Mrd. Euro.

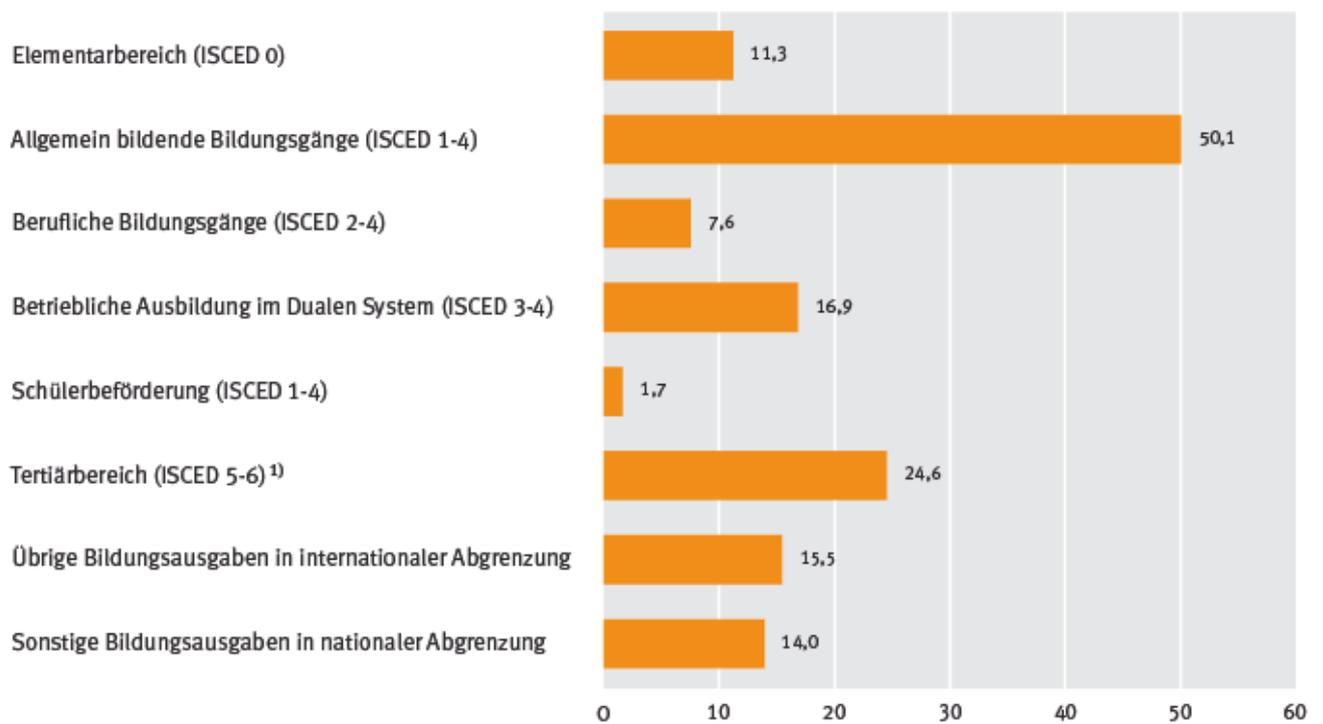
2.2 Bildungsausgaben nach Bildungsbereichen

Mehr als ein Drittel der
Ausgaben für allgemein
bildende Bildungsgänge

Gliedert man die Gesamtausgaben für Bildung im Jahr 2005 nach einzelnen Bereichen (Tab 2.2-1), so dominieren mit 50,1 Mrd. Euro mit großem Abstand die allgemein bildenden Bildungsgänge des Schulbereichs. Für berufliche nicht tertiäre Bildungsgänge wurden 24,4 Mrd. Euro aufgewendet, für Hochschulen und andere tertiäre Bildungsgänge 24,6 Mrd. Euro. Darin sind aber 9,2 Mrd. Euro für die Hochschulforschung enthalten. Auf den Elementarbereich, zu dem die Kindergärten, Vorschulklassen und Schulkindergärten zählen, entfielen 11,3 Mrd. Euro.

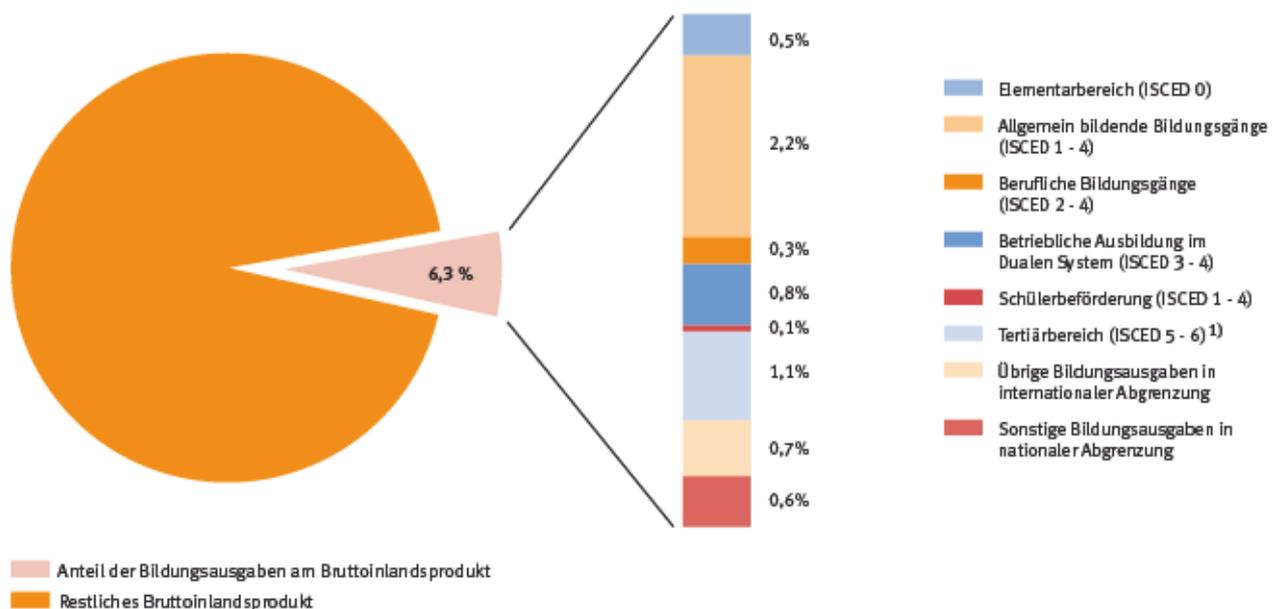
Die Ausgaben der betrieblichen Weiterbildung, Lehrerfortbildung und sonstigen Weiterbildung, für Horte, Krippen, Jugendarbeit u. dgl. beliefen sich im Jahr 2005 auf 14,0 Mrd. Euro (Abb. 2.2-1).

Abbildung 2.2-1: Bildungsausgaben nach Bildungsbereichen 2005 in Mrd. Euro



1) Einschl. Ausgaben für Forschung und Entwicklung.

Abbildung 2.3-1: Bildungsausgaben in Relation zum BIP 2005 in %



1) Einschl. Ausgaben für Forschung und Entwicklung.

2.3 Bildungsausgaben in Relation zum Bruttoinlandsprodukt

Anteil der Bildungsausgaben am BIP 2005 bei 6,3%, 2006 bei 6,2%

In der Gesamtbetrachtung stiegen die Bildungsausgaben unterproportional zur wirtschaftlichen Entwicklung. Während 1995 noch 6,9 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Bildung aufgewendet wurden, betrug der Anteil der Bildungsausgaben am BIP 2005 6,3 %.

In internationaler Abgrenzung (OECD) entsprachen die öffentlichen und privaten Ausgaben für Bildungseinrichtungen im Jahr 2005 5,1 % des BIP (1995: 5,4 %), einschließlich der Ausgaben des öffentlichen Bereichs für Schüler- und Studienförderung sowie der Ausgaben der privaten Haushalte für Bildungsgüter 5,7 % (1995: 5,8 %). Die Ausgaben für Weiterbildung, Jugendarbeit, Horte und dergleichen (zusätzliche nationale Positionen des Bildungsbudgets) entsprachen rund 0,6 % des BIP (1995: 1,1 %) (**Abb. 2.3-1**).

Im Vergleichszeitraum wurden insbesondere die Ausgaben für Weiterbildung reduziert. Da Weiterbildung in die internationalen Vergleichsstudien nicht einbezogen wird, fällt der Rückgang des BIP-Anteils bei den Bildungsausgaben in internationaler Abgrenzung moderater aus. So ging der Anteil der öffentlichen und privaten Ausgaben für Bildungseinrichtungen nur von 5,4 % im Jahr 1995 auf 5,1 % im Jahr 2005 zurück (**Tab. 2.3-1**).

2.4 Finanzierungsstruktur der Bildungsausgaben nach Bildungsbereichen

Bildungsfinanzierung 2005: drei Viertel öffentlich, ein Viertel private Mittel

Das deutsche Bildungswesen ist im Schul- und Hochschulbereich geprägt durch ein öffentlich finanziertes Bildungsangebot, während im Elementarbereich, in der beruflichen Bildung und in der Weiterbildung private Haushalte, Organisationen ohne Erwerbszweck und Unternehmen traditionell stärker an der Finanzierung beteiligt sind. Rund drei Viertel der gesamten Bildungsausgaben wurden 2005 von Bund, Ländern und Gemeinden aufgebracht, das restliche Viertel von Privathaushalten, Organisationen ohne Erwerbszweck und Unternehmen sowie vom Ausland (**Abb. 2.4-1**). Die Bildungsausgaben der Unternehmen gehen jedoch als Aufwand in die Gewinn- und Verlustrechnung ein und werden daher zu einem erheblichen Teil über Steuerminderungen refinanziert (vgl. BLK-Bildungsfinanzbericht 2004/2005, Heft 137 – V). Aber auch bei den privaten Haushalten können Bildungsausgaben zum Teil Steuer mindernd geltend gemacht werden.

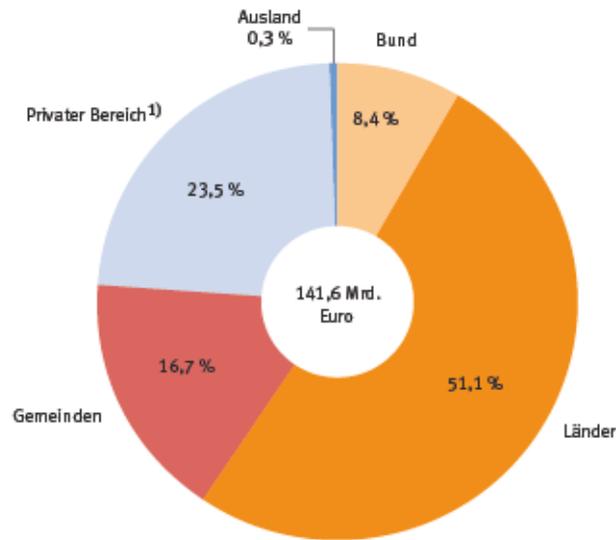
Insgesamt finanzierten die öffentlichen Haushalte 2005 108,0 Mrd. Euro des Bildungsbudgets. Davon gaben der Bund (einschließlich Bundesagentur für Arbeit) 12,0 Mrd. Euro, die Länder 72,4 Mrd. Euro und die Gemeinden 23,6 Mrd. Euro aus. Bei Berücksichtigung der mittelbaren Förderung durch den Fiskus wäre der tatsächliche Finanzierungsanteil der öffentlichen Haushalte höher.

Der private Bereich stellte 33,2 Mrd. Euro zur Verfügung, das Ausland 0,4 Mrd. Euro (**Tab. 2.4-1**).

Die Finanzierungsstruktur ist in den einzelnen Bildungsbereichen sehr unterschiedlich. Während im Elementarbereich 58,8 % der Ausgaben von den Gemeinden und 27,9 % vom privaten Bereich finanziert wurden, beteiligten sich diese Sektoren im Tertiärbereich nur mit 1,5 % bzw. 14,5 % an der Finanzierung der Ausgaben (**Abb. 2.4-2**).

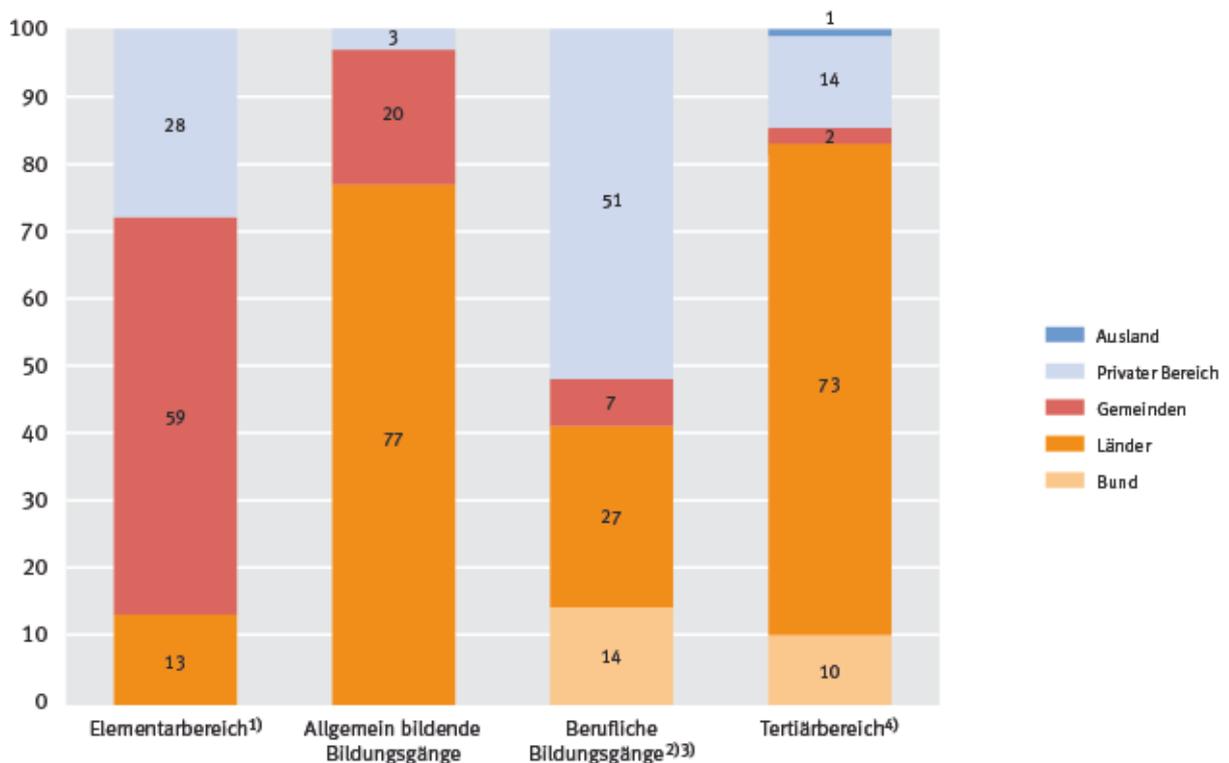
Die Struktur der Bildungsfinanzierung wird sich in den nächsten Jahren in den einzelnen Bildungsbereichen aufgrund modifizierter Regelungen zur Beteiligung der Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer an den Bildungsausgaben verändern (z. B. Reduktion der Kindergartengebühren, Einführung von Studienbeiträgen). Aufgrund der Datenlage ist eine gesonderte Darstellung der Beiträge der Bildungsteilnehmenden und ihrer Familien zurzeit nur in Teilbereichen möglich. Durch die demografische Entwicklung und bildungspolitische Maßnahmen (z. B. Ausbau der Ganztagschulen, Verkürzung der Gymnasialzeit, Ausbau des Hochschulsektors) wird sich die relative Bedeutung der einzelnen Bildungsbereiche in den nächsten Jahren verändern. Hierdurch werden sich weitere Veränderungen in der Finanzierungsstruktur des Bildungsbudgets ergeben.

Abbildung 2.4-1: Bildungsausgaben nach finanzierenden Sektoren 2005 in %



1) Privathaushalte, Unternehmen, private Organisationen ohne Erwerbszweck

Abbildung 2.4-2: Finanzierungsstruktur der Bildungsausgaben nach Bildungsbereichen 2005 in %



1) Kindergärten, Vorschulklassen, Schulkindergärten.

2) Einschl. betriebliche Ausbildung im Dualen System; ohne Fachschulen, Fachakademien, Berufsakademien, Schulen des Gesundheitswesens des Tertiärbereichs.

3) Beim Bund einschl. ausbildungsrelevanter Zuschüsse der Bundesagentur für Arbeit.

4) Ohne Ausgaben für die Krankenbehandlung, einschl. Ausgaben für Fachschulen, Fachakademien, Berufsakademien, Schulen des Gesundheitswesens im Tertiärbereich, Forschung und Entwicklung an Hochschulen, Studentenwerke.

2.5 Ausgaben für ausgewählte Bildungskarrieren

Die Art des erworbenen Bildungsabschlusses ist von großer Bedeutung für die Chancen der Individuen am Arbeitsmarkt und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Sie werden auf verschiedenen Wegen erworben und sind mit unterschiedlichen Aufwendungen verbunden (vgl. Bildung in Deutschland 2008, S. 153 ff.).

Da es in Deutschland zurzeit keine Verlaufsstatistiken im Bildungsbereich gibt, können die Bildungskarrieren der Individuen nicht exakt nachgezeichnet werden. Dennoch lassen sich einige typische Verläufe beobachten. Seit einigen Jahren besuchen fast alle Kinder einen Kindergarten. Allgemein bildende Bildungsgänge werden auf Grund der Schulpflicht von allen absolviert, wobei die Wege nach der vierjährigen Grundschule unterschiedlich verlaufen (Hauptschule, Realschule, Gymnasium, Gesamtschule, usw.). Klassenwiederholungen, Schulartwechsel und dergleichen führen zu einer Vielzahl unterschiedlicher Bildungsverläufe im allgemein bildenden Schulbereich. Nach Verlassen der allgemein bildenden Schule sind die Bildungswege noch heterogener.

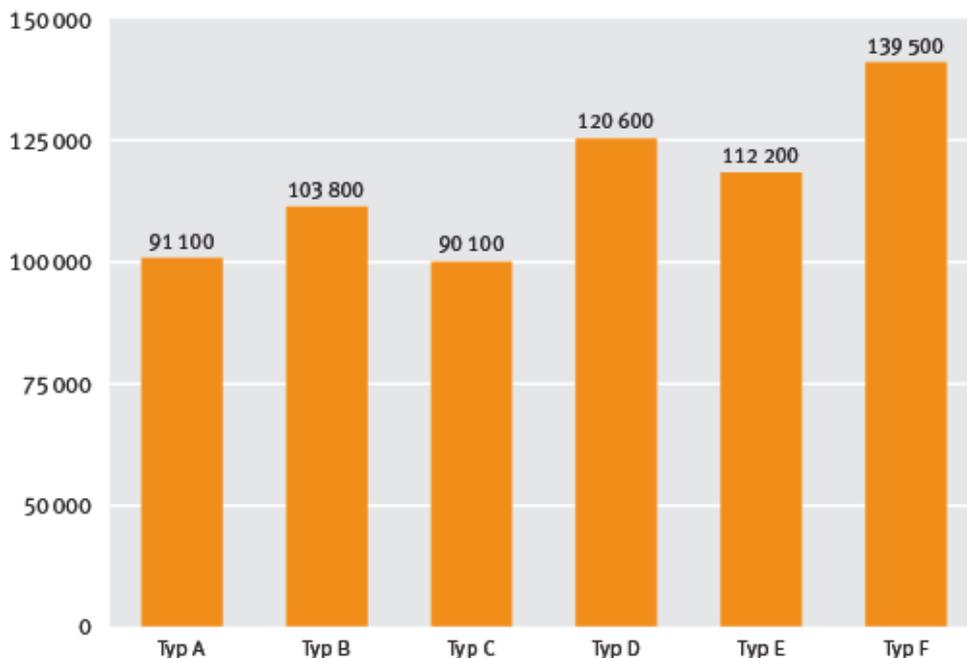
Eine Vielzahl von Schulabgängern und -abgängerinnen ohne Abschluss, mit Hauptschulabschluss oder einem Realschulabschluss tritt unmittelbar eine duale Ausbildung oder eine berufliche Ausbildung in einer Vollzeitschule an. Andere finden keine Ausbildungsstelle, besuchen Bildungseinrichtungen des Übergangssystems oder nehmen an allgemein bildenden Programmen von beruflichen Schulen teil, um einen (höherwertigen) Schulabschluss zu erwerben. Zahlreiche Schulabgänger mit Hochschulreife absolvieren häufig eine duale Ausbildung bevor sie ihr Hochschulstudium aufnehmen, während andere direkt an eine Hochschule wechseln. Je nach Bildungsweg unterscheiden sich die Ausgaben für die Bildungskarrieren beträchtlich.

Eine Modellrechnung zu den kumulierten Ausgaben der Bildungseinrichtungen je Bildungsteilnehmer zeigt die Ergebnisse für sechs verschiedene Typen von Bildungskarrieren (**Abb. 2.5-1**), wobei davon ausgegangen wird, dass jeder drei Jahre einen Kindergarten und vier Jahre eine Grundschule besucht hat. Die Modellrechnung geht von den Ausgaben je Bildungsteilnehmer und -teilnehmerin des Berichtsjahres 2005 (in jeweiligen Preisen) aus und multipliziert diese mit theoretischen Verweildauern, im Hochschulbereich mit der durchschnittlichen Fachstudien-dauer.

Bildungswege kosten zwischen 90 100 Euro und 139 500 Euro

Absolviert ein Hauptschüler nach der Schule eine duale Ausbildung (Typ A), so beliefen sich die Ausbildungskosten 2005 auf 91 100 Euro. Macht er vor der dualen Ausbildung eine jeweils einjährige Weiterqualifizierung in einem Berufsvorbereitungsjahr und einer Berufsfachschule (Typ B), so entstehen zusätzliche Ausgaben in Höhe von 12 700 Euro. Die Ausbildungskosten für Realschüler und Realschülerinnen, die nach der Schule eine duale Ausbildung durchliefen, ergaben 2005 90 100 Euro (Typ C). Auf einen Universitätsabsolventen ohne vorherige duale Ausbildung entfielen 2005 im Durchschnitt Ausgaben in Höhe von rund 112 200 Euro (Typ E), einschließlich dualer Ausbildung dagegen in Höhe von rund 139 500 Euro (Typ F). Zu beachten ist, dass die effektiven Ausgaben wesentlich vom Studienfach und von der Art der dualen Ausbildung abhängen und Klassenwiederholungen, die Lebenshaltungskosten bzw. aufgrund der Bildungsteilnahme entgangenes Einkommen bei dieser Modellrechnung unberücksichtigt bleiben (**Tab. 2.5-1, Abb. 2.5-1**).

Abbildung 2.5-1: Kumulierte Ausgaben der Bildungseinrichtungen für ausgewählte Bildungskarrieren 2005 in Euro



Theoretische Verweildauer bzw. durchschnittliche Fachstudiendauer in Jahren (jeweils einschl. 3 Jahre Kindergarten und 4 Jahre Grundschule):

Typ A: 5 Jahre Hauptschule, 3 Jahre duale Ausbildung.

Typ B: 5 Jahre Hauptschule, 1 Jahr Berufsvorbereitungsjahr, 1 Jahr Berufsfachschule, 3 Jahre duale Ausbildung.

Typ C: 6 Jahre Realschule, 3 Jahre duale Ausbildung.

Typ D: 6 Jahre Realschule, 3 Jahre duale Ausbildung, 1 Jahr Fachoberschule, 4,7 Jahre FH-Diplom.

Typ E: 9 Jahre Gymnasium, 5,8 Jahre Uni-Diplom (ohne Medizin).

Typ F: 9 Jahre Gymnasium, 2,5 Jahre duale Ausbildung, 5,8 Jahre Uni-Diplom (ohne Medizin).

Ausgangspunkt für die Berechnung der Ausgaben in Ausbildungsbetrieben und an Berufsschulen im Dualen System ist die Stichprobenerhebung des Bundesinstituts für Berufsbildung im Jahr 2000. Betrachtet werden hierbei die Aufwendungen für den Bildungsprozess, d.h. Personalkosten der Ausbilder, Anlage- und Sachkosten, sonstige Kosten ohne von den Betrieben an die Auszubildenden gezahlte Vergütungen und ohne Erträge der Auszubildenden (vgl. Wirtschaft und Statistik 8/2004, S. 888).

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB).

^M Methodische Erläuterungen

Bildungsausgaben in Abgrenzung des Bildungsbudgets

Die Bildungsausgaben sind nach dem Konzept des Bildungsbudgets 2005/2006 abgegrenzt und umfassen die Personalausgaben (einschließlich Beihilfen und Sozialversicherungsbeiträge), Sachaufwand, Investitionsausgaben und unterstellte Sozialbeiträge für die Alters- und Krankenversorgung im Versorgungsfall der im Bildungsbereich aktiven Beamten nach dem Konzept der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Nicht enthalten sind Abschreibungen, Finanzierungskosten, Ausbildungsvergütungen, Personalausfallkosten der Weiterbildungsteilnehmer im Rahmen der betrieblichen Weiterbildung und die Versorgungszahlungen für im Ruhestand befindliche ehemalige Beschäftigte des Bildungsbereichs. Im Rahmen der Bildungsförderung werden öffentliche Ausgaben für BAföG, Umschulungen, Schülerbeförderung u. a. nachgewiesen. Falls nicht unmittelbar erwähnt, werden die Ausgaben in den jeweiligen Preisen angegeben.

Bildungsbudget

Das Bildungsbudget betrachtet in einer Gesamtschau Bildungsausgaben in international kompatibler Abgrenzung sowie zusätzliche bildungsrelevante Bereiche in nationaler Abgrenzung. Die Ausgaben für das Bildungsbudget in internationaler Abgrenzung stellen die Hauptkomponente der Bildungsausgaben dar. Sie umfassen die Ausgaben der Bildungseinrichtungen für das Lehr- und sonstige Personal, für die Beschaffung von Lehr- und Lernmitteln, für Heizung, Elektrizität, die Reinigung und Erhaltung von Schulgebäuden sowie die Ausgaben für den Bau von Schulgebäuden und für andere Investitionsgüter. Aber auch andere Einrichtungen, die Bildungsteilnehmer und -teilnehmerinnen selbst und deren Eltern bestreiten einen Teil der Bildungsausgaben. Hierbei handelt es sich z. B. um Ausgaben, die von den Lernenden zur Vorbereitung, zum Besuch und zur Nachbereitung des Unterrichts geleistet werden (z. B. für Nachhilfeunterricht, zur Anschaffung von Taschenrechnern, Büchern, Schreibwaren). Ausbildungsvergütungen, Lohn- und Gehaltskosten von Teilnehmenden an betrieblicher Aus- oder Weiterbildung werden nicht berücksichtigt. Enthalten sind auch die Ausgaben der Hochschulen für Forschung und Entwicklung. Zusätzliche bildungsrelevante Ausgaben in nationaler Abgrenzung umfassen die Ausgaben für Kinderbetreuung in öffentlichen Krippen und Horten, die betriebliche Weiterbildung, Volkshochschulen, Einrichtungen der Lehrerfortbildung, Einrichtungen der Jugendarbeit und die Förderung von Teilnehmenden an Weiterbildungsmaßnahmen. Weiter Hinweis zum Bildungsbudget enthält die Broschüre „Im Fokus: Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft 2005/2006“ welche zum kostenfreien Download unter www.destatis.de zur Verfügung steht.

3 Entwicklung der öffentlichen Bildungsausgaben

Im folgenden Abschnitt wird ein Überblick über die Entwicklung der Bildungsausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden von 1995 bis 2008 gegeben. Da Bund, Länder und Gemeinden weitgehend autonom über die Höhe der Bildungsausgaben entscheiden, werden hier die Bildungsausgaben in einer Gliederung nach Körperschaftsgruppen^M und Ländern dargestellt und anhand relevanter Indikatoren analysiert. Dies ist aus Gründen der Datenverfügbarkeit nicht in der Gliederung des Bildungsbudgets möglich. Die Bildungsausgaben werden der Finanzstatistik entnommen und entsprechend der Haushaltssystematik^M abgegrenzt. Im Einzelnen werden Kennzahlen zur Entwicklung der gesamten öffentlichen Bildungsausgaben betrachtet. Die Darstellung für die einzelnen Bildungsbereiche erfolgt in Kapitel 4.

Für die Steuerung des Bildungswesens werden aktuelle Informationen benötigt. Von besonderem Interesse sind dabei die Ausgaben von Bund, Ländern sowie Gemeinden, die rund drei Viertel der Bildungsausgaben ausmachen. Für die Berechnung der Ausgaben in der Abgrenzung des Bildungsbudgets müssen die Basisdaten mithilfe komplexer Berechnungsverfahren auf die Bildungsbereiche verteilt, bildungsfremde Ausgaben eliminiert und die Zahlungsströme zwischen den Sektoren und Haushaltsebenen berücksichtigt werden. Die erforderlichen Informationen liegen in vielen Bereichen nicht zeitnah bzw. nicht in der erforderlichen Gliederungstiefe vor. Für die Darstellung der öffentlichen Ausgaben^M kann aber auf die Finanzstatistiken (Jahresrechnungsstatistik, Kassenstatistik, Haushaltsansatzstatistik) zurückgegriffen werden, wobei die Daten der Haushaltsansatzstatistik bis zum aktuellen Rand (2008) reichen. Das Statistische Bundesamt legt bei der Analyse der Bildungsfinanzierung das Grundmittelkonzept zugrunde. Nach diesem Konzept können die Bildungsausgaben – trotz Ausgliederungen und der Flexibilisierung und Globalisierung der Haushalte – zwischen den Körperschaftsgruppen und im Zeitverlauf in vergleichbarer Form bis 2008 dargestellt werden. Die Grundmittel ermöglichen zwar eine Analyse der Bildungsfinanzierung, lassen aber keine eindeutigen Rückschlüsse auf das Volumen der Produktion von Bildungsdienstleistungen zu, da den Bildungseinrichtungen für die Finanzierung ihrer Ausgaben auch Finanzbeiträge anderer Mittelgeber (z. B. der privaten Haushalte, der Wirtschaft) zur Verfügung stehen.

Bildungsausgaben der Finanzstatistik entsprechen 80 % der öffentlichen Bildungsausgaben laut Bildungsbudget

Im Jahre 2005 beliefen sich die Grundmittel für Bildung laut der Finanzstatistik auf 86,7 Mrd. Euro, einschließlich unterstellter Sozialbeiträge und Beihilfen auf 96,3 Mrd. Euro. Laut Bildungsbudget stellte der öffentliche Bereich 108 Mrd. Euro für Bildung zur Verfügung. Die Differenz erklärt sich zum einen aus den Ausgaben der Bundesagentur für Arbeit, deren Ausgaben in der Finanzstatistik im vollen Umfang dem Aufgabenbereich Arbeitslosenversicherung (Funktion 225) zugeordnet werden, im Bildungsbudget aber mit 6,6 Mrd. Euro zu Buche schlagen. Zum anderen werden im Bildungsbudget Ausgaben berücksichtigt, die in der Finanzstatistik der öffentlichen Haushalte nicht im Aufgabenbereich Bildung veranschlagt sind (z. B. Bundeswehrhochschulen, Kosten der „betrieblichen Aus- und Fortbildung in den öffentlichen Verwaltungen“, Projektfördermittel für die Hochschulforschung). Im Rahmen der Bildungsbudgetberechnungen müssen zum Teil aber auch Ausgaben, die im Bildungsbereich veranschlagt werden, eliminiert werden, weil sie Nichtbildungszwecken dienen (z. B. die Ausgaben für die Krankenbehandlung in Hochschulkliniken) (Tab. 3-1).

Die öffentlichen Haushalte haben 2005 nach dem Grundmittelkonzept insgesamt 86,7 Mrd. Euro für Bildung (einschl. Tageseinrichtungen für Kinder und Jugend- bzw. Jugendverbandsarbeit) aufgewendet. Damit gaben sie insgesamt rund 0,6 % bzw. 528,9 Mill. Euro mehr als im Vorjahr für diesen Aufgabenbereich aus. 1995 betragen die Ausgaben noch insgesamt 75,9 Mrd. Euro. 2005 lagen die Ausgaben damit um 10,8 Mrd. Euro oder 14,2 % höher als 1995.

Länder tragen knapp 75 % aller Bildungsausgaben

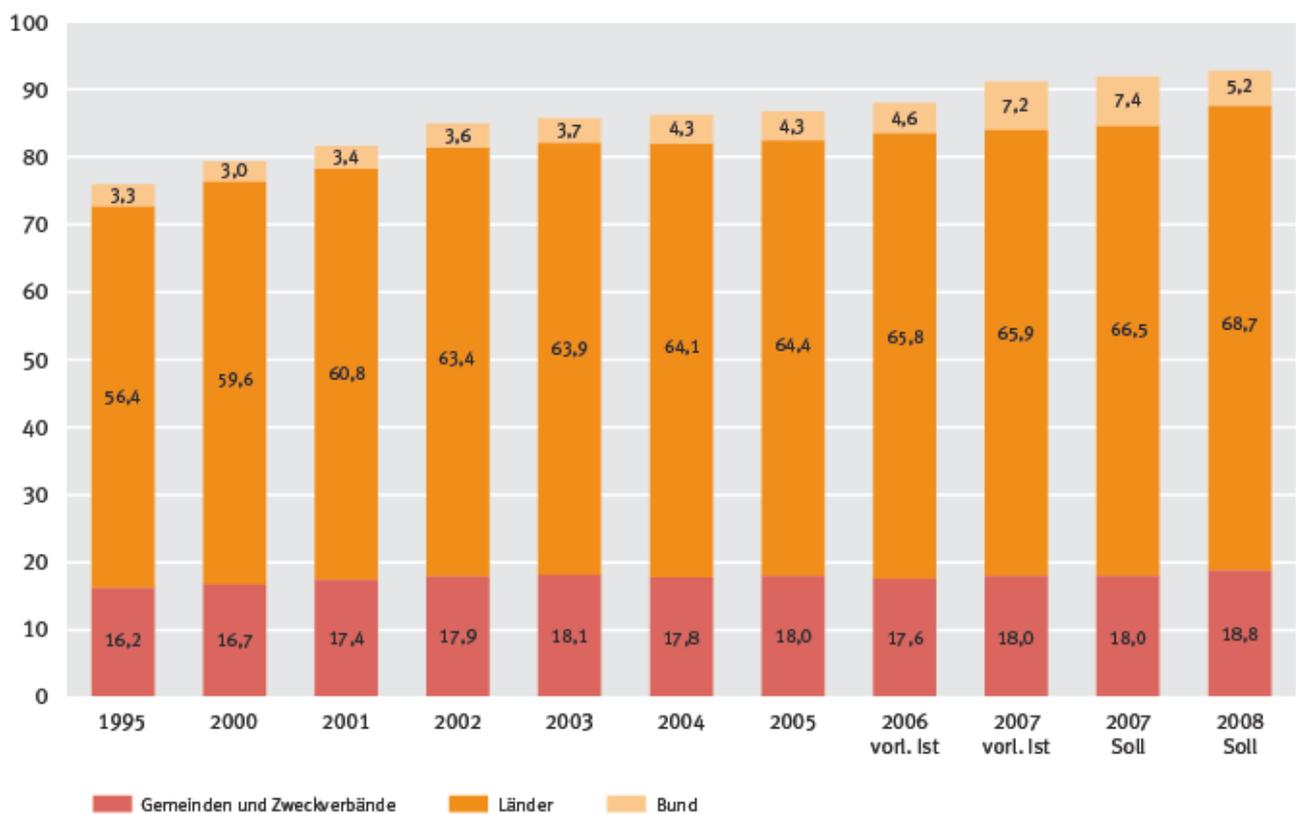
Die Flächenländer West finanzierten 2005 den Bildungsbereich mit einem Betrag von 62,5 Mrd. Euro, die Flächenländer Ost mit 12,9 Mrd. Euro und die Stadtstaaten mit 7,1 Mrd. Euro (Tab. 3-2). In einer Betrachtung nach Körperschaftsgruppen entfielen auf den Bund 4,3 Mrd. Euro, auf die Länder (staatliche Ebene) 64,4 Mrd. Euro und auf die Gemeinden 18,0 Mrd. Euro.

Nach vorläufigen Ergebnissen gaben die öffentlichen Haushalte 2006 88,1 Mrd. Euro für Bildung aus, 2007 91,2 Mrd. Euro. Das waren 3,5 % mehr als im Jahr 2006. Für das Jahr 2008 ist mit einer weiteren Steigerung zu rechnen, da die Haushaltsansätze um 0,8 % über denen des Jahres 2007 liegen (Abb. 3-1).

Tabelle 3-1: Öffentliche Bildungsausgaben 2005 in Mrd. Euro

Bildungsausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden im Rechnungsjahr 2005 laut Finanzstatistik	86,7
+ Unterstellte Sozialbeiträge für Beamtenversorgung	8,1
+ Beihilfen für aktive Beamte und Angestellte im Bildungsbereich	1,5
+ Bildungsausgaben der Bundesagentur für Arbeit	6,6
+ Bundeswehrhochschulen, duale Ausbildung, Weiterbildung, Beamtenausbildung usw. abzüglich bildungsfremde Leistungen von Bildungseinrichtungen (z. B. Krankenbehandlung in Hochschulkliniken)	5,1
= Öffentliche Bildungsausgaben laut Bildungsbudget	108,0

Abbildung 3-1: Entwicklung der öffentlichen Bildungsausgaben in Mrd. Euro



3.1 Öffentliche Bildungsausgaben in Relation zur Bevölkerung

Die Höhe der öffentlichen Bildungsausgaben eines Landes wird maßgeblich durch die Anzahl der in diesem Land lebenden Personen bestimmt. Von besonderer Bedeutung ist dabei die Altersstruktur der Bevölkerung. Insbesondere die Zahl der Personen der Altersgruppe, in denen üblicherweise ein Kindergarten, eine Schule oder eine Hochschule besucht oder eine Ausbildung absolviert wird, beeinflusst zusammen mit dem Bildungsverhalten und dem Bildungsangebot die Höhe der absoluten Bildungsausgaben der Länder.

Mit der Kennzahl „Bildungsausgaben je Einwohner“^M lassen sich die Bildungsausgaben von Ländern unter Berücksichtigung der Bevölkerungsgröße besser miteinander vergleichen.

Die Bildungsausgaben je Einwohner und Einwohnerin zeigen die von Bund, Ländern und Gemeinden zur Verfügung gestellten Mittel. Beim Vergleich der Ausgaben auf Länderebene bleiben die Finanzmittel des Bundes, der Wirtschaft und der privaten Haushalte unberücksichtigt. Hier zeigt die Kennzahl Bildungsausgaben je Einwohner alle von der staatlichen und kommunalen Ebene des jeweiligen Landes für das Bildungswesen bereitgestellten Mittel.

2005 gaben Bund, Länder und Gemeinden 1 052 Euro je Einwohner und Einwohnerin für Bildung aus

Im Jahr 2005 wendeten die öffentlichen Haushalte 1 052 Euro je Einwohner für Bildung auf. Davon entfielen 52 Euro auf den Bund, 781 Euro auf die Länder und 219 Euro auf die kommunale Ebene. 1995 waren dies noch insgesamt 930 Euro je Einwohner. Damit gaben die öffentlichen Haushalte 2005 13,1 % mehr aus als noch 1995.

Die Bildungsausgaben je Einwohner waren 2005 in Hamburg mit 1 264 Euro und in Berlin mit 1 218 Euro am höchsten. Die geringsten Werte im Ländervergleich wiesen Brandenburg (833 Euro) und Schleswig-Holstein (862 Euro) auf.

Nach vorläufigen Ergebnissen stiegen die Ausgaben je Einwohner auf 1 069 Euro in 2006 und 1 108 Euro in 2007. Für das Jahr 2008 errechnen sich auf der Basis der Haushaltsansätze Ausgaben in Höhe von 1 127 Euro.

Bei den unter 30-jährigen stiegen die öffentlichen Bildungsausgaben zwischen 1995 und 2005 um 27,9 %, je Einwohner nur um 13,1 %

Im Sinne des lebenslangen Lernens sollte die gesamte Bevölkerung an Bildungsmaßnahmen teilnehmen. Der größte Teil der öffentlichen Bildungsausgaben entfällt jedoch auf Bildungseinrichtungen, die in erster Linie von jungen Menschen besucht werden (Kindertageseinrichtungen, Schulen, Hochschulen). Dabei sind die unter 30-jährigen die primäre Zielgruppe, für die das Bildungssystem die entsprechenden Angebote bereitzustellen hat. Diese Altersgruppe ist in den letzten Jahren auf Grund des Geburtenrückgangs geschrumpft und hat sich in den einzelnen Ländern unterschiedlich entwickelt. Um die öffentliche Finanzierung des Angebots an Bildungsleistungen im Verhältnis zum potentiellen Nachfragevolumen abzubilden, werden üblicherweise die Bildungsausgaben auf die Population der bis unter 30-jährigen bezogen.

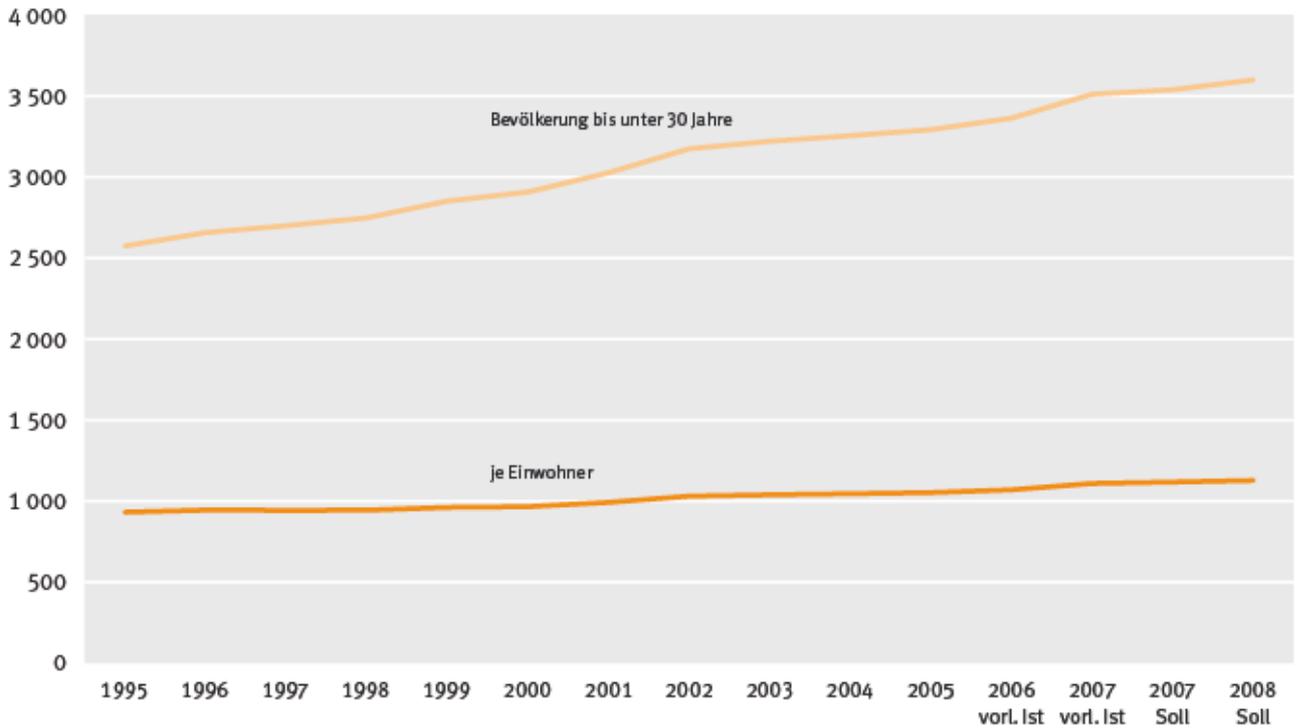
In Relation zu dieser Altersgruppe betragen die öffentlichen Ausgaben für Bildung 2005 insgesamt 3 291 Euro. Das waren in jeweiligen Preisen 27,9 % mehr als noch 1995 (2 573 Euro).

2007 betragen die Ausgaben nach vorläufigen Ergebnissen 3 510 Euro und damit 4,4 % mehr als 2006 (3 362 Euro). Für das Jahr 2008 errechnen sich Ausgaben in Höhe von 3 598 Euro (**Abb. 3.1-1**).

Die höchsten Werte zu den Bildungsausgaben je Person unter 30 Jahren erreichten im Jahr 2005 Hamburg mit 3 994 Euro und Berlin mit 3 887 Euro. Die geringsten Werte im Ländervergleich wurden für Schleswig-Holstein mit 2 754 Euro und Brandenburg mit 2 789 Euro ermittelt (**Abb. 3.1-2**). Bei der Interpretation ist zu berücksichtigen, dass insbesondere in den Stadtstaaten Berlin und Hamburg viele Personen Bildungseinrichtungen besuchen, die ihren Wohnsitz im Umland, also in einem anderen Bundesland (Brandenburg bzw. Schleswig-Holstein) haben. Umgekehrt ist die Zahl der Bildungsteilnehmer aus den Stadtstaaten in den Bildungseinrichtungen des Umlandes eher gering.

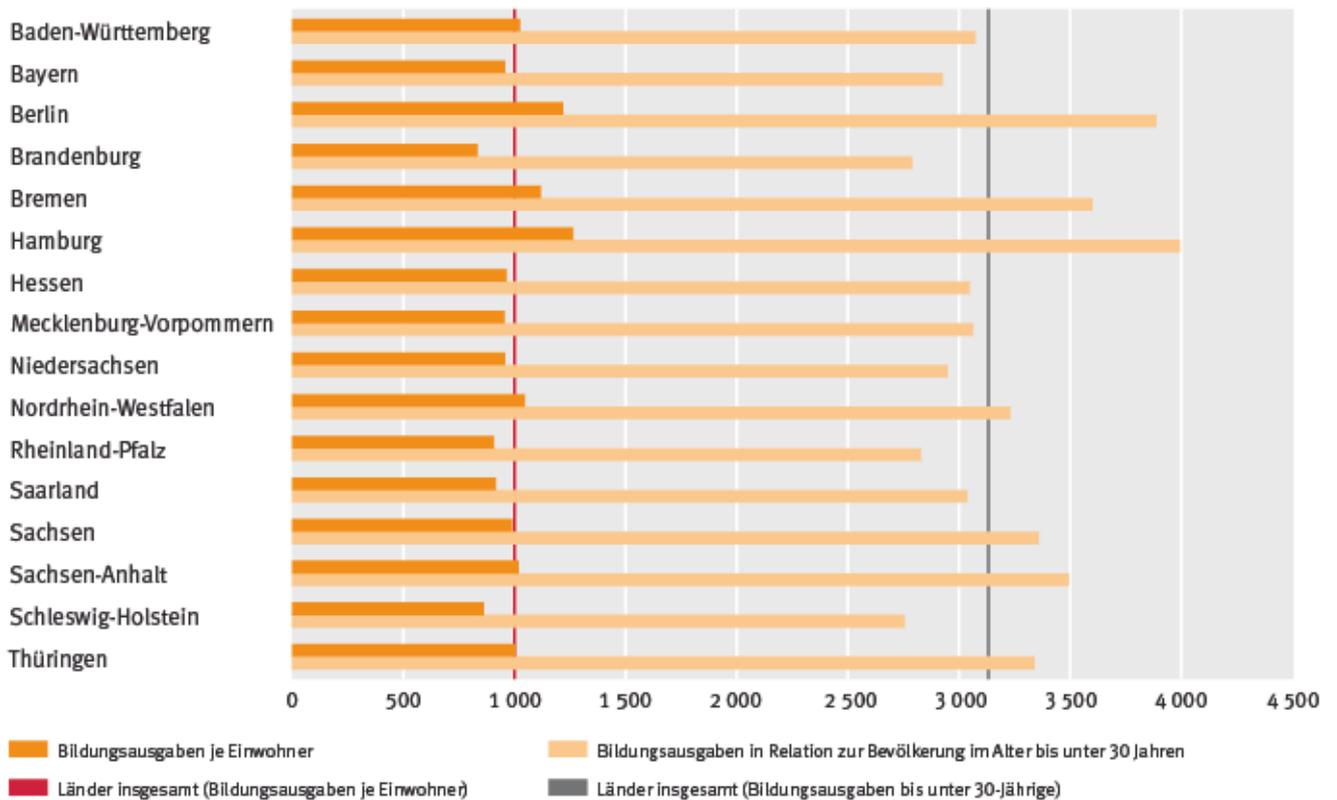
Die Ausgabenentwicklung verlief in den einzelnen Ländern unterschiedlich. In den Flächenländern Ost, in denen die unter 30-jährigen auf Grund der Geburtenentwicklung und der Wanderungsbewegungen stärker zurückging, war trotz Ausgabenkürzungen ein Anstieg der Bildungsausgaben je Person unter 30 Jahren zu beobachten. Während 1995 in den Flächenländern Ost 2 723 Euro (Flächenländer West: 2 290 Euro) je unter 30-jährige Person ausgegeben wurde, waren es im Jahr 2005 3 231 Euro (Flächenländer West: 3 041 Euro).

Abbildung 3.1-1: Öffentliche Bildungsausgaben in Relation zur Bevölkerung in Euro



Hinweise zum Bevölkerungsstand siehe methodische Erläuterungen.

Abbildung 3.1-2: Öffentliche Bildungsausgaben in Relation zur Bevölkerung im Ländervergleich 2005 in Euro



Hinweise zum Bevölkerungsstand siehe methodische Erläuterungen.

3.2 Öffentliche Bildungsausgaben in Relation zum Gesamthaushalt von Bund, Ländern und Gemeinden

2005: 17,4% des Gesamt-
etats von Bund, Ländern
und Gemeinden für Bildung

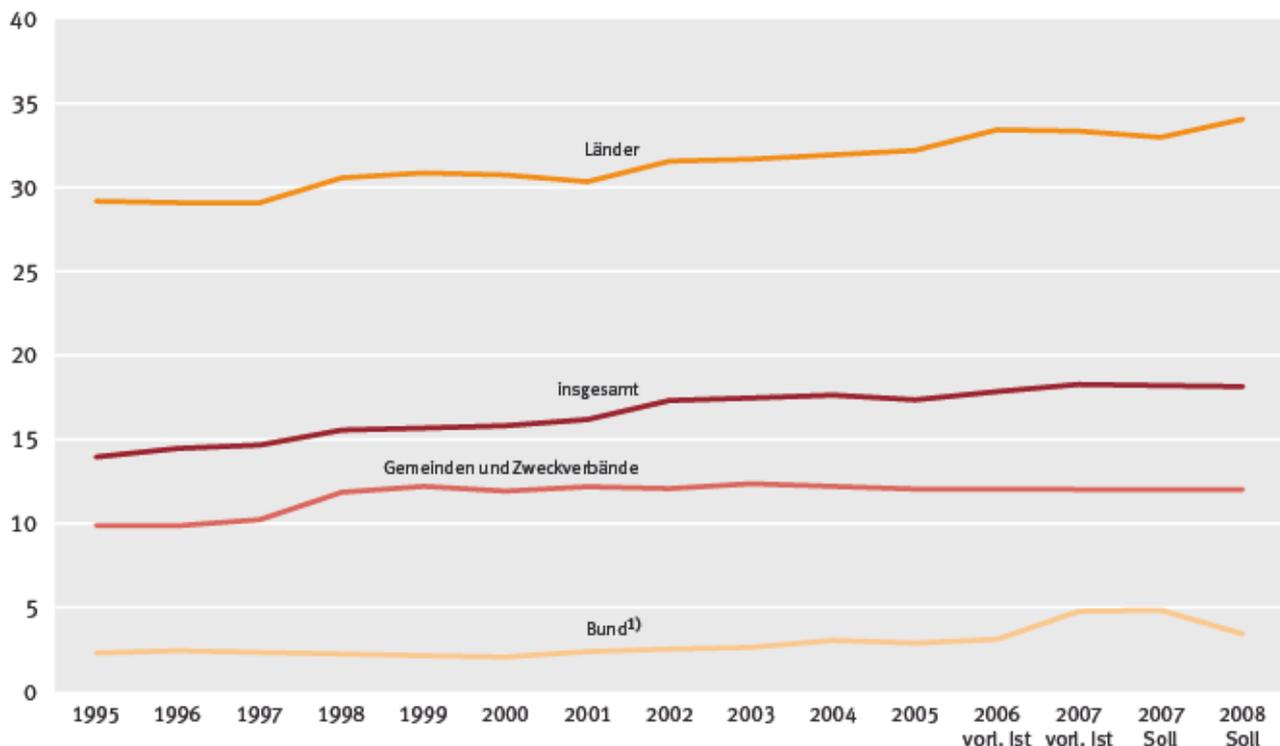
Bezogen auf den öffentlichen Gesamthaushalt^M (unmittelbare Ausgaben des Bundes, der Länder und der Gemeinden) wendeten die öffentlichen Haushalte im Jahr 2005 17,4 % für Bildung auf. 1995 entfielen 13,9% der Ausgaben auf das Bildungswesen. Nach vorläufigen Ergebnissen lag die Relation 2006 bei 17,8% und 2007 bei 18,3%. 2008 wird der Anteil voraussichtlich 18,1% betragen (Abb. 3.2-1).

In Bezug auf die öffentlichen Haushalte hat der Bildungsbereich seinen Anteil ausgeweitet, bei gleichzeitig sinkendem Anteil am BIP (Tab. 3.2-1 bzw. Abb. 3.3-1). Bei der Interpretation ist jedoch zu berücksichtigen, dass ab dem Jahr 1998 die kaufmännisch buchenden Krankenhäuser und Hochschulkliniken nur noch in Höhe des öffentlichen Zuschusses im Gesamthaushalt berücksichtigt werden und sich die Struktur des Haushalts auf Grund von Ausgliederungen im Zeitverlauf veränderte. Von den Ausgliederungen waren die nicht zur Bildung zählenden Aufgabenbereiche (bspw. Energieversorgung, Wasserver- und Abwasserentsorgung, Personennahverkehr, Straßenwesen, usw.) noch stärker betroffen als der Bildungsbereich, so dass sich auch hierdurch der Anteil der Bildungsausgaben am Gesamtetat erhöhte.

Die Anteilswerte der Bildungsausgaben an den öffentlichen Haushalten waren 2005 in den Flächenländern West im Durchschnitt höher (24,2%) als in den Flächenländern Ost (22,2%) und den Stadtstaaten (20,4%). Den höchsten Anteil verzeichneten Baden-Württemberg (25,6%) und Niedersachsen (24,6%), den niedrigsten Anteil gab es in Brandenburg mit 18,7%, (Tab. 3.2-1).

Beim Bund machten 2005 die Bildungsausgaben 2,9% (1995: 2,3%) des Bundeshaushaltes aus, bei den Ländern 32,2% (1995: 29,2%) der Länderhaushalte und bei den Gemeinden 12,0% (1995: 9,9%) der Kommunalhaushalte.

Abbildung 3.2-1: Öffentliche Bildungsausgaben in Relation zum Gesamthaushalt von Bund, Ländern und Gemeinden nach Körperschaftsgruppen in %



1) Ausgabenanstieg beim Bund in 2007 durch Zuführung von 2,15 Mrd. Euro zum Sondervermögen Kinderbetreuungsbaus.

3.3 Öffentliche Bildungsausgaben in Relation zum Bruttoinlandsprodukt

Die öffentlichen Bildungsausgaben sind im Bundesgebiet seit 1995 stetig gestiegen (vgl. Tab. 3-2), jedoch unterproportional zur wirtschaftlichen Entwicklung. Die Relation der Bildungsausgaben zum Bruttoinlandsprodukt (BIP)^M zeigt, in welchem Verhältnis die öffentlichen Mittel für Bildung zur Wirtschaftskraft der Volkswirtschaft stehen.

Im Jahr 2005 stellten Bund, Länder und Gemeinden dem Bildungsbereich Mittel in Höhe von 3,9 % des BIP zur Verfügung. Im Jahr 1995 entsprach ihr Finanzbeitrag noch 4,1 % des BIP.

Nach vorläufigen Ergebnissen lag die Relation sowohl 2006 als auch 2007 bei 3,8 %, allerdings mit leicht rückläufiger Tendenz in 2007 (Abb. 3.3-1).

Geht man – wie der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage im Jahresgutachten 2007/2008 – für 2008 von einem nominalen Zuwachs des BIP in Höhe von 3,5 % aus und unterstellt man, dass die öffentlichen Haushalte die veranschlagten Beträge für Bildung ausgeben, so kann für 2008 mit einem BIP-Anteil von insgesamt 3,7 % gerechnet werden.

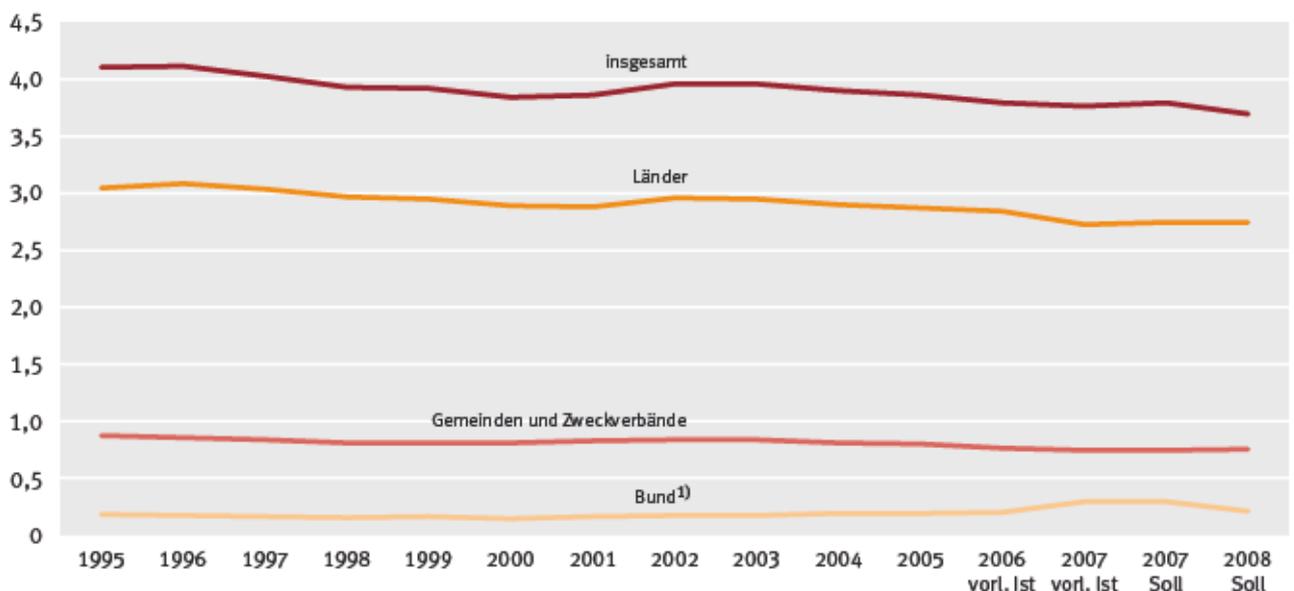
In Bezug zu ihrer Wirtschaftskraft gaben die Flächenländer West 2005 mit durchschnittlich 3,5 % deutlich weniger für Bildung aus als die Flächenländer Ost (5,0 %). In den Stadtstaaten betrug die Kennzahl durchschnittlich 3,8 %. Im Ländervergleich ergaben sich deutliche Abweichungen zum Bundesdurchschnitt. Die Spannweite reichte von 2,7 % in Hamburg bis 5,3 % in Sachsen-Anhalt (Tab. 3.3-1).

Zu berücksichtigen ist, dass die Unterschiede in der Finanzkraft der Länder durch den Länderfinanzausgleich oder durch Zuweisungen an leistungsschwache Länder zur ergänzenden Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs deutlich abgemildert werden. Diese Ausgleichszahlungen ermöglichen es diesen Ländern, in Relation zur Wirtschaftskraft relativ hohe Mittel dem Bildungsbereich zur Verfügung zu stellen. Dies ist auch ein Beitrag zur Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen in den einzelnen Regionen Deutschlands und zur Verbesserung der Chancengleichheit der Individuen.

Bei der Interpretation der Ergebnisse ist ferner zu berücksichtigen, dass die Stadtstaaten zentralörtliche Funktionen übernehmen. Außerdem konzentrieren sich Unternehmen, Verwaltungen und Bildungseinrichtungen in solchen Städten, in denen daher eine vergleichsweise überdurchschnittlich hohe Wirtschaftskraft vorhanden ist.

Bildungsausgaben unterproportional zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung gesteigert

Abbildung 3.3-1: Öffentliche Bildungsausgaben in Relation zum BIP nach Körperschaftsgruppen in %



BIP-Prognose 2008 in Höhe von nominal 3,5 % nach Angaben des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage im Jahresgutachten 2007/2008 (Tab. 14, S. 81).

1) Ausgabenanstieg beim Bund in 2007 durch Zuführung von 2,15 Mrd. Euro zum Sondervermögen Kinderbetreuungsausbau.

Methodische Erläuterungen

Körperschaftsgruppen

Der Nachweis der öffentlichen Bildungsausgaben erfolgt in einer Gliederung nach Körperschaftsgruppen (Bund, Länder, Gemeinden) und nach einzelnen Ländern, wobei ebenfalls zwischen der staatlichen Ebene (Land) und der kommunalen Ebene (Gemeinden, Gemeindeverbände und Zweckverbände) unterschieden wird.

Abgrenzung der Bildungsausgaben nach den Aufgabenbereichen der Haushaltssystematiken

Die Bildungsausgaben werden entsprechend der kommunalen und staatlichen Haushaltssystematiken abgegrenzt. Sie umfassen die Bereiche allgemein bildende und berufliche Schulen, Hochschulen, Förderung von Schülern und Schülerinnen, Studierenden und dgl. sowie das sonstige Bildungswesen. Ebenfalls einbezogen werden die Ausgaben für Kinder in Tageseinrichtungen und in Tagespflege sowie die Ausgaben im Bereich Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit (siehe Anhang A 1 und A 2).

Die dargestellten Jahresrechnungsergebnisse entsprechen sachlich und systematisch dem Stand des jeweiligen Berichtsjahres. Die Darstellung im Bildungsfinanzbericht erfolgt nach der Gliederung des Jahres 2005. Vergleiche mit vorangegangenen Berichtsjahren sind aufgrund systematischer Umstrukturierungen bei der Gliederung der Einnahme- und Ausgabearten und bei der Gliederung nach Aufgabenbereichen der staatlichen Haushalte und z.T. auch der kommunalen Haushalte ab dem Jahr 2001 in Teilbereichen nur eingeschränkt möglich.

Darstellung der öffentlichen Ausgaben (Datenquellen für Jahresdaten)

Bis zum Jahr 2005 werden die Bildungsausgaben sowohl für die staatliche Ebene (Bund, Länder) als auch für die kommunale Ebene (Gemeinden sowie Zweckverbände) der Jahresrechnungsstatistik der öffentlichen Haushalte entnommen.

Für den staatlichen Bereich bildet die Haushaltsansatzstatistik die Basis für die vorläufigen Ist-Ergebnisse für die Jahre 2006 und 2007 und für die Soll-Ergebnisse der Jahre 2007 und 2008. Die Ausgaben der kommunalen Ebene werden für die Jahre 2006 bis 2008 fortgeschrieben (siehe Anhang A 5).

Bildungsausgaben je Einwohner

Zur Berechnung der Kennzahl werden die Ergebnisse aus der Fortschreibung des Bevölkerungsstandes zum Jahresdurchschnitt (2007: 30. Juni 2007) verwendet, wie sie für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder berechnet werden.

In dieser Abgrenzung liegen keine Angaben zu einzelnen Jahrgängen vor. Die Bevölkerungszahlen der Kenngröße „Bildungsausgaben je Einwohner unter 30 Jahren“ basieren daher auf der Fortschreibung des Bevölkerungsstandes zum 1. Januar des jeweiligen Jahres.

Die Bevölkerungszahlen für das Jahr 2008 wurden der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (Variante 1 - W1) zum 1. Januar 2008 entnommen.

Anteil am öffentlichen Gesamthaushalt

Die Bildungsausgaben werden in Beziehung gesetzt zu den unmittelbaren Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden für alle Aufgabenbereiche (siehe Anhang A 5.2 Datenquellen).

Anteil am Bruttoinlandsprodukt

Die öffentlichen Bildungsausgaben werden in Beziehung zum Bruttoinlandsprodukt gesetzt (Berechnungsstand der VGR der Länder: August 2007/Februar 2008). Für das Jahr 2008 wurde die Prognose des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung verwendet (Jahresgutachten 2007/2008).

4 Öffentliche Bildungsausgaben nach Bildungsbereichen und Ländern

Nach der Verfassung liegt die primäre Zuständigkeit für Bildung bei den Ländern. Diese gestalten ihre Bildungssysteme weitgehend autonom und setzen bei der Ausstattung der einzelnen Bildungsbereiche mit Finanzmitteln teilweise unterschiedliche Schwerpunkte. Außerdem variiert der Kommunalisierungsgrad der Bildungsausgaben in den einzelnen Ländern und Bildungsbereichen. Im Folgenden werden daher die öffentlichen Ausgaben für Bildung (Grundmittel) nach den Aufgabenbereichen Kindertageseinrichtungen, Schulen, Hochschulen, Förderung von Schülern und Studierenden, sonstiges Bildungswesen sowie Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit dargestellt. Die Abgrenzung der Bildungsbereiche wird durch die staatlichen und kommunalen Haushaltssystematiken bestimmt, welche die Basis für die Haushaltsaufstellung durch Bund, Länder und Gemeinden bilden und der Jahresrechnungsstatistik und der Haushaltsansatzstatistik zugrunde liegen.

4.1 Öffentliche Ausgaben für Kindertageseinrichtungen

Die Ausgaben für Kindertageseinrichtungen umfassen die Ausgaben für Kinderkrippen, Kindergärten, Kinderhorte und die Tagesbetreuung von Kindern. Demgegenüber beziehen sich die Ausgaben des Elementarbereichs im Bildungsbudget und in der Abgrenzung der OECD lediglich auf Kindergärten (einschl. der im Aufgabenbereich Schule nachgewiesenen Vorklassen und Schulkindergärten), da Kinderkrippen und Kinderhorte sowie die Tagespflege keine Bildungsprogramme im Sinne der ISCED darstellen. Der Vergleich der Ausgaben für Tageseinrichtungen zwischen den Ländern und im Zeitverlauf wird erschwert durch die Änderung der Haushaltssystematiken und die Unterschiede in der Veranschlagungspraxis der Länder, insbesondere in den Stadtstaaten (siehe methodische Hinweise im Anhang).

4.1.1 Entwicklung der öffentlichen Ausgaben für Kindertageseinrichtungen im Überblick

In der öffentlichen Diskussion ist ein Wandel der Aufgaben der Kindertageseinrichtungen festzustellen. Während in der Vergangenheit der Betreuungscharakter der Tageseinrichtungen im Vordergrund stand, wird nun die Bildungsaufgabe dieser Einrichtungen betont. Dies hat dazu geführt, dass ab dem Jahr 1996 jedes Kind ein Recht auf einen Kindergartenplatz hat und sich viele Länder bemühen, die Gebühren für einen Kindergartenplatz zu reduzieren bzw. zumindest den Besuch des letzten Jahres vor Schuleintritt kostenfrei zu ermöglichen. Außerdem wird angestrebt, bis zum Jahr 2013 für 35 % der bis 2-jährigen Kinder einen Krippenplatz oder einen Platz in der Kindertagespflege anzubieten. Auch ist zu beachten, dass seit einigen Jahren ein Trend zur Vorverlegung des Eintrittsalters in Kindergarten und Schule zu beobachten ist und dass sich der Anteil der Kindergärten in privater Trägerschaft kontinuierlich erhöht hat. Außerdem wirken sich Veränderungen im Ganztagsangebot in den Ländern in spezifischer Form auf das Hortangebot aus.

Die öffentlichen Haushalte gaben 2005 für Kindertageseinrichtungen 10,7 Mrd. Euro aus. Das waren rund 4,5 % mehr als im Vorjahr oder 54,7 % mehr als 1995. Eliminiert man die Unterschiede in der Veranschlagungspraxis (z. B. bei den Stadtstaaten) so ist die Ausgabensteigerung deutlich niedriger (ca. 25 % gegenüber 1995, **Abb. 4.1.2-1**).

Nach vorläufigen Ergebnissen wurden die Ausgaben für Kindertageseinrichtungen in 2006 auf 10,5 Mrd. Euro vermindert, erreichten 2007 aber ein Volumen von 13,1 Mrd. Euro. Die Haushaltsansätze für das Jahr 2008 sanken gegenüber dem Vorjahr um 11,8 %. Die starke Steigerung in 2007 ist darauf zurückzuführen, dass der Bund 2,15 Mrd. Euro dem Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbau“ zugeführt hat. Mit diesen Mitteln beteiligt sich der Bund in den Jahren 2008 bis 2013 an den Investitionskosten für den Ausbau der Tageseinrichtungen und zur Tagespflege für Kinder unter drei Jahren (Investitionsprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung“).

4.1.2 Öffentliche Ausgaben für Kindertageseinrichtungen nach Körperschaftsgruppen

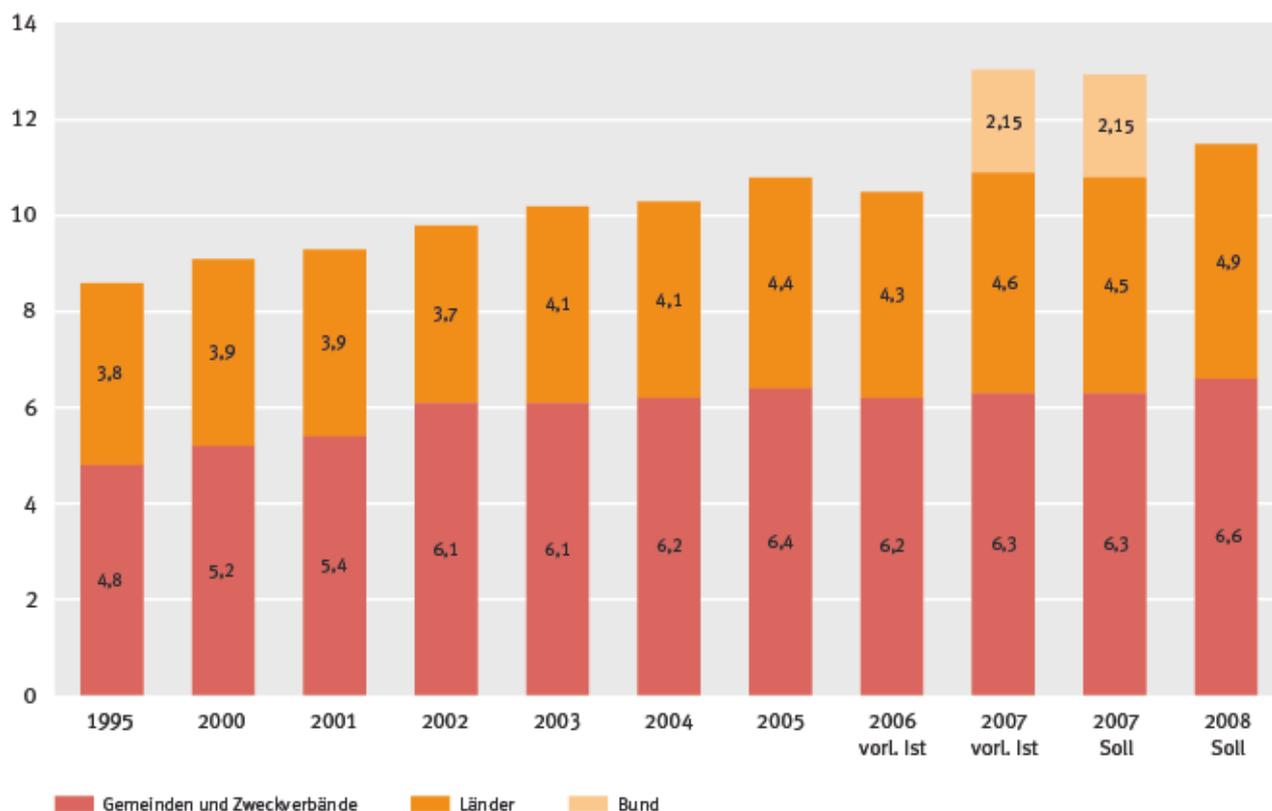
Kinder- und Jugendhilfe ist im Wesentlichen eine kommunale Aufgabe. Von den Ausgaben für Kindertageseinrichtungen im Jahre 2005 stellten die Länder 4,4 Mrd. Euro (1995 – eliminiert um die Unterschiede in der Veranschlagungspraxis^M: 3,8 Mrd. Euro) und die Gemeinden 6,4 Mrd. Euro (1995: 4,8 Mrd. Euro) zur Verfügung.

Öffentliche Ausgaben für Kindertageseinrichtungen 2005 um 25 % höher als 1995

Öffentliche Ausgaben für Kindertageseinrichtungen: Anteil der Gemeinden 2005 bei knapp 60 %

Eliminiert man die Unterschiede in der Veranschlagungspraxis, so liegt die Ausgabensteigerung der öffentlichen Haushalte für Kindertageseinrichtungen 2005 bei ca. 25 % gegenüber 1995 (Abb. 4.1.2-1).

Abbildung 4.1.2-1: Öffentliche Ausgaben für Kindertageseinrichtungen in Mrd. Euro



Ausgabenanstieg beim Bund in 2007 durch Zuführung von 2,15 Mrd. Euro zum Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbau“.

In Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Berlin und Hamburg wurden die öffentlichen Ausgaben für Kindertageseinrichtungen 1995 und 2000 unter anderen Funktionen verbucht. Einschließlich dieser Zahlungen errechnen sich für 1995 insgesamt Grundmittel für Kindertageseinrichtungen in Höhe von 8,6 Mrd. Euro und für 2000 von 9,1 Mrd. Euro.

4.1.3 Öffentliche Ausgaben für Kindertageseinrichtungen nach Ländern

Im Vergleich der Flächenländer variierte die Entwicklung von 1995 zu 2005 von Ausgabenrückgängen um 26,5 % in Sachsen-Anhalt bis hin zu Ausgabensteigerungen von 84,5 % in Baden-Württemberg. Die Unterschiede in der Veranschlagungspraxis wurden hierbei näherungsweise berücksichtigt (Tab. 4.1.3-1).

Eliminiert man die Unterschiede in der Veranschlagungspraxis bei den Flächenländern, so sind in den meisten Flächenländern Ost generell im Vergleichszeitraum die öffentlichen Ausgaben für Tageseinrichtungen reduziert worden, während sie in den Flächenländern West generell gestiegen sind.

In der DDR war die Versorgung mit Krippen-, Hort- und Kindergartenplätzen umfassend. Auf Grund des Geburtenrückgangs nach der Wende wurden die Kapazitäten an den Bedarf angepasst, welches eine Reduzierung der Ausgaben gestattete. Im früheren Bundesgebiet war und ist die Versorgung mit Plätzen und Tageseinrichtungen deutlich geringer. Um die neuen Ziele zu erreichen, mussten daher die Kapazitäten erweitert und die Ausgaben gesteigert werden.

Ausgabensteigerung für Kindertageseinrichtungen in den Flächenländern West seit 1995, Rückgang in den Flächenländern Ost

4.1.4 Öffentliche Zuschüsse für private Einrichtungen

Die Förderung von Einrichtungen für Kinder (Kinderkrippen, Kindergärten, Kinderhorte, Kindertagespflege) in freier und gemeinnütziger Trägerschaft sowie die Förderung privater Träger der Jugendhilfe durch die öffentlichen Haushalte ist in den jeweiligen Landesgesetzen geregelt.

Freie Träger, vor allem die Kirchen und freie gemeinnützige Organisationen, engagieren sich in Deutschland seit jeher in der Kinder- und Jugendhilfe. Der Anteil der Einrichtungen in freier Trägerschaft ist in den letzten Jahren stetig gestiegen.

Über 60 % der Kindertageseinrichtungen in privater Trägerschaft

Befanden sich zum 31. Dezember 1994 knapp mehr als die Hälfte (52,6%) aller Einrichtungen der Kindertagesbetreuung in freier Trägerschaft, lag der Anteil zum 15. März 2007 bei 64,2%.

Die öffentlichen Zuschüsse für private Kindertageseinrichtungen werden in der Jahresrechnungstatistik und in der Haushaltsansatzstatistik der öffentlichen Haushalte nachgewiesen.

Im Jahr 2005 förderten die öffentlichen Haushalte die privaten Tageseinrichtungen für Kinder mit insgesamt 6,0 Mrd. Euro. Das waren rund 6,7% mehr als im Vorjahr und 91,4% mehr als im Jahre 1995. Von den Zuschüssen für private Einrichtungen im Jahre 2005 stellten die Länder 0,7 Mrd. Euro (1995: 0,6 Mrd. Euro) und die Gemeinden 5,3 Mrd. Euro (1995: 2,6 Mrd. Euro) zur Verfügung (Tab. 4.1.4-1). Die Unterschiede in der Veranschlagungspraxis konnten hierbei nicht eliminiert werden.

4.2 Öffentliche Ausgaben für Schulen (allgemein bildende und berufliche Schulen)

Die Ausgaben des Schulbereichs umfassen die Ausgaben der öffentlichen Haushalte für allgemein bildende und berufliche Schulen. Nicht enthalten sind die Schulen des Gesundheitswesens. Im Bildungsbudget und in der internationalen Bildungsberichterstattung werden die Schulausgaben verschiedenen ISCED-Stufen zugeordnet (ISCED 1 bis 4, 5B). Für Steuerungs-zwecke wäre es zweckmäßig, die Ausgaben in einer Gliederung nach beruflichen und allgemein bildenden Bildungsgängen bzw. nach einzelnen Schularten darzustellen. Dies ist jedoch mit den allgemeinen Angaben der Finanzstatistik nicht möglich, da die Veranschlagungspraxis in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich ist und berufliche Schulen in einem großen Umfang auch allgemein bildende Bildungsgänge anbieten. Um ergänzende Aussagen zur Finanzstatistik machen zu können und Vergleiche für einzelne Schularten zu ermöglichen, hat das Statistische Bundesamt analytische Verfahren entwickelt, die es erlauben die Ausgaben je Schüler nach Schularten zu berechnen (siehe Kapitel 4.2.4).

4.2.1 Entwicklung der öffentlichen Ausgaben für Schulen im Überblick

In den letzten Jahren haben die Kultusministerien der Länder eine Reihe von Reformmaßnahmen im Schulbereich eingeleitet, um die Leistungsfähigkeit des Bildungssystems zu erhöhen, die Bildungsbereiche an die Anforderungen der globalisierten Wissensgesellschaft anzupassen und der demografischen und gesellschaftlichen Entwicklung Rechnung zu tragen. Der Ausbau des Gymnasialbereichs, die Einführung der Ganztagschulen und die Schaffung von Bildungsprogrammen zur Förderung benachteiligter Jugendlicher sind Beispiele für diese Entwicklungen. In der Regel führen diese Maßnahmen zu höheren Ausgaben. Dagegen ermöglichte die Verringerung der Schülerzahlen in einzelnen Ländern und Schulbereichen den Abbau von Kapazitäten, die zu Ausgabenkürzungen führten (Demografiegewinne aus Stellenfreisetzungen auf Grund des Schülerrückgangs). Auf Grund der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte haben die Länder aber auch in einem unterschiedlichen Umfang Sachaufwendungen (z. B. durch eine Einschränkung der Lernmittelfreiheit oder durch Ausgaben für die Schulunterhaltung) bzw. die Investitionsbudgets reduziert.

Die öffentlichen Haushalte gaben 2005 für allgemein bildende und berufliche Schulen 50,2 Mrd. Euro aus. Das waren rund 0,2% mehr als im Vorjahr oder 12,8% mehr als im Jahre 1995.

Nach vorläufigen Ergebnissen wurden die Ausgaben für Schulen auf 50,7 Mrd. Euro in 2006 bzw. auf 51,3 Mrd. Euro in 2007 gesteigert. Die Haushaltsansätze für das Jahr 2008 wurden gegenüber dem Vorjahr um 2,0% erhöht (Tab. 4.2.1-1).

4.2.2 Öffentliche Ausgaben für Schulen nach Körperschaftsgruppen

Von den Schulausgaben in Höhe von 50,2 Mrd. Euro im Jahre 2005 stellten der Bund 0,6 Mrd. Euro (1995: 0,7 Mill. Euro), die Länder 40,5 Mrd. Euro (1995: 35,4 Mrd. Euro) und die Gemeinden 9,1 Mrd. Euro (1995: 9,1 Mrd. Euro) zur Verfügung (Abb. 4.2.2-1).

Länder finanzieren 80 % der öffentlichen Schulausgaben

Im Schulbereich wurden die öffentlichen Ausgaben also überwiegend von den Ländern bestritten. Gegenüber dem Jahr 1995 konnten sie ihren Anteil von 79,5 % auf 80,6 % in 2005 steigern, während der Anteil der Gemeinden von 20,5 % im Jahre 1995 auf 18,1 % im Jahr 2005 zurückging.

Über das „Investitionsprogramm Zukunft Bildung und Betreuung“ (IZBB) engagiert sich seit einigen Jahren auch der Bund im Schulbereich. Mit dem Investitionsprogramm unterstützt die Bundesregierung die Länder beim bedarfsgerechten Auf- und Ausbau von Ganztagschulen. Der Bund finanzierte 2005 1,3 % der Schulausgaben (Abb. 4.2.2-2).

Abbildung 4.2.2-1: Öffentliche Ausgaben für Schulen nach Körperschaftsgruppen in Mrd. Euro

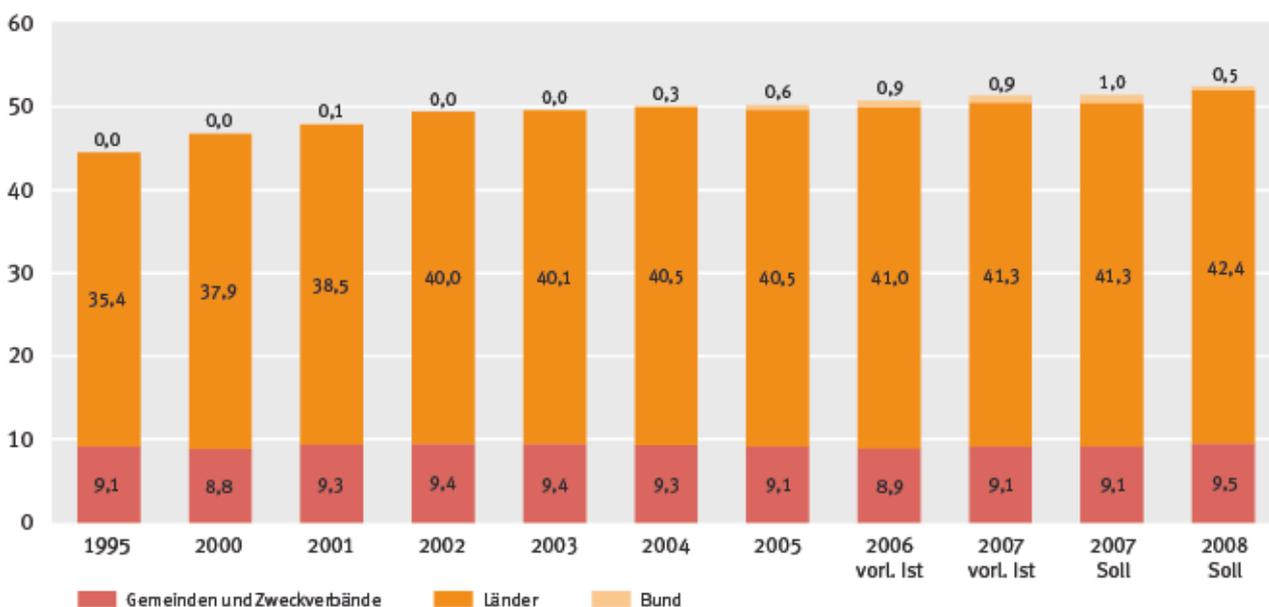
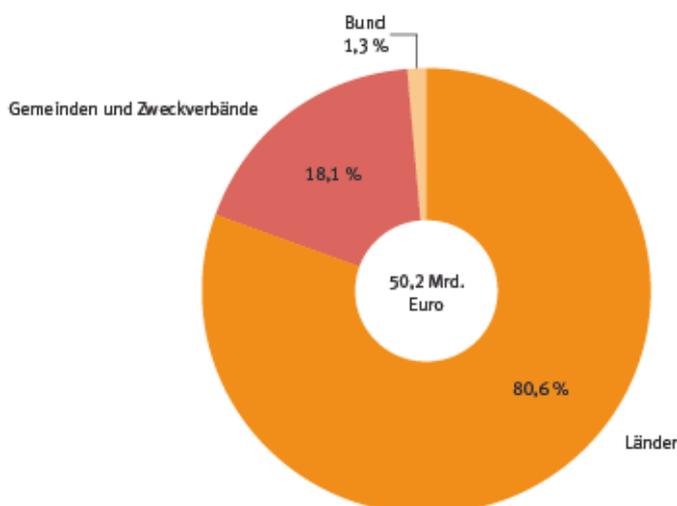


Abbildung 4.2.2-2: Öffentliche Ausgaben für Schulen nach Körperschaftsgruppen 2005



Öffentliche Ausgaben für Schulen steigen in den Flächenländern West während sie in den Flächenländern Ost sinken

4.2.3 Öffentliche Ausgaben für Schulen nach Ländern

Im Ländervergleich variierte die Entwicklung von 1995 zu 2005 von Ausgabenrückgängen um 18,4 % in Mecklenburg-Vorpommern sowie gut 15 % in Brandenburg und Thüringen bis hin zu Ausgabensteigerungen von 23,7 % in Nordrhein-Westfalen und 26,3 % in Baden-Württemberg (Tab. 4.2.1-1). Die Ausgabenrückgänge in den östlichen Flächenländern sind primär auf den Rückgang der Schülerzahlen zurückzuführen.

Auch 2006 und 2007 war die Ausgabenentwicklung unterschiedlich. Für 2007 wurden im Vergleich zu 2006 Ausgabenrückgänge von 7,0 % in Sachsen sowie 6,3 % in Sachsen-Anhalt und Ausgabensteigerungen von 8,9 % in Hamburg und 6,3 % in Hessen beobachtet (Tab. 4.2.1-1). Die Haushaltsansätze für 2008 lassen sowohl in den Flächenländern West als auch in den Stadtstaaten höhere Schulausgaben erwarten, während nach den Veranschlagungen in den Haushalten die Ausgaben in den Flächenländern Ost in etwa das Niveau des Vorjahres erreichen dürften.

4.2.4 Ausgaben für öffentliche Schulen je Schüler/in nach Schularten und Ländern 2005

Die Ausgaben je Schüler/in^M an öffentlichen Schulen sind ein Maß dafür, wie viele Mittel jährlich im Durchschnitt für die Ausbildung einer Schülerin bzw. eines Schülers aufgewendet werden. Die Ausgaben öffentlicher Schulen setzen sich zusammen aus den Ausgaben für das Personal (einschließlich Zuschläge für Beihilfen und unterstellter Sozialbeiträge für verbeamtete Lehrkräfte), für den laufenden Sachaufwand sowie für Investitionen.

Ausgaben je Schüler/in 2005 bei 4 700 Euro

Die öffentlichen Haushalte gaben 2005 bundesweit durchschnittlich 4 700 Euro für die Ausbildung je Schüler/in an öffentlichen Schulen aus. Die Ausgaben je Schüler/in in den Stadtstaaten lagen mit 5 500 Euro deutlich über den Ausgaben in den Flächenländern Ost mit 5 000 Euro und in den Flächenländern West (4 600 Euro). Im Ländervergleich verzeichnete Hamburg mit 5 700 Euro die höchsten Ausgaben je Schüler/in an öffentlichen Schulen, die niedrigsten Ausgaben wies das Saarland mit 4 300 Euro auf (Tab. 4.2.4-1).

Erhebliche Unterschiede lagen 2005 auch bei den Ausgaben je Schüler/in nach Schularten vor. So waren die allgemein bildenden Schulen mit 5 100 Euro teurer als die beruflichen Schulen mit 3 500 Euro. Die vergleichsweise niedrigen Ausgaben von 2 200 Euro je Schüler/in bei den Berufsschulen im Dualen System sind vor allem durch den Teilzeitunterricht bedingt. Innerhalb der allgemein bildenden Schulen lagen die Grundschulen mit 4 000 Euro und die Realschulen mit 4 500 Euro unter dem Bundesdurchschnitt für allgemein bildende Schulen, die Förderschulen mit 12 300 Euro weit darüber (Abb. 4.2.4-1 und Tab. 4.2.4-2).

Anteil der Personalausgaben etwa bei 80 %

Im Bundesdurchschnitt wurden 2005 3 900 Euro je Schüler/in für Personal (einschließlich unterstellter Sozialbeiträge für verbeamtete Lehrkräfte und Beihilfeaufwendungen), 500 Euro für laufenden Sachaufwand und 300 Euro für Investitionen ausgegeben. In allen Ländern sind die Personalausgaben mit durchschnittlich gut 80 % der Ausgaben die dominierende Ausgabenkomponente. Die Personalausgaben der Stadtstaaten waren mit 4 700 Euro je Schüler/in am höchsten. In den Flächenländern Ost betragen die Personalausgaben durchschnittlich 4 100 Euro und in den Flächenländern West 3 800 Euro je Schüler/in (Abb. 4.2.4-2). Die Ausgabenunterschiede zwischen den Ländern und den einzelnen Schularten stehen primär im Zusammenhang mit unterschiedlichen Schüler-Lehrer-Relationen (Abb. 4.2.4-3). Aber auch Unterschiede in der Schulstruktur und in der Vergütungsstruktur der Lehrkräfte, differierende Pflichtstundenzahlen der Lehrkräfte, unterschiedliche Klassengrößen und Unterschiede im Umfang des Ganztagsangebots und der Lernmittelfreiheit sowie in der materiellen Ausstattung der Schulen beeinflussen diese Kennzahl.

Abbildung 4.2.4-1: Ausgaben für öffentliche Schulen je Schüler/in nach Schularten 2005 in Euro

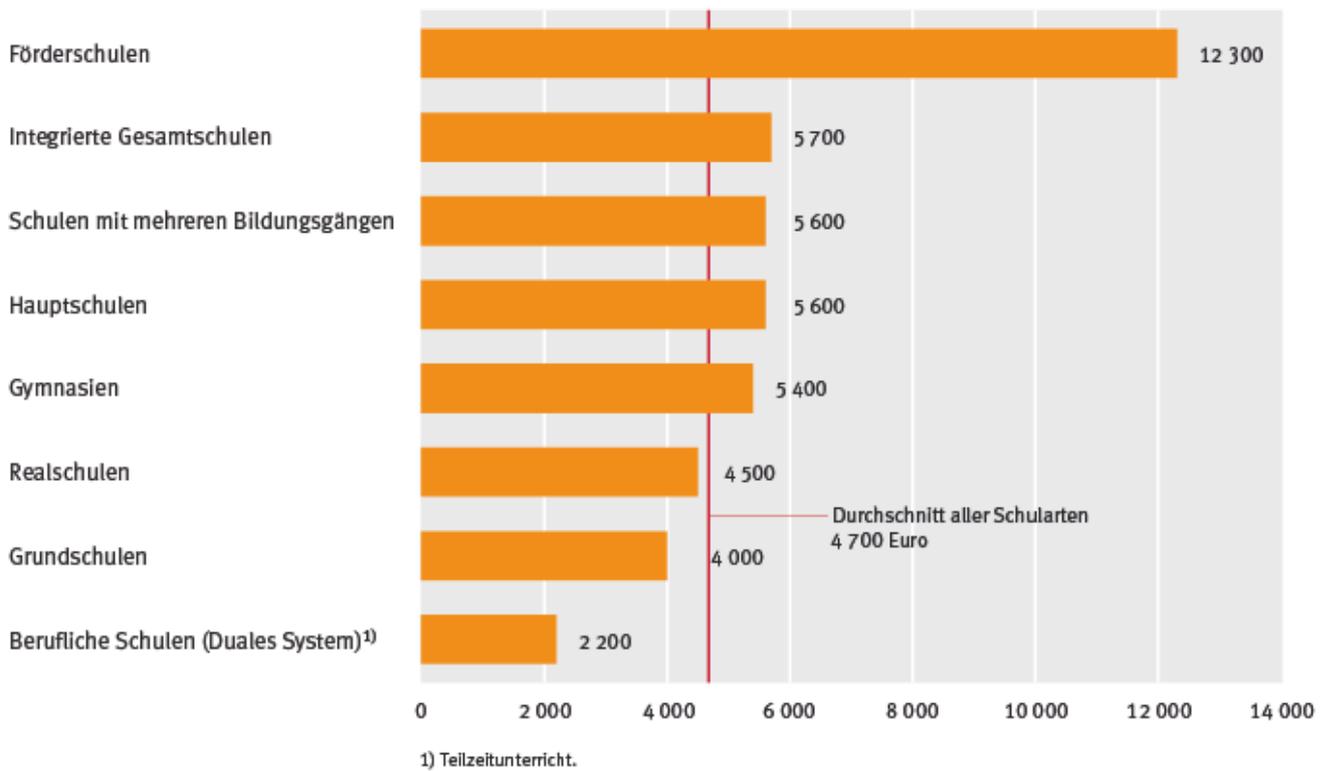
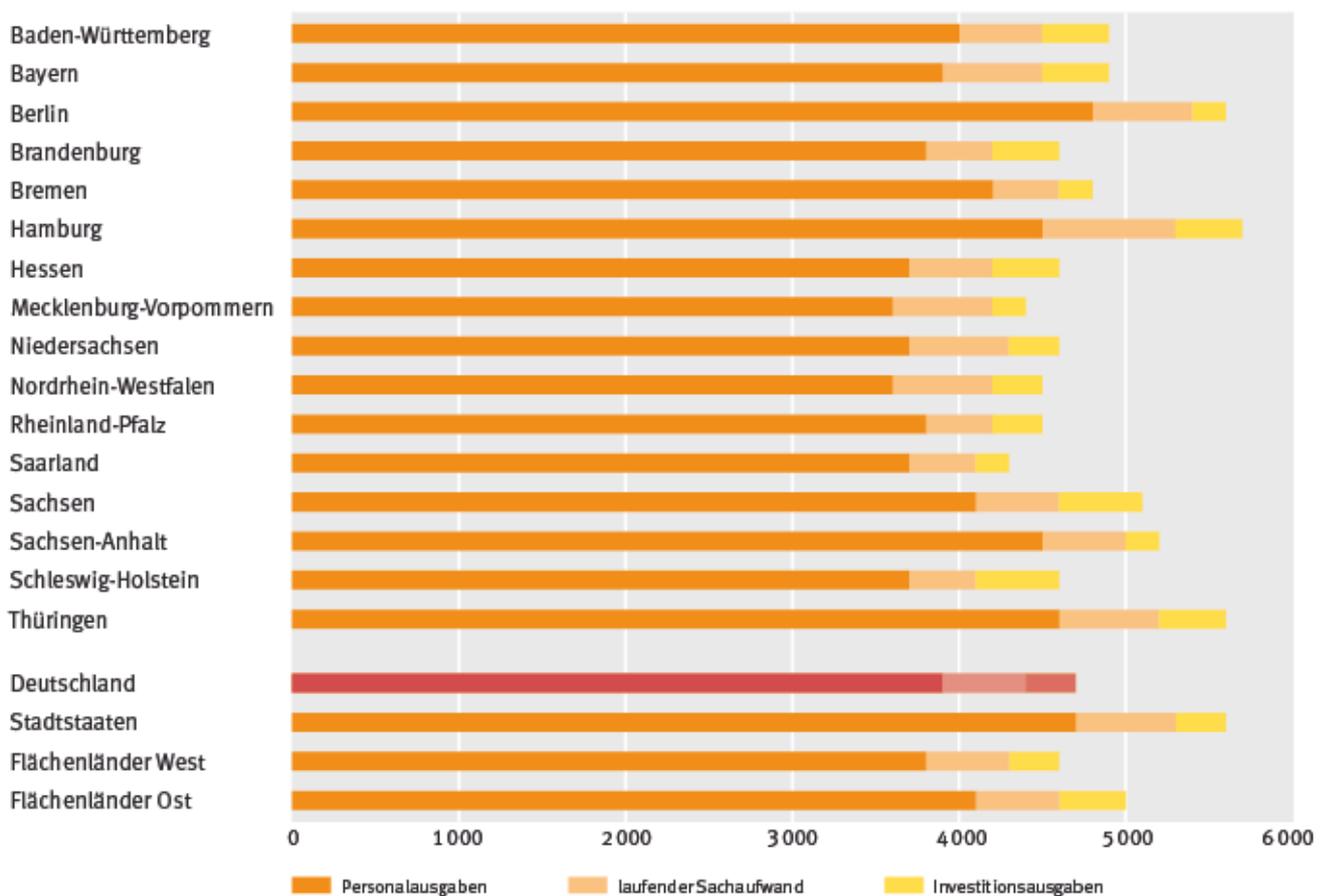


Abbildung 4.2.4-2: Ausgaben für öffentliche Schulen je Schüler/in nach Ausgabearten und Ländern 2005 in Euro



4.2.5 Entwicklung der Ausgaben für öffentliche Schulen je Schüler/in nach Ländern seit 1995

In einem Zeitraum von zehn Jahren stiegen die durchschnittlichen Ausgaben je Schüler/in an öffentlichen allgemein bildenden und beruflichen Schulen von 4 300 Euro im Jahr 1995 auf 4 700 Euro im Jahr 2005 (Tab. 4.2.5-1).

2005 zu 1995: Steigerung der Ausgaben je Schüler/in um 400 Euro

Im Ländervergleich entwickelten sich die Ausgaben je Schüler/in unterschiedlich. In den Flächenländern Ost stiegen die Ausgaben je Schüler/in im Durchschnitt von 3 700 Euro auf 5 000 Euro, in den Flächenländern West im gleichen Zeitraum von 4 300 auf 4 600 Euro. In den Stadtstaaten sind die Ausgaben seit 1995 um 200 Euro auf durchschnittlich 5 500 Euro im Jahr 2005 gewachsen (Abb. 4.2.5-1). Während in den Stadtstaaten und den Flächenländern West hierdurch knapp die Preisveränderungen ausgeglichen werden konnten, stieg für die Flächenländer Ost die Mittelausstattung je Schüler/in deutlich. Dies dürfte primär darauf zurückzuführen sein, dass die Ausgaben unterproportional zur Entwicklung der Schülerzahlen reduziert worden sind. Ein proportionaler Kapazitätsabbau kann auch nicht erwartet werden, wenn ein wohnortnahes Bildungsangebot erhalten werden soll.

4.2.6 Öffentliche Zuschüsse für private Schulen

Im Gegensatz zu den Hochschulen haben Schulen in privater Trägerschaft einen Anspruch auf Finanzzuschüsse durch die Länder. Umfang und Art der Privatschulfinanzierung sind in den einzelnen Ländern grundsätzlich durch Landesgesetze und -verordnungen geregelt.

Eine gesetzliche Grundlage für eine regelmäßige Erhebung der Ausgaben und Einnahmen der privaten Schulen gibt es nicht. Zuletzt wurde vom Statistischen Bundesamt eine Stichprobenbefragung nach §7 Abs. 2 Bundesstatistikgesetz im Jahr 1996 für das Haushaltsjahr 1995 durchgeführt, um eine Datengrundlage für die monetäre internationale Berichterstattung zu haben (UOE-Meldungen). Die Erhebung ergab für 1995 bundesweit Ausgaben für Schulen in privater Trägerschaft von umgerechnet insgesamt 3,3 Mrd. Euro. Die Ausgaben der allgemein bildenden Schulen in privater Trägerschaft betragen umgerechnet 2,4 Mrd. Euro. Davon wurden 1,98 Mrd. Euro (82%) aus öffentlichen Zuschüssen finanziert. Die Ausgaben der beruflichen Schulen in privater Trägerschaft in Deutschland wurden 1995 auf umgerechnet 0,9 Mrd. Euro geschätzt. Die öffentliche Hand finanzierte davon 69% (0,6 Mrd. Euro).

Für die Plausibilisierung der Stichprobenerhebung wurde 1996 eine Erhebung bei den Ländern über die an private Schulen gezahlten Zuschüsse durchgeführt. Diese ergab, dass die Länder den Privatschulen im Jahr 1995 Zuschüsse in Höhe von insgesamt 2,4 Mrd. Euro gezahlt hatten. Hinzu zu rechnen waren Zuschüsse der Gemeinden in Höhe von 78 Mill. Euro (Tab. 4.2.6-1).

Die Umfrage bei den Kultusministerien der Länder wurde 2008 wiederholt. Danach stellten die Länder den Schulen in privater Trägerschaft im Jahr 2005 3,9 Mrd. Euro zur Verfügung (Tab. 4.2.6-2). Das waren 60% mehr als 1995. Die Zuschüsse der Gemeinden beliefen sich 2005 auf 189 Mill. Euro (plus 144%). Demgegenüber stiegen die Ausgaben des Landes und der Gemeinden für den Schulbereich insgesamt seit 1995 nur um 11,4% (Tab. 4.2.1-1). Bei der Interpretation ist zu beachten, dass im gleichen Zeitraum die Zahl der privaten Schulen und der Privatschüler/innen deutlich gestiegen ist, während die Zahl der Schüler/innen an öffentlichen Schulen zurückgegangen ist.

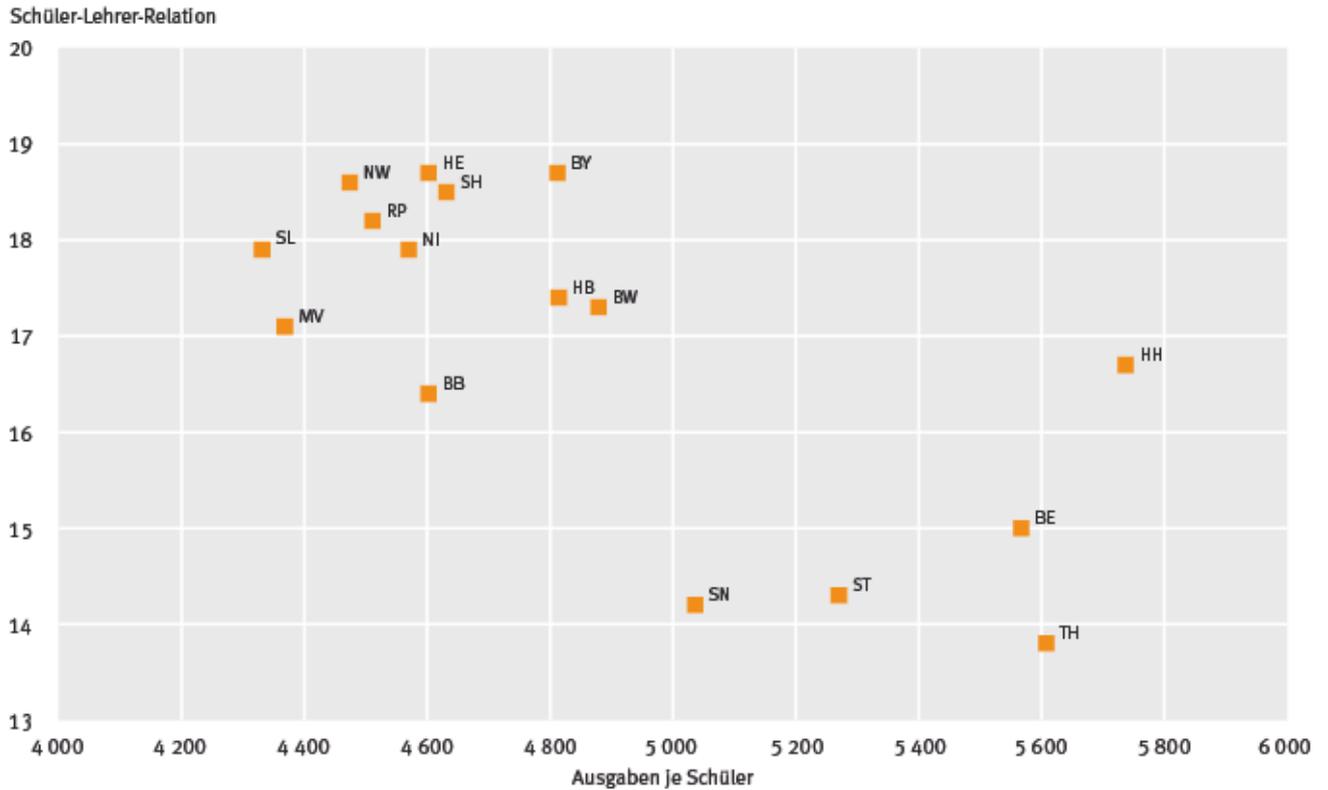
Öffentlicher Zuschuss je Privatschüler/in 2005 bei 4 500 Euro

2005 wurden die privaten Schulen im Bundesdurchschnitt mit 4 500 Euro je Privatschüler/in von den Ländern bezuschusst. Die öffentlichen Ausgaben je Schüler/in an öffentlichen Schulen hingegen beliefen sich 2005 auf 4 700 Euro, an allgemein bildenden öffentlichen Schulen auf 5 100 Euro je Schüler/in (siehe Kapitel 4.2.4). 1995 betrug der öffentliche Zuschuss seitens der Länder je Privatschüler/in noch 3 900 Euro. Die Ausstattung je Privatschüler/in aus öffentlichen Mitteln der Länder ist in diesem Zeitraum damit um 600 Euro gestiegen.

Der Zuschuss je Privatschüler/in variierte 2005 von 2 700 Euro in Sachsen-Anhalt bis hin zu 5 800 Euro in Bayern. 1995 lag die Spannweite noch bei 1 800 Euro je Privatschüler/in in Sachsen-Anhalt bis 6 200 Euro in Brandenburg (Tab. 4.2.6-3).

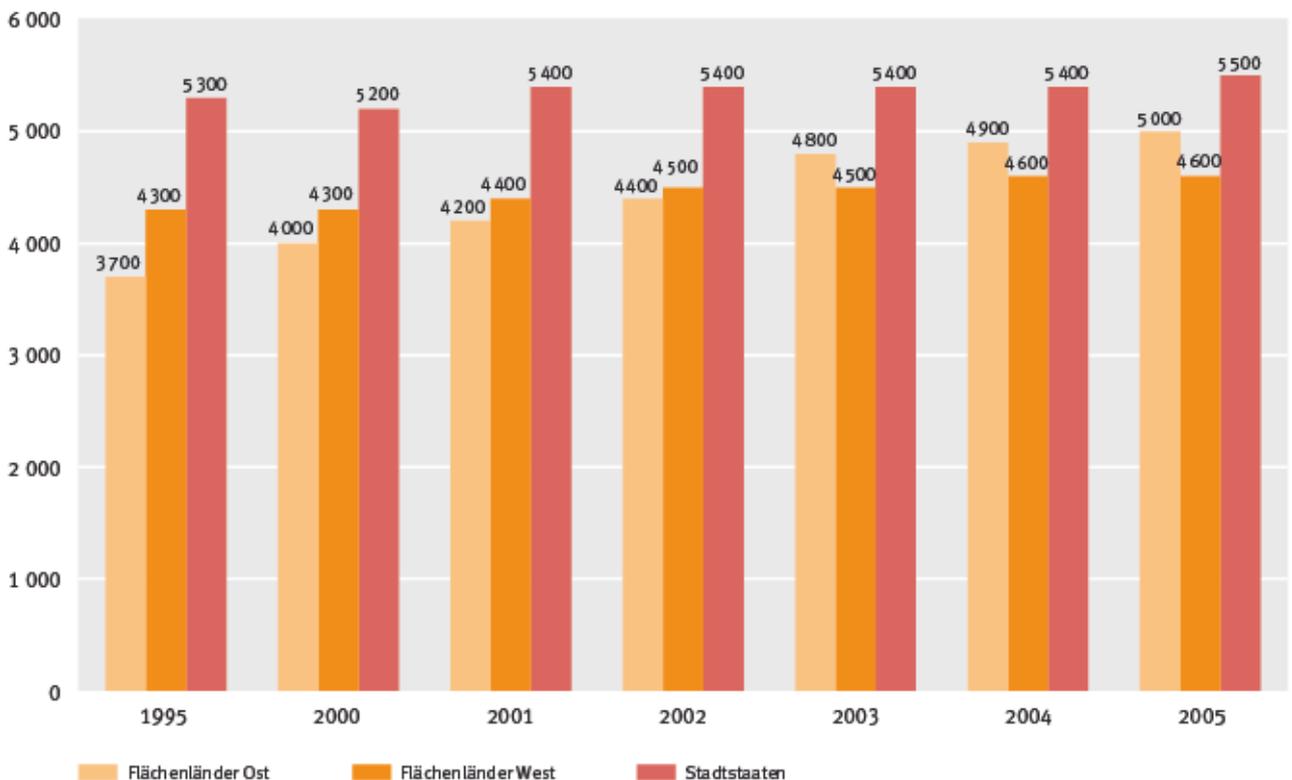
Beim Ländervergleich und beim Vergleich der Zuschüsse je Privatschüler/in mit den Ausgaben je Schüler/in an öffentlichen Schulen ist zu beachten, dass die Struktur des Privatschulsektors in den einzelnen Ländern stark differiert und im Bundesdurchschnitt der Anteil „teurer“ Bildungsgänge an privaten Schulen höher ist als an öffentlichen Schulen. So ist der Privatschulanteil bei den Förderschulen und bei den Gymnasien besonders hoch.

Abbildung 4.2.4-3: Ausgaben für öffentliche Schulen je Schüler/in in Euro und Schüler-Lehrer-Relationen an öffentlichen Schulen nach Ländern 2005



Lesehilfe: In Sachsen wurden 2005 je Schüler/in 5 000 Euro aufgewendet bei einer Schüler-Lehrer-Relation von 14:1.

Abbildung 4.2.5-1: Ausgaben für öffentliche Schulen je Schüler/in in Euro



4.3 Öffentliche Ausgaben für Hochschulen

Die Ausgaben für Hochschulen umfassen die Ausgaben für Universitäten, pädagogische Hochschulen, Hochschulkliniken, Fachhochschulen, Verwaltungsfachhochschulen und Kunsthochschulen. Nach der Haushaltssystematik zählen aber auch die Ausgaben für die Deutsche Forschungsgemeinschaft, den Wissenschaftsrat, für die Hochschul-Informationssystem GmbH (HIS) u. dgl. zu diesem Aufgabenbereich, nicht aber Fördermittel aus allgemeinen Forschungsprogrammen, die für Hochschulen und außeruniversitäre Einrichtungen vom Bund im Wettbewerb vergeben werden. Da die Hochschulkliniken aus den Haushalten ausgegliedert worden sind und die Ausgaben nach dem Grundmittelkonzept nachgewiesen werden, bleiben die Ausgaben für die Krankenbehandlung an Hochschulkliniken weitgehend unberücksichtigt.

4.3.1 Entwicklung der öffentlichen Ausgaben für Hochschulen

Die Struktur der Hochschulfinanzierung in Deutschland erfährt derzeit weitgreifende Änderungen. Aktuell erweitern die Exzellenzinitiative und der Hochschulpakt 2020 zielgerichtet den finanziellen Rahmen der Hochschulen. Allgemein sorgt die Einführung von Globalhaushalten für größere Flexibilität im Mitteleinsatz, Studienbeiträge zur Verbesserung der Qualität der Lehre ergänzen die Grundfinanzierung der Hochschulen und die Vergabe von Forschungsmitteln im Wettbewerb ermöglicht die Einwerbung zusätzlicher Mittel. In der Folge ist der Anteil der Grundfinanzierung der Hochschulen durch den Träger an der Gesamtfinanzierung rückläufig, während die von den Hochschulen im Wettbewerb um Studierende und Forschungsprojekte eingeworbenen Mittel zunehmend an Bedeutung gewinnen.

In diesem Teil des Bildungsfinanzberichts steht die Grundfinanzierung der Hochschulen im Mittelpunkt.

Zwischen 1995 und 2005
Steigerung der öffentlichen
Ausgaben für Hochschulen
um 13,5 %

Die Grundmittel für Hochschulen (Oberfunktion 13 ohne Funktion 138) der Gebietskörperschaften beliefen sich laut Jahresrechnungsstatistik im Jahr 2005 auf insgesamt 18,4 Mrd. Euro. Damit gaben die öffentlichen Haushalte insgesamt rund 1,6 % bzw. 0,3 Mrd. Euro mehr als im Vorjahr für Hochschulen aus. Die Ausgaben für Hochschulen aller Gebietskörperschaften wurden seit 1995 (16,2 Mrd. Euro) um 13,5 % bis 2005 erhöht.

Nach vorläufigen Ergebnissen der öffentlichen Haushalte wurden 2007 von Bund und Ländern 19,3 Mrd. Euro für den Hochschulbereich ausgegeben. Das waren 0,3 % weniger als im Jahr 2006.

Die Haushaltsansätze für das Jahr 2008 wurden gegenüber dem Vorjahr um 4,3 % erhöht (Tab. 4.3.1-1). Durch die Budgeterhöhungen soll insbesondere die Aufnahme zusätzlicher Studienanfänger (Hochschulpakt 2020) ermöglicht werden. Durch die Exzellenzinitiative und länderspezifische Förderprogramme wird außerdem eine Stärkung der Hochschulforschung angestrebt, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit und die Sichtbarkeit der Forschung zu verbessern (Lissabon-Strategie).

4.3.2 Öffentliche Ausgaben für Hochschulen nach Körperschaftsgruppen

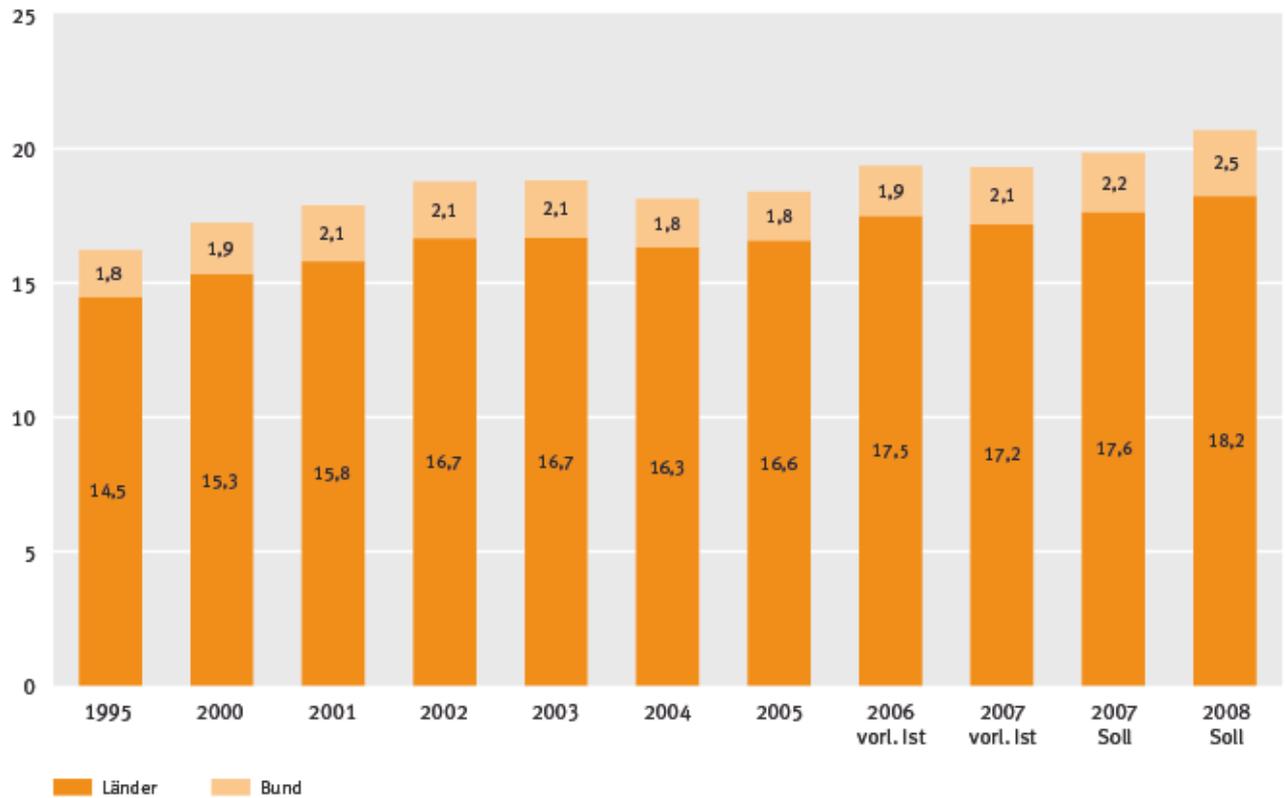
Länder finanzieren 90 % der
öffentlichen Ausgaben für
Hochschulen

Im Aufgabenbereich Hochschulen wurden die öffentlichen Ausgaben 2005 zu 90,0 % von den Ländern bestritten. Die Ausgaben der Länder betragen 2005 insgesamt 16,6 Mrd. Euro. Seit 1995 haben sich die Ausgaben der Länder für die Hochschulen um 14,6 % erhöht. 1995 lag der Wert noch bei 14,5 Mrd. Euro (Abb. 4.3.2-1).

Die Gemeinden spielen bei der Finanzierung von Hochschulen praktisch keine Rolle.

Der Bund hat 2005 mehr als 1,8 Mrd. Euro für Hochschulen aufgewendet. Das waren 4,1 % mehr als 1995. Diese Ausgaben sind in erster Linie zurückzuführen auf die Mittel, die der Bund bis Ende 2006 im Rahmen des Hochschulbauförderungsgesetzes für die Wahrnehmung der Gemeinschaftsaufgabe Aus- und Neubau von Hochschulen den Ländern zur Verfügung stellte. Die Gemeinschaftsaufgaben Aus- und Neubau der Hochschulen sowie das Hochschulbauförderungsgesetz wurden im Zuge der Föderalismusreform abgeschafft. In Artikel 143c des Grundgesetzes ist vorgesehen, dass der Bund, übergangsweise bis 2019, die Länder weiterhin beim Aus- und Neubau von Hochschulen unterstützt. Außerdem sind in den Hochschulausgaben des Bundes auch seine Zuschüsse an die Deutsche Forschungsgemeinschaft enthalten. Mittel für die Hochschulen der Bundeswehr werden jedoch im Aufgabenbereich Verteidigung nachgewiesen (Funktion 032). 2005 betrug der Anteil des Bundes an den Grundmitteln der Hochschulen 10,0%. 1995 waren es noch 10,9%.

Abbildung 4.3.2-1: Öffentliche Ausgaben für Hochschulen nach Körperschaftsgruppen in Mrd. Euro



4.3.3 Öffentliche Ausgaben für Hochschulen nach Ländern

Im Ländervergleich variierte die Entwicklung von 1995 zu 2005 von Ausgabensteigerungen um 35,0% in Nordrhein-Westfalen (zum Teil verursacht durch die Veranschlagung von Mietzahlungen an den Grundstücksfonds in Nordrhein-Westfalen) und Bremen bis hin zu Ausgabenrückgängen von 18,9% in Berlin und 7,4% in Mecklenburg-Vorpommern (**Tab. 4.3.1-1**). Die Ausgabenveränderungen sind nicht nur auf tatsächliche Ausgabensteigerungen zurückzuführen, sondern es treten in den einzelnen Ländern auch buchungsbedingte Sondereffekte auf Grund der Reformmaßnahmen im Hochschulbereich auf.

Zwischen 2006 und 2007 wurden in sieben Bundesländern (Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und dem Saarland) Studiengebühren für das Erststudium eingeführt. Damit steigen ceteris paribus die unmittelbaren Einnahmen. Falls die Hochschulen noch im Kernhaushalt enthalten sind, bleiben davon die Grundmittel unberührt, wenn die Hochschulen ihre Ausgaben im gleichen Umfang steigern. Bei ausgegliederten Hochschulen hat die Einführung von Beiträgen der Studierenden keine Auswirkungen auf die nach dem Grundmittelkonzept abgegrenzten Hochschulausgaben.

4.3.4 Öffentliche Ausgaben je Studierenden

Will man die Ausstattung des Hochschulbereichs mit Finanzmitteln zwischen den Ländern bzw. mit anderen Bildungsbereichen vergleichen, so stellt die Jahresrechnungsstatistik auf Grund der Ausgliederungen aus dem Haushalt keine geeignete Datengrundlage mehr dar. Das Statistische Bundesamt berechnet daher auf der Basis der Hochschulfinanzstatistik diverse Kennzahlen, die sich auf die Zahl der Studierenden beziehen.

Als Indikator für die Finanzausstattung der Hochschulen wird die Kennzahl „Laufende Ausgaben (Grundmittel)^M je Studierenden“ an Hochschulen berechnet. Sie zeigt die Mittel für Lehre und Forschung, die der Hochschulträger den Hochschulen aus eigenen Mitteln für laufende Zwecke zur Verfügung stellt.

Die laufenden Ausgaben je Studierenden^M fallen im Ländervergleich deutlich auseinander. Rheinland-Pfalz hatte 2005 mit 5 510 Euro die niedrigsten laufenden Ausgaben je Studierenden, die höchsten Ausgaben fielen im Saarland mit 8 560 Euro je Studierenden an.

Diese Unterschiede sind beispielsweise auf die Studienbedingungen oder auf standortbedingte Kostenfaktoren zurückzuführen. Dabei ist auch die Fächerstruktur ein wesentlicher Faktor für die Höhe der Finanzausstattung. So werden beispielsweise in den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Relation zum Lehrpersonal mehr Studierende betreut als im Bereich der Naturwissenschaften. Unterschiede in der Fächerstruktur, der Forschungsintensität (relativ niedrig an Fachhochschulen) und der Auslastung der Hochschulkapazitäten beeinflussen daher auch die Ergebnisse im Ländervergleich (**Abb. 4.3.4-1**).

Im Durchschnitt aller Fächergruppen beliefen sich 2005 die laufenden Ausgaben je Studierenden auf 7 180 Euro.

Mit 25 460 Euro waren 2005 die laufenden Ausgaben je Studierenden im Bereich der Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften am höchsten. Das war mehr als dreimal so viel wie in den Fächergruppen Mathematik, Naturwissenschaften (7 880 Euro) und Ingenieurwissenschaften (7 380 Euro). 2005 beanspruchten die Träger der Fächergruppe Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften mit 4 550 Euro je Studierenden einen vergleichsweise geringen Beitrag zu den laufenden Ausgaben der Hochschulen (**Abb. 4.3.4-2**).

4.3.5 Öffentliche Zuschüsse für private Hochschulen

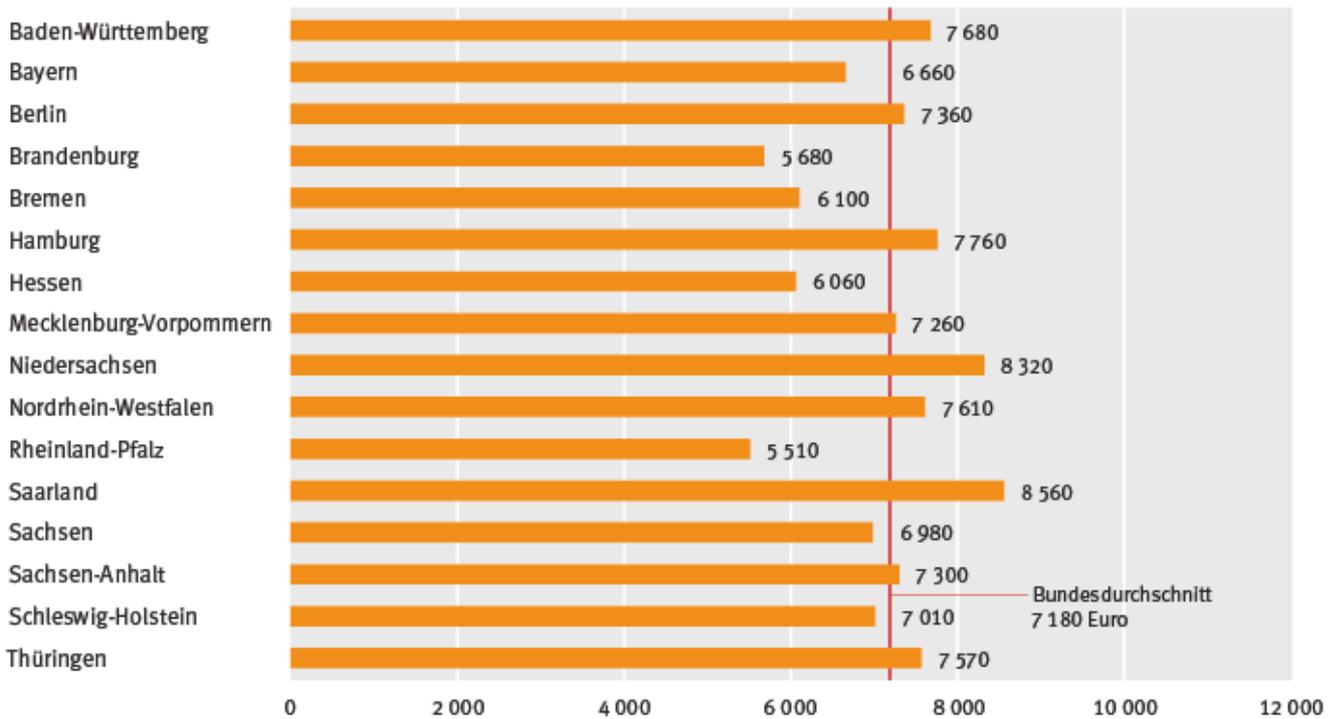
Auf Grund der Ausgliederung staatlicher Hochschulen aus dem Landeshaushalt sind in der Finanzstatistik die Zuschüsse des Landes an private Hochschulen nicht gesondert darstellbar. Außerdem werden Landesmittel, die für private Hochschulen bestimmt sind, z.T. erst an andere Institutionen (z. B. Kirchen) transferiert und von diesen Institutionen (i.d.R. der Träger der Hochschule) dann an die Hochschulen weitergeleitet. Um diese Datenlücke zu schließen, wurde 2008 eine Umfrage über die Zuschüsse der Länder für Hochschulen in freier Trägerschaft bei den Wissenschaftsministerien der Länder durchgeführt. Die Umfrage ergab, dass sich die Landeszuschüsse an private Hochschulen im Jahr 2005 auf 107 Mill. Euro beliefen (**Tab. 4.3.5-1**). Damit konnten die privaten Hochschulen im Jahre 2005 34% ihrer Ausgaben finanzieren. Bei der Interpretation ist zu beachten, dass die Finanzierung privater Hochschulen ursprüng-

Laufende Ausgaben je Studierenden 2005 bei 7 180 Euro

Hohe Ausgaben je Studierenden in der Humanmedizin

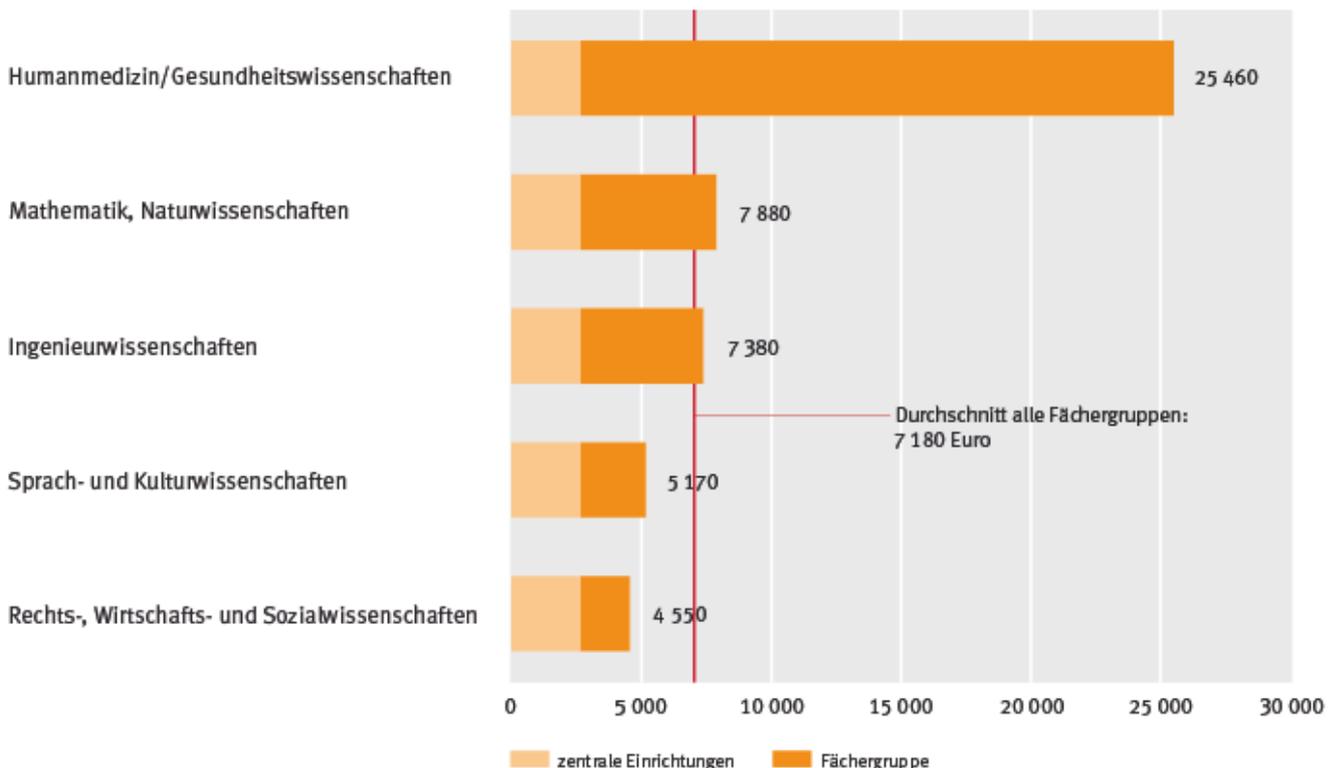
107 Mill. Euro Landeszuschüsse an private Hochschulen

Abbildung 4.3.4-1: Laufende Ausgaben je Studierenden an Hochschulen nach Ländern 2005 in Euro



Quelle: Statistisches Bundesamt, Monetäre hochschulstatistische Kennzahlen 2005.

Abbildung 4.3.4-2: Laufende Ausgaben je Studierenden an Hochschulen nach ausgewählten Fächergruppen 2005 in Euro



Quelle: Statistisches Bundesamt, Monetäre hochschulstatistische Kennzahlen 2005.

lich nicht zu den öffentlichen Aufgaben gezählt worden ist. Lediglich kirchliche Hochschulen erhielten in einzelnen Ländern Landeszuschüsse. In den vergangenen Jahren haben jedoch einzelne Länder Mittel zur Verfügung gestellt, um in finanzielle Bedrängnis geratene private Hochschulen zu erhalten. Auch wurden Landesmittel für den Aufbau neu gegründeter Hochschulen zur Verfügung gestellt, um das Land als Hochschulstandort weiter zu profilieren. Einige Länder leisteten nach den Ergebnissen der Umfrage keine oder nur geringfügige Zuschüsse an private Hochschulen. In Thüringen gibt es keine privaten Hochschulen.

4.4 Öffentliche Ausgaben für die Förderung von Schüler/innen und Studierenden

Chancengleichheit in der Gesellschaft setzt voraus, dass jeder Mensch unabhängig von seinem Einkommen bzw. von der Höhe des Familieneinkommens Zugang zu Bildung hat. Von Bund und Ländern wurden deshalb Förderprogramme geschaffen, die auch Schüler/innen, Studierenden und anderen Personen aus Familien mit niedrigen Einkommen die Teilhabe an Bildungsmaßnahmen ermöglichen. Schüler/innen und Studierende haben im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften einen Anspruch auf Ausbildungsförderung. Spezielle Förderprogramme gibt es für die Aufstiegsfortbildung bzw. zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Im Rahmen der Bildungsförderung werden außerdem Ausgaben für die Schülerbeförderung, die insbesondere den Zugang zu Bildung im ländlichen Raum ermöglicht, und die Studentenwohnraumförderung nachgewiesen. Die Ausgaben für die Bildungsförderung werden im vollen Umfang im Bildungsbudget und der internationalen Bildungsberichterstattung berücksichtigt. Allerdings werden dort auch weitere Fördermittel (z. B. der Bundesagentur für Arbeit, Kindergeld für über 18-Jährige) einbezogen und ein modifiziertes Ausgabenkonzept angewendet.

4.4.1 Entwicklung der öffentlichen Ausgaben zur Förderung von Schüler/innen und Studierenden im Überblick

In den letzten Jahren wurden die Förderbedingungen und die Fördersätze nach dem Bundesausbildungsgesetz (BAföG) sowie im Rahmen des Meister-BAföG mehrfach geändert. Ein Teil der Fördermittel wird als Darlehen gewährt. Durch die Einführung von Studienbeiträgen für das Erststudium hat eine neue Diskussion über die Höhe der Studienförderung eingesetzt, da niemand durch die Reform an der Aufnahme eines Studiums gehindert werden soll.

2005 gaben die öffentlichen Haushalte zur Förderung der Schüler/innen und Studierenden brutto 4,4 Mrd. Euro aus. Unter Berücksichtigung der Rückzahlungen durch die Geförderten errechnen sich für 2005 Grundmittel von 3,96 Mrd. Euro. Das waren rund 4,7 % mehr als im Vorjahr oder 17,2 % mehr als im Jahr 1995. Zu beachten ist, dass sich die Ausgaben für die Förderung der Schüler/innen und Studierenden sprunghaft verändern, wenn Förderbeträge und Förderbedingungen modifiziert werden.

Nach vorläufigen Ergebnissen lagen die Ausgaben zur Förderung der Schüler/innen und Studierenden 2006 ebenfalls bei 4,0 Mrd. Euro, in 2007 bei 4,1 Mrd. Euro. Die Haushaltsansätze für das Jahr 2008 wurden gegenüber dem Vorjahr um 7,6 % erhöht. Hiermit berücksichtigt insbesondere der Bund die Anhebung der Fördersätze bzw. der Einkommensfreibeträge in der Bundesausbildungsförderung.

4.4.2 Öffentliche Ausgaben zur Förderung von Schüler/innen und Studierenden nach Körperschaftsgruppen

Von den Ausgaben zur Förderung der Schüler/innen und Studierenden im Jahre 2005 stellten der Bund rund 1,17 Mrd. Euro (1995: 0,87 Mrd. Euro), die Länder 1,46 Mrd. Euro (1995: 1,35 Mrd. Euro) und die Gemeinden 1,33 Mrd. Euro (1995: 1,17 Mrd. Euro) zur Verfügung (Abb. 4.4.2-1).

Den größten Anteil der öffentlichen Förderung der Schüler/innen und Studierenden übernehmen die Länder, wobei ihr Anteil an den gesamten öffentlichen Ausgaben zur Förderung der Schüler/innen und Studierenden gegenüber dem Jahr 1995 von 39,8 % auf 36,8 % in 2005 abnahm.

Die Gemeinden steuerten 2005 33,6 % bei (1995: 34,5 %). Die Gemeinden stellen insbesondere Mittel für die Schülerbeförderung bereit.

Der Anteil des Bundes stieg von 25,7 % im Jahre 1995 auf 29,6 % im Jahr 2005 an. Zwischenzeitlich lag der Anteil bei 13,3 % im Jahr 2000 (Abb. 4.4.2-2).

Unterschiedliche Förderschwerpunkte bei Bund, Ländern und Gemeinden

4.4.3 Öffentliche Ausgaben zur Förderung von Schüler/innen und Studierenden nach Ländern

Im Ländervergleich variierte die Entwicklung von 1995 zu 2005 von Ausgaberrückgängen um 37,8% in Baden-Württemberg und 24,9% in Berlin bis hin zu Ausgabensteigerungen von 83,1% in Mecklenburg-Vorpommern und 63,2% in Brandenburg (Tab. 4.4.2-1).

Studierendenzahlen beeinflussen Ausgabenentwicklung

Die unterschiedliche Entwicklung in den Ländern wird stark durch die Veränderung der Studierendenzahlen geprägt, da der größte Teil der Ausgaben dieses Aufgabenbereichs auf die Studierendenförderung (BAföG) entfällt.

Abbildung 4.4.2-1: Öffentliche Ausgaben zur Förderung von Schülern/innen und Studierenden nach Körperschaftsgruppen 2005

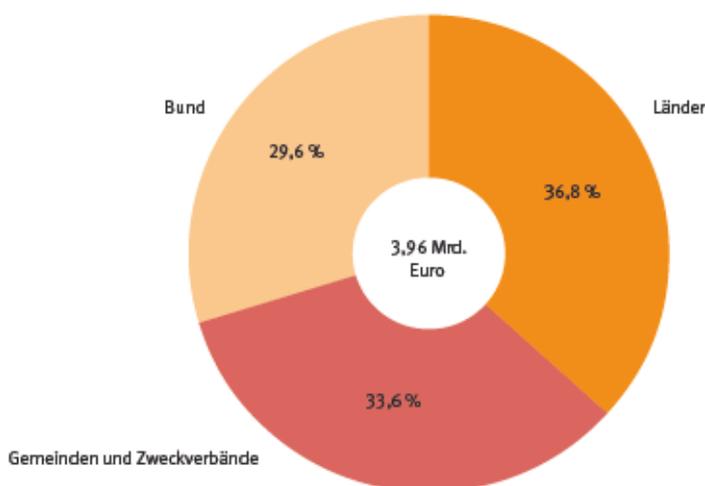
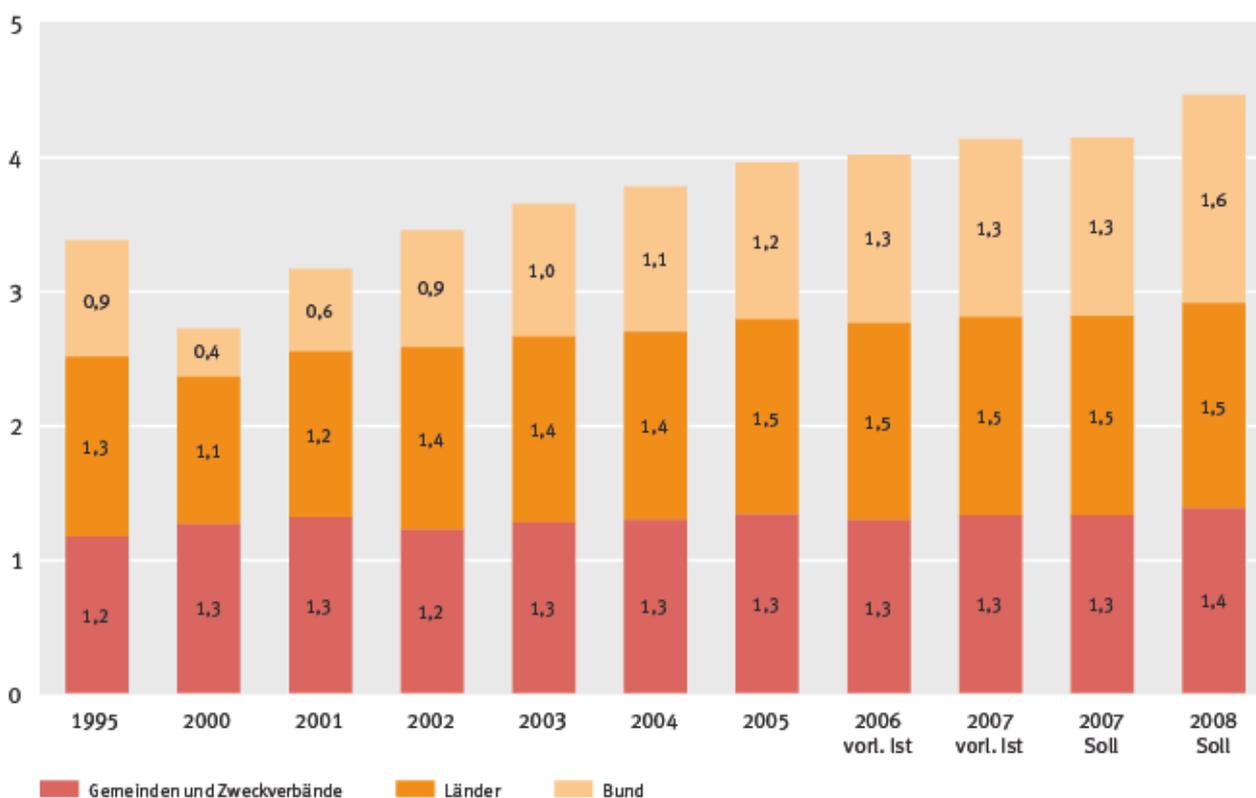


Abbildung 4.4.2-2: Öffentliche Ausgaben zur Förderung von Schüler/innen und Studierenden in Mrd. Euro



4.5 Öffentliche Ausgaben für das sonstige Bildungswesen

Das sonstige Bildungswesen umfasst die Förderung der Weiterbildung, die Volkshochschulen und andere Einrichtungen der Weiterbildung, die Einrichtungen der Lehreraus- und -fortbildung sowie die Berufsakademien. Der Aufgabenbereich bezieht sich damit – sieht man von den Berufsakademien ab – auf non-formale Bildungsangebote. In den Angaben ist die Jugendarbeit (vgl. Kapitel 4.6) nicht enthalten.

Weiterbildung bzw. lebenslanges Lernen haben in der politischen Diskussion einen hohen Stellenwert. Dennoch wurden in den letzten Jahren wenige Initiativen gestartet, welche die Beteiligung an Weiterbildung – insbesondere aus sozial benachteiligten Schichten – erhöht hätten. Angesichts der demografischen Entwicklung und des Wandels zu einer Wissensgesellschaft kommt der Weiterbildung für die wirtschaftliche Entwicklung und der Beschäftigungssicherung der Individuen aber eine große Bedeutung zu.

Mit Ausnahme der Ausgaben für Berufsakademien, die Teil des formalen Bildungssystems sind, bleiben die Ausgaben dieses Bereichs im Rahmen der internationalen Bildungsberichterstattung unberücksichtigt. Diese werden aber in den Teil B des Bildungsbudgets integriert. Allerdings wird der größte Teil der Weiterbildungsausgaben der Gebietskörperschaften nicht im Bereich sonstiges Bildungswesen, sondern unter anderen Aufgabenbereichen der öffentlichen Haushalte nachgewiesen (z. B. Ausgaben für betriebliche Weiterbildung in den Verwaltungen und Einrichtungen der Gebietskörperschaften, Ausgaben der Bundesagentur für Arbeit für Weiterbildung).

4.5.1 Entwicklung der öffentlichen Ausgaben für das sonstige Bildungswesen im Überblick

Die Weiterbildung wird zu einem großen Teil privat finanziert. Im Zuge der Haushaltskonsolidierung wurden viele Angebote in der Weiterbildung reduziert. Teilweise wurden die Kosten auch auf die Teilnehmer an Weiterbildungsmaßnahmen (z. B. in der Lehrerfortbildung) abgewälzt. Neu ergriffene Maßnahmen (wie die Förderung des Weiterbildungssparens) schlagen sich nicht oder noch nicht in den Ausgaben dieses Aufgabenbereichs nieder. Bei der Beobachtung der Entwicklung der Ausgaben dieses Aufgabenbereichs ist zu beachten, dass der Vergleich in der Zeitreihe durch die Revision der Haushaltssystematiken eingeschränkt ist. So wurden und werden in einzelnen Ländern die Ausgaben für die Lehrerbildung im Schulbereich nachgewiesen, während andere Länder wiederum die Vergütungen für Referendare des Schuldienstes nicht dem Schulbereich zuordnen, sondern den Ausgaben für die Lehrerbildung. Die Zuordnungsrichtlinien der Funktionen sehen die Vergütung der Referendare eindeutig bei den einzelnen Schularten oder zumindest im Schulbereich, nicht jedoch bei den Ausgaben für die Lehreraus- und -fortbildung vor. Außerdem wird die Jugendbildung seit der Revision nicht mehr dem sonstigen Bildungswesen, sondern der Jugendarbeit zugeordnet.

2005 gaben die öffentlichen Haushalte für das sonstige Bildungswesen 1,97 Mrd. Euro aus. Das waren rund 5,7 % weniger als im Vorjahr, aber 37,4 % mehr als im Jahre 1995. Ohne Berücksichtigung der Ausgaben für die Lehrerbildung, die vor der Revision überwiegend im Schulbereich nachgewiesen wurden, ergibt sich ein Ausgabenrückgang um 6,7 % gegenüber dem Jahr 1995.

Nach vorläufigen Ergebnissen wurden die Ausgaben für das sonstige Bildungswesen auf 2,04 Mrd. Euro in 2006 erhöht bzw. auf 1,85 Mrd. Euro in 2007 verringert. Die Haushaltsansätze für das Jahr 2008 wurden gegenüber dem Vorjahr um 0,15 % reduziert (Tab. 4.5.1-1).

4.5.2 Öffentliche Ausgaben für das sonstige Bildungswesen nach Körperschaftsgruppen

Von den Ausgaben für das sonstige Bildungswesen im Jahre 2005 stellten der Bund rund 0,47 Mrd. Euro (1995: 0,48 Mrd. Euro), die Länder 1,21 Mrd. Euro (1995: 0,70 Mrd. Euro) und die Gemeinden 0,29 Mrd. Euro (1995: 0,25 Mrd. Euro) zur Verfügung (Abb. 4.5.2-1).

Der Anteil der Länder an den gesamten öffentlichen Ausgaben für das sonstige Bildungswesen ist gegenüber dem Jahr 1995 von 49,2 % auf 61,6 % in 2005 gestiegen. Dies ist im Wesentlichen auf die Einbeziehung der Ausgaben für die Lehrerbildung zurückzuführen.

Im gleichen Zeitraum nahm der Anteil des Bundes von 33,5 % auf 23,9 % ab, während der Anteil der Gemeinden von 17,2 % im Jahre 1995 auf 14,5 % im Jahre 2005 sank (Abb. 4.5.2-2).

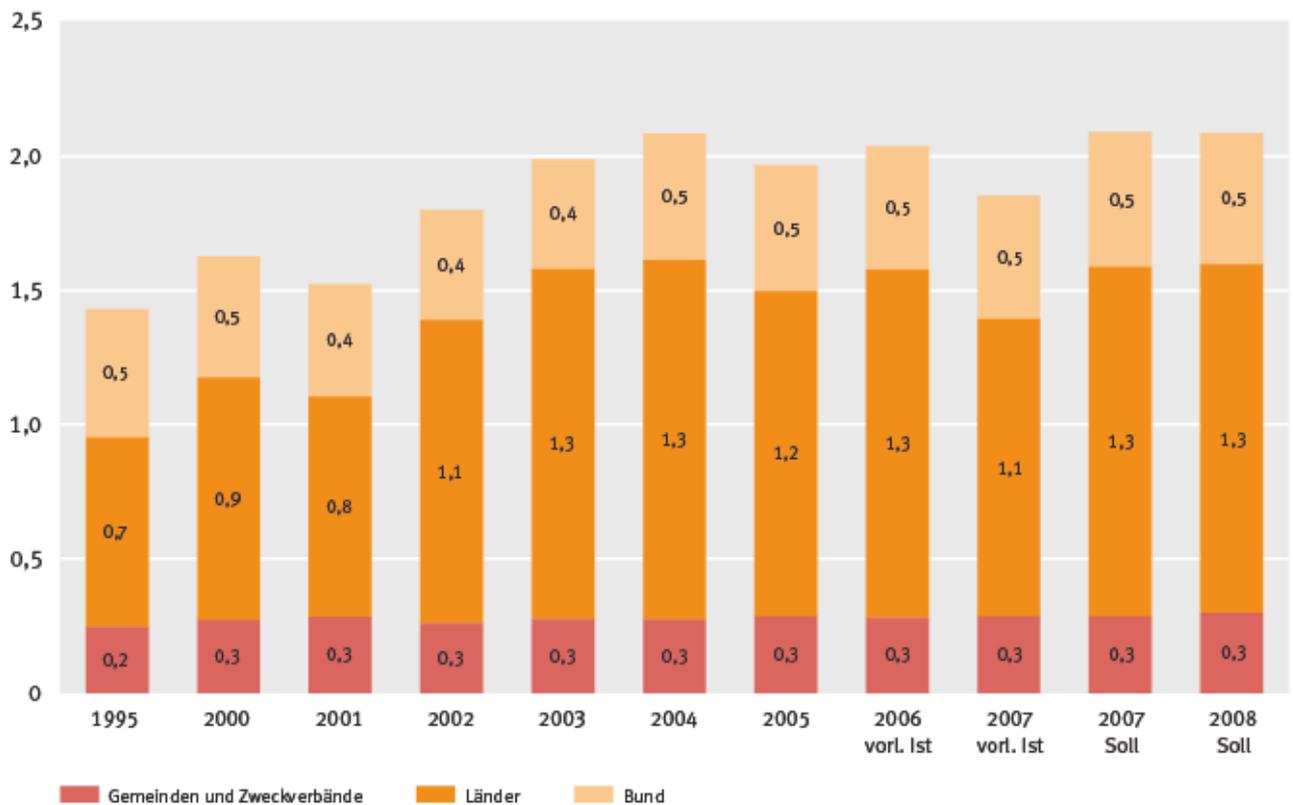
Uneinheitlicher Nachweis der Lehreraus- und -fortbildung

Mehr als 60 % der öffentlichen Ausgaben für das sonstige Bildungswesen entfallen auf die Länder

Abbildung 4.5.2-1: Öffentliche Ausgaben für das sonstige Bildungswesen nach Körperschaftsgruppen 2005



Abbildung 4.5.2-2: Öffentliche Ausgaben für das sonstige Bildungswesen in Mrd. Euro



4.5.3 Bildungsförderung durch die Bundesagentur für Arbeit

Im Rahmen ihrer aktiven Arbeitsmarktpolitik bezuschusst die Bundesagentur für Arbeit sowohl Maßnahmen in der Erstausbildung als auch in der Weiterbildung. Darüber hinaus unterstützt sie auch Teilnehmer an Maßnahmen der Erstausbildung und Weiterbildung mit Transfers. Die Abgrenzung der Bildungsausgaben der Bundesagentur für Arbeit^M folgt den Konzepten aus der nationalen und internationalen Bildungsberichterstattung.

Bundesagentur für Arbeit
kürzt Weiterbildungs-
budgets um 70 %

2005 gab die Bundesagentur für Arbeit demnach 6,6 Mrd. Euro für Bildung aus, 1999 waren es noch 11,1 Mrd. Euro. Während die Bundesagentur für Arbeit 2005 für die Erstausbildung mit 4,4 Mrd. Euro gut 35 % mehr ausgab als 1999 (3,2 Mrd. Euro), reduzierte sie Ausgaben für berufliche Weiterbildung u. a. als Folge der Arbeitsmarktreformen (Hartz-Reformen) von 7,8 Mrd. Euro im Jahr 1999 auf 2,3 Mrd. Euro im Jahr 2005 (minus 71%) (Tab. 4.5.3-1, Tab. 4.5.3-2, Abb. 4.5.3-1). Dieser Trend hat sich auch in den Jahren 2006 und 2007 fortgesetzt.

4.6 Öffentliche Ausgaben für Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit

Für die Entwicklung der Kompetenzen von Kindern und Jugendlichen sind außerschulische Lernorte von großer Bedeutung. So entwickeln junge Menschen ihre Computerkenntnisse in einem besonderen Maße in ihrer Freizeit. Mit Angeboten der Jugendarbeit soll insbesondere die Selbstbestimmung, die gesellschaftliche Mitverantwortung und soziales Engagement gefördert werden. Durch die Übernahme von Verantwortung und die freiwillige Teilnahme an Gruppenaktivitäten und Diskussionsprozessen werden Grundlagen für die Entwicklung von sozialen Kompetenzen geschaffen. Der internationale Jugendaustausch fördert die Völkerverständigung, aber auch die Entwicklung von Sprach- und kulturellen Kompetenzen, denen in einer internationalisierten und globalisierten Gesellschaft eine zunehmende Bedeutung zukommt.

Zu den Maßnahmen der Jugendarbeit zählen außerschulische Jugendbildung; Jugendarbeit in Sport, Spiel und Geselligkeit, die arbeitswelt-, schul- und familienbezogene Jugendarbeit, internationale Jugendarbeit; Kinder- und Jugenderholung oder die Jugendberatung.

Bei den Ausgaben werden auch Mittel betrachtet, die zur Errichtung, Erhaltung und Betrieb von Einrichtungen der Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit geleistet werden.

4.6.1 Entwicklung der öffentlichen Ausgaben für Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit im Überblick

Ausgabenkürzungen im
Bereich der Jugendarbeit
seit 1995

Wie die Kinder- und Jugendhilfestatistik zeigt, ist in den letzten Jahren die Zahl der öffentlich geförderten Maßnahmen der Jugendarbeit zurückgegangen. Dies ist Ursache und Folge der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Zu beachten ist jedoch, dass der Aufgabenbereich Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit von der Revision der Haushaltssystematiken betroffen war und nicht ausgeschlossen werden kann, dass die Vergleichbarkeit der Daten hierdurch eingeschränkt wird.

2005 gaben die öffentlichen Haushalte für die Jugend- und Jugendverbandsarbeit 1,43 Mrd. Euro aus. Das waren rund 4,9 % mehr als im Vorjahr, aber 58,8 % weniger als im Jahr 1995 (Tab. 4.6.1-1).

Eliminiert man die Unterschiede in der Veranschlagungspraxis^M (z. B. in den Stadtstaaten) so ist der Ausgabenrückgang deutlich niedriger (ca. 20 % gegenüber 1995).

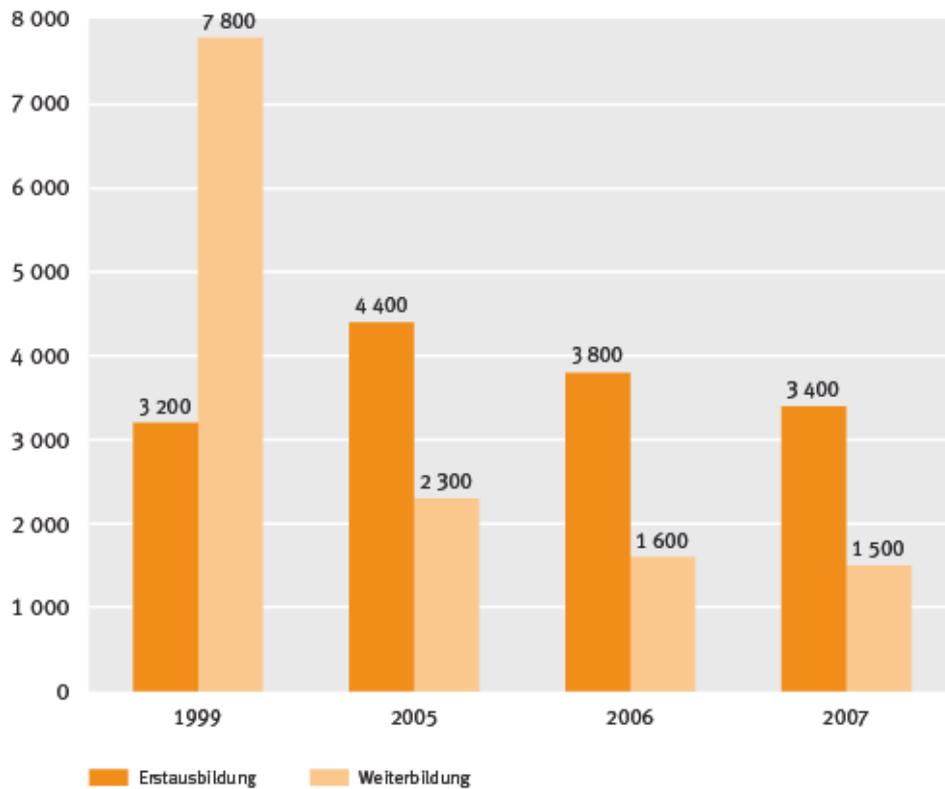
Nach vorläufigen Ergebnissen wurden die öffentlichen Ausgaben für die Jugend- und Jugendverbandsarbeit auf 1,56 Mrd. Euro in 2006 bzw. auf 1,62 Mrd. Euro in 2007 gesteigert. Die Haushaltsansätze für das Jahr 2008 wurden gegenüber dem Vorjahr um 6,6 % erhöht.

4.6.2 Öffentliche Ausgaben für Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit nach Körperschaftsgruppen

Gemeinden finanzierten
2005 zwei Drittel der
öffentlichen Ausgaben für
Jugendarbeit

Von den Ausgaben für die Jugend- und Jugendverbandsarbeit im Jahre 2005 stellten der Bund rund 0,16 Mrd. Euro (1995: 0,16 Mrd. Euro), die Länder 0,29 Mrd. Euro (1995 – eliminiert um die Unterschiede in der Veranschlagungspraxis: 0,72 Mrd. Euro) und die Gemeinden 0,98 Mrd. Euro (1995: 0,90 Mrd. Euro) zur Verfügung (Abb. 4.6.2-1, Abb. 4.6.2-2).

Abbildung 4.5.3-1: Bildungsförderung durch die Bundesagentur für Arbeit in Mill. Euro



Quelle: Eigene Berechnung aus den Angaben der Bundesagentur für Arbeit.

Abbildung 4.6.2-1: Öffentliche Ausgaben für Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit nach Körperschaftsgruppen 2005

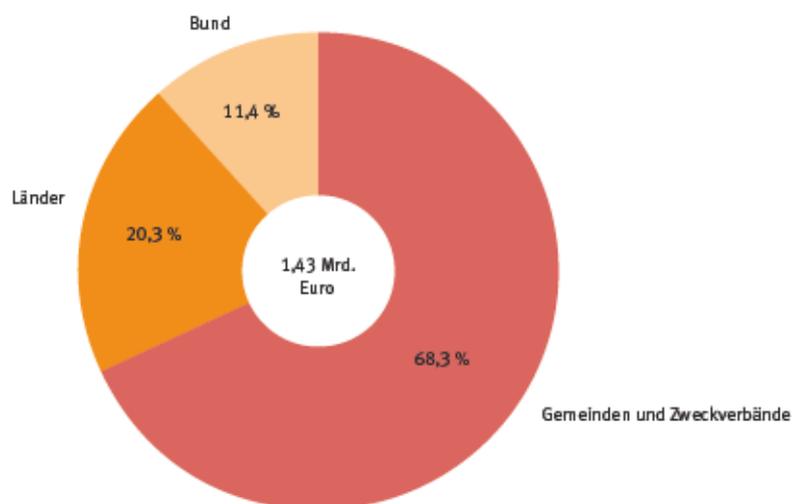
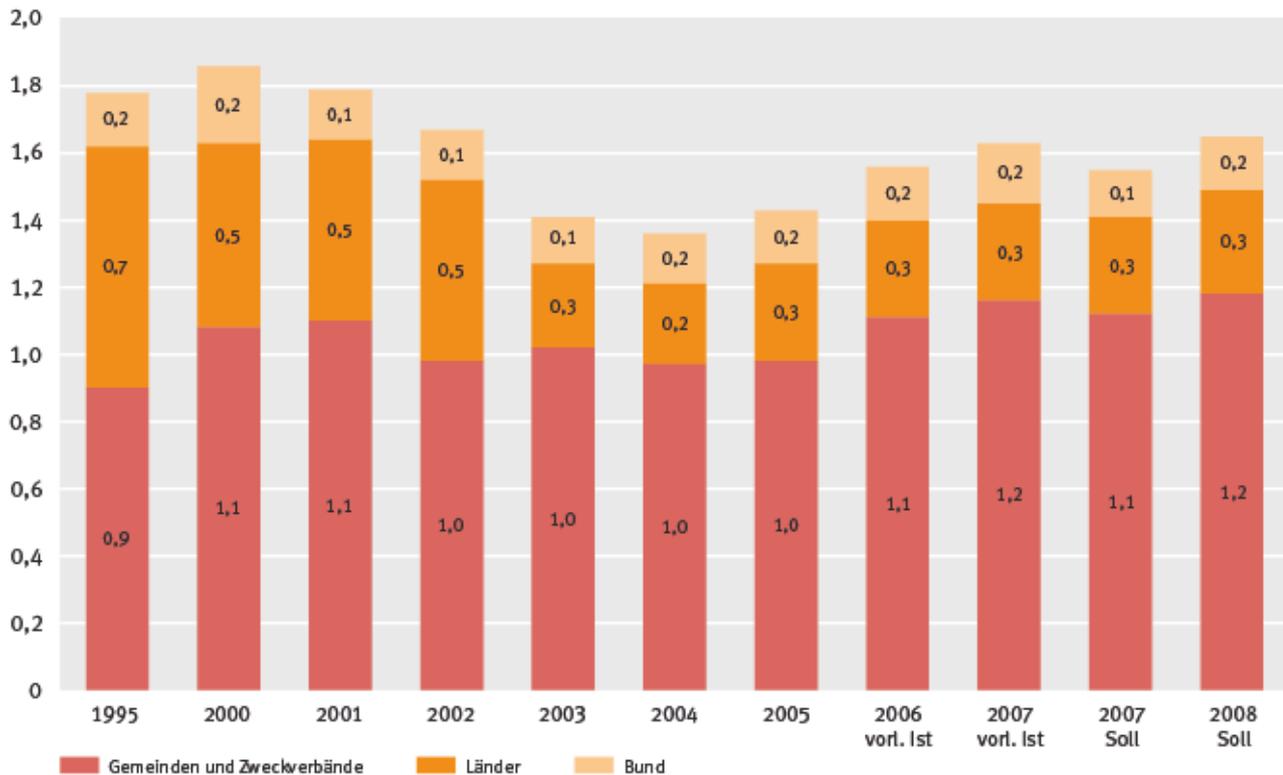
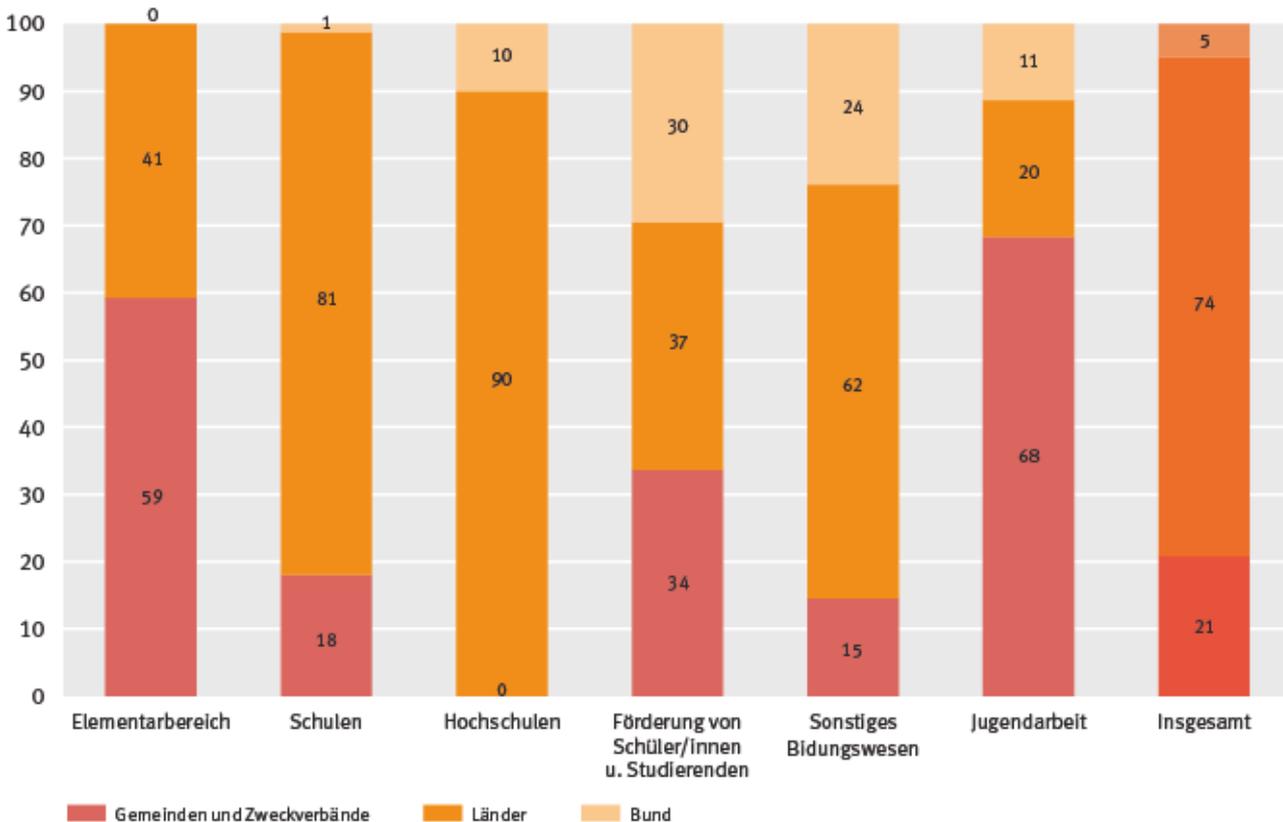


Abbildung 4.6.2-2: Öffentliche Ausgaben für Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit in Mrd. Euro



Daten für 1995 und 2000 näherungsweise bereinigt um die unter Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit veranschlagten Ausgaben für Kindertageseinrichtungen (Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Berlin und Hamburg). Eliminiert man diese Unterschiede in der Veranschlagungspraxis, errechnen sich für 1995 insgesamt Grundmittel für Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit in Höhe von 1,8 Mrd. Euro und für 2000 von 1,9 Mrd. Euro.

Abbildung 4.7-1: Anteile der öffentlichen Ausgaben für Bildung nach Körperschaftsgruppen in %



4.7 Zusammenfassende Betrachtung der öffentlichen Ausgaben für Bildung

Die Länder gestalten ihre Bildungssysteme primär nach länderspezifischen Gesichtspunkten und setzen bei der Finanzierung der einzelnen Bildungsbereiche eigene Schwerpunkte. Außerdem unterscheidet sich der Kommunalisierungsgrad der Bildungsausgaben in Folge von Unterschieden in der Aufgabenverteilung bzw. in den Finanzausgleichssystemen in den einzelnen Ländern. Auf Grund der spezifischen Zuständigkeiten finanziert auch der Bund einzelne Bildungsbereiche in einem unterschiedlichen Umfang. Von den gesamten Bildungsausgaben in Höhe von 86,7 Mrd. Euro entfielen 2005 50,2 Mrd. Euro auf den Schulbereich. Das war mehr als die Hälfte (58 %) aller öffentlichen Bildungsausgaben. Für die Hochschulen wurden 2005 21 % (18,4 Mrd. Euro) aller öffentlichen Bildungsausgaben verwendet (Tab. 4.7-1).

2005 entfielen auf den Bund 4,3 Mrd. Euro oder 5 % aller öffentlichen Ausgaben für Bildung. Besonders im Hochschulsektor sowie im Bereich der Förderung von Schülern/innen und Studierenden engagiert er sich. Hierfür verwendete er 43 % (1,8 Mrd. Euro) bzw. 27 % (1,2 Mrd. Euro) seiner Ausgaben für Bildung. Die Länder steuerten 2005 64,4 Mrd. Euro (74 %) zu den öffentlichen Bildungsausgaben bei. Traditionell gaben die Länder davon die höchsten Beträge für Schulen (63 % bzw. 40,5 Mrd. Euro) und für Hochschulen (26 % bzw. 16,6 Mrd. Euro) aus.

Von den Gemeinden wurden 18,0 Mrd. Euro (21 %) zu den öffentlichen Bildungsausgaben beigesteuert. Sie gaben davon etwa 50 % für den Schulbereich, 35 % für Tageseinrichtungen für Kinder und gut 5 % für Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit aus (Tab. 4.7-2, Abb. 4.7-1).

^a Methodische Erläuterungen

Veranschlagungspraxis in den Aufgabenbereichen Tageseinrichtungen für Kinder und Jugendarbeit

Die originären Daten der Jahresrechnungsstatistik sind auf Grund der Unterschiede in der Veranschlagungspraxis und der Revision der Haushaltssystematiken im Zeitverlauf nicht vergleichbar. Diese Unterschiede wurden für Text und Abbildungen näherungsweise eliminiert. Die Tabellen (Tab. 4.1.3-1, Tab. 4.6.3-1) enthalten die originären Werte.

Ausgaben je Schüler/in

Die Kennzahl „Ausgaben je Schüler/in“ wird jährlich vom Statistischen Bundesamt nach einem komplexen, mit den für Statistik zuständigen Gremien der Kultusministerkonferenz und dem Bundesministerium für Bildung und Forschung abgestimmten Verfahren berechnet und in einer Gliederung nach allgemein bildenden und beruflichen Schularten (darunter Berufsschulen im Dualen System) veröffentlicht. Hierzu werden für jedes Land und für das Bundesgebiet die Ausgaben für öffentliche Schulen in einer Aufgliederung nach Ausgaben für Personal, laufenden Sachaufwand und Investitionen ermittelt und auf die Zahl der Schüler/innen im jeweiligen Land bezogen. Auf diese Weise werden Ausgabenunterschiede, die auf Größenunterschiede der Schülerpopulation zurückgehen, ausgeschaltet (vgl. Wirtschaft und Statistik 4/2003, S. 345).

Laufende Grundmittel für Lehre und Forschung

Bei den laufenden Grundmitteln für Lehre und Forschung handelt es sich um den Teil der Hochschulausgaben, den der Hochschulträger aus eigenen Mitteln den Hochschulen für laufende Zwecke zur Verfügung stellt. Sie werden ermittelt, indem von den Ausgaben der Hochschulen für laufende Zwecke (z. B. Personalausgaben, Unterhaltung der Grundstücke und Gebäude, sächliche Verwaltungsausgaben) die Verwaltungseinnahmen und die Drittmiteleinahmen subtrahiert werden. Die laufenden Grundmittel enthalten keine Investitionsausgaben.

Laufende Ausgaben je Studierenden

Die laufenden Ausgaben (Grundmittel) je Studierenden entsprechen den Mitteln für Lehre und Forschung, die der Hochschulträger den Hochschulen aus eigenen Mitteln für laufende Zwecke zur Verfügung stellt, bezogen auf die Zahl der Studierenden, die in der Hochschulstatistik im jeweiligen Wintersemester am Ende des Haushaltsjahres in einem Fachstudium immatrikuliert waren, ohne Beurlaubte, Studienkollegiaten und Gasthörer.

Die Kennzahl wird in einer Gliederung nach Hochschularten und Fächergruppen berechnet. In der Kennzahl sind dann auch die laufenden Ausgaben der zentralen Einrichtungen anteilig enthalten.

Ausgaben der Bundesagentur für Arbeit

Die Ausgaben wurden der Haushaltsrechnung der Bundesagentur für Arbeit entnommen. Dabei wurden die einzelnen Haushaltstitel der Erstausbildung und Weiterbildung zugeordnet.

5 Bildungsausgaben im internationalen Kontext

Ein Vergleich der Bildungsausgaben in Deutschland mit denen anderer OECD- und EU-Staaten zeigt Unterschiede auf, die in der Mittelausstattung des Bildungswesens in den einzelnen Staaten bestehen und welchen Stellenwert der Bildungsbereich bei der Verwendung des Volkseinkommens bzw. der öffentlichen Finanzmittel hat. Von Interesse ist auch, ob sich der Stellenwert von Bildung im Zeitverlauf in den einzelnen Staaten unterschiedlich entwickelt. Von besonderer Bedeutung ist, welche Schwerpunkte die Staaten bei der Verteilung der Mittel auf die Bildungsbereiche setzen. Im Mittelpunkt der Betrachtung steht der Vergleich der deutschen Bildungsausgaben mit den Bildungsausgaben anderer OECD-Staaten. Des Weiteren wird bei ausgewählten Indikatoren der Frage nachgegangen, welche Position die Länder im internationalen Vergleich einnehmen.

Mit der regelmäßigen Veröffentlichung von „Bildung auf einen Blick“ (Education at a Glance – EAG) stellt die OECD jährlich eine Datenbasis zur Verfügung, welche eine Analyse der nationalen Entwicklungen im internationalen Kontext erlaubt. Auf Basis der UOE-Meldungen^M liefert die Veröffentlichung umfassende Informationen über aktuelle Entwicklungen des Bildungswesens im Hinblick auf Kosten, Personal, Qualität der Lehrenden sowie der Lernenden. Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder ergänzen jährlich die OECD-Publikation um die „Internationalen Bildungsindikatoren im Ländervergleich“, in der wichtige OECD-Indikatoren in einer Gliederung nach Ländern (Bundesländer) dargestellt werden.

Statistische Indikatoren unterstützen Aussagen über Entwicklungen in den letzten Jahren und ermöglichen eine mittelfristige Lageanalyse. Dabei werden die Bildungsausgaben zu anderen Kenngrößen in Beziehung gesetzt.

Im Folgenden werden die Ergebnisse für Deutschland (teilweise auch die der Länder) mit denen anderer OECD-Staaten bzw. mit OECD- sowie EU19-Durchschnitten^M – vielfach in einer Gliederung nach ISCED-Stufen – verglichen. Die Ergebnisse beziehen sich auf das Jahr 2005.

Für den internationalen Vergleich werden folgende Kennzahlen verwendet:

- Ausgaben je Schüler/in bzw. Studierenden
- Öffentliche Ausgaben für Bildung in Relation zu den öffentlichen Gesamtausgaben
- Öffentliche Gesamtausgaben für Bildung in Relation zum BIP
- Ausgaben für Bildungseinrichtungen je Schüler/in bzw. Studierenden in Relation zum BIP pro Kopf

5.1 Ausstattung der Bildungsbereiche mit Finanzmitteln

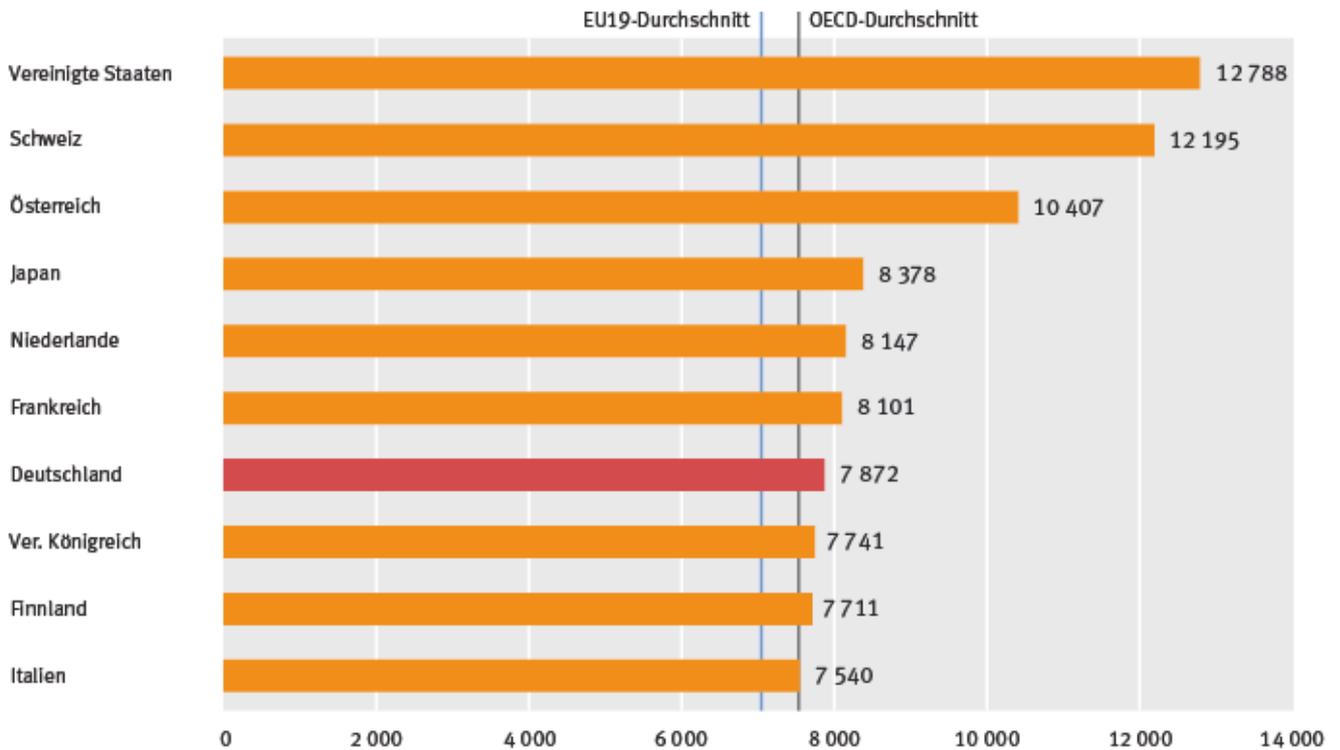
Nach der internationalen Abgrenzung wurden 2005 in Deutschland 93,6 Mrd. Euro von der öffentlichen Hand für Bildungseinrichtungen zur Verfügung gestellt. Dies entspricht einer Steigerung von 14,4 % gegenüber 1995. Der private Bereich und das Ausland finanzierten 2005 20,9 Mrd. Euro, das waren 21,3 % mehr als 1995. Diese größeren Steigerungen im privaten Bereich sind in erster Linie auf den Ausbau des Elementar- und des Privatschulbereichs sowie auf die Ausweitung der Drittmittelforschung im Hochschulbereich zurückzuführen.

5.1.1 Deutschland im Vergleich mit anderen Staaten

Die Ausgaben für Bildungseinrichtungen je Schüler/in bzw. Studierenden sind ein Indikator für die Ausstattung der Bildungseinrichtungen mit personellen und finanziellen Ressourcen. Bei diesem Indikator werden die Ausgaben für Bildungseinrichtungen^M in Bezug zu den auf das Haushaltsjahr umgerechneten Schüler- und Studierendenzahlen gesetzt.

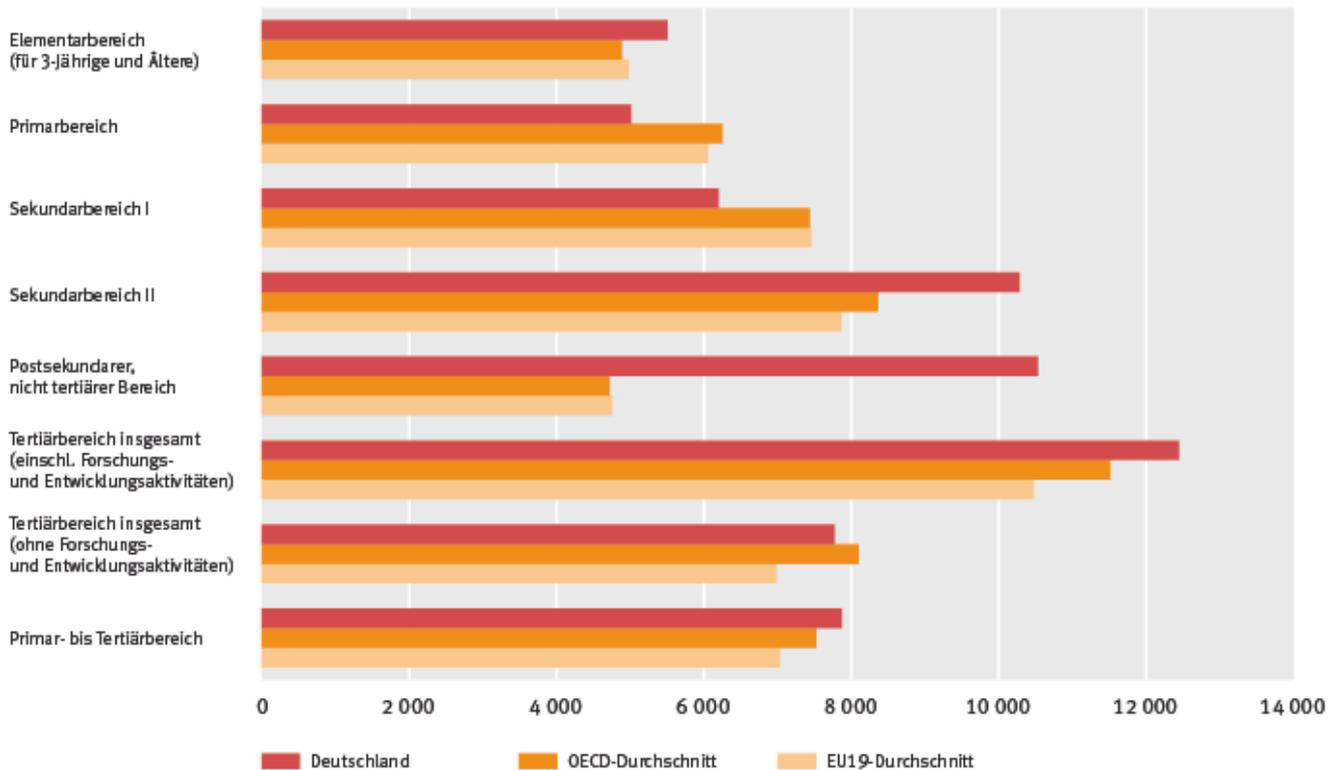
Die Bildungsausgaben je Schüler/in bzw. Studierenden werden auf Grund des hohen Personalkostenanteils in hohem Maße vom Lohn- und Gehaltsniveau bestimmt, das in Deutschland im Schulbereich in Vergleich zu anderen Staaten besonders hoch ist. Aber auch die Unterrichtsdauer (z. B. Halbtags- oder Ganztagsunterricht), der Umfang der Lehrverpflichtungen und die Klassengröße, der Grad der Lernmittelfreiheit, die Struktur und Ausrichtung der Bildungsprogramme sowie die Studien- bzw. Ausbildungsdauer beeinflussen die Höhe der Ausgaben je Schüler/in bzw. Studierenden und sind beim Vergleich zu berücksichtigen.

Abbildung 5.1.1-1: Jährliche Ausgaben für Bildungseinrichtungen je Schüler/in bzw. Studierenden vom Primar- bis zum Tertiärbereich 2005 in US-Dollar



Quelle: OECD, Bildung auf einen Blick 2008, Tab. B1.1a.

Abbildung 5.1.1-2: Jährliche Ausgaben für Bildungseinrichtungen je Schüler/in bzw. Studierenden nach Bildungsbereichen 2005 in US-Dollar



Quelle: OECD, Bildung auf einen Blick 2008, Tab. B1.1a.

Ausgaben je Bildungsteilnehmer/in über dem OECD-Durchschnitt ...

In Deutschland lagen 2005 die Bildungsausgaben je Bildungsteilnehmer/in vom Primar- bis Tertiärbereich kaufkraftbereinigt^M insgesamt bei 7 900 US-Dollar und damit über dem OECD-Durchschnitt (7 500 US-Dollar) (**Tab. 5.1.1-1**). Im Vergleich zum EU19-Durchschnitt (7 000 US-Dollar) waren die Ausgaben in Deutschland sogar um 12% höher (**Abb. 5.1.1-1**).

Allerdings bestanden zwischen den Bildungsbereichen deutliche Unterschiede (**Abb. 5.1.1-2**). Im Elementarbereich (für 3-Jährige und Ältere) lagen die Ausgaben je Bildungsteilnehmer/in mit 5 500 US-Dollar über dem OECD-Durchschnitt (4 900 US-Dollar).

Im Schulbereich waren die Ausgaben je Schüler/in im Primarbereich (5 000 US-Dollar) und im Sekundarbereich I (6 200 US-Dollar) in Deutschland niedriger als der OECD-Durchschnitt (**Abb. 5.1.1-3**).

... wegen hoher Kosten in der dualen Ausbildung

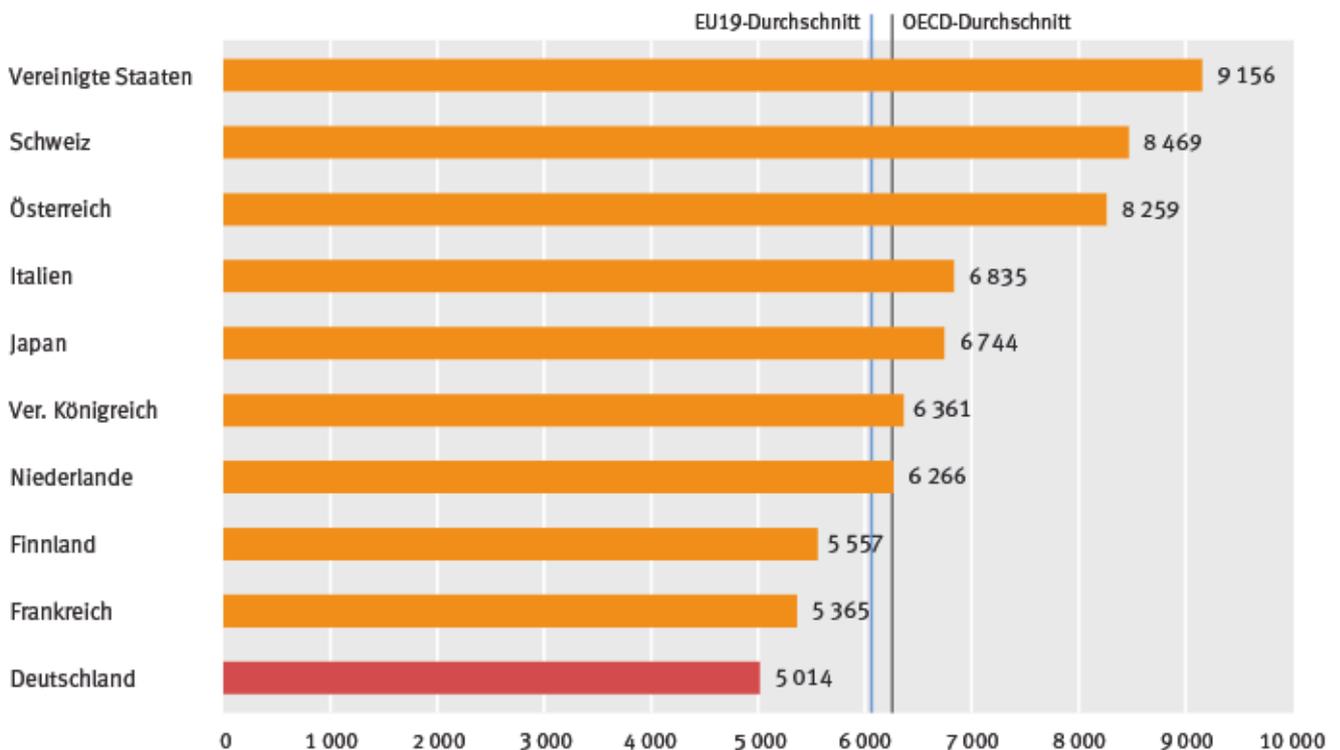
Im Sekundarbereich II lagen sie mit 10 300 US-Dollar deutlich über dem OECD-Durchschnitt (8 400 US-Dollar). Dies ist aber in erster Linie auf die hohen Ausgaben der Betriebe im Rahmen des Dualen Systems zurückzuführen. So waren die Ausgaben je Schüler/in in den beruflichen Bildungsgängen (einschl. betrieblicher Ausbildung) im Sekundarbereich II mit 12 700 US-Dollar 2005 knapp doppelt so hoch wie in allgemein bildenden Programmen mit 6 500 US-Dollar (Oberstufe der Gymnasien, Fachoberschule u. dgl.). Betrachtet man allein die allgemein bildenden Bildungsgänge, so lagen auch hier die Ausgaben deutlich unter dem OECD-Durchschnitt.

... und hoher FuE-Ausgaben im Hochschulbereich

Ähnlich ist die Situation im Tertiärbereich. Die Ausgaben je Studierenden waren 2005 in Deutschland höher als der OECD-Durchschnitt (11 500 US-Dollar), weil die deutschen Hochschulen relativ forschungsintensiv sind (**Abb. 5.1.1-4**). Eliminiert man die Ausgaben für Forschung und Entwicklung, so betragen die Ausgaben je Studierenden statt 12 400 US-Dollar nur noch 7 800 US-Dollar (ISCED 5A/6) und liegen damit deutlich unter den Werten anderer OECD-Staaten und dem OECD-Durchschnitt von 8 100 US-Dollar.

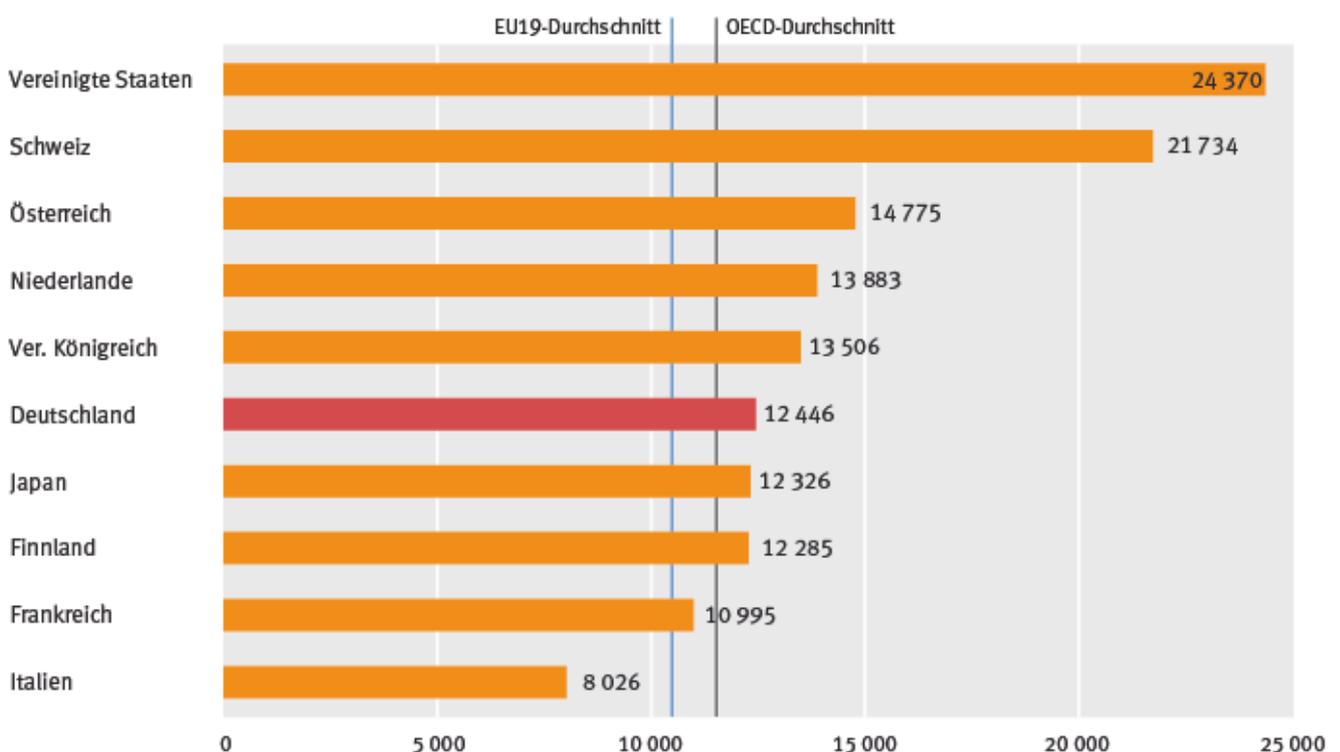
Betrachtet man die Entwicklung der Ausgaben je Schüler/in im Zeitraum 1995 zu 2005, so wurden die Ausgaben je Schüler/in im Primar-, Sekundar- und postsekundären, nicht tertiären Bereich zu konstanten (realen) Preisen^M in Deutschland um 5% erhöht, im OECD-Durchschnitt und EU19-Durchschnitt dagegen um 34% bzw. 36%. Im Tertiärbereich entsprach dagegen die Entwicklung der Ausgaben je Studierenden in Deutschland (plus 8%) in etwa der Entwicklung der Finanzausstattung auf der internationalen Ebene (OECD-Durchschnitt: plus 12%, EU19-Durchschnitt: plus 10%) (**Tab. 5.1.1-2**). Hier ist jedoch zu beachten, dass in Deutschland die Forschungsausgaben besonders gesteigert wurden.

Abbildung 5.1.1-3: Jährliche Ausgaben je Schüler/in im Primarbereich 2005 in US-Dollar



Quelle: OECD, Bildung auf einen Blick 2008, Tab. B1.1a.

Abbildung 5.1.1-4: Jährliche Ausgaben je Schüler/in bzw. Studierenden im Tertiärbereich (einschließlich Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten) 2005 in US-Dollar



Quelle: OECD, Bildung auf einen Blick 2008, Tab. B1.1a.

5.1.2 Vergleich der Länder auf Basis internationaler Kennzahlen

Im Bundesdurchschnitt wurden in Deutschland 2005 je Bildungsteilnehmer/in des Primar- bis zum Tertiärbereich 7 900 US-Dollar bzw. 7 000 Euro ausgegeben.

Ausgaben je Bildungsteilnehmer/in 2005 in den Stadtstaaten am höchsten

Für die Stadtstaaten wurden die höchsten Ausgaben ermittelt. Hamburg verzeichnete Ausgaben in Höhe von 8 400 Euro je Bildungsteilnehmer/in, in Berlin und Bremen entfielen auf einen Bildungsteilnehmer/in 8 100 Euro. Die niedrigsten Ausgaben je Schüler/in/Studierenden ergaben sich in Rheinland-Pfalz mit 6 500 Euro sowie Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und Hessen mit jeweils 6 700 Euro (Abb. 5.1.2-1).

Bei einer tiefer gehenden Betrachtung nach Bildungsbereichen ergeben sich ebenfalls Differenzen im Ländervergleich. Im Schulbereich sind diese unter anderem auf Unterschiede in der Schulstruktur, in der Vergütungsstruktur der Lehrkräfte, differierende Pflichtstundenzahlen der Lehrkräfte oder unterschiedliche Klassengrößen zurückzuführen (siehe auch Kapitel 4.2.3). Unterschiede existieren auch im Umfang des Ganztagsschulangebots, in der Ausgestaltung der Lernmittelfreiheit sowie der materiellen Ausstattung der Schulen und in der zeitlichen Verteilung von Investitionsprogrammen.

Im Hochschulbereich schwankten 2005 die Ausgaben je Studierenden im Ländervergleich zwischen 9 200 Euro in Rheinland-Pfalz und 15 700 Euro im Saarland bei einem Schnitt von 11 900 Euro in Deutschland (Tab. 5.1.2-1). Dabei ist die Fächerstruktur wegen der großen Unterschiede in den Betreuungsrelationen ein wesentlicher Einflussfaktor für die Höhe der Ausgaben je Studierenden. Besonders kostenintensiv ist dabei ein Medizinstudium. Auch Unterschiede in der Forschungsintensität und der Auslastung der Hochschulen beeinflussen die Ergebnisse im Ländervergleich.

5.2 Ausgaben für Bildung in Bezug zur Wirtschaftskraft

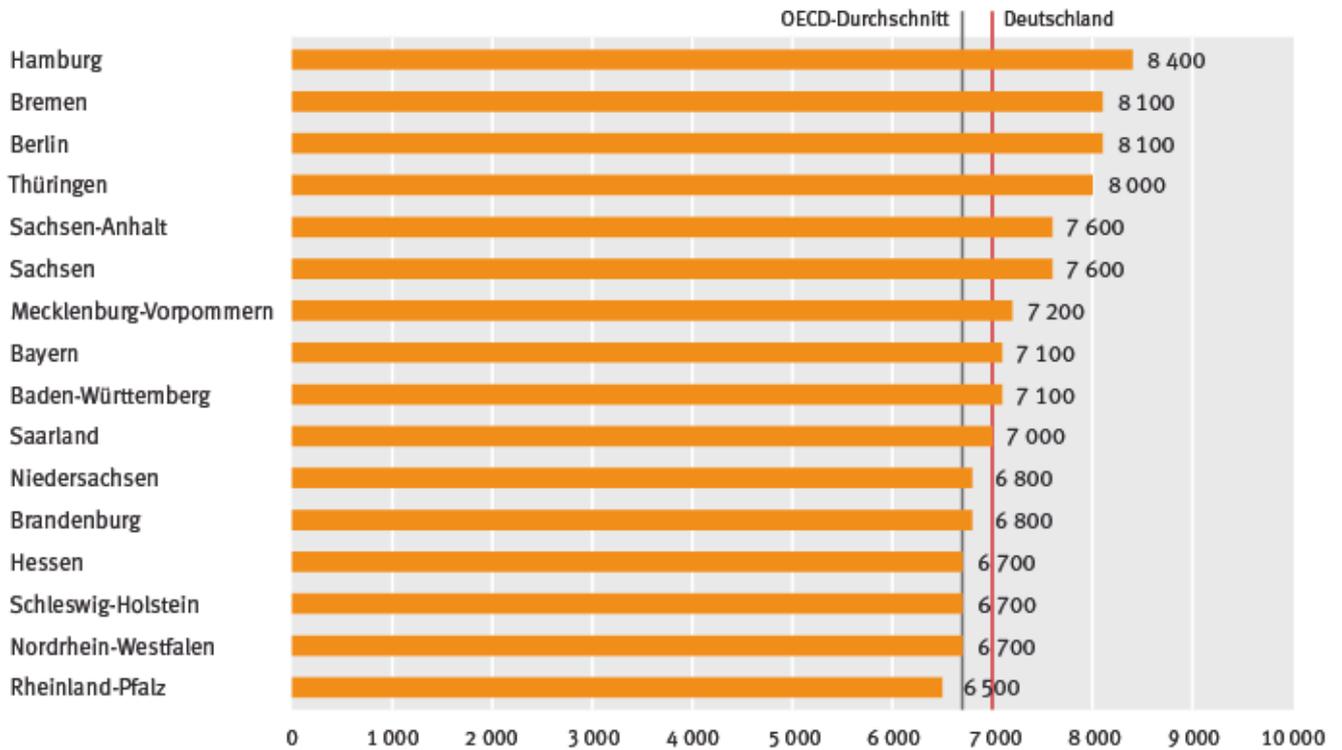
In einer wissensbasierten Gesellschaft stellen Bildungsausgaben eine wichtige Zukunftsinvestition dar, die für den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaft, der Sicherung der Humanressourcen und der gesellschaftlichen Teilhabe der Individuen eine große Bedeutung hat. Der Stellenwert von Bildung lässt sich daran ablesen, wie viel für Bildung in Relation zur Wirtschaftskraft aufgewendet wird. Dies wird mit dem Indikator Anteil der Bildungsausgaben am BIP gemessen.

Anteil der Bildungsausgaben am BIP in Deutschland mit 5,1 % deutlich unter dem OECD-Durchschnitt von 5,8 %

2005 wurden in Deutschland in der Abgrenzung der OECD 5,1 % für öffentliche und private Bildungseinrichtungen ausgegeben. Gemessen an der Wirtschaftskraft waren die Ausgaben in Deutschland deutlich niedriger als im OECD-Durchschnitt (5,8%). Während im Vergleich zu 1995 andere vergleichbare Industriestaaten ihre Bildungsausgaben in Relation zum BIP zum Teil kräftig gesteigert haben, ging der BIP-Anteil in Deutschland von 5,4 % auf 5,1 % zurück. Dies trifft aber auch für andere Industriestaaten wie Österreich, Frankreich oder Spanien zu. Dagegen haben beispielsweise Dänemark, Schweden, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten die Bildungsausgaben im Verhältnis zur wirtschaftlichen Leistung gesteigert. Zu beachten ist, dass im OECD-Vergleich in erster Linie die Ausgaben des formalen Bildungssystems berücksichtigt werden. An der formalen Bildung in Kindergärten, Schulen, Einrichtungen der beruflichen Bildung sowie Hochschulen nehmen aber insbesondere junge Menschen teil. Die Ausgaben werden daher durch die Größe der Altersgruppe der unter 30-jährigen Personen bestimmt. Auf Grund der demografischen Entwicklung ist der Anteil der unter 30-jährigen an der Gesamtbevölkerung in Deutschland relativ niedrig. Würde man die Größe der bildungsrelevanten Bevölkerung bei der Berechnung des BIP-Anteils berücksichtigen, so würde sich die Position Deutschlands im internationalen Vergleich deutlich verbessern (vgl. Statistik und Wissenschaft, Bd. 6/2006, S. 85 ff.).

Wirtschaftsstarke Staaten sind eher in der Lage ihr Bildungssystem angemessen mit Finanzmitteln auszustatten. Setzt man die Bildungsausgaben je Schüler in Bezug zum BIP je Einwohner, so entsprechen die Ausgaben je Bildungsteilnehmer (ISCED 1 bis 6) bezogen auf das BIP je Einwohner 2005 in Deutschland dem OECD-Durchschnitt (26 %) (Abb. 5.2-1). Bezogen auf das BIP je Einwohner lag Deutschland in einigen Bildungsbereichen über, in anderen unter dem OECD-Durchschnitt. So ergab sich im Primarbereich ein Anteil von 16 % (OECD-Durchschnitt: 21 %). Im gesamten Sekundarbereich entsprach der Anteil (25 %) fast dem Durchschnitt der OECD-Staaten (26 %). Im Hochschulbereich (einschließlich Ausgaben für Forschung und Entwicklung) übertraf der Wert für Deutschland mit 41 % den OECD-Mittelwert (40 %).

Abbildung 5.1.2-1: Ausgaben für alle Bildungseinrichtungen (ISCED 1 bis 6) je Bildungsteilnehmer/in 2005 in Euro



Quelle: Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich 2008, Tab. B1.1a.

Abbildung 5.2-1: Ausgaben je Schüler/in bzw. Studierenden vom Primar- bis zum Tertiärbereich in Relation zum BIP je Einwohner 2005 in %



Quelle: OECD, Bildung auf einen Blick 2008, Tab. B1.4.

5.3 Öffentliche Ausgaben für Bildung

5.3.1 Öffentliche Ausgaben für Bildung in Bezug zu den öffentlichen Gesamtausgaben

Die Schaffung bzw. der Erhalt eines leistungsfähigen Bildungssystems gehört in allen Staaten zu den Kernaufgaben der öffentlichen Hand. Deshalb ist von besonderem Interesse, den Stellenwert von Bildung in Relation zu anderen öffentlichen Aufgaben darzustellen.

Hierzu werden die öffentlichen Bildungsausgaben auf die Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen^M bezogen.

Im Vergleich zu den Kapiteln 3 und 4, in denen die öffentlichen Ausgaben in Beziehung zum Gesamtetat gestellt werden, sind bei diesem Indikator sowohl die öffentlichen Gesamtausgaben als auch die öffentlichen Bildungsausgaben anders abgegrenzt. Für internationale Vergleiche der öffentlichen Gesamtausgaben muss auf die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zurückgegriffen werden, da keine vergleichbaren Finanzstatistiksysteme vorliegen und in den einzelnen Staaten die öffentliche Hand unterschiedliche Aufgabenprogramme hat. Die öffentlichen Bildungsausgaben^M werden nach dem UOE-Konzept abgegrenzt. Sie umfassen die direkten öffentlichen Ausgaben für Bildungseinrichtungen und die öffentlichen bildungsbezogenen Transfers an private Einrichtungen und Haushalte.

Anteil der Bildungsausgaben am Gesamthaushalt unter OECD-Durchschnitt

In Deutschland ergab sich 2005 ein Anteil der Bildungsausgaben an den öffentlichen Ausgaben von 9,7 %, das sind 1,2 Prozentpunkte mehr als noch 1995. Der OECD-Durchschnitt lag 2005 bei 13,2 % (1995: 11,9 %), der EU19-Durchschnitt 2005 bei 12,1 % (1995: 10,7 %) (**Tab. 5.3.1-1, Abb. 5.3.1-1**). Zu beachten ist, dass der relativ niedrige Wert im Jahr 1995 auf außerordentliche Ausgaben im Zusammenhang mit der Auflösung der Treuhandgesellschaft zurückzuführen ist. Außerdem ist die Staatsquote in Deutschland in diesem Zeitraum deutlich zurückgegangen (1995: 54,8 %, 2005: 46,9 %). Die Staatsausgaben (einschl. der Sozialversicherung) sind in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen im gleichen Zeitraum nur um 4,0 % gestiegen, während die öffentlichen Bildungsausgaben in UOE-Abgrenzung um 18,3 % erhöht wurden.

Im Vergleich zu anderen Staaten geben die öffentlichen Haushalte in Deutschland relativ wenig für Bildung aus. Bei der Interpretation ist jedoch zu berücksichtigen, dass sich in Deutschland die Wirtschaft im Rahmen der dualen Ausbildung stark an der beruflichen Bildung beteiligt, während in anderen Staaten die berufliche Bildung in einem stärkeren Maße in öffentlichen Schulen erfolgt.

5.3.2 Öffentliche Ausgaben für Bildung in Bezug zur Wirtschaftskraft

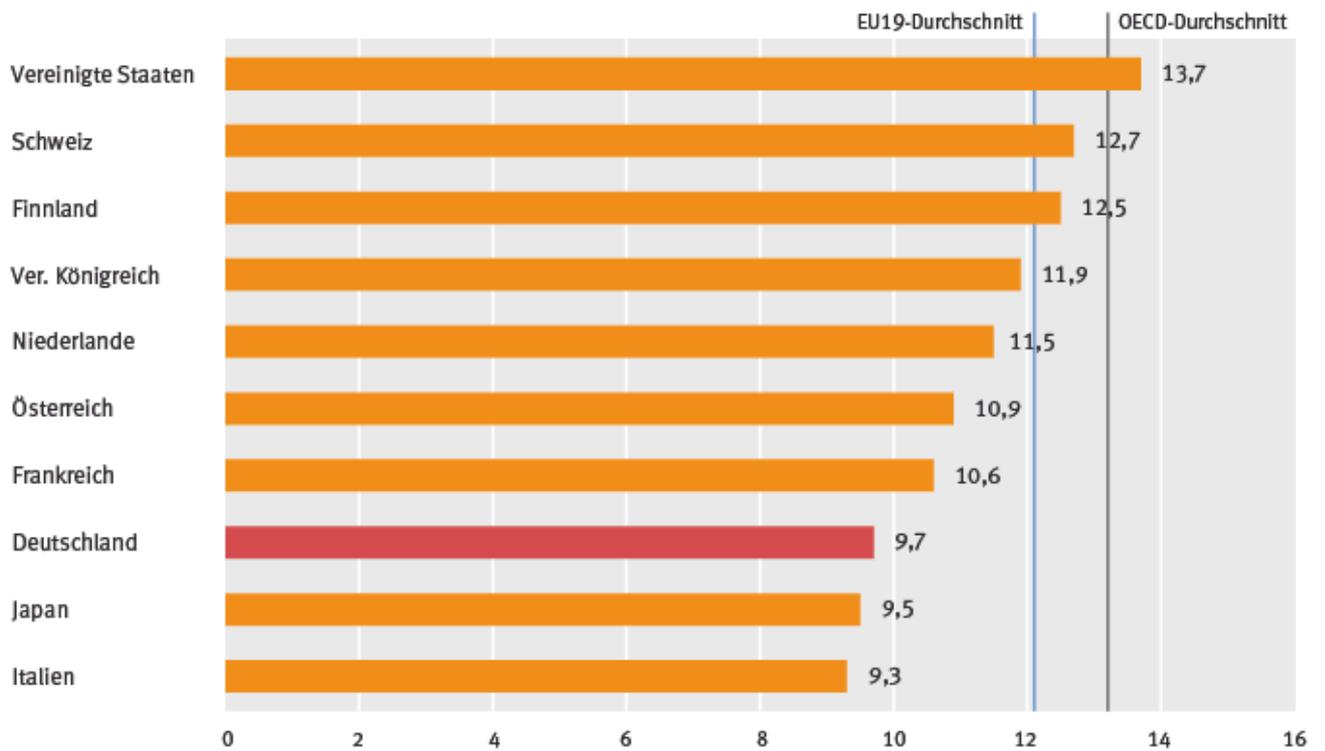
Die öffentlichen Ausgaben für Bildung am Bruttoinlandsprodukt zeigen, in welchem Verhältnis die öffentlichen Mittel, die für das Bildungswesen ausgegeben werden, zur Wirtschaftskraft stehen. Insgesamt betrug der Anteil der öffentlichen Bildungsausgaben am BIP 2005 in Deutschland 4,5 % und damit weniger als im OECD-Durchschnitt (5,4 %) (**Abb. 5.3.2-1**).

Die öffentlichen Ausgaben für Bildungseinrichtungen des Primar- bis Tertiärbereichs entsprachen in Deutschland 2005 4,1 % des BIP. Im Ländervergleich ergeben sich deutliche Abweichungen vom Bundesdurchschnitt. Die Werte reichten von 2,9 % in Hamburg bis 5,9 % in Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen (**Tab. 5.3.2-1, Abb. 5.3.2-2**).

Der Anteil der öffentlichen Gesamtausgaben für Bildung am Bruttoinlandsprodukt im Primar-, Sekundar- und postsekundären, nicht tertiären Bildungsbereich war in Hamburg mit 1,8 % am niedrigsten und in Thüringen mit 4,4 % am höchsten. Berlin verzeichnete mit 2,2 % den höchsten Wert im gesamten Tertiärbereich, Bayern mit 0,8 % den niedrigsten (**Tab. 5.3.2-1**). Zu berücksichtigen ist dabei, dass die Unterschiede in der Finanzkraft der Länder durch den Länderfinanzausgleich deutlich abgemildert werden.

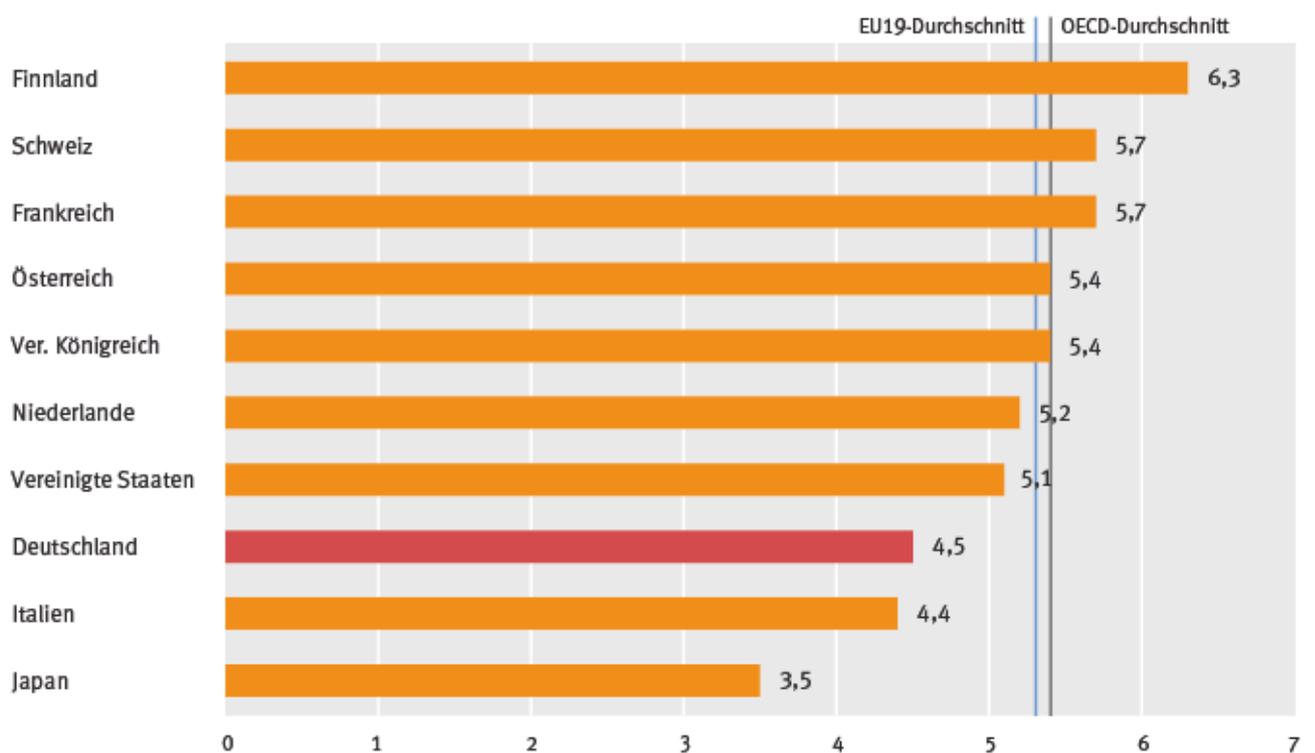
In Deutschland Ausgabenanteil am BIP in allen Bildungsbereichen unterdurchschnittlich

Abbildung 5.3.1-1: Öffentliche Ausgaben für Bildung in Relation zu den öffentlichen Gesamtausgaben 2005 in %



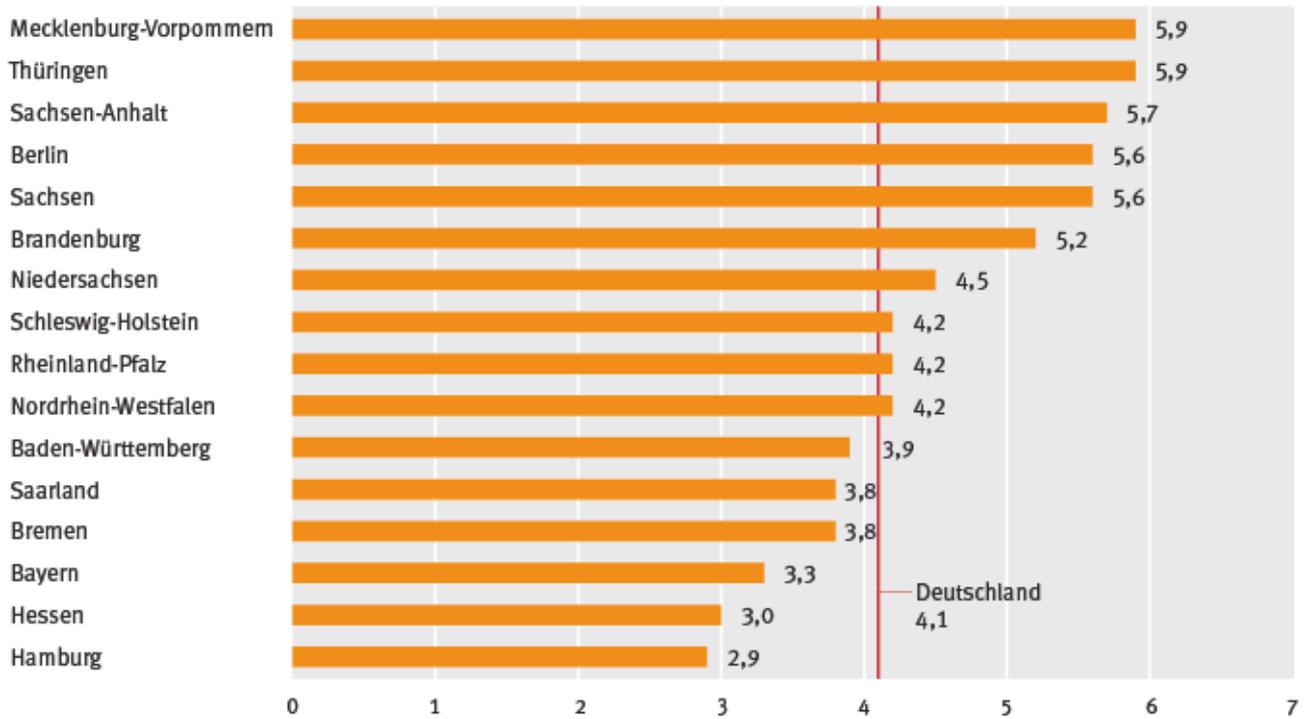
Quelle: OECD, Bildung auf einen Blick 2008, Tab. B4.1.

Abbildung 5.3.2-1: Öffentliche Ausgaben für Bildung in Relation zum BIP 2005 in %



Quelle: OECD, Bildung auf einen Blick 2008, Tab. B4.1.

Abbildung 5.3.2-2 Öffentliche Ausgaben für Bildung (ISCED 1 bis 6) in Relation zum BIP 2005 in %



Quelle: Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich 2008, Tab. B4.1.

Methodische Erläuterungen**Bildungsausgaben in internationaler Abgrenzung (UOE-Meldungen)**

Die Bildungsausgaben in internationaler Abgrenzung umfassen die Ausgaben für Bildungseinrichtungen, die Ausgaben der privaten Haushalte für Bildungsgüter (z. B. privater Kauf von Schulbüchern und Unterrichtsmaterialien, Nachhilfeunterricht außerhalb von Bildungseinrichtungen) und die Ausgaben zur Förderung von Teilnehmenden an ISCED-Bildungsgängen (z. B. Stipendien, Kindergeldzahlungen, wenn diese an den Status der Bildungsteilnahme gebunden sind).

OECD-Durchschnitt

Der OECD-Durchschnitt bezieht sich auf einen Durchschnitt von Datenwerten auf Ebene der nationalen Bildungssysteme. Er wurde als der ungewichtete Mittelwert der Datenwerte aller OECD-Länder berechnet, für die entsprechende Daten vorlagen oder geschätzt werden konnten.

EU19-Durchschnitt

Der EU19-Durchschnitt ist der ungewichtete Mittelwert der Datenwerte der 19 OECD-Staaten, die Mitglieder der Europäischen Union sind und für die entsprechende Daten vorlagen oder geschätzt werden konnten (Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Österreich, Polen, Portugal, Schweden, die Slowakische Republik, Spanien, die Tschechische Republik, Ungarn und das Vereinigte Königreich).

Ausgaben für Bildungseinrichtungen

Die Ausgaben für Bildungseinrichtungen umfassen die Ausgaben der Bildungseinrichtungen für Bildungsdienstleistungen und Zusatzleistungen, die im internationalen Kontext üblicherweise von Bildungseinrichtungen erbracht werden.

Die Ausgaben für Bildungsdienstleistungen umfassen alle Ausgaben, die direkt mit Unterricht und Bildung in Zusammenhang stehen. Darin enthalten sind insbesondere Ausgaben für Lehrkräfte, Schulgebäude und Unterrichtsmaterial. Zu den Ausgaben für zusätzliche Dienstleistungen im Bildungsbereich zählen z. B. die Ausgaben der Studentenwerke, der Transport zur Schule und die Unterbringung auf dem Campus, im Tertiärbereich auch die Ausgaben für Forschung und Entwicklung.

Kaufkraftbereinigung

Bei den Ausgaben der Bildungseinrichtungen je Schüler/in bzw. Studierenden werden die Kaufkraftunterschiede mit Hilfe von auf das Bruttoinlandsprodukt bezogene Kaufkraftparitäten umgerechnet. Die Ausgaben werden auf diese Weise in eine einheitliche Währung mit gleicher Kaufkraft umgerechnet, sodass Vergleiche zwischen den Ländern nur die Unterschiede im Volumen der gekauften Waren und Dienstleistungen widerspiegeln. Der Umrechnungsfaktor zwischen Euro und US-Dollar (Kaufkraftparität) beträgt für Deutschland 1,1204 im Jahr 2005.

Ausgaben je Schüler/in im Primar- und Sekundarbereich zu konstanten (realen) Preisen

Die Preisentwicklung wird mittels des BIP-Deflators (Basisjahr 2000) bereinigt.

Staatsausgaben in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Die öffentlichen Gesamtausgaben in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung entsprechen den nicht rückzahlbaren laufenden Ausgaben und Investitionsausgaben auf allen Ebenen des Staates. Die laufenden Ausgaben umfassen die konsumtiven Ausgaben (z. B. Arbeitsentgelte für Mitarbeiter, Verbrauch von Vorprodukten und -dienstleistungen, Verbrauch von Sachvermögen und Militärausgaben), geleistete Besitzeinkommen, Subventionen und andere geleistete Transferzahlungen (z. B. Sozialversicherungen, Sozialhilfe, Renten und sonstige Wohlfahrtsleistungen). Investitionsausgaben sind Ausgaben zum Erwerb und/oder der Wertsteigerung von Gütern des Anlagevermögens, Grundstücken, immateriellen Vermögensgegenständen, Staatsanleihen und nichtmilitärischen Sachvermögen und Ausgaben zur Finanzierung von Nettokapitaltransfers.

Öffentliche Bildungsausgaben

Die Bildungsausgaben sind entsprechend der methodischen Vorgaben von UNESCO, OECD und Eurostat (UOE) abgegrenzt. Sie unterscheiden sich damit von den Rechnungsergebnissen des öffentlichen Gesamthaushalts und von den Staatsausgaben für Bildung im Sinne der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Die öffentlichen Gesamtausgaben für Bildung umfassen die Ausgaben von Bund (einschl. Bundesagentur für Arbeit, Sozialversicherung) Länder und Gemeinden für öffentliche und private Bildungseinrichtungen und die öffentlichen Ausgaben zur Förderung von Teilnehmenden an ISCED-Programmen (z. B. Stipendien, Kindergeldzahlungen, die an den Status der Bildungsteilnahme gebunden sind).

Anhang

A1 Gegenüberstellung der bildungsrelevanten Funktionen und Gliederungsnummern nach dem Schlüssel für die Aufbereitung der Jahresrechnungsergebnisse des öffentlichen Gesamthaushalts ab dem Rechnungsjahr 2005

Aufgabenbereiche

Fkt.	Staatsfinanzen	Gl. Nr.	Kommunalfinanzen
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten		
11/12	<i>Allgemein bildende und berufliche Schulen</i>		
111	Unterrichtsverwaltung	20	Schulverwaltung
112	Grundschulen	211	Grundschulen
113	Hauptschulen	213	Hauptschulen
114	Kombinierte Grund- und Hauptschulen	215	Kombinierte Grund- und Hauptschulen
115	Kombinierte Haupt- und Realschulen	225	Kombinierte Haupt- und Realschulen
116	Realschulen	221	Realschulen
117	Gymnasien, Kollegs	23	Gymnasien, Kollegs (ohne berufliche Gymnasien)
119	Gesamtschulen (integrierte und additive)	281	Gesamtschulen (integrierte und additive)
121	Schulformunabhängige Orientierungsstufe	216	Schulformunabhängige Orientierungsstufe
123	Freie Waldorfschulen	285	Freie Waldorfschulen
124	Sonderschulen	27	Sonderschulen (Förderschulen)
127	Berufliche Schulen	24	Berufliche Schulen
129	Sonstige schulische Aufgaben	295	Sonstige schulische Aufgaben
13	<i>Hochschulen</i>		
131	Universitäten		---
132	Hochschulkliniken		---
133	Verwaltungsfachhochschulen		---
135	Kunsthochschulen		---
136	Fachhochschulen		---
137	Deutsche Forschungsgemeinschaft		---
139	Sonstige Hochschulaufgaben		---

Aufgabenbereiche

Fkt.	Staatsfinanzen	GL Nr.	Kommunalfinanzen
14	<i>Förderung von Schülern, Studenten u. dgl.</i>		
141	Fördermaßnahmen für Schüler	293	Fördermaßnahmen für Schüler
142	Fördermaßnahmen für Studierende		---
143	Fördermaßnahmen für den wissenschaftlichen Nachwuchs		---
145	Schülerbeförderung	290	Schülerbeförderung + Gr. 639 aller Gliederungen (2...)
146	Studentenwohnraumförderung		---
15	<i>sonstiges Bildungswesen</i>		
151	Förderung der Weiterbildung		---
152	Volkshochschulen	350	Volkshochschulen
154	Einrichtungen der Lehrerausbildung		---
155	Einrichtungen der Lehrerfortbildung		---
156	Berufsakademien		---
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung		
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII		
261	Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit	451	Jugendarbeit
264	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege	454	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege
27	Einrichtungen der Jugendhilfe		
271	Einrichtungen der Jugendarbeit u. Jugendverbandsarbeit	460	Einrichtungen der Jugendarbeit
274	Tageseinrichtungen für Kinder	464	Tageseinrichtungen für Kinder
9	Allgemeine Finanzwirtschaft		
(93)	<i>Versorgung</i>		
118	Versorgung einschl. Beihilfen für Versorgungsempfänger im Bereich der Schulen		Gruppierungen 420, 421, 430, 424, 434, 425, 435, 428, 438 der Gliederungen 20 – 24, 27, 28, 295
138	Versorgung einschl. Beihilfen für Versorgungsempfänger im Bereich der Hochschulen		---

A2 Haushaltssystematische Abgrenzung der Bildungsbereiche in den Kapiteln 3 und 4

Bildungsbereich	Abschnitt des Bildungsfinanzberichtes	Beispiele	Funktionen (Fkt.) Gliederungsnummern (Gl. Nr.)
Kindertageseinrichtungen	4.1	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege, Tageseinrichtungen für Kinder	Fkt. 264, 274 Gl. Nr. 454, 464
Schulen	4.2	Unterrichtsverwaltung, Schulverwaltung, Grundschulen, Hauptschulen, Kombinierte Grund- und Hauptschulen, Kombinierte Haupt- und Realschulen, Realschulen, Gymnasien, Kollegs, Gesamtschulen (integrierte und additive), Schulformunabhängige Orientierungsstufe, Freie Waldorfschulen, Sonderschulen (Förderschulen), Berufliche Schulen, Sonstige schulische Aufgaben	OF 11/12 ohne Fkt. 118 Gl. Nr. 20, 211, 213, 215, 216, 221, 225, 23, 24, 27, 281, 285, 295
Hochschulen	4.3	Universitäten, Hochschulkliniken, Verwaltungsfachhochschulen, Kunsthochschulen, Fachhochschulen, Deutsche Forschungsgemeinschaft, Sonstige Hochschulaufgaben	OF 13 ohne Fkt. 138 Gl. Nr. – ¹⁾
Förderung von Schülern und Studierenden	4.4	Fördermaßnahmen für Schüler, Fördermaßnahmen für Studierende, Fördermaßnahmen für den wissenschaftlichen Nachwuchs, Schülerbeförderung, Studentenwohnraumförderung	OF 14 Gl. Nr. 290, 293
Sonstiges Bildungswesen	4.5	Förderung der Weiterbildung, Volkshochschulen, Andere Einrichtungen der Weiterbildung, Sonstige Volksbildung, Einrichtungen der Lehrerbildung, Einrichtungen der Lehrerfortbildung, Berufsakademien	OF 15 Gl. Nr. 350, 355
Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit	4.6	Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit, Einrichtungen der Jugendarbeit u. Jugendverbandsarbeit	Fkt. 261, 271 Gl. Nr. 451, 460
Bildung	3 4.7	Alle Bildungsbereiche zusammen	In 4.1 bis 4.6 angeführte Funktionen und Gliederungsnummern

1) Die Ausgaben der kommunalen Ebene werden unter der Gliederungsnummer 31 Wissenschaft und Forschung gebucht. Diese können nach allgemeinen Einschätzungen bei der Analyse der Bildungsausgaben vernachlässigt werden.

A3 Zuordnung nationaler Bildungsgänge zur ISCED-97

ISCED-Stufe	Bildungsgänge
0 Elementarbereich	
	<ul style="list-style-type: none"> - Kindergärten - Vorklassen - Schulkindergärten - Sonderschulen im Elementarbereich
1 Primarbereich	
	<ul style="list-style-type: none"> - Grundschulen - Integrierte Gesamtschulen (1.–4. Klasse) - Freie Waldorfschulen (1.–4. Klasse) - Sonderschulen (1.–4. Klasse)
2 Sekundarbereich I	
2A Programme, die Zugang zu ISCED 3A oder 3B vermitteln - allgemein bildend - berufsvorbereitend	<ul style="list-style-type: none"> - Hauptschulen - Schulartunabhängige Orientierungsstufe - Realschulen - Sonderschulen (5.–10. Klasse) - Schularten mit mehreren Bildungsgängen - Gymnasien (5.–10. Klasse) - Integrierte Gesamtschulen (5.–10. Klasse) - Freie Waldorfschulen (5.–10. Klasse) - Abendhauptschulen - Abendrealschulen - Berufsaufbauschulen - Berufsvorbereitungsjahr
2B Programme, die Zugang zu ISCED 3B vermitteln	---
2C Programme, die keinen Zugang zu ISCED 3 vermitteln, die auf den direkten Eintritt in den Arbeitsmarkt vorbereiten	---
3 Sekundarbereich II	
3A Programme, die Zugang zu ISCED 5A vermitteln - allgemein bildend	<ul style="list-style-type: none"> - Gymnasien (11.–13. Klasse) - Integrierte Gesamtschulen (11.–13. Klasse) - Freie Waldorfschulen (11.–13. Klasse) - Sonderschulen (11.–13. Klasse) - Fachoberschulen (2-jährig) - Fachgymnasien - Berufsfachschulen, die eine Studienberechtigung vermitteln
3B Programme, die Zugang zu ISCED 5B vermitteln - beruflich	<ul style="list-style-type: none"> - Berufsgrundbildungsjahr - Berufsschulen (Duales System) - Berufsfachschulen, <ul style="list-style-type: none"> - die einen Berufsabschluss vermitteln, - die berufliche Grundkenntnisse vermitteln - Schulen des Gesundheitswesens (1-jährig) <ul style="list-style-type: none"> - Desinfektor/in, Schädlingsbekämpfer/in - Heilpraktiker/in - Rettungsassistent/in - Krankenpflegehelfer/in - Andere(r) medizinisch-technische(r) Assistent/in - Med. Sektions- und Präparationssassistent/in - Podolog(e)/in - Pflegevorschüler/in

ISCED-Stufe	Bildungsgänge
3C Programme, die keinen Zugang zu ISCED 5 vermitteln, die auf den direkten Eintritt in den Arbeitsmarkt oder auf Programme in ISCED 3 und 4 vorbereiten	- Beamtenanwärter im mittleren Dienst
4 Postsekundärer nicht tertiärer Bereich	
4A Programme, die Zugang zu ISCED 5A vermitteln	- Abendgymnasien - Kollegs - Fachoberschulen (1-jährig) - Berufs-/Technische Oberschulen - Kombination aus einem allgemein bildenden Programm (ISCED 3A) und einem berufsbildenden Programm (ISCED 3B) - Studienberechtigung, dann Berufsschulen (Duales System) - Studienberechtigung, dann Berufsfachschule, die einen Berufsabschluss vermittelt - Berufsschulen (Duales System), dann Studienberechtigung - Berufsfachschule, die einen Berufsabschluss vermittelt, dann Studienberechtigung - Gleichzeitiger Erwerb von Studienberechtigung und Berufsabschluss
4B Programme, die Zugang zu ISCED 5B vermitteln	- Kombination aus zwei berufsbildenden Programmen in ISCED 3B - Berufsschulen (Duales System), dann Berufsfachschule, die einen Berufsabschluss vermittelt - Berufsfachschule, die einen Berufsabschluss vermittelt, dann Berufsschulen (Duales System) - Zwei Berufsausbildungen im Dualen System nacheinander
4C Programme, die keinen Zugang zu ISCED 5 vermitteln, die auf den direkten Eintritt in den Arbeitsmarkt vorbereiten	---
5 Tertiärbereich I	
5A	- Universitäten - Pädagogische Hochschulen - Theologische Hochschulen - Gesamthochschulen - Kunsthochschulen - Fachhochschulen
5B	- Fachschulen - Fachakademien (Bayern) - Berufsakademien - Verwaltungsfachhochschulen - Schulen des Gesundheitswesens (2- bis 3-jährig) - Gesundheitsaufseher/-kontrolleur/in - Archiv-, Dokumentationsassistent/in - Physiotherapeut/in (Krankengymnast/in) - Masseur/in und Medizinische(r) Bademeister/in - Bewegungstherapeut/in - Krankenschwester, -pfleger - Säuglings-, Kinderkrankenschwester, -pfleger

ISCED-Stufe	Bildungsgänge
noch: 5B	<ul style="list-style-type: none"> - Operationstechnische(r) Assistent/in - Hebamme, Entbindungspfleger - Diätassistent/in - Arzthelfer/in - Medizinisch-technische(r) Assistent/in o. n. F. - Medizinisch-technische(r) Assistent/in für Funktionsdiagnostik - Medizinisch-technische(r) Laboratoriumsassistent/in, medizinische(r) Laborant/in - Medizinisch-technische Radiologieassistent/in, Röntgenhelfer/in - Veterinärmedizinisch-techn. Laboratoriumsassistent/in, veterinärmedizinische(r) Laborant/in - Zytologie-, Histologieassistent/in - Pharmazeutisch-technische Assistent/in - Logopäd(e/in) - Orthoptist/in - Ergotherapeut/in - Altenpfleger/in - Familienpfleger/in, Dorfhelfer/in - Heilerziehungspfleger/in, Heilerzieher/in - Heilerziehungspflegehelfer/in
6 Weiterführende Forschungsprogramme	
	Promotionsstudium

Stand: Schuljahr 2005/2006.

A4 Datenquellen

A 4.1 Jahresrechnungsstatistik

In der Jahresrechnungsstatistik werden die Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Haushalte in einer Gliederung nach Funktionen/Gliederungen (Aufgabenbereichen) und Arten aufbereitet. Die Basis ist dabei der einzelne Haushaltstitel, der entsprechend der Systematik der staatlichen und kommunalen Haushalte in der Haushaltsrechnung verschlüsselt wird. Jeder Haushaltstitel ist grundsätzlich nur einer Funktion und einer Ausgabe- bzw. Einnahmeart zugeordnet. Die Bildungsausgaben werden über die Funktion/Gliederung bzw. die Ausgabeart definiert.

A 4.2 Haushaltsansatzstatistik

In der Haushaltsansatzstatistik werden die Einnahmen und Ausgaben der staatlichen Haushalte in einer Gliederung nach Funktionen (Aufgabenbereichen) und Arten aufbereitet. Die Basis ist dabei der einzelne Haushaltstitel, der entsprechend der Systematik der staatlichen Haushalte im Haushaltsplan bzw. der Haushaltsrechnung verschlüsselt wird. Die Haushaltsansatzstatistik liefert Informationen über die vorläufigen Ist-Ausgaben des Vorjahres und die Soll-Ausgaben des laufenden Haushaltsjahres. Die Bildungsausgaben werden über die Funktion bzw. die Ausgabeart definiert. Die im vorherigen Abschnitt enthaltenen Ausführungen zur funktionalen Abgrenzung bzw. zur Abgrenzung nach Ausgabearten gelten für die Haushaltsansatzstatistik analog.

A 4.3 Kassenstatistik

In der Kassenstatistik werden vierteljährlich für das abgelaufene Quartal die Ist-Ausgaben und die Ist-Einnahmen der öffentlichen Haushalte (ohne kommunale Zweckverbände) in der Gliederung nach Ausgabe- und Einnahmearten sowie die Bauausgaben nach Aufgabenbereichen und der Schuldenstand des Bundes und seiner Sondervermögen, der Länder sowie der Gemeinden und Gemeindeverbände am Ende eines jeden Vierteljahres erfasst.

A 4.4 Andere Datenquellen

In einzelnen Kapiteln und Abschnitten wird auf andere Datenquellen bzw. Sonderrechnungen zurückgegriffen. Zu nennen sind hier die Berechnungen zu den Ausgaben je Schüler/in und zum Budget für Bildung, Wissenschaft und Forschung, die Hochschulfinanzstatistik, die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, die Bevölkerungsfortschreibung bzw. die Berechnungen zur UOE-Datenmeldung.

A 5 Ergebnisdarstellung

A 5.1 Gebietsstand und zeitlicher Bezug

Die Ergebnisse beziehen sich auf die seit der Wiedervereinigung bestehenden Gebietsstände von Gesamtdeutschland und werden ab 1995 dargestellt.

A 5.2 Datenquellen

1. Die Ergebnisse stammen bis zum Jahr 2005 aus der Jahresrechnungsstatistik für Bund, Länder und Gemeinden. Es handelt sich dabei um Ist-Ausgaben.
2. Die Ergebnisse für die Jahre 2006, 2007 und 2008 wurden folgenden Quellen entnommen:
 - a. **Bund/Länder:**
Haushaltsansatzstatistik des Statistischen Bundesamtes 2006: Vorläufiges Ist; 2007: Vorläufiges Ist, Soll; 2008: Soll
 - b. **Gemeinden, Gemeinde- und Zweckverbände:**
Schätzung für das Jahr 2006, 2007 und 2008 auf der Basis der Jahresrechnung 2005 und Veränderungsraten der Nettoausgaben aller Aufgabenbereiche (ohne Schlüsselzuweisungen) für 2006 und 2007 aus der Vierteljährlichen Kassenstatistik der Gemeinden und der Veränderungsrate der Ausgaben der Gemeindehaushalte nach den Angaben des BMF für 2008.

A 5.3 Preisstand

Die Bildungsausgaben werden grundsätzlich in jeweiligen Preisen angegeben. In wenigen Fällen werden auch die Ausgaben in konstanten Preisen dargestellt. Für deren Berechnung wird der Deflator des Bruttoinlandsproduktes verwendet, da für den Bildungsbereich keine speziellen Deflatoren verfügbar sind. Hierdurch kann allerdings die tatsächliche Preisentwicklung nur näherungsweise berücksichtigt werden.

A 5.4 Rundungsdifferenzen

Angesichts des Umfangs der zu Grunde liegenden Daten können bei aggregierten Tabellen, bedingt durch Rundungsdifferenzen, Abweichungen zwischen den Einzelwerten und den ausgewiesenen Summen auftreten.

A 5.5 Körperschaftsgruppen

Träger von Ausgaben für den hier dargestellten Aufgabenbereich sind:

- der Bund,
- die Länder einschließlich der Stadtstaaten Berlin, Bremen, Hamburg,
- die Gemeinden und Gemeindeverbände, die Zweckverbände und andere juristische Personen zwischengemeindlicher Zusammenarbeit, soweit sie anstelle kommunaler Körperschaften kommunale Aufgaben erfüllen (als „Zweckverbände“ bezeichnet).

Im Bildungsfinanzbericht umfasst die Gemeindeebene kreisfreie und kreisangehörige Städte, kreisangehörige Gemeinden, Kreise, Gemeindeverbände sowie die Zweckverbände.

A 5.6 Grundmittel

Die Ausgaben für Bildung wurden – wenn nicht anders vermerkt – nach dem Grundmittelkonzept abgegrenzt. Bei den Grundmitteln handelt es sich um die Ausgaben eines Aufgabenbereichs abzüglich der dem jeweiligen Aufgabenbereich zurechenbaren Einnahmen (aus

dem öffentlichen und nichtöffentlichen Bereich). Die Grundmittel zeigen die aus allgemeinen Haushaltsmitteln (Steuern, Mittel aus Finanzausgleich, Kreditmarktmittel und Rücklagen) zu finanzierenden Ausgaben eines bestimmten Aufgabenbereichs einschließlich der investiven Maßnahmen.

A 5.7 Kennzahlen

Auf Grund der unterschiedlichen Größe der einzelnen Bundesländer ist ein Ländervergleich auf der Basis der absoluten Ausgabenbeträge wenig aussagefähig. Die Bildungsausgaben werden deshalb zur Bevölkerungszahl, zur Wirtschaftskraft bzw. zu den öffentlichen Gesamtausgaben in Beziehung gesetzt.

A 5.7.1 Öffentliche Ausgaben für Bildung in Bezug zum Bruttoinlandsprodukt

Die Kennzahl misst die relative Bedeutung der vom Land bereitgestellten Grundmittel für Bildung im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung (Bruttoinlandsprodukt) des jeweiligen Landes.

Das Bruttoinlandsprodukt misst die Produktion von Waren und Dienstleistungen im Inland nach Abzug der Vorleistungen. Es gibt in zusammengefasster Form ein Bild der wirtschaftlichen Leistung einer Volkswirtschaft. Das Bruttoinlandsprodukt wird den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen entnommen. Zu beachten ist, dass die Berechnung der Kennzahlen zum Teil auf der Basis vorläufiger Ergebnisse erfolgt und dass bei Revisionen grundsätzlich auch die Vorjahreswerte revidiert werden. Berechnungsgrundlage für das Bruttoinlandsprodukt sind die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder, die im März 2008 veröffentlicht wurden. Für 2008 wurde die vom Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung prognostizierte nominale Veränderung (plus 3,5%) unterstellt.

A 5.7.2 Öffentliche Ausgaben für Bildung in Bezug zum Gesamtetat

Die Kennzahl ist ein Maß für die relative Bedeutung der vom Land bereitgestellten Grundmittel für Bildung im Verhältnis zu den übrigen im Zuge der Aufgabenerfüllung getätigten Ausgaben.

Die unmittelbaren Ausgaben aller Aufgabenbereiche sind Ausgaben ohne Zahlungen an den öffentlichen Bereich (Ausgaben für Personal, laufender Sachaufwand, Zinsen, Sachinvestitionen sowie laufende und vermögenswirksame Zahlungen an andere Bereiche).

Hierbei handelt es sich:

- **bis 2005:**
um unmittelbare Ausgaben in der Abgrenzung der Jahresrechnungsstatistik,
- **2006 bis 2008:**
um unmittelbare Ausgaben in der Abgrenzung der Haushaltsansatzstatistik sowie geschätzter Daten der Gemeinden und Zweckverbände auf der Basis der Jahresrechnung 2005 (siehe A 5.2)

Die zeitliche Vergleichbarkeit der Kennzahl wird allerdings dadurch beeinträchtigt, dass ab dem Jahr 1997 die Ausgaben für Krankenhäuser und Hochschulkliniken mit kaufmännischem Rechnungswesen nicht mehr in den öffentlichen Gesamthaushalt integriert werden und in den einzelnen Ländern zu unterschiedlichen Zeitpunkten in einem unterschiedlichen Umfang Ausgliederungen aus den Haushalten erfolgen.

A 5.7.3 Öffentliche Ausgaben für Bildung je Einwohner/in

Diese Kennzahl gibt Aufschluss darüber, wie viele Grundmittel das Land aus allgemeinen Haushaltsmitteln (Steuern, Krediten, Mitteln aus dem allgemeinen Finanzausgleich) für Bildung je Einwohner/in zur Verfügung stellt.

Als Bezugswerte werden die Einwohnerzahlen aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder verwendet. Veröffentlichungsstand ist März 2008. Als Bezugswerte werden die Einwohnerzahlen der Bevölkerungsfortschreibung zum Jahresdurchschnitt verwendet, für 2007 die Ergebnisse zum Stichtag 30. Juni 2007.

Um die öffentliche Finanzierung des Angebots an Bildungsleistungen im Verhältnis zum potentiellen Nachfragevolumen abzubilden, werden üblicherweise die Bildungsausgaben auf die Population der 0- bis unter 30-Jährigen bezogen. Als Bezugswerte werden die Ergebnisse der Fortschreibung des Bevölkerungsstandes zum 01. Januar des jeweiligen Jahres verwendet.

Für das Jahr 2008 wurden sowohl bei den Bildungsausgaben je Einwohner/in als auch bei der Kennzahl Bildungsausgaben je Einwohner/in im Alter von 0 bis unter 30 Jahren die Bezugswahlen der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung Variante 1 - W1 zum 01. Januar 2008 entnommen.

A 5.8 Vergleichbarkeit der öffentlichen Bildungsausgaben

Die dargestellten Finanzdaten entsprechen sachlich und systematisch jeweils dem Stand des aktuellen Berichtsjahres der Jahresrechnungsstatistik (2005). Vergleichsdaten zurückliegender Jahre sind – soweit wie möglich – an diesen Stand angepasst.

Die Vergleichbarkeit der Ergebnisse wird durch eine Reihe von Faktoren eingeschränkt:

- Änderung der Haushaltssystematiken,
- Ausgliederung von Einrichtungen aus den Haushalten,
- Änderung und Unterschiede in der Veranschlagungspraxis,
- Unterschiede zwischen Haushaltsansatz- und Jahresrechnungsstatistik,
- Körperschaftsspezifische Besonderheiten.

A 5.8.1 Änderung der Haushaltssystematiken

Am 21. Oktober 1999 hatte die Finanzministerkonferenz auf Vorschlag der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung einen neuen Funktionenplan für die staatlichen Haushalte beschlossen.

Auf Beschluss der Innenministerkonferenz wurde ebenfalls der Gliederungsplan der kommunalen Haushalte revidiert.

Bund, Länder und Gemeinden haben ihre Haushaltspläne und ihre Haushaltsrechnungen in den Jahren 2001 bis 2003 auf den revidierten Funktionen- bzw. Gliederungsplan umgestellt. Die Umstellung erfolgte zu unterschiedlichen Zeitpunkten.

Ab dem Berichtsjahr 2002 wurden die Rechnungsergebnisse des öffentlichen Gesamthaushaltes in der neuen haushaltssystematischen Gliederung nach Arten und Aufgabenbereichen veröffentlicht. Dies bedeutet, dass die Bildungsausgaben, insbesondere in der Gliederung nach Bildungsbereichen, ab dem Berichtsjahr 2002 nur eingeschränkt mit den Berichtsjahren vor 2002 vergleichbar sind.

Zu beachten ist auch, dass nicht auf allen Ebenen die Revision vollständig realisiert worden ist. So erfolgt der Nachweis der Lehreraus- und -fortbildung immer noch uneinheitlich. In einzelnen Ländern werden die Ausgaben für die Lehrerbildung im Schulbereich nachgewiesen, während andere Länder die Vergütungen für Referendare des Schuldienstes nicht dem Schulbereich zuordnen, sondern den Ausgaben für die Lehrerbildung (Fkt. 154).

Auch im Hochschulbereich wird die Vergleichbarkeit durch die Umstellungen im Haushaltswesen beeinträchtigt. So werden in einigen Ländern den Hochschulen für die Nutzung der landeseigenen Hochschulgebäude Mieten in Rechnung gestellt. Für die Hochschulen erfolgt dies vielfach kostenneutral, weil ihr laufender Zuschuss in Höhe der Mietzahlungen an die landeseigenen Gesellschaften angehoben wird. Die Grundmittel des Aufgabenbereichs Hochschulen erhöhen sich dadurch aber entsprechend, weil die Mieteinnahmen in einem anderem Aufgabenbereich des Haushalts (bzw. bei der landeseigenen Vermögensgesellschaft) verbucht werden. Die Grundmittel der Hochschulen einzelner Länder (z. B. Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen) sind daher nur bedingt mit denen anderer Länder vergleichbar.

Im revidierten Funktionenplan werden die Ausgaben für Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit und die Ausgaben für Kinder in Tageseinrichtungen und Tagespflege der Hauptfunktion 2 „Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung“ zugeordnet. Für den Bildungsbereich sind insbesondere die Funktionen 261, 271 (Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit, Einrichtungen der Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit) und 264, 274 (Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege, Tageseinrichtungen für Kinder) relevant. Auf Grund der unterschiedlichen Abgrenzungen im alten und neuen Funktionenplan entstanden Datenbrüche in der Zeitreihe. Schätzungen auf Basis aktueller Ausgabenverhältnisse in diesen Aufgabenbereichen ermöglichen den intertemporalen Vergleich.

A 5.8.2 Ausgliederung von Einrichtungen aus den Haushalten

Öffentliche Haushalte verselbständigen vielfach einzelne Einrichtungen oder übertragen bestimmte Aufgaben Eigenbetrieben oder Dritten. Dies führt dazu, dass in der Haushaltsrechnung nicht mehr die Personalausgaben, der Sachaufwand und die Investitionsausgaben für diesen Aufgabenbereich nachgewiesen werden, sondern die Zuschüsse an diese Einrichtungen. Insbesondere der Hochschulbereich ist in einigen Ländern in den letzten Jahren fast vollständig ausgegliedert worden. Die Ausgliederungen beeinflussen die Grundmittel in der Regel nicht. Allerdings ändert sich teilweise auch das Aufgabenprogramm der ausgegliederten Einrichtungen, was zu einer Veränderung der Zuordnung nach Aufgabenbereichen führen kann (z. B. wenn verschiedene Bildungseinrichtungen zu einer Bildungs-GmbH zusammengeschlossen werden). Außerdem werden häufig die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den ausgegliederten Einrichtungen und dem Haushalt des Trägers neu geordnet (z. B. die Berücksichtigung von Miet- und Zinszahlungen bzw. von Aufwendungen für die Altersversorgung der aktiven Beamten bei der Festlegung der Zuschüsse).

A 5.8.3 Änderungen und Unterschiede in der Veranschlagungspraxis

Im Darstellungszeitraum wurden von den öffentlichen Haushalten eine Reihe von Maßnahmen zur Flexibilisierung und „Verschlankung“ der Haushalte getroffen. Diese Maßnahmen können auch einen Einfluss auf die Art und Höhe der Einnahmen und Ausgaben eines Aufgabenbereichs haben. Zu nennen sind hier folgende Maßnahmen:

- Zusammenfassung von Haushaltstiteln,
- Bildung von Titelgruppen,
- Budgetierung,
- Fremdbezug statt Eigenfertigung,
- Leasing statt Kauf,
- Zentralisierung bzw. Dezentralisierung von Aufgaben
- Gebäudemanagement.

Im Hochschulbereich wird die Vergleichbarkeit durch die Umstellungen im Haushaltswesen beeinträchtigt. So werden in einigen Ländern den Hochschulen für die Nutzung der landeseigenen Hochschulgebäude Mieten in Rechnung gestellt. Für die Hochschulen erfolgt dies vielfach kostenneutral, weil ihr laufender Zuschuss in Höhe der Mietzahlungen an die landeseigenen Gesellschaften angehoben wird. Die Grundmittel des Aufgabenbereichs Hochschulen erhöhen sich dadurch aber entsprechend, weil die Mieteinnahmen in einem anderem Aufgabenbereich des Haushalts (bzw. bei der landeseigenen Vermögensgesellschaft) verbucht werden. Die Grundmittel für Hochschulen einzelner Länder (z. B. Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen) sind daher nur bedingt mit denen anderer Länder vergleichbar.

Zwischen den einzelnen öffentlichen Haushalten bestehen zum Teil größere Unterschiede im Nachweis der Einnahmen und Ausgaben eines Aufgabenbereichs. Diese sind einerseits auf die unterschiedliche Ausgestaltung der Bildungssysteme in den einzelnen Bundesländern, andererseits auf eine unterschiedliche Ausgestaltung des Haushaltswesens zurückzuführen.

Beim Zahlungsverkehr zwischen den öffentlichen Haushalten werden die Zahlungen beim leistenden Haushalt nicht immer dem korrespondierenden Aufgabenbereich des empfangenden Haushalts zugeordnet. Dies kann zu Verzerrungen bei der Bereinigung des Zahlungsverkehrs führen.

Einrichtungen und Haushaltstitel werden in der Regel schwerpunktmäßig einem Aufgabenbereich zugeordnet. Unterschiede im Aufgabenprogramm einzelner Einrichtungen sowie eine unterschiedliche Tiefengliederung der Haushalte können wegen des Schwerpunktpinzips die Vergleichbarkeit der Angaben für die einzelnen Aufgabenbereiche im Zeitverlauf und im Ländervergleich beeinträchtigen. Dies gilt insbesondere für den Nachweis der Ausgaben für einzelne Funktionen und Gliederungen, weniger auf der Ebene der Bildungsbereiche laut Anhang A 2.

A 5.8.4 Umstellung der Haushalte auf kaufmännisches Rechnungswesen

Das Land Hessen und eine Vielzahl von Gemeinden haben ihre Haushaltsrechnung vollständig auf das kaufmännische Rechnungswesen umgestellt. Für die Darstellung in der Finanzstatistik werden die Aufwendungen und Erträge, die Investitionsausgaben und die Finanztransaktionen in die „kameralistischen“ Kategorien der Finanzstatistik umgeschlüsselt. Auf Grund der unter-

schiedlichen Prinzipien sind die umgeschlüsselten Angaben nur bedingt mit den Ergebnissen der kameralistisch geführten Haushalte vergleichbar. Dies gilt insbesondere für die Periodisierung der Einnahmen und Ausgaben.

A 5.8.5 Unterschiede zwischen Haushaltsansatzstatistik und Jahresrechnungsstatistik

In der Standardaufbereitung der Finanzstatistik werden zur Verbesserung der Vergleichbarkeit einzelne Haushaltstitel nach anderen Funktionen bzw. Gruppierungen umgesetzt. Insbesondere werden zahlreiche Titel, die in der Haushaltsrechnung schwerpunktmäßig einer Funktion zugeordnet worden sind, mit Hilfe von Zusatzinformationen auf mehrere Aufgabenbereiche aufgeteilt. Diese Informationen sind für die Aufbereitung der Haushaltsansatzstatistik noch nicht verfügbar, weshalb in der Haushaltsansatzstatistik des Bundes und der Länder die Umsetzungen nicht in vollem Umfang erfolgen können. In Einzelfällen können daher methodisch bedingte Verzerrungen nicht ausgeschlossen werden.

Mit dem Haushaltsplan wird vom Parlament grundsätzlich das Ausgabevolumen festgelegt, welches von den Regierungen für die einzelnen Aufgaben ausgeschöpft werden kann aber nicht ausgeschöpft werden muss. Die Ist-Ausgaben sollten daher in der Regel unter den Soll-Ausgaben liegen. Aber auch Überschreitungen sind möglich, da vielfach einzelne Haushaltstitel gegenseitig deckungsfähig sind bzw. weil vielfach höhere Ausgaben getätigt werden können, wenn der Aufgabenbereich höhere Einnahmen erzielt. Auch über Ergänzungshaushalte können innerhalb des Haushaltsjahres die Haushaltsansätze erhöht werden, ohne dass dies in der Haushaltsansatzstatistik sichtbar werden muss. Ferner ist darauf hinzuweisen, dass der Bund und die einzelnen Länder in unterschiedlicher Weise erwartete Lohn- und Gehaltserhöhungen veranschlagen (z. B. durch höhere Ansätze in den Aufgabenbereichen oder durch den Ansatz globaler Mehr- und Minderausgaben).

A 5.8.6 Umsetzungen in der Haushaltsansatzstatistik 2006 bis 2008

Folgende Anpassungen wurden zur Verbesserung der Vergleichbarkeit vorgenommen:

• Baden-Württemberg:

1. Korrektur Sachkostenbeiträge

Kapitel 1205 Titel 613 72 910

Fkt.	Euro		
	2007 Ist	2007 Soll	2008 Soll
114	146 756 033	151 063 999	147 320 842
124	74 250 871	72 834 466	74 536 635
116	117 221 016	115 351 956	117 672 156
117	164 294 660	162 218 085	164 926 969
119	2 138 520	2 053 722	2 146 750
127	202 616 850	206 477 772	203 396 647
129	0	0	0
Zusammen	707 277 950	710 000 000	710 000 000

Die Einnahmen aus den Sachkostenbeiträgen werden im kommunalen Bereich im Schulbereich, die entsprechende Landesausgaben im Landeshaushalt aber in der allgemeinen Finanzwirtschaft (Funktion 910) nachgewiesen. In der Finanzstatistik werden diese Zahlungen des Landes in den Schulbereich umgesetzt.

2. Korrektur Schülerbeförderungskosten

Kapitel 1205 Titel 633 01

Fkt.	Euro		
	2007 Ist	2007 Soll	2008 Soll
114	170 000 000	170 000 000	170 000 000

Der Titel wurde umgesetzt nach Funktion 145.

3. Korrektur Tageseinrichtungen für Kinder

Ab dem Haushaltsjahr 2004 werden die Zuweisungen und Zuschüsse im kommunalen Finanzausgleich veranschlagt und sind im Landeshaushaltsplan nicht mehr als Funktion 274 zu identifizieren. Laut Sozialministerium werden als Bemessungsgrundlage der Zahlungen die Beträge des Jahres 2002 herangezogen: 394 Mill. Euro. Dieser Betrag wird in den Tabellen in den Jahren 2007/2008 als Ausgabe den Grundmitteln hinzugezogen.

4. Korrektur Zuweisungen des Bundes

Die Datenlieferung der Haushaltsjahre 2007 und 2008 lässt keine Zuweisungen des Bundes im Rahmen der IZBB-Mittel erkennen. Folgende Titel auf der Einnahmen und Ausgabenseite werden dem Liefermaterial bei Kapitel 1205 hinzugesetzt:

Titel	Euro	
	2007 Ist	2008 Soll
331 72 112	132 077 593	92 454 315
883 72 112	132 077 593	92 454 315

• Hamburg

1. Korrektur Landesinstitut für Lehrerfortbildung

In den Haushaltsjahren 2007 Soll und 2008 Soll werden folgende Umsetzungen vorgenommen: In Kapitel 3050 werden alle Titel, die nicht der Funktion 154 zugeordnet sind, in diese umgesetzt.

• Berlin

1. Korrektur Berliner Landesinstitut für Schule und Medien

Im Haushaltsjahr 2006 Ist werden in Kapitel 1031 alle Titel, die nicht der Funktion 111 zugeordnet sind, in diese umgesetzt.

• Brandenburg

1. Korrektur Baumaßnahmen

Im Haushaltsjahr 2008 Soll werden folgende Zusetzungen vorgenommen:

Fkt.	1 000 Euro
	2008 Soll
131	24 352
135	24 352
136	16 862
137	1 500
139	1 000

Die entsprechenden Baumaßnahmen wurden im Liefermaterial des Landes Brandenburg für die Haushaltsansätze 2008 nicht berücksichtigt.

A 6 Versorgungsausgaben und unterstellte Sozialbeiträge

Für im Bildungsbereich tätige Arbeiter und Angestellte teilen sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Kosten für die Rentenversicherung. Diese Beiträge sind in den Personalausgaben der öffentlichen Haushalte enthalten.

Im Bildungsbereich, vor allem im Schul- und Hochschulbereich, sind viele Beamte tätig. Für deren Altersversorgung kommt der Staat auf. Beiträge an einen Altersfonds werden in der Regel nicht gezahlt. Da in den einzelnen Bildungsbereichen in den Ländern und auch in anderen Staaten in einem unterschiedlichen Umfang Beamte tätig sind, werden für die internationale Berichterstattung, für die Berechnung des Bildungsbudgets und im Rahmen der Berechnung des BIP unterstellte Sozialbeiträge für die im Bildungsbereich aktiven Beamten ermittelt.

Bei der Berechnung der unterstellten Sozialbeiträge für den Bildungsbereich wird vom Statistischen Bundesamt seit Jahrzehnten das kausalitätsorientierte Verfahren der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen angewendet. Ausgangspunkt der Berechnungen sind die in einer Periode erbrachten Bildungsleistungen. Die unterstellten Sozialbeiträge werden deshalb auf der Basis der im Haushaltsjahr 2005 an die aktiven Beamten des Bildungsbereichs gezahlten Vergütungen berechnet. Der Zuschlagssatz für das Jahr 2005 beträgt 26,5 %. Dies entspricht dem Beitragsatz zur Rentenversicherung für Angestellte im Jahr 2005 (19,5 %) zuzüglich sieben Prozentpunkte für Aufwendungen für den Erwerb von Ansprüchen auf zusätzliche Leistungen durch die Zusatzversorgung bei den Angestellten sowie für Beihilfeleistungen im Versorgungsfall.

Demgegenüber vertritt die Finanzseite der Länder die Auffassung, dass mindestens die in dem Haushaltsjahr an ehemalige Beamte des Bildungsbereichs gezahlten Versorgungsbezüge angesetzt werden müssen, da nach dem Dritten Versorgungsbericht der Bundesregierung die Versorgungszahlungen – insbesondere auf Länderebene – in den nächsten Jahren weiter steigen werden. Nach Auffassung des Statistischen Bundesamtes ist der Ansatz der Versorgungszahlungen weder mit den internationalen Empfehlungen zur Bildungsstatistik und zu den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen vereinbar, noch stehen diese Versorgungszahlungen in Beziehung zu den im Haushaltsjahr erbrachten Bildungsdienstleistungen. Auch beeinträchtigt der Ansatz der Versorgungszahlungen den Ländervergleich, da in den Flächenländern Ost in der Vergangenheit nur geringe Versorgungslasten entstanden sind.

Im Tabellenanhang werden die in der Jahresrechnungsstatistik nachgewiesenen Versorgungsausgaben und Beihilfeausgaben (Funktion 118 und Funktion 138) den unterstellten Sozialbeiträgen gegenübergestellt (Tab. A 6-1, Tab. A 6-2).

Nach dem kausalitätsbezogenen Ansatz ergaben sich für 2005 unterstellte Sozialbeiträge in Höhe von 8,1 Mrd. Euro für die im Haushaltsjahr im Bildungsbereich aktiven Beamten.

Die tatsächlichen Zahlungen für das pensionierte Personal im Bildungsbereich betragen nach der Jahresrechnungsstatistik 2005 11,1 Mrd. Euro. Nach dem Dritten Versorgungsbericht der Bundesregierung werden diese Beträge auf der Länderebene in den nächsten Jahren deutlich ansteigen.

Die Versorgungszahlungen, die sich auf in früheren Haushaltsperioden erbrachte Bildungsleistungen beziehen, liegen für die Flächenländer West über, für die Flächenländer Ost unter den im Bildungsbudget und in der internationalen Bildungsberichterstattung angesetzten Beträgen.

A 7 Vergleich der Ausgabenkonzepte (unmittelbare Ausgaben, Nettoausgaben, Grundmittel)

Die Finanzstatistik hat für die Haushaltsanalyse verschiedene Ausgabenkonzepte entwickelt. Die wichtigsten sind die unmittelbaren Ausgaben, die Nettoausgaben und die Grundmittel.

Aus Gründen der Aktualität (Haushaltsansatzstatistik), der Darstellung als Zeitreihe und der Möglichkeit, vergleichbare Angaben für die einzelnen Länder über alle Bildungsbereiche hinweg machen zu können, wird im Bildungsfinanzbericht für die Darstellung der Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden überwiegend das Grundmittelkonzept verwendet. Die Finanzseite der Länder favorisiert dagegen das Konzept der Nettoausgaben.

Die Unterschiede in den Konzepten werden durch das in den Tabellen A 7-1 und A 7-2 dargestellte Berechnungsschema deutlich.

• Grundmittel

Die Grundmittel geben den Zuschussbedarf der öffentlichen Haushalte für einen Aufgabenbereich an. Sie beschreiben die Ausgaben eines Aufgabenbereichs abzüglich der vom Aufgabenbereich erzielten Einnahmen vom öffentlichen und nichtöffentlichen Bereich.

Sie weisen den Betrag aus, den die Körperschaft aus allgemeinen Haushaltsmitteln (Steuer-einnahmen, Mittel aus Finanzausgleich, Krediten, Rücklagen) für den jeweiligen Aufgabenbereich bereitgestellt hat. Ihre Höhe ist weitgehend unabhängig vom Grad der Ausgliederung öffentlicher Einrichtungen aus dem Haushalt. Die Grundmittelbetrachtung basiert auf den Ausgaben und Einnahmen von Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Gemeinden), wie sie in der Jahresrechnungsstatistik und Haushaltsansatzstatistik auf der Grundlage der Haushaltssystematik abgebildet werden.

• Unmittelbare Ausgaben

Die unmittelbaren Ausgaben sind die im Zuge der Aufgabenerfüllung getätigten Ausgaben, wobei die Zahlungen an den öffentlichen Bereich nicht berücksichtigt werden. Sie finden Verwendung im nationalen Bildungsbudget und bilden die Grundlage für die internationalen Datenmeldungen an die UNESCO, an die OECD und an Eurostat (UOE). Die Höhe der unmittelbaren Ausgaben wird in besonderem Maße durch Ausgliederungen aus dem Haushalt beeinflusst. Aus diesem Grund wird im Hochschulbereich auf die Ergebnisse der Hochschulfinanzstatistik zurückgegriffen.

• Nettoausgaben

Die Nettoausgaben zeigen die aus eigenen Einnahmequellen der jeweiligen Körperschaften oder Körperschaftsgruppen nach dem Belastungsprinzip zu finanzierenden Ausgaben. Nach diesem Ausgabenkonzept wird der finanzielle Beitrag dargestellt, den die Gebietskörperschaften nach Abzug der von anderen öffentlichen Haushalten empfangenen Zuweisungen zur Durchführung ihrer Aufgaben leisten müssen. Die vom Aufgabenbereich unmittelbar erzielten Einnahmen (z. B. Kindergartengebühren) werden nicht eliminiert.

Die Aussagefähigkeit der Nettoausgaben wird in den letzten Jahren durch die zunehmende Ausgliederung von Einrichtungen aus den öffentlichen Haushalten beeinträchtigt. Bei den nicht ausgegliederten Hochschulen sind beispielsweise die mit Drittmitteln finanzierten Personal- und Sachausgaben in den Nettoausgaben enthalten, bei den ausgegliederten Hochschulen nicht.

Im Mittelpunkt des Bildungsfinanzberichtes steht die Bildungsfinanzierung durch Bund, Länder und Gemeinden. Es soll gezeigt werden, welchen Betrag die öffentlichen Haushalte in der Periode für Bildung verausgabt haben. Deshalb wird im Bildungsfinanzbericht das Grundmittelkonzept angewendet. Bei diesem Konzept werden unter anderem die Einnahmen der Bildungseinrichtungen von den Bildungsteilnehmenden, von Unternahmen u. dgl. – wie auch in der internationalen Bildungsberichterstattung üblich – nicht den öffentlichen Bereichen, sondern den privaten Haushalten zugerechnet. Dagegen weist die Finanzseite der Länder darauf hin, dass die Erhebung von Studien- und Kindergartenbeiträgen auf Entscheidungen der öffentlichen Hand zurückzuführen ist und diese Finanzbeiträge deshalb den öffentlichen Haushalten zugeordnet werden sollten.

Tabelle A 7-2: Bildungsausgaben nach Ausgabe- und Einnahmearten in 1000 Euro

Ausgabe-/ Einnahmeart	Jahresrechnungsstatistik			
	1995	2000	2004	2005
Personalausgaben	54 208 680	49 573 984	49 667 976	48 987 526
+ laufender Sachaufwand	15 779 880	13 114 986	12 580 167	13 009 210
+ Baumaßnahmen	6 434 593	5 347 145	4 667 303	4 611 327
+ sonstige Sachinvestitionen	2 181 967	1 615 316	1 353 452	1 349 247
+ Erwerb von Beteiligungen	11 132	11 445	5 023	8 502
+ Zahlungen an andere Bereiche	10 119 530	15 835 761	22 888 407	24 083 932
= Unmittelbare Ausgaben	88 735 781	85 498 637	91 162 328	92 049 744
+ Zahlungen an öffentl. Bereiche	12 011 264	8 680 114	10 516 534	11 269 319
= Bruttoausgaben	100 747 045	94 178 751	101 678 862	103 319 063
– Zahlungen von öffentl. Bereichen	12 678 925	9 920 813	10 975 614	11 539 251
= Nettoausgaben	88 068 120	84 257 938	90 703 248	91 779 812
– Unmittelbare Einnahmen	12 124 526	4 994 302	4 940 814	5 063 646
= Grundmittel	75 943 595	79 263 636	85 762 434	86 716 166

2005 wurden nach dem Nettoausgabenkonzept 91,8 Mrd. Euro und nach dem Konzept der unmittelbaren Ausgaben 92,0 Mrd. Euro von Bund, Ländern und Gemeinden für Bildung ausgegeben. Dagegen beliefen sich die Grundmittel 2005 für den gesamten Bildungsbereich auf 86,7 Mrd. Euro. Das waren 14,2% mehr als 1995 (75,9 Mrd. Euro). Auf Grund der Ausgliederungen aus den Haushalten weicht die Entwicklung der Nettoausgaben und der unmittelbaren Ausgaben hiervon deutlich ab. Von 1995 bis 2005 stiegen die unmittelbaren Ausgaben um 3,7%, die Nettoausgaben um 3,8%. Dies ist jedoch primär ein statistisches Problem, da die Bezugsgröße „Haushalt“ im Zeitverlauf aufgrund der Ausgliederungen eine unterschiedliche Zusammensetzung aufweist. Da die öffentlichen Haushalte operative Defizite ausgegliederter Einrichtungen grundsätzlich über Zuschüsse ausgleichen und diese Zuschüsse weiterhin im Haushalt verbucht werden, stellen nach Auffassung des Statistischen Bundesamtes die Grundmittel den Finanzierungsbeitrag der öffentlichen Haushalte für den Bildungsbereich am ehesten in vergleichbarer Form dar.

Nach vorläufigen Ergebnissen betrugen die Bildungsausgaben nach dem Grundmittelkonzept insgesamt 88,1 Mrd. Euro in 2006 bzw. 91,2 Mrd. Euro in 2007. Die Haushaltsansätze für das Jahr 2008 wurden gegenüber dem Vorjahr um 0,8% erhöht (siehe Tab. 3-1).

Bei der Beurteilung der Ausgabenkonzepte ist zu beachten, dass die Wahl des Ausgabenkonzepts lediglich für die Verteilung der Ausgaben auf die finanzierenden Sektoren von Bedeutung ist. Der Gesamtbetrag der vom öffentlichen und dem privaten Bereich für Bildung zur Verfügung gestellten Mittel bleibt davon unberührt.

A8 Tabellen

Tabelle 2.2-1 Bildungsausgaben nach Bildungsbereichen in Mrd. Euro

		Bildungsbudget			
Bereich		1995	2000	2005	2006
A	Bildungsbudget in internationaler Abgrenzung gemäß ISCED-Gliederung¹⁾	107,4	116,5	127,6	129,2
A30	Ausgaben für Bildungseinrichtungen in öffentlicher und privater Trägerschaft	99,0	106,2	114,5	116,1
A31	ISCED 0 - Elementarbereich ²⁾	8,9	9,4	11,3	/
A32	ISCED 1-4 - Schulen und schulnaher Bereich	67,7	73,3	76,2	/
	<i>Darunter: Allgemein bildende Bildungsgänge</i>	45,5	47,6	50,1	/
	<i>Berufliche Bildungsgänge³⁾</i>	5,8	6,7	7,5	/
	<i>Betriebliche Ausbildung im Dualen System⁴⁾</i>	14,9	16,7	16,9	/
A33	ISCED 5/6 - Tertiärbereich ⁵⁾	20,5	21,9	24,6	/
	<i>Darunter: Forschung und Entwicklung an Hochschulen</i>	7,4	8,1	9,2	/
A34	Sonstiges (keiner ISCED-Stufe zugeordnet) ⁶⁾	1,9	1,6	2,4	/
A40/50	Übrige Ausgaben in internationaler Abgrenzung	8,3	10,3	13,1	13,2
B	Zusätzliche bildungsrelevante Ausgaben in nationaler Abgrenzung	20,9	21,3	14,0	13,7
B10	Betriebliche Weiterbildung ⁷⁾	8,9	9,3	7,9	8,1
B20	Ausgaben für weitere Bildungsangebote	6,7	7,6	4,8	4,7
B30	Förderung von Teilnehmenden an Weiterbildung ⁸⁾	5,3	4,5	1,3	0,9
A + B	Bildungsbudget insgesamt	128,2	137,8	141,6	142,9

Durchführungsrechnung, Abgrenzung nach dem Konzept 2005, Werte 2006 überwiegend geschätzt, frühere Werte konzeptionell an 2005 angepasst.

- 1) Abgegrenzt nach der ISCED-Gliederung: International Standard Classification for Education.
- 2) Kindergärten, Vorschulklassen, Schulkindergärten.
- 3) Ohne Fachschulen, Fachakademien, Berufsakademien, Schulen des Gesundheitswesens im Tertiärbereich.
- 4) Einschl. ausbildungsrelevanter Zuschüsse der Bundesagentur für Arbeit.
- 5) Ohne Ausgaben für die Krankenbehandlung, einschl. Ausgaben für Fachschulen, Fachakademien, Berufsakademien, Schulen des Gesundheitswesens im Tertiärbereich, Forschung und Entwicklung an Hochschulen, Studentenwerke.
- 6) Ausgaben sind den einzelnen ISCED-Stufen nicht zuzuordnen (einschl. geschätzten Ausgaben für die Beamtenausbildung, Serviceleistungen der öffentlichen Verwaltung sowie Studienseminaren).
- 7) Schätzung der Kosten für interne und externe Weiterbildung (ohne Personalkosten der Teilnehmenden) auf der Basis der Erwerbstätigen (ohne Auszubildende) laut Mikrozensus und der durchschnittlichen Weiterbildungskosten je Beschäftigten laut der Europäischen Erhebung zur beruflichen Weiterbildung (CVTS). Eventuelle Doppelzählungen bei externen Weiterbildungsmaßnahmen (z. B. in Hochschulen) konnten nicht bereinigt werden.
- 8) Zahlungen der Bundesagentur für Arbeit an Teilnehmende an beruflicher Weiterbildung; eventuelle Doppelzählungen (duale Ausbildung, Weiterbildung) konnten nicht bereinigt werden.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bildungsbudget 2005/2006.

Tabelle 2.3-1 Bildungsausgaben in Relation zum BIP nach Bildungsbereichen in %

		Bildungsbudget			
Bereich		1995	2000	2005	2006
A	Bildungsbudget in internationaler Abgrenzung gemäß ISCED-Gliederung¹⁾	5,8	5,6	5,7	5,6
A30	Ausgaben für Bildungseinrichtungen in öffentlicher und privater Trägerschaft	5,4	5,1	5,1	5,0
A31	ISCED 0 - Elementarbereich ²⁾	0,5	0,5	0,5	/
A32	ISCED 1-4 - Schulen und schulnaher Bereich	3,7	3,6	3,4	/
	<i>Darunter: Allgemein bildende Bildungsgänge</i>	2,5	2,3	2,2	/
	<i>Berufliche Bildungsgänge³⁾</i>	0,3	0,3	0,3	/
	<i>Betriebliche Ausbildung im Dualen System⁴⁾</i>	0,8	0,8	0,8	/
A33	ISCED 5/6 - Tertiärbereich ⁵⁾	1,1	1,1	1,1	/
	<i>Darunter: Forschung und Entwicklung an Hochschulen</i>	0,4	0,4	0,4	/
A34	Sonstiges (keiner ISCED-Stufe zugeordnet) ⁶⁾	0,1	0,1	0,1	/
A40/50	Übrige Ausgaben in internationaler Abgrenzung	0,5	0,5	0,6	0,6
B	Zusätzliche bildungsrelevante Ausgaben in nationaler Abgrenzung	1,1	1,0	0,6	0,6
B10	Betriebliche Weiterbildung ⁷⁾	0,5	0,4	0,4	0,3
B20	Ausgaben für weitere Bildungsangebote	0,4	0,4	0,2	0,2
B30	Förderung von Teilnehmenden an Weiterbildung ⁸⁾	0,3	0,2	0,1	0,0
A + B	Bildungsbudget insgesamt	6,9	6,7	6,3	6,2

Fußnoten und Quelle siehe Tab. 2.2.1.

Zu Tabelle 2.4-1

Finanzierungsrechnung, Abgrenzung nach dem Konzept 2005.

1) Abgegrenzt nach der ISCED-Gliederung: International Standard Classification for Education.

2) Kindergärten, Vorschulklassen, Schulkindergärten.

3) Ohne Fachschulen, Fachakademien, Berufsakademien, Schulen des Gesundheitswesens im Tertiärbereich.

4) Einschl. ausbildungsrelevanter Zuschüsse der Bundesagentur für Arbeit.

5) Ohne Ausgaben für die Krankenbehandlung, einschl. Ausgaben für Fachschulen, Fachakademien, Berufsakademien, Schulen des Gesundheitswesens im Tertiärbereich, Forschung und Entwicklung an Hochschulen, Studentenwerke.

6) Ausgaben sind den einzelnen ISCED-Stufen nicht zuzuordnen (einschl. geschätzten Ausgaben für die Beamtenausbildung, Serviceleistungen der öffentlichen Verwaltung sowie Studienseminaren).

7) Schätzung der Kosten für interne und externe Weiterbildung (ohne Personalkosten der Teilnehmenden) auf der Basis der Erwerbstätigen (ohne Auszubildende) laut Mikrozensus und der durchschnittlichen Weiterbildungskosten je Beschäftigten laut der Europäischen Erhebung zur beruflichen Weiterbildung (CVTS). Eventuelle Doppelzählungen bei externen Weiterbildungsmaßnahmen (z. B. in Hochschulen) konnten nicht bereinigt werden.

8) Zahlungen der Bundesagentur für Arbeit an Teilnehmende an beruflicher Weiterbildung; eventuelle Doppelzählungen (duale Ausbildung, Weiterbildung) konnten nicht bereinigt werden.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bildungsbudget 2005/2006.

Tabelle 2.4-1 Finanzierungsstruktur der Bildungsausgaben nach Bildungsbereichen 2005 in Mrd. Euro

		Bildungsbudget				Privater Bereich	Ausland	Volkswirtschaft insgesamt
Bereich		Öffentlicher Bereich						
		Bund	Länder	Gemeinden	insgesamt			
A	Bildungsbudget in internationaler Abgrenzung gemäß ISCED-Gliederung¹⁾	9,3	71,1	21,2	101,6	25,6	0,3	127,6
A10	Ausgaben für Bildungseinrichtungen in öffentlicher Trägerschaft	2,6	62,6	16,6	81,8	5,0	0,3	87,2
A11	ISCED 0 - Elementarbereich ²⁾	0,0	0,9	2,8	3,7	1,1	0,0	4,8
A12	ISCED 1-4 - Schulen und schulnaher Bereich	0,2	41,9	13,3	55,4	1,1	0,0	56,5
	<i>Darunter: Allgemein bildende Bildungsgänge</i>	0,0	36,0	9,9	45,9	1,0	0,0	46,9
	<i>Berufliche Bildungsgänge³⁾</i>	0,0	5,4	1,4	6,8	0,1	0,0	6,9
	<i>Betriebliche Ausbildung im Dualen System⁴⁾</i>	0,2	0,5	0,4	1,0	0,0	0,0	1,0
A13	ISCED 5/6 - Tertiärbereich ⁵⁾	2,3	17,7	0,4	20,4	2,8	0,3	23,5
A14	Sonstiges (keiner ISCED-Stufe zugeordnet) ⁶⁾	0,1	2,1	0,2	2,4	0,0	0,0	2,4
A20	Ausgaben für Bildungseinrichtungen in privater Trägerschaft	3,4	4,3	4,0	11,7	15,5	0,0	27,3
A21	ISCED 0 - Elementarbereich ²⁾	0,0	0,6	3,9	4,4	2,0	0,0	6,4
A22	ISCED 1-4 - Schulen und schulnaher Bereich	3,4	3,5	0,2	7,0	12,7	0,0	19,7
	<i>Darunter: Allgemein bildende Bildungsgänge</i>	0,0	2,7	0,1	2,9	0,4	0,0	3,2
	<i>Berufliche Bildungsgänge³⁾</i>	0,0	0,5	0,0	0,6	0,1	0,0	0,6
	<i>Betriebliche Ausbildung im Dualen System⁴⁾</i>	3,4	0,3	0,0	3,6	12,3	0,0	15,9
A23	ISCED 5/6 - Tertiärbereich ⁵⁾	0,0	0,3	0,0	0,3	0,8	0,0	1,1
A24	Sonstiges (keiner ISCED-Stufe zugeordnet) ⁶⁾	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
A30	Ausgaben für Bildungseinrichtungen in öffentlicher und privater Trägerschaft	6,0	67,0	20,7	93,6	20,6	0,3	114,5
A31	ISCED 0 - Elementarbereich ²⁾	0,0	1,5	6,6	8,1	3,2	0,0	11,3
A32	ISCED 1-4 - Schulen und schulnaher Bereich	3,5	45,4	13,5	62,4	13,8	0,0	76,2
	<i>Darunter: Allgemein bildende Bildungsgänge</i>	0,0	38,7	10,0	48,7	1,4	0,0	50,1
	<i>Berufliche Bildungsgänge³⁾</i>	0,0	5,9	1,4	7,3	0,2	0,0	7,5
	<i>Betriebliche Ausbildung im Dualen System⁴⁾</i>	3,5	0,7	0,4	4,6	12,3	0,0	16,9
A33	ISCED 5/6 - Tertiärbereich ⁵⁾	2,4	17,9	0,4	20,7	3,6	0,3	24,6
	<i>Darunter: Forschung und Entwicklung an Hochschulen</i>	1,8	5,7	0,0	7,5	1,4	0,3	9,2
A34	Sonstiges (keiner ISCED-Stufe zugeordnet) ⁶⁾	0,1	2,1	0,2	2,4	0,0	0,0	2,4
A40	Ausgaben privater Haushalte für Bildungsgüter und -dienste außerhalb von Bildungseinrichtungen	0,0	0,0	0,0	0,0	5,0	0,0	5,0
A50	Ausgaben für die Förderung von Bildungsteilnehmenden in ISCED-Bildungsgängen	3,4	4,1	0,5	8,1	0,0	0,0	8,1
B	Zusätzliche bildungsrelevante Ausgaben in nationaler Abgrenzung	2,6	1,3	2,4	6,4	7,6	0,1	14,0
B10	Betriebliche Weiterbildung ⁷⁾	0,3	0,6	0,3	1,2	6,7	0,0	7,9
B20	Ausgaben für weitere Bildungsangebote	1,1	0,7	2,1	3,9	0,9	0,0	4,8
B30	Förderung von Teilnehmenden an Weiterbildung ⁸⁾	1,3	0,0	0,0	1,3	0,0	0,0	1,3
A + B	Bildungsbudget insgesamt	12,0	72,4	23,6	108,0	33,2	0,4	141,6

Fußnoten siehe Seite 78

Tabelle 2.5-1 Ausgaben je Bildungsteilnehmer/in in ausgewählten Bildungseinrichtungen 2005 in Euro

Bildungseinrichtung/Bildungskarriere	Typ A	Typ B	Typ C	Typ D	Typ E	Typ F
Kindergarten	14 600	14 600	14 600	14 600	14 600	14 600
Grundschule	16 100	16 100	16 100	16 100	16 100	16 100
Hauptschule	27 800	27 800	a	a	a	a
Realschule	a	a	26 700	26 700	a	a
Gymnasium	a	a	a	a	48 500	48 500
Berufsvorbereitungsjahr	a	6 900	a	a	a	a
Berufsfachschule	a	5 700	a	a	a	a
duale Ausbildung	32 700	32 700	32 700	32 700	a	27 200
Fachoberschule	a	a	a	5 500	a	a
Fachhochschule (FH-Diplom)	a	a	a	25 000	a	a
Universität (Uni-Diplom ohne Medizin)	a	a	a	a	33 100	33 100
Kumulierte Ausgaben der Bildungseinrichtungen für ausgewählte Bildungskarrieren	91 100¹⁾	103 800	90 100	120 600¹⁾	112 200	139 500

Theoretische Verweildauer bzw. durchschnittliche Fachstudien-dauer in Jahren (jeweils einschl. 3 Jahre Kindergarten und 4 Jahre Grundschule):

Typ A: 5 Jahre Hauptschule, 3 Jahre duale Ausbildung

Typ B: 5 Jahre Hauptschule, 1 Jahr Berufsvorbereitungsjahr, 1 Jahr Berufsfachschule, 3 Jahre duale Ausbildung

Typ C: 6 Jahre Realschule, 3 Jahre duale Ausbildung

Typ D: 6 Jahre Realschule, 3 Jahre duale Ausbildung, 1 Jahr Fachoberschule, 4,7 Jahre FH-Diplom

Typ E: 9 Jahre Gymnasium, 5,8 Jahre Uni-Diplom (ohne Medizin)

Typ F: 9 Jahre Gymnasium, 2,5 Jahre duale Ausbildung, 5,8 Jahre Uni-Diplom (ohne Medizin)

Ausgangspunkt für die Berechnung der Ausgaben in Ausbildungsbetrieben und an Berufsschulen im Dualen System ist die Stichprobenerhebung des Bundesinstituts für Berufsbildung im Jahr 2000. Betrachtet werden hierbei die Aufwendungen für den Bildungsprozess, d.h. Personalkosten der Ausbilder, Anlage- und Sachkosten, sonstige Kosten, ohne von den Betrieben an die Auszubildenden gezahlten Vergütungen und ohne Erträge der Auszubildenden (vgl. Wirtschaft und Statistik 8/2004, S. 888).

1) Abweichungen bei den kumulierten Angaben auf Grund von Rundungsdifferenzen.

Tabelle 3.2 Öffentliche Bildungsausgaben nach Ländern und Körperschaftsgruppen in 1 000 Euro

Körperschaftsgruppe	Grundmittel							
	1995	2000	2004	2005	2006 vorl. Ist	2007 vorl. Ist	2007 Soll	2008 Soll
Flächenländer								
Baden-Württemberg	8 889 746	10 141 073	10 980 629	11 002 582	11 359 862	11 037 140	11 342 665	11 628 273
-Staat	7 499 815	8 341 986	9 149 527	9 150 300	9 492 266	9 139 009	9 444 535	9 654 217
-Gemeinden und Zweckv.	1 389 931	1 799 086	1 831 102	1 852 282	1 867 596	1 898 130	1 898 130	1 974 056
Bayern	10 034 087	10 893 619	11 894 485	11 935 232	12 045 139	12 412 429	12 510 663	13 251 407
-Staat	7 554 055	8 323 018	9 067 948	9 073 389	9 176 683	9 439 967	9 538 201	10 160 046
-Gemeinden und Zweckv.	2 480 033	2 570 600	2 826 537	2 861 843	2 868 457	2 972 462	2 972 462	3 091 360
Brandenburg	2 450 747	2 220 386	2 130 710	2 135 255	2 091 667	2 167 382	2 164 418	2 175 775
-Staat	1 613 492	1 468 037	1 472 162	1 473 865	1 457 708	1 471 211	1 468 248	1 451 758
-Gemeinden und Zweckv.	837 255	752 351	658 548	661 390	633 958	696 170	696 170	724 017
Hessen	4 911 855	5 278 082	5 836 159	5 870 054	6 042 258	6 350 322	6 239 579	6 602 276
-Staat	3 660 868	3 841 979	4 322 369	4 326 238	4 573 544	4 848 291	4 737 548	5 040 164
-Gemeinden und Zweckv.	1 250 988	1 436 100	1 513 790	1 543 816	1 468 714	1 502 031	1 502 031	1 562 112
Mecklenburg-Vorpommern	1 860 279	1 751 710	1 612 569	1 634 836	1 664 476	1 592 261	1 574 402	1 614 743
-Staat	1 303 929	1 317 144	1 210 897	1 222 175	1 296 472	1 217 912	1 200 052	1 225 419
-Gemeinden und Zweckv.	556 350	434 567	401 672	412 661	368 004	374 350	374 350	389 324
Niedersachsen	6 534 530	6 828 935	7 659 997	7 668 697	7 543 321	7 773 880	7 752 093	8 261 437
-Staat	4 653 155	4 795 837	5 455 163	5 457 621	5 430 203	5 627 452	5 605 665	6 029 152
-Gemeinden und Zweckv.	1 881 375	2 033 098	2 204 834	2 211 076	2 113 118	2 146 428	2 146 428	2 232 285
Nordrhein-Westfalen	14 835 773	16 323 223	18 758 355	18 896 917	19 142 545	19 162 403	19 260 462	19 840 768
-Staat	11 119 318	12 298 836	14 043 368	14 096 083	14 427 736	14 266 887	14 364 946	14 749 432
-Gemeinden und Zweckv.	3 716 454	4 024 387	4 714 987	4 800 834	4 714 809	4 895 516	4 895 516	5 091 337
Rheinland-Pfalz	3 088 244	3 410 274	3 667 594	3 685 454	3 897 221	4 217 355	4 202 807	4 332 788
-Staat	2 281 177	2 499 979	2 726 771	2 736 263	2 947 461	3 214 336	3 199 788	3 289 648
-Gemeinden und Zweckv.	807 067	910 295	940 823	949 191	949 760	1 003 019	1 003 019	1 043 140
Saarland	794 212	848 042	962 193	965 364	982 952	951 378	970 633	1 006 445
-Staat	631 336	661 219	752 395	752 980	738 963	724 167	743 423	770 146
-Gemeinden und Zweckv.	162 876	186 825	209 798	212 384	243 989	227 210	227 210	236 299
Sachsen	4 224 126	4 052 433	4 206 844	4 237 868	4 279 277	4 136 972	4 182 596	4 190 954
-Staat	2 952 200	3 187 521	3 334 658	3 382 084	3 481 194	3 391 813	3 437 437	3 415 988
-Gemeinden und Zweckv.	1 271 925	864 916	872 186	855 784	798 082	745 160	745 160	774 966
Sachsen-Anhalt	2 784 707	2 710 188	2 534 495	2 527 332	2 454 836	2 376 711	2 420 512	2 390 381
-Staat	2 013 971	2 098 790	1 989 681	1 989 177	1 971 152	1 938 543	1 938 344	1 888 926
-Gemeinden und Zweckv.	770 736	611 399	544 814	538 155	483 684	482 168	482 168	501 455
Schleswig-Holstein	2 090 139	2 214 895	2 436 633	2 440 638	2 427 262	2 252 905	2 424 700	2 445 874
-Staat	1 502 651	1 573 874	1 698 984	1 698 500	1 723 912	1 534 122	1 705 917	1 698 339
-Gemeinden und Zweckv.	587 488	641 020	737 649	742 138	703 350	718 784	718 784	747 535
Thüringen	2 659 047	2 522 213	2 193 919	2 351 292	2 269 577	2 230 876	2 260 877	2 286 235
-Staat	2 133 843	2 118 909	1 813 343	1 959 905	1 905 613	1 860 706	1 890 708	1 901 259
-Gemeinden und Zweckv.	525 204	403 302	380 576	391 387	363 964	370 169	370 169	384 976
Flächenländer insgesamt								
Flächenländer West	51 178 586	55 938 147	62 196 045	62 464 938	63 440 561	64 157 811	64 703 603	67 369 267
-Staat	38 902 374	42 336 728	47 216 525	47 291 374	48 510 768	48 794 230	49 340 023	51 391 143
-Gemeinden und Zweckv.	12 276 211	13 601 411	14 979 520	15 173 564	14 929 793	15 363 580	15 363 580	15 978 124
Flächenländer Ost	13 978 906	13 256 932	12 678 537	12 886 583	12 759 833	12 504 202	12 602 805	12 658 088
-Staat	10 017 435	10 190 401	9 820 741	10 027 206	10 112 141	9 836 185	9 934 788	9 883 350
-Gemeinden und Zweckv.	3 961 471	3 066 535	2 857 796	2 859 377	2 647 692	2 668 017	2 668 017	2 774 738
Stadtstaaten insgesamt								
Berlin	7 504 896	7 089 549	7 031 141	7 074 308	7 215 163	7 311 632	7 221 252	7 398 421
Bremen	4 836 683	4 067 714	4 088 548	4 132 290	4 243 420	4 192 184	4 145 705	4 308 173
Hamburg	677 694	741 741	739 836	742 463	760 971	767 508	768 322	772 984
	1 990 519	2 280 092	2 202 757	2 199 555	2 210 772	2 351 940	2 307 225	2 317 264
Bund	3 281 208	2 979 012	4 281 520	4 290 337	4 640 383	7 184 806	7 358 787	5 208 978
Insgesamt	75 943 595	79 263 639	86 187 243	86 716 166	88 055 940	91 158 450	91 886 447	92 634 754
-Staat	59 705 913	62 595 690	68 349 927	68 683 225	70 478 455	73 126 853	73 854 849	73 881 892
-Gemeinden und Zweckv.	16 237 682	16 667 946	17 837 316	18 032 941	17 577 485	18 031 598	18 031 598	18 752 862

Quelle: Statistisches Bundesamt, Jahresrechnungsstatistiken, Haushaltsansatzstatistiken, eigene Berechnungen.

Tabelle 3.2-1 Öffentliche Bildungsausgaben in Relation zum öffentlichen Gesamthaushalt nach Ländern und Körperschaftsgruppen

Körperschaftsgruppe	Grundmittel in % des öffentlichen Gesamthaushalts							
	1995	2000	2004	2005	2006 vorl. Ist	2007 vorl. Ist	2007 Soll	2008 Soll
Flächenländer								
Baden-Württemberg	20,68	25,11	26,13	25,55	25,83	25,24	25,76	25,91
-Staat	35,88	38,73	40,41	40,98	41,14	40,65	41,45	42,37
-Gemeinden und Zweckv.	7,09	10,69	10,42	9,73	9,73	9,73	9,73	9,73
Bayern	19,64	23,15	24,40	24,31	24,34	24,78	24,73	25,70
-Staat	33,06	34,34	35,41	35,49	35,43	36,78	36,47	38,85
-Gemeinden und Zweckv.	9,16	11,06	11,48	11,48	11,48	11,48	11,48	11,48
Brandenburg	19,59	19,04	18,35	18,67	18,84	18,87	18,44	18,20
-Staat	25,09	22,21	22,05	23,66	23,87	24,50	23,47	23,21
-Gemeinden und Zweckv.	19,72	19,61	17,86	16,36	16,36	16,36	16,36	16,36
Hessen	18,76	21,69	22,40	22,48	23,49	24,27	23,84	24,75
-Staat	31,06	31,51	32,92	33,24	34,49	36,14	35,29	37,54
-Gemeinden und Zweckv.	9,32	12,00	11,93	11,95	11,95	11,95	11,95	11,95
Mecklenburg-Vorpommern	20,21	21,99	20,68	21,03	22,72	22,21	21,42	21,60
-Staat	27,50	28,77	26,77	28,39	30,64	30,29	28,55	29,15
-Gemeinden und Zweckv.	21,23	12,20	7,20	6,71	6,71	6,71	6,71	6,71
Niedersachsen	20,48	22,79	24,44	24,61	25,07	24,84	24,48	25,62
-Staat	30,39	29,83	31,97	32,94	33,64	32,85	32,03	34,44
-Gemeinden und Zweckv.	11,64	15,20	15,28	15,00	15,00	15,00	15,00	15,00
Nordrhein-Westfalen	20,20	22,93	24,60	24,25	25,55	24,94	24,80	25,03
-Staat	34,24	36,22	37,86	36,68	39,94	39,04	38,42	39,45
-Gemeinden und Zweckv.	9,85	10,75	12,16	12,22	12,22	12,22	12,22	12,22
Rheinland-Pfalz	20,63	22,33	23,50	23,74	24,78	25,94	26,07	26,38
-Staat	27,52	28,18	31,20	32,39	34,08	36,61	37,00	38,04
-Gemeinden und Zweckv.	10,11	16,15	13,99	13,60	13,60	13,60	13,60	13,60
Saarland	17,71	20,45	22,26	22,32	21,48	21,51	21,67	22,13
-Staat	22,32	24,66	27,30	27,40	26,73	26,46	26,62	27,58
-Gemeinden und Zweckv.	10,68	12,82	13,60	13,67	13,67	13,67	13,67	13,67
Sachsen	18,31	21,99	23,42	23,65	24,21	25,03	23,67	23,34
-Staat	29,94	31,02	33,89	35,10	35,01	36,44	32,89	32,69
-Gemeinden und Zweckv.	10,05	11,47	12,13	11,64	11,64	11,64	11,64	11,64
Sachsen-Anhalt	20,08	22,82	21,74	22,77	23,59	22,41	21,89	21,30
-Staat	29,31	30,96	29,47	30,70	31,52	29,29	28,02	27,31
-Gemeinden und Zweckv.	11,25	11,43	10,54	11,08	11,08	11,08	11,08	11,08
Schleswig-Holstein	18,40	21,65	22,64	22,59	23,01	21,21	22,41	22,21
-Staat	25,78	28,16	28,13	28,83	29,25	26,16	28,13	28,01
-Gemeinden und Zweckv.	10,80	13,47	19,52	18,76	18,76	18,76	18,76	18,76
Thüringen	21,95	23,77	22,07	24,12	24,23	23,54	23,67	23,56
-Staat	33,34	32,22	30,64	34,48	34,11	33,04	33,14	33,32
-Gemeinden und Zweckv.	9,27	10,88	9,59	9,69	9,69	9,69	9,69	9,69
Flächenländer insgesamt								
Flächenländer West	19,96	23,06	24,38	24,21	24,88	24,73	24,74	25,27
-Staat	32,35	33,83	35,48	35,56	36,81	36,79	36,61	38,14
-Gemeinden und Zweckv.	9,39	11,80	12,27	12,13	12,10	12,10	12,10	12,10
Flächenländer Ost	19,75	21,90	21,50	22,22	22,84	22,63	21,97	21,71
-Staat	29,20	29,27	29,13	31,01	31,48	31,29	29,63	29,47
-Gemeinden und Zweckv.	11,91	12,48	11,84	11,64	11,66	11,67	11,67	11,67
Stadtstaaten insgesamt								
Berlin	19,31	20,84	20,75	20,39	21,80	21,69	21,63	22,16
Bremen	19,92	19,63	20,30	19,39	21,29	20,86	20,94	21,77
Hamburg	15,18	17,47	18,05	18,94	19,80	20,06	20,10	20,22
Hamburg	19,66	25,18	22,83	23,26	23,69	24,02	23,60	23,70
Bund	2,29	2,05	3,04	2,88	3,10	4,77	4,83	3,42
Insgesamt								
Insgesamt	13,95	15,81	17,63	17,35	17,84	18,27	18,20	18,14
-Staat	16,06	17,48	20,01	19,68	20,33	21,00	20,86	20,86
-Gemeinden und Zweckv.	9,88	11,92	12,20	12,04	12,03	12,02	12,02	12,02

Quelle: Statistisches Bundesamt, Jahresrechnungsstatistiken, Haushaltsansatzstatistiken, eigene Berechnungen.

Tabelle 3.3-1 Öffentliche Bildungsausgaben in Relation zum BIP nach Ländern und Körperschaftsgruppen

Körperschaftsgruppe	Grundmittel in % des BIP							
	1995	2000	2004	2005	2006 vorl. Ist	2007 vorl. Ist	2007 Soll	2008 Soll
Flächenländer								
Baden-Württemberg	3,41	3,41	3,44	3,41	3,36	3,13	3,21	.
-Staat	2,87	2,81	2,86	2,83	2,81	2,59	2,68	.
-Gemeinden und Zweckv.	0,53	0,60	0,57	0,57	0,55	0,54	0,54	.
Bayern	3,29	3,03	3,03	2,98	2,90	2,86	2,88	.
-Staat	2,48	2,32	2,31	2,27	2,21	2,17	2,20	.
-Gemeinden und Zweckv.	0,81	0,72	0,72	0,71	0,69	0,68	0,68	.
Brandenburg	6,42	4,94	4,41	4,36	4,17	4,12	4,12	.
-Staat	4,23	3,26	3,05	3,01	2,90	2,80	2,79	.
-Gemeinden und Zweckv.	2,19	1,67	1,36	1,35	1,26	1,32	1,32	.
Hessen	3,02	2,88	2,93	2,90	2,89	2,93	2,88	.
-Staat	2,25	2,10	2,17	2,13	2,19	2,24	2,19	.
-Gemeinden und Zweckv.	0,77	0,78	0,76	0,76	0,70	0,69	0,69	.
Mecklenburg-Vorpommern	6,80	5,83	5,06	5,13	5,10	4,64	4,59	.
-Staat	4,77	4,38	3,80	3,83	3,97	3,55	3,50	.
-Gemeinden und Zweckv.	2,03	1,45	1,26	1,29	1,13	1,09	1,09	.
Niedersachsen	4,04	3,79	4,09	3,98	3,79	3,76	3,75	.
-Staat	2,88	2,66	2,92	2,83	2,73	2,72	2,71	.
-Gemeinden und Zweckv.	1,16	1,13	1,18	1,15	1,06	1,04	1,04	.
Nordrhein-Westfalen	3,55	3,59	3,88	3,86	3,78	3,62	3,64	.
-Staat	2,66	2,71	2,91	2,88	2,85	2,69	2,71	.
-Gemeinden und Zweckv.	0,89	0,89	0,98	0,98	0,93	0,92	0,92	.
Rheinland-Pfalz	3,72	3,75	3,79	3,80	3,90	4,04	4,02	.
-Staat	2,75	2,75	2,82	2,82	2,95	3,08	3,06	.
-Gemeinden und Zweckv.	0,97	1,00	0,97	0,98	0,95	0,96	0,96	.
Saarland	3,40	3,43	3,61	3,47	3,44	3,18	3,24	.
-Staat	2,71	2,67	2,82	2,71	2,58	2,42	2,48	.
-Gemeinden und Zweckv.	0,70	0,76	0,79	0,76	0,85	0,76	0,76	.
Sachsen	6,04	5,36	4,92	4,95	4,84	4,48	4,53	.
-Staat	4,22	4,21	3,90	3,95	3,94	3,67	3,72	.
-Gemeinden und Zweckv.	1,82	1,14	1,02	1,00	0,90	0,81	0,81	.
Sachsen-Anhalt	7,21	6,26	5,39	5,33	5,04	4,66	4,75	.
-Staat	5,22	4,85	4,23	4,20	4,05	3,72	3,80	.
-Gemeinden und Zweckv.	2,00	1,41	1,16	1,14	0,99	0,95	0,95	.
Schleswig-Holstein	3,53	3,42	3,61	3,59	3,47	3,12	3,36	.
-Staat	2,54	2,43	2,51	2,50	2,46	2,12	2,36	.
-Gemeinden und Zweckv.	0,99	0,99	1,09	1,09	1,01	0,99	0,99	.
Thüringen	7,60	6,21	4,92	5,24	4,91	4,63	4,70	.
-Staat	6,10	5,22	4,06	4,37	4,12	3,87	3,93	.
-Gemeinden und Zweckv.	1,50	0,99	0,85	0,87	0,79	0,77	0,77	.
Flächenländer insgesamt								
Flächenländer West	3,47	3,38	3,51	3,47	3,40	3,30	3,32	.
-Staat	2,64	2,56	2,66	2,63	2,60	2,51	2,54	.
-Gemeinden und Zweckv.	0,83	0,82	0,85	0,84	0,80	0,79	0,79	.
Flächenländer Ost	6,69	5,65	4,93	4,98	4,79	4,49	4,53	.
-Staat	4,79	4,34	3,82	3,88	3,80	3,53	3,57	.
-Gemeinden und Zweckv.	1,89	1,31	1,11	1,11	0,99	0,96	0,96	.
Stadtstaaten insgesamt	4,55	4,10	3,88	3,82	3,78	3,67	3,63	.
Berlin	6,05	5,19	5,27	5,23	5,27	5,02	4,96	.
Bremen	3,34	3,35	3,04	3,01	3,00	2,89	2,90	.
Hamburg	3,07	3,14	2,78	2,70	2,60	2,64	2,59	.
Bund	0,18	0,14	0,19	0,19	0,20	0,30	0,30	.
Insgesamt	4,11	3,84	3,90	3,86	3,79	3,76	3,79	3,69
-Staat	3,23	3,03	3,09	3,06	3,03	3,02	3,05	.
-Gemeinden und Zweckv.	0,88	0,81	0,81	0,80	0,76	0,74	0,74	.

Angaben zum Bruttoinlandsprodukt liegen für 2008 nicht vor (Stand: September 2008). Für 2008 wurde insgesamt – wie vom Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung prognostiziert – eine nominale Veränderung des BIP von plus 3,5% unterstellt.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Jahresrechnungsstatistiken, Haushaltsansatzstatistiken, eigene Berechnungen.

Tabelle 4.1.3-1 Öffentliche Ausgaben für Kindertageseinrichtungen nach Ländern und Körperschaftsgruppen in 1 000 Euro

Körperschaftsgruppe	Grundmittel							
	1995	2000	2004	2005	2006 vorl. Ist	2007 vorl. Ist	2007 Soll	2008 Soll
Flächenländer								
Baden-Württemberg	704 151	1 089 728	1 275 289	1 299 011	1 309 057	1 327 854	1 327 217	1 367 330
-Staat	242 182	372 507	403 214	403 363	406 004	410 036	409 400	412 800
-Gemeinden und Zweckv.	461 969	717 221	872 075	895 648	903 053	917 817	917 817	954 530
Bayern	1 060 094	1 112 236	1 354 174	1 395 896	1 409 677	1 482 276	1 472 678	1 574 169
-Staat	377 243	439 837	549 946	554 891	566 729	608 764	599 166	665 717
-Gemeinden und Zweckv.	682 850	672 398	804 228	841 005	842 949	873 512	873 512	908 453
Brandenburg	522 041	431 113	413 941	417 697	405 430	447 076	447 048	459 581
-Staat	206 027	150 831	120 751	122 939	122 897	136 817	136 790	136 912
-Gemeinden und Zweckv.	316 014	280 281	293 190	294 758	282 533	310 258	310 258	322 669
Hessen	593 374	627 094	800 311	830 278	797 372	911 651	925 906	1 000 014
-Staat	81 954	67 305	78 446	82 328	85 808	183 945	198 200	243 200
-Gemeinden und Zweckv.	511 420	559 789	721 865	747 950	711 565	727 706	727 706	756 814
Mecklenburg-Vorpommern	156 734	106 375	215 595	231 543	219 463	223 327	223 322	233 446
-Staat ¹⁾	0	0	74 968	86 193	89 843	91 472	91 466	96 316
-Gemeinden und Zweckv.	156 734	106 375	140 627	145 350	129 621	131 856	131 856	137 130
Niedersachsen	583 543	638 678	795 224	805 893	776 398	834 761	844 490	943 999
-Staat	115 658	4 869	159 835	164 715	163 626	212 330	222 059	296 671
-Gemeinden und Zweckv.	467 885	633 809	635 389	641 178	612 772	622 431	622 431	647 328
Nordrhein-Westfalen	1 743 734	1 973 060	2 188 823	2 315 232	2 239 327	2 278 675	2 287 003	2 423 558
-Staat	761 829	865 148	901 484	957 285	905 712	893 947	902 275	983 441
-Gemeinden und Zweckv.	981 905	1 107 911	1 287 339	1 357 947	1 333 614	1 384 728	1 384 728	1 440 118
Rheinland-Pfalz	386 961	438 641	541 928	562 615	598 294	632 810	634 903	666 708
-Staat	140 089	163 363	194 825	204 281	239 745	254 155	256 248	272 907
-Gemeinden und Zweckv.	246 872	275 277	347 103	358 334	358 549	378 655	378 655	393 801
Saarland	76 764	85 736	115 171	118 633	131 534	124 413	128 385	133 801
-Staat	22 199	25 797	40 956	41 600	43 038	42 003	45 975	48 094
-Gemeinden und Zweckv.	54 565	59 939	74 215	77 033	88 496	82 411	82 411	85 707
Sachsen	346 659	263 729	635 687	676 973	679 388	680 611	674 308	693 451
-Staat ¹⁾	0	0	249 901	297 291	325 306	350 009	343 707	349 625
-Gemeinden und Zweckv.	346 659	263 729	385 786	379 682	354 082	330 602	330 602	343 826
Sachsen-Anhalt	244 208	215 391	363 586	361 055	339 783	343 827	344 000	354 586
-Staat ¹⁾	705	1 215	135 277	136 534	137 988	142 664	142 837	145 376
-Gemeinden und Zweckv.	243 503	214 176	228 309	224 521	201 795	201 163	201 163	209 210
Schleswig-Holstein	128 193	166 064	215 718	220 793	209 256	219 388	220 417	228 921
-Staat	1 397	0	54	54	54	5 595	6 625	6 577
-Gemeinden und Zweckv.	126 796	166 065	215 664	220 739	209 202	213 793	213 793	222 344
Thüringen	353 058	301 328	173 108	334 303	286 264	274 700	275 836	279 832
-Staat ²⁾	146 725	132 224	5 466	155 384	119 882	105 480	106 616	103 844
-Gemeinden und Zweckv.	206 333	169 104	167 642	178 919	166 383	169 220	169 220	175 988
Flächenländer insgesamt								
Flächenländer West	5 276 813	6 131 236	7 286 638	7 548 351	7 470 916	7 811 828	7 841 000	8 338 501
-Staat	1 742 553	1 938 827	2 328 760	2 408 517	2 410 717	2 610 775	2 639 947	2 929 405
-Gemeinden und Zweckv.	3 534 260	4 192 409	4 957 878	5 139 834	5 060 199	5 201 053	5 201 053	5 409 096
Flächenländer Ost	1 622 700	1 317 935	1 801 917	2 021 571	1 930 328	1 969 541	1 964 514	2 020 895
-Staat	353 457	284 270	586 363	798 341	795 915	826 443	821 416	832 073
-Gemeinden und Zweckv.	1 269 244	1 033 665	1 215 554	1 223 230	1 134 413	1 143 098	1 143 098	1 188 822
Stadtstaaten insgesamt								
Berlin ¹⁾	0	0	762 528	751 408	675 201	705 252	622 994	676 595
Bremen	48 907	49 916	90 379	93 600	93 211	96 027	96 337	99 139
Hamburg ¹⁾	0	0	345 348	334 138	344 145	365 748	353 494	352 850
Bund³⁾	0	0	0	0	0	2 150 000	2 150 000	0
Insgesamt	6 948 420	7 499 087	10 286 810	10 749 068	10 513 801	13 098 396	13 028 339	11 487 980
-Staat	2 144 916	2 273 012	4 113 378	4 386 004	4 319 189	6 754 244	6 684 188	4 890 062
-Gemeinden und Zweckv.	4 803 504	5 226 074	6 173 432	6 363 064	6 194 612	6 344 152	6 344 152	6 597 918

1) In Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Berlin und Hamburg wurden die öffentlichen Ausgaben für Kindertageseinrichtungen 1995 und 2000 unter anderen Funktionen verbucht. Einschl. dieser Zahlungen errechnen sich für Deutschland 1995 insgesamt Grundmittel für Kindertageseinrichtungen in Höhe von 8,6 Mrd. Euro und für 2000 von 9,1 Mrd. Euro.

2) 2002 bis 2004 wurden die öffentlichen Ausgaben für Kindertageseinrichtungen in Thüringen fehlerhaft nachgewiesen.

3) Investitionsprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung“: Für 2007 hat der Bund 2,15 Mrd. Euro dem Sondervermögen „Kinderbetreuungsbaus“ zugeführt. Mit diesen Mitteln beteiligt sich der Bund in den Jahren 2008 bis 2013 an den Investitionskosten für den Ausbau der Tageseinrichtungen und zur Tagespflege für Kinder unter drei Jahren.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Jahresrechnungsstatistiken, Haushaltsansatzstatistiken, eigene Berechnungen.

Tabelle 4.1.4-1 Öffentliche Zuschüsse für private Kindertageseinrichtungen nach Ländern und Körperschaftsgruppen in 1 000 Euro

Körperschaftsgruppe	Zahlungen an andere Bereiche							
	1995	2000	2004	2005	2006 vorl. Ist	2007 vorl. Ist	2007 Soll	2008 Soll
Flächenländer								
Baden-Württemberg	187 782	530 700	616 611	642 719	649 441	662 352	662 178	690 750
-Staat	147 844	211 322	7 301	7 650	9 122	11 564	11 390	13 930
-Gemeinden und Zweckv.	39 939	319 378	609 310	635 069	640 319	650 788	650 788	676 820
Bayern	550 920	639 196	848 519	872 542	753 107	529 470	575 356	560 306
-Staat ¹⁾	228 264	277 493	365 836	368 266	247 666	5 702	51 588	15 588
-Gemeinden und Zweckv.	322 655	361 702	482 683	504 276	505 441	523 768	523 768	544 718
Brandenburg	55 732	142 611	173 210	191 052	183 128	201 099	201 099	209 143
-Staat	0	0	0	0	0	0	0	0
-Gemeinden und Zweckv.	55 732	142 611	173 210	191 052	183 128	201 099	201 099	209 143
Hessen	188 954	250 346	399 490	433 324	418 080	423 217	424 276	439 138
-Staat	29 549	37 170	49 574	51 426	54 760	51 656	52 714	52 714
-Gemeinden und Zweckv.	159 404	213 176	349 916	381 898	363 320	371 562	371 562	386 424
Mecklenburg-Vorpommern	36 016	48 920	104 193	140 405	125 211	127 370	127 370	132 665
-Staat	0	0	0	0	0	0	0	200
-Gemeinden und Zweckv.	36 016	48 920	104 193	140 405	125 211	127 370	127 370	132 465
Niedersachsen	308 044	388 120	528 694	533 731	513 184	523 607	559 052	541 700
-Staat	68 217	733	106 541	110 298	108 510	112 554	147 999	114 205
-Gemeinden und Zweckv.	239 827	387 388	422 153	423 433	404 673	411 053	411 053	427 495
Nordrhein-Westfalen	1 378 022	1 641 736	1 787 785	1 887 200	1 851 074	1 920 427	1 920 438	1 997 256
-Staat	0	2 131	0	3 904	1 524	- 11	0	0
-Gemeinden und Zweckv.	1 378 022	1 639 605	1 787 785	1 883 296	1 849 550	1 920 438	1 920 438	1 997 256
Rheinland-Pfalz	205 879	210 000	281 715	298 469	302 904	321 773	325 483	338 093
-Staat ²⁾	83 398	33	352	858	5 115	7 284	10 995	11 025
-Gemeinden und Zweckv.	122 482	209 968	281 363	297 611	297 789	314 488	314 488	327 068
Saarland	48 489	55 057	79 655	83 108	92 462	87 027	90 369	96 103
-Staat	16 439	18 399	29 596	30 242	31 729	30 470	33 812	37 284
-Gemeinden und Zweckv.	32 050	36 658	50 059	52 866	60 733	56 557	56 557	58 819
Sachsen	30 699	133 689	361 971	388 650	368 585	350 974	353 510	367 130
-Staat ³⁾	0	0	4 041	6 520	12 220	18 240	20 777	21 087
-Gemeinden und Zweckv.	30 699	133 689	357 930	382 130	356 365	332 733	332 733	346 043
Sachsen-Anhalt	13 965	95 707	95 871	116 954	105 333	107 171	106 442	112 772
-Staat	705	1 215	3 702	2 156	2 155	4 316	3 587	5 803
-Gemeinden und Zweckv.	13 260	94 492	92 169	114 798	103 178	102 855	102 855	106 969
Schleswig-Holstein	93 351	151 540	203 469	208 661	197 759	202 325	205 060	213 102
-Staat	0	0	54	54	54	283	3 018	2 978
-Gemeinden und Zweckv.	93 351	151 540	203 415	208 607	197 704	202 042	202 042	210 124
Thüringen	48 173	67 746	100 430	118 088	112 173	112 538	113 112	118 519
-Staat	0	0	0	385	2 717	1 216	1 790	2 744
-Gemeinden und Zweckv.	48 173	67 746	100 430	117 703	109 456	111 322	111 322	115 775
Flächenländer insgesamt								
Flächenländer West	2 961 440	3 866 692	4 745 938	4 959 754	4 778 011	4 670 198	4 762 212	4 876 448
-Staat	573 710	547 279	559 254	572 698	458 480	219 502	311 516	247 724
-Gemeinden und Zweckv.	2 387 730	3 319 413	4 186 684	4 387 056	4 319 531	4 450 696	4 450 696	4 628 724
Flächenländer Ost	184 587	488 671	835 675	955 149	894 429	899 152	901 533	940 228
-Staat	705	1 215	7 743	9 061	17 092	23 772	26 154	29 833
-Gemeinden und Zweckv.	183 882	487 456	827 932	946 088	877 338	875 379	875 379	910 394
Stadtstaaten insgesamt								
Berlin ³⁾	0	0	8 850	8 934	7 872	7 812	9 017	363
Bremen	3 166	4 551	44 604	87 135	88 118	90 902	92 235	95 045
Hamburg ³⁾	0	0	14 683	17 205	14 771	15 053	19 065	18 028
Bund	0	0	0	0	0	0	0	0
Insgesamt								
-Staat	3 149 192	4 359 914	5 649 750	6 028 177	5 783 200	5 683 116	5 784 062	5 930 112
-Gemeinden und Zweckv.	577 581	553 045	635 134	695 033	586 332	357 041	457 987	390 994
-Gemeinden und Zweckv.	2 571 612	3 806 868	5 014 616	5 333 144	5 196 868	5 326 075	5 326 075	5 539 118

1) Ab 2007 werden die öffentlichen Zuschüsse für private Kindertageseinrichtungen in Bayern als Zahlungen an den öffentlichen Bereich nachgewiesen.

2) Ab 2000 wird ein Großteil der öffentlichen Zuschüsse für private Kindertageseinrichtungen in Rheinland-Pfalz als Zahlungen an den öffentlichen Bereich nachgewiesen.

3) In Sachsen, Berlin und Hamburg wurden die öffentlichen Ausgaben für Kindertageseinrichtungen 1995 und 2000 unter anderen Funktionen verbucht.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Jahresrechnungsstatistiken, Haushaltsansatzstatistiken, eigene Berechnungen.

Tabelle 4.2.1-1 Öffentliche Ausgaben für allgemein bildende und berufliche Schulen nach Ländern und Körperschaftsgruppen in 1 000 Euro

Körperschaftsgruppe	Grundmittel							
	1995	2000	2004	2005	2006 vorl. Ist	2007 vorl. Ist	2007 Soll	2008 Soll
Flächenländer								
Baden-Württemberg	5 441 315	6 037 072	6 738 889	6 872 324	6 972 975	7 004 137	7 032 319	7 181 527
-Staat	4 779 884	5 283 260	6 018 618	6 073 338	6 167 383	6 185 374	6 213 556	6 330 013
-Gemeinden und Zweckv.	661 431	753 812	720 271	798 986	805 592	818 763	818 763	851 513
Bayern	6 209 684	6 865 984	7 410 086	7 486 310	7 629 406	7 858 195	7 828 844	8 303 168
-Staat	4 710 275	5 312 182	5 737 749	5 829 507	5 968 774	6 137 352	6 108 001	6 513 491
-Gemeinden und Zweckv.	1 499 409	1 553 804	1 672 337	1 656 803	1 660 632	1 720 843	1 720 843	1 789 677
Bran denburg	1 562 196	1 385 003	1 375 497	1 322 711	1 283 896	1 315 074	1 295 404	1 280 443
-Staat	1 112 895	998 475	1 072 000	1 032 668	1 005 883	1 009 778	990 108	962 936
-Gemeinden und Zweckv.	449 301	386 529	303 497	290 043	278 013	305 295	305 295	317 507
Hessen	2 904 487	3 154 686	3 455 209	3 250 480	3 310 143	3 517 959	3 402 879	3 508 147
-Staat	2 380 810	2 541 270	2 699 576	2 730 185	2 815 159	3 011 747	2 896 666	2 981 686
-Gemeinden und Zweckv.	523 677	613 416	755 633	520 295	494 984	506 213	506 213	526 461
Mecklenburg-Vorpommern	1 219 432	1 151 671	1 069 294	994 920	925 168	894 793	884 838	903 724
-Staat	871 738	869 651	837 897	785 751	738 634	705 043	695 089	706 384
-Gemeinden und Zweckv.	347 693	282 022	231 397	209 169	186 533	189 750	189 750	197 340
Niedersachsen	4 276 481	4 366 288	4 665 022	4 690 960	4 681 952	4 778 754	4 717 929	4 969 423
-Staat	3 171 341	3 316 461	3 548 963	3 518 805	3 561 727	3 640 871	3 580 046	3 786 025
-Gemeinden und Zweckv.	1 105 140	1 049 828	1 116 059	1 172 155	1 120 225	1 137 883	1 137 883	1 183 398
Nordrhein-Westfalen	9 283 477	10 197 999	11 343 515	11 480 265	11 414 933	11 550 060	11 590 050	11 934 830
-Staat	7 138 023	7 966 214	8 632 941	8 783 427	8 766 418	8 800 035	8 840 025	9 074 804
-Gemeinden und Zweckv.	2 145 454	2 231 786	2 710 574	2 696 838	2 648 514	2 750 025	2 750 025	2 860 026
Rheinland-Pfalz	1 949 372	2 137 400	2 248 200	2 283 736	2 426 573	2 519 965	2 538 335	2 628 631
-Staat	1 537 997	1 665 330	1 811 410	1 849 527	1 992 103	2 061 133	2 079 502	2 151 445
-Gemeinden und Zweckv.	411 375	472 072	436 790	434 209	434 469	458 833	458 833	477 186
Saarland	491 792	534 142	561 841	566 700	569 215	557 487	571 148	579 330
-Staat	394 745	425 042	449 044	453 494	439 162	436 379	450 039	453 377
-Gemeinden und Zweckv.	97 046	109 099	112 797	113 206	130 052	121 109	121 109	125 953
Sachsen	2 613 627	2 516 960	2 536 754	2 462 990	2 452 621	2 281 576	2 354 604	2 362 615
-Staat	1 818 883	2 005 431	2 120 921	2 069 711	2 085 860	1 939 135	2 012 163	2 006 476
-Gemeinden und Zweckv.	794 744	511 531	415 833	393 279	366 762	342 441	342 441	356 139
Sachsen-Anhalt ¹⁾	1 706 069	1 664 989	1 843 379	1 519 466	1 475 761	1 382 703	1 405 538	1 374 907
-Staat	1 262 488	1 349 256	1 594 232	1 288 408	1 268 090	1 175 683	1 198 518	1 159 606
-Gemeinden und Zweckv.	443 581	315 733	249 147	231 058	207 671	207 020	207 020	215 301
Schleswig-Holstein	1 397 440	1 487 160	1 588 479	1 638 680	1 635 072	1 598 977	1 619 869	1 640 681
-Staat	1 033 743	1 114 739	1 203 427	1 228 829	1 246 642	1 202 024	1 222 915	1 227 850
-Gemeinden und Zweckv.	363 697	372 419	385 052	409 851	388 430	396 953	396 953	412 832
Thüringen	1 689 553	1 603 482	1 468 458	1 428 209	1 393 008	1 363 719	1 378 040	1 380 912
-Staat	1 417 039	1 421 939	1 310 629	1 276 530	1 251 957	1 220 262	1 234 584	1 231 718
-Gemeinden und Zweckv.	272 513	181 542	157 829	151 679	141 051	143 456	143 456	149 195
Flächenländer insgesamt								
Flächenländer West	31 954 048	34 780 733	38 011 241	38 269 455	38 640 267	39 385 536	39 301 372	40 745 737
-Staat	25 146 819	27 624 498	30 101 728	30 467 112	30 957 369	31 474 914	31 390 750	32 518 690
-Gemeinden und Zweckv.	6 807 229	7 156 236	7 909 513	7 802 343	7 682 898	7 910 622	7 910 622	8 227 047
Flächenländer Ost	8 790 876	8 322 106	8 293 382	7 728 296	7 530 455	7 237 865	7 318 424	7 302 601
-Staat	6 483 043	6 644 752	6 935 679	6 453 068	6 350 424	6 049 902	6 130 461	6 067 120
-Gemeinden und Zweckv.	2 307 833	1 677 357	1 357 703	1 275 228	1 180 030	1 187 963	1 187 963	1 235 481
Stadtstaaten insgesamt								
Berlin	2 238 772	2 042 342	1 957 328	2 038 066	2 129 216	2 107 654	2 120 369	2 200 640
Bremen	410 262	408 499	381 939	384 154	397 973	399 170	395 672	397 745
Hamburg	1 100 202	1 168 186	1 166 478	1 133 920	1 142 483	1 244 477	1 224 165	1 237 586
Bund²⁾	675	980	305 749	643 486	873 581	938 041	1 001 490	519 907
Insgesamt	44 494 835	46 722 847	50 116 117	50 197 377	50 713 975	51 312 742	51 361 491	52 404 216
-Staat	35 379 773	37 889 259	40 848 901	41 119 806	41 851 046	42 214 158	42 262 907	42 941 688
-Gemeinden und Zweckv.	9 115 062	8 833 593	9 267 216	9 077 571	8 862 929	9 098 585	9 098 585	9 462 528

1) In 2004 wurden bei den Personalausgaben in Sachsen-Anhalt Sonderzahlungen in Höhe von 277 Mill. Euro kassenwirksam, die in der Vorperiode von 1997 bis 2003 anfielen. Eine Aufschlüsselung des Gesamtbetrages auf die entsprechenden Jahre war nicht möglich.

2) In dem mit 4 Mrd. Euro ausgestatteten Programm „Initiative Zukunft Bildung und Betreuung“ (IZBB) unterstützt der Bund im Schulbereich die Länder beim bedarfsgerechten Auf- und Ausbau von Ganztagschulen. Die Mittel können bis Ende 2009 in Anspruch genommen werden.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Jahresrechnungsstatistiken, Haushaltsansatzstatistiken, eigene Berechnungen.

Tabelle 4.2.4-1 Ausgaben¹⁾ für öffentliche Schulen je Schüler/in nach Schularten und Ländern 2005 in Euro

Gebiet	Allgemein bildende Schulen	Berufliche Schulen		Alle Schularten
		Insgesamt	darunter Berufsschulen im Dualen System ²⁾	
Baden-Württemberg	5 100	4 200	2 400	4 900
Bayern	5 200	3 200	2 200	4 800
Berlin	6 100	3 600	2 400	5 600
Brandenburg	5 200	2 700	2 400	4 600
Bremen	5 300	3 400	2 300	4 800
Hamburg	6 200	4 300	2 800	5 700
Hessen	4 900	3 600	2 400	4 600
Mecklenburg-Vorpommern	5 100	2 500	1 800	4 400
Niedersachsen	4 800	3 700	2 000	4 600
Nordrhein-Westfalen	4 800	3 300	2 100	4 500
Rheinland-Pfalz	4 800	3 300	2 100	4 500
Saarland	4 700	3 300	2 200	4 300
Sachsen	5 800	3 000	2 000	5 000
Sachsen-Anhalt	6 100	2 900	1 800	5 300
Schleswig-Holstein	4 900	3 500	2 400	4 600
Thüringen	6 400	3 600	2 300	5 600
Flächenländer West	4 900	3 500	2 200	4 600
Flächenländer Ost	5 700	3 000	2 100	5 000
Stadtstaaten	6 000	3 800	2 500	5 500
Deutschland	5 100	3 500	2 200	4 700

1) Personalausgaben für Schulen und Schulverwaltung einschl. unterstellte Sozialbeiträge für verbeamtete Lehrkräfte sowie Beihilfeaufwendungen, laufender Sachaufwand, Investitionsausgaben. Alle Ergebnisse wurden nach der Berechnung gerundet.

2) Teilzeitunterricht.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Ausgaben je Schüler/in 2005.

Tabelle 4.2.4-2 Ausgaben¹⁾ für öffentliche allgemein bildende Schulen je Schüler/in nach Schularten und Ländern 2005 in Euro

Gebiet	Allgemein bildende Schulen darunter						
	Grundschulen ²⁾	Hauptschulen	Schulen mit mehreren Bildungsgängen	Realschulen	Gymnasien	Integrierte Gesamtschulen	Förderschulen
Baden-Württemberg	3 900	5 500	---	4 500	5 700	---	14 000
Bayern	4 200	5 800	---	4 800	6 100	---	9 900
Berlin	4 700	---	---	5 200	5 700	6 900	14 700
Brandenburg	3 700	---	---	4 200	4 900	5 700	12 600
Bremen	4 500	5 600	---	4 200	5 200	5 800	16 100
Hamburg	5 100	7 000	---	---	5 800	6 700	15 300
Hessen	3 800	5 600	---	5 000	4 900	5 300	12 500
Mecklenburg-Vorpommern	3 900	---	5 300	4 900	4 800	---	10 500
Niedersachsen	3 900	5 500	---	4 400	4 900	---	12 100
Nordrhein-Westfalen	3 700	5 200	---	4 000	4 900	5 400	12 000
Rheinland-Pfalz	4 100	5 300	4 900	4 100	5 300	---	10 800
Saarland	3 900	---	4 500	---	4 800	4 800	12 700
Sachsen	4 600	---	5 600	---	5 900	---	12 200
Sachsen-Anhalt	5 100	---	5 700	---	5 800	---	13 200
Schleswig-Holstein	3 900	4 900	---	4 600	5 500	---	11 700
Thüringen	4 800	---	6 600	---	6 300	---	13 500
Flächenländer West	3 900	5 500	4 700	4 400	5 300	5 400	12 000
Flächenländer Ost	4 500	6 600	5 800	4 600	5 600	5 700	12 400
Stadtstaaten	4 800	7 700	6 900	5 400	5 700	6 700	15 100
Deutschland	4 000	5 600	5 600	4 500	5 400	5 700	12 300

1) Personalausgaben für Schulen und Schulverwaltung einschl. unterstellte Sozialbeiträge für verbeamtete Lehrkräfte sowie Beihilfeaufwendungen, laufender Sachaufwand, Investitionsausgaben. Alle Ergebnisse wurden nach der Berechnung gerundet.

2) Berlin und Brandenburg ohne 5. und 6. Jahrgangsstufe.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Ausgaben je Schüler/in 2005.

Tabelle 4.2.5-1 Ausgaben¹⁾ für öffentliche allgemein bildende und berufliche Schulen je Schüler/in in Euro

Gebiet	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Baden-Württemberg	4 400	4 500	4 600	4 700	4 700	4 800	4 900
Bayern	4 400	4 500	4 600	4 700	4 800	4 700	4 800
Berlin	5 100	4 900	5 100	5 200	5 200	5 200	5 600
Brandenburg	3 500	3 700	3 800	4 000	4 500	4 600	4 600
Bremen	5 200	5 000	4 900	4 700	4 900	4 800	4 800
Hamburg	5 900	6 100	6 300	6 000	6 000	5 900	5 700
Hessen	4 200	4 300	4 400	4 400	4 500	4 500	4 600
Mecklenburg-Vorpommern	3 600	3 800	4 000	3 900	4 400	4 400	4 400
Niedersachsen	4 500	4 300	4 500	4 500	4 500	4 500	4 600
Nordrhein-Westfalen	4 200	4 200	4 300	4 500	4 300	4 400	4 500
Rheinland-Pfalz	4 200	4 200	4 300	4 300	4 400	4 400	4 500
Saarland	4 200	4 200	4 100	4 100	4 200	4 300	4 300
Sachsen	3 600	3 800	4 000	4 300	4 700	4 900	5 000
Sachsen-Anhalt ²⁾	3 800	4 300	4 400	4 600	5 000	5 100	5 300
Schleswig-Holstein	4 400	4 300	4 400	4 400	4 500	4 500	4 600
Thüringen	4 000	4 400	4 700	5 000	5 300	5 500	5 600
Flächenländer West	4 300	4 300	4 400	4 500	4 500	4 600	4 600
Flächenländer Ost	3 700	4 000	4 200	4 400	4 800	4 900	5 000
Stadtstaaten	5 300	5 200	5 400	5 400	5 400	5 400	5 500
Deutschland	4 300	4 300	4 500	4 600	4 600	4 700	4 700

Ergebnisse nach der Berechnungsmethodik 2005, das heißt u.a. einschl. Schulverwaltung.

- 1) Personalausgaben für Schulen und Schulverwaltung einschl. unterstellter Sozialbeiträge für verbeamtete Lehrkräfte sowie Beihilfefaufwendungen, laufender Sachaufwand und Investitionsausgaben; ab 2002 neue Haushaltssystematik. Alle Ergebnisse wurden nach der Berechnung gerundet.
- 2) Zur Sicherstellung der Vergleichbarkeit mit anderen Ländern blieben bei den Personalausgaben des Landes Sachsen-Anhalt für das Berichtsjahr 2004 Sonderzahlungen von 277 Mill. Euro unberücksichtigt, weil sie die Leistungen betreffen, die wirtschaftlich früheren Perioden zuzuordnen sind (1997 bis 2003).

Quellen: Statistisches Bundesamt, Ausgaben je Schüler/in, eigene Berechnungen.

Tabelle 4.2.6-1 Öffentliche Zuschüsse für private Schulen 1995 in 1 000 Euro

Land	Zuschüsse des Landes lt. Umfrage bei den Kultusministerien			Zahlungen an andere Bereiche im Aufgabenbereich Schulen (ohne vorschulische Bildung)	
	Insgesamt	für lfd. Zwecke	für Investitionen	Staat	Gemeinden/Zweckv.
Baden-Württemberg	331 052	316 328	14 723	351 238	11 590
Bayern	604 181	573 395	30 787	618 130	14 532
Berlin	89 330	89 330	---	74 033	---
Brandenburg	24 058	24 058	---	23 832	3 322
Bremen	15 626	15 626	---	15 517	---
Hamburg	52 010	52 010	---	54 238	---
Hessen	105 235	105 235	---	106 313	7 934
Mecklenburg-Vorpommern	9 283	7 998	1 285	9 400	2 388
Niedersachsen	151 788	151 744	44	153 505	8 285
Nordrhein-Westfalen	727 562	727 562	---	729 252	19 952
Rheinland-Pfalz	134 119	130 337	3 782	149 211	2 866
Saarland	28 949	27 947	1 003	31 134	90
Sachsen	31 790	29 233	2 556	32 981	3 411
Sachsen-Anhalt	10 259	10 259	---	11 892	881
Schleswig-Holstein	58 313	57 224	1 089	51 978	1 602
Thüringen	32 096	26 229	5 867	32 128	823
Länderzusammen	2 405 650	2 344 513	61 137	2 444 784	77 678

Quellen: Umfrage bei den Kultusministerien der Länder; Statistisches Bundesamt, Jahresrechnungsstatistik 1995.

Tabelle 4.2.6-2 Öffentliche Zuschüsse für private Schulen 2005 in 1 000 Euro

Land	Zuschüsse des Landes lt. Umfrage bei den Kultusministerien			Zahlungen an andere Bereiche im Aufgabenbereich allgemein bildende und berufliche Schulen ¹⁾	
	Insgesamt	für lfd. Zwecke	für Investitionen	Staat	Gemeinden/Zweckv.
Baden-Württemberg	505 936	497 936	8 000	718 004	27 973
Bayern	1 033 064	722 431	310 633	1 009 691	35 921
Berlin	107 088	---	--	136 094	--
Brandenburg	68 082	68 082	--	71 735	2 339
Bremen	18 552	---	--	28 469	---
Hamburg	94 100	89 961	4 138	91 103	---
Hessen	161 448	161 448	--	164 380	28 529
Mecklenburg-Vorpommern	37 054	37 054	--	39 422	1 306
Niedersachsen	211 504	---	--	215 779	16 508
Nordrhein-Westfalen	991 980	--	--	1 011 615	50 120
Rheinland-Pfalz	165 527	162 735	2 792	190 910	5 873
Saarland	39 002	39 002	--	51 062	232
Sachsen	190 828	184 181	6 647	196 339	3 251
Sachsen-Anhalt	49 463	49 463	--	51 043	1 675
Schleswig-Holstein	67 418	61 359	6 059	65 711	9 200
Thüringen	109 101	109 101	--	114 885	6 332
Länder zusammen	3 850 147	---	---	4 156 196	189 259

1) Oberfunktion 11/12 ohne Funktion 111 und Funktion 118.

Quellen: Umfrage bei den Kultusministerien der Länder; Statistisches Bundesamt, Jahresrechnungsstatistik 2005.

Tabelle 4.2.6-3 Öffentliche Zuschüsse für private Schulen je Privatschüler/in in Euro

Land	Öffentliche Zuschüsse des Landes an private Schulen je Privatschüler/in 1995	Öffentliche Zuschüsse des Landes an private Schulen je Privatschüler/in 2005
	Baden-Württemberg	3 600
Bayern	4 400	5 800
Berlin	4 700	4 000
Brandenburg	6 200	4 600
Bremen	2 500	2 800
Hamburg	3 400	5 100
Hessen	2 900	3 800
Mecklenburg-Vorpommern	4 000	3 400
Niedersachsen	2 900	3 200
Nordrhein-Westfalen	4 300	4 900
Rheinland-Pfalz	4 000	4 300
Saarland	2 600	3 600
Sachsen	2 100	3 400
Sachsen-Anhalt	1 800	2 700
Schleswig-Holstein	4 100	4 800
Thüringen	4 700	5 100
Länderzusammen	3 900	4 500

Quelle: Umfrage bei den Kultusministerien der Länder; Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

Tabelle 4.3.1-1 Öffentliche Ausgaben für Hochschulen nach Ländern und Körperschaftsgruppen in 1 000 Euro

Körperschaftsgruppe	Grundmittel							
	1995	2000	2004	2005	2006 vorl. Ist	2007 vorl. Ist	2007 Soll	2008 Soll
Flächenländer								
Baden-Württemberg	1 924 370	2 190 117	2 162 278	2 205 640	2 465 994	2 117 657	2 355 950	2 439 538
-Staat	1 924 370	2 190 117	2 162 278	2 205 640	2 465 994	2 117 657	2 355 950	2 439 538
-Gemeinden und Zweckv.	0	0	0	0	0	0	0	0
Bayern	2 079 068	2 150 869	2 307 515	2 233 960	2 188 441	2 227 086	2 353 792	2 472 736
-Staat	2 079 068	2 150 869	2 307 515	2 233 960	2 188 441	2 227 086	2 353 792	2 472 736
-Gemeinden und Zweckv.	0	0	0	0	0	0	0	0
Brandenburg	228 894	237 095	249 938	237 004	248 941	247 978	269 387	274 727
-Staat	228 894	237 095	249 938	237 004	248 941	247 978	269 387	274 727
-Gemeinden und Zweckv.	0	0	0	0	0	0	0	0
Hessen	1 083 954	1 137 603	1 206 132	1 325 304	1 481 599	1 453 560	1 433 933	1 602 032
-Staat	1 083 954	1 137 603	1 206 132	1 325 304	1 481 599	1 453 560	1 433 933	1 602 032
-Gemeinden und Zweckv.	0	0	0	0	0	0	0	0
Mecklenburg-Vorpommern	278 716	318 832	272 364	258 006	351 722	330 605	346 502	365 602
-Staat	278 716	318 832	272 364	258 006	351 722	330 605	346 502	365 602
-Gemeinden und Zweckv.	0	0	0	0	0	0	0	0
Niedersachsen	1 159 572	1 293 458	1 597 061	1 537 623	1 464 932	1 531 361	1 559 746	1 692 876
-Staat	1 159 572	1 293 458	1 597 061	1 537 623	1 464 932	1 531 361	1 559 746	1 692 876
-Gemeinden und Zweckv.	0	0	0	0	0	0	0	0
Nordrhein-Westfalen	2 789 821	3 045 805	3 682 307	3 767 307	4 079 974	3 905 620	3 934 911	4 006 929
-Staat	2 789 821	3 045 805	3 682 307	3 767 307	4 079 974	3 905 620	3 934 911	4 006 929
-Gemeinden und Zweckv.	0	0	0	0	0	0	0	0
Rheinland-Pfalz	513 299	597 671	533 026	575 809	585 598	760 613	717 635	711 178
-Staat ¹⁾	513 299	597 671	533 026	575 809	585 598	760 613	717 635	711 178
-Gemeinden und Zweckv.	0	0	0	0	0	0	0	0
Saarland	188 949	189 598	215 128	227 327	224 677	214 155	214 753	235 234
-Staat	188 949	189 598	215 128	227 327	224 677	214 155	214 753	235 234
-Gemeinden und Zweckv.	0	0	0	0	0	0	0	0
Sachsen	812 125	815 070	791 633	888 276	947 752	977 941	956 941	936 874
-Staat	812 125	815 070	791 633	888 276	947 752	977 941	956 941	936 874
-Gemeinden und Zweckv.	0	0	0	0	0	0	0	0
Sachsen-Anhalt ¹⁾	430 797	455 557	458 113	479 410	482 190	492 816	507 657	493 591
-Staat	430 797	455 557	458 113	479 410	482 190	492 816	507 657	493 591
-Gemeinden und Zweckv.	0	0	0	0	0	0	0	0
Schleswig-Holstein	421 117	412 227	428 702	420 518	427 678	425 733	426 533	413 569
-Staat	421 117	412 227	428 702	420 518	427 678	425 733	426 533	413 569
-Gemeinden und Zweckv.	0	0	0	0	0	0	0	0
Thüringen	446 080	443 091	436 936	440 076	445 233	436 147	460 757	467 206
-Staat	446 080	443 091	436 936	440 076	445 233	436 147	460 757	467 206
-Gemeinden und Zweckv.	0	0	0	0	0	0	0	0
Flächenländer insgesamt								
Flächenländer West	10 160 149	11 017 350	12 132 149	12 293 488	12 918 894	12 635 784	12 997 252	13 574 092
-Staat	10 160 149	11 017 348	12 132 149	12 293 488	12 918 894	12 635 784	12 997 252	13 574 092
-Gemeinden und Zweckv.	0	0	0	0	0	0	0	0
Flächenländer Ost	2 196 613	2 269 646	2 208 984	2 302 772	2 475 838	2 485 487	2 541 243	2 538 000
-Staat	2 196 613	2 269 645	2 208 984	2 302 772	2 475 838	2 485 487	2 541 243	2 538 000
-Gemeinden und Zweckv.	0	0	0	0	0	0	0	0
Stadtstaaten insgesamt								
Berlin	1 445 809	1 226 767	1 154 118	1 172 192	1 278 627	1 228 781	1 251 854	1 282 665
Bremen	158 246	215 255	237 954	213 634	214 937	221 224	221 212	222 784
Hamburg	496 919	577 086	572 064	591 021	589 697	612 174	604 653	602 305
Bund	1 770 202	1 936 458	1 827 131	1 843 472	1 892 899	2 127 752	2 231 567	2 482 884
Insgesamt	16 227 940	17 242 563	18 132 400	18 416 579	19 370 893	19 311 202	19 847 781	20 702 730
-Staat	16 227 940	17 242 560	18 132 400	18 416 579	19 370 893	19 311 202	19 847 781	20 702 730
-Gemeinden und Zweckv.	0	0	0	0	0	0	0	0

1) Im Jahre 2007 hat der Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung Rheinland-Pfalz (LBB) die Immobilien der Hochschulen übernommen. In der Folge fallen bei den Hochschulen künftig keine Bauinvestitionen mehr an. Für die Nutzung werden Mietzahlungen an den LBB abgeführt.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Jahresrechnungsstatistiken, Haushaltsansatzstatistiken, eigene Berechnungen.

Tabelle 4.3.5-1 Öffentliche Zuschüsse für private Hochschulen 2005 in Euro

Gebiet	Zuschüsse der Länder für Hochschulen (lt. Umfrage bei den Wissenschafts- und Finanzministerien der Länder)			Zuweisungen und Zuschüsse vom öffentlichen Bereich (lt. Hochschulfinanzstatistik)		
	laufende Zwecke	Investitionen	Insgesamt	laufende Zwecke	Investitionen	Insgesamt
Baden-Württemberg	11 392 463	---	11 392 463	14 704 000	3 000	14 707 000
Bayern	39 964 077	706 898	40 670 975	7 021 000	---	7 021 000
Berlin	6 900 801	---	6 900 801	8 033 000	---	8 033 000
Brandenburg	k.A.	k.A.	k.A.	748 000	---	748 000
Bremen	---	---	---	2 670 000	16 588 000	19 258 000
Hamburg	---	---	---	692 000	4 000	696 000
Hessen	2 100 000	---	2 100 000	2 131 000	---	2 131 000
Mecklenburg-Vorpommern	---	---	---	---	---	---
Niedersachsen	---	---	505 000	3 041 000	---	3 041 000
Nordrhein-Westfalen	39 655 299	---	39 655 299	28 324 000	---	28 324 000
Rheinland-Pfalz	3 449 986	---	3 449 986	53 000	---	53 000
Saarland	204 500	---	204 500	---	---	---
Sachsen	1 892 581	---	1 892 581	81 000	---	81 000
Sachsen-Anhalt	465 900	---	465 900	526 000	---	526 000
Schleswig-Holstein	k.A.	k.A.	k.A.	2 132 000	255 000	2 387 000
Thüringen	---	---	---	---	---	---
Deutschland	106 025 607	706 898	107 237 505	70 156 000	16 850 000	87 006 000

Quellen: Umfrage bei den Wissenschafts- und Finanzministerien der Länder; Statistisches Bundesamt, Hochschulfinanzstatistik 2005.

Tabelle 4.4.2-1 Öffentliche Ausgaben zur Förderung von Schüler/innen und Studierenden nach Ländern und Körperschaftsgruppen in 1000 Euro

Körperschaftsgruppe	Grundmittel							
	1995	2000	2004	2005	2006 vorl. Ist	2007 vorl. Ist	2007 Soll	2008 Soll
Flächenländer								
Baden-Württemberg ¹⁾	488 059	385 267	291 272	303 383	291 067	291 397	308 624	319 646
-Staat	335 915	252 556	275 792	288 848	276 412	276 502	293 729	304 156
-Gemeinden und Zweckv.	152 144	132 711	15 480	14 535	14 655	14 895	14 895	15 491
Bayern	368 327	387 267	484 238	510 315	511 799	529 440	535 084	558 658
-Staat	255 663	272 927	343 402	364 334	365 481	377 817	383 461	400 970
-Gemeinden und Zweckv.	112 664	114 341	140 836	145 981	146 318	151 624	151 624	157 689
Brandenburg	50 093	78 547	86 850	81 775	78 737	82 138	85 628	87 193
-Staat	13 410	24 474	37 135	36 543	35 381	34 527	38 017	37 678
-Gemeinden und Zweckv.	36 683	54 074	49 715	45 232	43 356	47 611	47 611	49 515
Hessen	154 374	140 168	173 442	180 099	176 872	174 448	175 650	187 996
-Staat	53 621	32 519	52 061	52 809	55 774	50 603	51 805	59 198
-Gemeinden und Zweckv.	100 753	107 647	121 381	127 290	121 098	123 845	123 845	128 799
Mecklenburg-Vorpommern	42 004	41 379	69 558	76 904	94 542	90 877	66 451	67 851
-Staat ²⁾	17 437	10 347	38 781	46 046	67 023	62 884	38 458	38 738
-Gemeinden und Zweckv.	24 567	31 031	30 777	30 858	27 519	27 993	27 993	29 113
Niedersachsen	281 926	280 428	313 019	324 912	312 458	313 375	318 510	331 692
-Staat	100 513	84 464	75 577	77 381	75 893	73 081	78 216	81 787
-Gemeinden und Zweckv.	181 413	195 964	237 442	247 531	236 565	240 294	240 294	249 905
Nordrhein-Westfalen	480 208	469 840	585 820	618 830	607 571	615 764	620 166	634 347
-Staat	166 651	121 654	187 669	204 600	200 763	193 365	197 766	195 052
-Gemeinden und Zweckv.	313 557	348 186	398 151	414 230	406 808	422 399	422 399	439 295
Rheinland-Pfalz	119 387	116 596	133 074	118 789	137 440	151 297	155 812	165 604
-Staat ³⁾	37 675	26 181	30 994	14 410	32 999	40 998	45 514	50 893
-Gemeinden und Zweckv.	81 712	90 415	102 080	104 379	104 442	110 298	110 298	114 710
Saarland	17 188	10 854	18 137	20 497	23 649	22 230	22 713	24 142
-Staat	13 670	4 339	11 803	13 932	16 107	15 207	15 690	16 838
-Gemeinden und Zweckv.	3 517	6 517	6 334	6 565	7 542	7 023	7 023	7 304
Sachsen	127 775	113 665	121 773	127 354	123 328	125 533	121 633	122 360
-Staat	78 288	63 305	72 884	77 634	76 960	82 241	78 340	77 336
-Gemeinden und Zweckv.	49 487	50 361	48 889	49 720	46 368	43 293	43 293	45 025
Sachsen-Anhalt	77 475	103 666	110 999	113 173	107 639	106 812	110 631	112 484
-Staat	31 450	52 820	59 244	59 362	59 275	58 599	62 418	62 343
-Gemeinden und Zweckv.	46 025	50 847	51 755	53 811	48 364	48 213	48 213	50 141
Schleswig-Holstein	59 535	58 653	73 623	75 821	73 622	74 710	73 424	75 685
-Staat	16 012	10 402	20 106	21 457	22 099	22 057	20 771	20 925
-Gemeinden und Zweckv.	43 523	48 251	53 517	54 364	51 523	52 653	52 653	54 759
Thüringen ⁴⁾	77 987	76 811	87 740	84 993	82 501	92 850	82 572	85 772
-Staat	56 478	45 729	51 088	47 712	47 832	57 590	47 312	49 101
-Gemeinden und Zweckv.	21 509	31 082	36 652	37 281	34 669	35 260	35 260	36 670
Flächenländer insgesamt								
Flächenländer West	1 969 004	1 849 073	2 072 625	2 152 646	2 134 477	2 172 661	2 209 983	2 297 770
-Staat	979 721	805 042	997 404	1 037 771	1 045 528	1 049 630	1 086 952	1 129 818
-Gemeinden und Zweckv.	989 284	1 044 032	1 075 221	1 114 875	1 088 950	1 123 031	1 123 031	1 167 952
Flächenländer Ost	375 334	414 068	476 920	484 199	486 747	498 211	466 914	475 659
-Staat	197 063	196 675	259 132	267 297	286 472	295 842	264 545	265 195
-Gemeinden und Zweckv.	178 271	217 393	217 788	216 902	200 275	202 369	202 369	210 464
Stadtstaaten insgesamt	168 253	99 226	148 937	152 034	141 139	139 039	136 733	139 504
Berlin	113 631	58 859	79 882	85 320	72 515	69 910	69 136	71 787
Bremen	12 300	8 379	15 775	13 523	17 550	16 695	17 378	17 021
Hamburg	42 323	31 988	53 280	53 191	51 074	52 434	50 218	50 696
Bund⁵⁾	867 672	360 829	1 083 852	1 171 649	1 254 895	1 328 122	1 334 293	1 551 610
Insgesamt	3 380 263	2 723 196	3 782 334	3 960 528	4 017 259	4 138 034	4 147 923	4 464 544
-Staat	2 212 708	1 461 772	2 489 325	2 628 751	2 728 034	2 812 634	2 822 523	3 086 128
-Gemeinden und Zweckv.	1 167 555	1 261 427	1 293 009	1 331 777	1 289 225	1 325 400	1 325 400	1 378 416

1) Die Abweichung in Baden-Württemberg für 1995 bis 2004 stehen im Zusammenhang mit der Umstellung der Haushaltssystematiken ab 2002.

2) In Mecklenburg-Vorpommern fallen Beträge für Ausgleichsleistungen nur in 2006 und 2007 an.

3) Die Veranschlagung der BAföG-Mittel in Rheinland-Pfalz wird durch die Umstellung der Auszahlungsmodalitäten ab 2006 (Universität Mainz) beeinflusst.

4) Im Jahr 2007 erfolgten in Thüringen erhöhte Reisebeihilfen für Schüler/innen.

5) Der Bund veranschlagt für 2007 und 2008 höhere BAföG-Leistungen.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Jahresrechnungsstatistiken, Haushaltsansatzstatistiken, eigene Berechnungen.

Tabelle 4.5.1-1 Öffentliche Ausgaben für das sonstige Bildungswesen nach Ländern und Körperschaftsgruppen in 1 000 Euro

Körperschaftsgruppe	Grundmittel							
	1995	2000	2004	2005	2006 vorl. Ist	2007 vorl. Ist	2007 Soll	2008 Soll
Flächenländer								
Baden-Württemberg	124 283	140 288	214 129	203 879	203 028	177 358	199 072	196 575
-Staat	90 581	99 735	168 628	162 200	161 004	134 647	156 361	152 156
-Gemeinden und Zweckv.	33 702	40 552	45 501	41 679	42 024	42 711	42 711	44 419
Bayern	128 979	130 997	124 374	128 846	125 845	128 558	130 569	138 298
-Staat	71 945	70 234	73 554	71 619	68 486	69 119	71 130	76 481
-Gemeinden und Zweckv.	57 034	60 762	50 820	57 227	57 359	59 439	59 439	61 817
Brandenburg	43 598	49 553	40 830	38 237	37 540	35 623	27 345	33 129
-Staat	37 279	43 987	35 846	33 956	33 436	31 117	22 839	28 442
-Gemeinden und Zweckv.	6 319	5 567	4 984	4 281	4 103	4 506	4 506	4 686
Hessen	65 285	83 483	156 481	171 306	166 187	183 629	191 422	190 059
-Staat	44 033	56 447	128 049	133 206	129 940	146 560	154 353	151 507
-Gemeinden und Zweckv.	21 251	27 036	28 432	38 100	36 247	37 069	37 069	38 552
Mecklenburg-Vorpommern	46 665	47 111	45 074	44 624	47 214	26 427	26 893	16 835
-Staat	41 384	43 564	40 924	40 958	43 945	23 101	23 567	13 376
-Gemeinden und Zweckv.	5 281	3 547	4 150	3 666	3 269	3 326	3 326	3 459
Niedersachsen	120 489	114 466	204 501	180 418	185 780	192 399	187 890	195 362
-Staat	87 926	79 041	169 266	144 936	151 870	157 954	153 445	159 540
-Gemeinden und Zweckv.	32 563	35 425	35 235	35 482	33 910	34 445	34 445	35 822
Nordrhein-Westfalen	224 806	266 225	449 115	377 049	463 358	462 050	478 565	480 104
-Staat	167 875	201 067	385 298	314 493	401 923	398 260	414 776	413 763
-Gemeinden und Zweckv.	56 931	65 158	63 817	62 556	61 435	63 790	63 790	66 341
Rheinland-Pfalz	28 679	38 097	89 521	93 683	97 785	99 624	102 697	105 482
-Staat	21 221	29 505	81 538	84 722	88 818	90 155	93 228	95 634
-Gemeinden und Zweckv.	7 459	8 591	7 983	8 961	8 966	9 469	9 469	9 848
Saarland	8 745	8 596	17 109	17 494	17 077	17 339	17 818	17 540
-Staat	6 798	6 768	15 341	15 689	15 003	15 408	15 887	15 531
-Gemeinden und Zweckv.	1 947	1 829	1 768	1 805	2 074	1 931	1 931	2 008
Sachsen ¹⁾	- 49 287	36 932	56 345	61 936	57 218	53 592	57 397	57 232
-Staat	- 53 523	31 796	44 973	49 136	45 281	42 447	46 252	45 641
-Gemeinden und Zweckv.	4 236	5 136	11 372	12 800	11 937	11 145	11 145	11 591
Sachsen-Anhalt	16 626	19 100	15 677	16 333	13 222	13 522	14 595	14 865
-Staat	11 042	15 498	11 254	13 164	10 374	10 683	11 756	11 912
-Gemeinden und Zweckv.	5 583	3 602	4 423	3 169	2 848	2 839	2 839	2 953
Schleswig-Holstein ²⁾	36 118	41 430	37 494	35 814	35 024	- 114 500	36 216	36 469
-Staat	24 758	30 072	26 295	23 966	23 796	- 125 975	24 741	24 535
-Gemeinden und Zweckv.	11 360	11 359	11 199	11 848	11 229	11 475	11 475	11 934
Thüringen	49 194	53 948	39 604	31 742	31 081	32 379	32 044	38 091
-Staat	46 182	51 549	36 289	27 904	27 512	28 749	28 414	34 316
-Gemeinden und Zweckv.	3 012	2 398	3 315	3 838	3 569	3 630	3 630	3 775
Flächenländer insgesamt								
Flächenländer West	737 384	823 584	1 292 724	1 208 489	1 294 084	1 146 456	1 344 248	1 359 888
-Staat	515 137	572 869	1 047 969	950 831	1 040 841	886 128	1 083 920	1 089 147
-Gemeinden und Zweckv.	222 247	250 712	244 755	257 658	253 243	260 328	260 328	270 741
Flächenländer Ost	106 795	206 644	197 530	192 872	186 275	161 542	158 274	160 152
-Staat	82 365	186 394	169 286	165 118	160 548	136 096	132 828	133 688
-Gemeinden und Zweckv.	24 431	20 250	28 244	27 754	25 727	25 446	25 446	26 464
Stadtstaaten insgesamt	106 568	145 101	122 269	95 033	95 597	84 735	84 871	76 093
Berlin	53 728	89 890	30 964	29 098	24 889	19 255	21 402	15 867
Bremen	13 012	15 496	51 651	25 029	26 257	24 892	26 508	25 272
Hamburg	39 828	39 713	39 654	40 906	44 451	40 587	36 962	34 955
Bund	479 534	450 816	472 192	469 497	461 047	461 812	502 418	490 615
Insgesamt	1 430 281	1 626 144	2 084 715	1 965 891	2 037 003	1 854 545	2 089 812	2 086 748
-Staat	1 183 603	1 355 180	1 811 716	1 680 479	1 758 032	1 568 770	1 804 037	1 789 542
-Gemeinden und Zweckv.	246 677	270 962	272 999	285 412	278 970	285 774	285 774	297 205

1) Bis 1997 werden in Sachsen sehr hohe Einnahmen vom öffentlichen Bereich nachgewiesen.

2) Erhöhte Einnahmen vom öffentlichen Bereich in Schleswig-Holstein durch Einmalzahlungen des Bundes nach § 22 SGB II (Leistung für Unterkunft und Heizung).

Quellen: Statistisches Bundesamt, Jahresrechnungsstatistiken, Haushaltsansatzstatistiken, eigene Berechnungen.

Tabelle 4.5.3-1 Ausgaben der Bundesagentur für Arbeit für die Erstausbildung in Mill. Euro

Zweck	1999	2005	2006	2007
Zuschüsse zur Förderung der Berufsausbildung benachteiligter Auszubildender (ohne Auszubildendenvergütung)	873	997	769	536
Institutionelle Förderung von Jugendwohnheimen	0	0	0	0
Berufsausbildungsbeihilfe	318	541	506	497
BAB und BvB an behinderte Menschen	33	196	177	129
Übergangsgeld	7	252	155	110
Ausbildungsgeld	217	142	146	154
Teilnahmekosten für Maßnahmen zur Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben	1 136	1 755	1 199	1 187
Teilnahmekosten für Maßnahmen in Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM)	0	0	447	463
Jugendsofortprogramm (ohne Auszubildendenvergütung und Weiterbildung)	258	31	7	0
Teilnahmekosten für berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen	330	414	365	349
Ausbildungszuschüsse bei betrieblicher Aus- und Weiterbildung behinderter Menschen	26	24	23	19
Institutionelle Förderung ohne Jugendwohnheime	34	12	4	2
Insgesamt	3 232	4 363	3 800	3 445

Quelle: Berechnet aus den Angaben der Bundesagentur für Arbeit.

Tabelle 4.5.3-2 Zusätzliche Ausgaben der Bundesagentur für Arbeit für die Förderung beruflicher Bildung (Weiterbildung) in Mill. Euro

Zweck	1999	2005	2006	2007
Zuschüsse für Maßnahmen der Eignungsfeststellung/Trainingsmaßnahmen (TM)	284	179	166	126
Unterhaltsgeld und Teilunterhaltsgeld	4 045	372	83	14
Zuschüsse zu den Kosten beruflicher Weiterbildung (FbW)	2 704	654	527	493
Zuschüsse zum Arbeitsentgelt bei der beruflichen Weiterbildung Beschäftigter (AEZ-WB)	–	18	14	5
Sozialplanmaßnahmen (Restabwicklung)	4	- 1	0	0
Arbeitslosengeld bei beruflicher Weiterbildung für behinderte Menschen (AlgWB)	–	107	66	38
Arbeitslosengeld bei beruflicher Weiterbildung (AlgW)	–	763	714	748
Weiterbildungsrelevante Anteile im Sofortprogramm gegen Jugendarbeitslosigkeit (JuSoPro)	225	6	0	0
Zuschüsse der Länder zur beruflichen Weiterbildung für Opfer politischer Verfolgung	1	1	0	0
Weiterbildungsrelevante Maßnahmen aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF)	243	54	24	22
Unterhaltsgeld und Teilunterhaltsgeld für behinderte Menschen	238	55	12	1
Zuschüsse zu den Kosten der beruflichen Weiterbildung für behinderte Menschen	96	72	39	30
Weiterbildungsrelevante sonstige allgemeine Leistungen zur Teilhabe behinderter Menschen	0	2	1	0
Insgesamt	7 839	2 281	1 646	1 476

Quelle: Berechnet aus den Angaben der Bundesagentur für Arbeit.

Tabelle 4.6.1-1 Öffentliche Ausgaben für Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit nach Ländern und Körperschaftsgruppen in 1 000 Euro

Körperschaftsgruppe	Grundmittel							
	1995	2000	2004	2005	2006 vorl. Ist	2007 vorl. Ist	2007 Soll	2008 Soll
Flächenländer								
Baden-Württemberg	207 568	298 601	120 114	118 345	117 741	118 738	119 484	123 656
-Staat	126 883	143 811	16 287	16 911	15 468	14 793	15 539	15 554
-Gemeinden und Zweckv.	80 685	154 790	103 827	101 434	102 273	103 945	103 945	108 103
Bayern	187 936	246 266	180 880	179 905	179 970	186 873	189 696	204 378
-Staat	59 860	76 969	18 582	19 078	18 772	19 829	22 652	29 652
-Gemeinden und Zweckv.	128 076	169 295	162 298	160 827	161 199	167 043	167 043	173 725
Brandenburg	43 926	39 075	37 042	37 831	37 123	39 493	39 606	40 704
-Staat	14 987	13 175	11 240	10 755	11 170	10 994	11 107	11 064
-Gemeinden und Zweckv.	28 939	25 900	25 802	27 076	25 953	28 500	28 500	29 640
Hessen	110 382	135 048	108 659	112 587	110 085	109 076	109 790	114 028
-Staat	16 495	6 835	2 419	2 406	5 264	1 877	2 591	2 541
-Gemeinden und Zweckv.	93 886	128 212	106 240	110 181	104 821	107 199	107 199	111 487
Mecklenburg-Vorpommern ¹⁾	116 728	86 342	22 520	28 839	26 368	26 233	26 397	27 285
-Staat	94 653	74 750	5 168	5 221	5 306	4 807	4 971	5 003
-Gemeinden und Zweckv.	22 075	11 592	17 352	23 618	21 062	21 425	21 425	22 282
Niedersachsen	112 519	135 617	130 860	128 891	121 801	123 230	123 528	128 084
-Staat	18 145	17 544	16 583	14 161	12 154	11 854	12 153	12 253
-Gemeinden und Zweckv.	94 375	118 072	114 277	114 730	109 647	111 375	111 375	115 831
Nordrhein-Westfalen	313 727	370 294	326 081	338 234	337 383	350 233	349 768	361 001
-Staat	95 120	98 948	72 057	68 971	72 945	75 660	75 195	75 445
-Gemeinden und Zweckv.	218 607	271 346	254 024	269 263	264 438	274 573	274 573	285 556
Rheinland-Pfalz	90 545	81 869	53 649	50 822	51 532	53 046	53 424	55 185
-Staat	30 896	17 929	7 478	7 514	8 198	7 282	7 661	7 591
-Gemeinden und Zweckv.	59 649	63 940	46 171	43 308	43 334	45 764	45 764	47 595
Saarland	10 774	19 116	15 004	14 713	16 800	15 753	15 816	16 398
-Staat	4 973	9 675	997	938	976	1 016	1 079	1 072
-Gemeinden und Zweckv.	5 801	9 441	14 007	13 775	15 825	14 737	14 737	15 326
Sachsen ¹⁾	373 226	306 077	30 601	20 339	18 970	17 718	17 713	18 421
-Staat	296 427	271 919	0	36	36	40	35	35
-Gemeinden und Zweckv.	76 799	34 159	30 601	20 303	18 934	17 678	17 678	18 386
Sachsen-Anhalt ¹⁾	309 533	251 485	42 527	37 895	36 241	37 030	38 091	39 949
-Staat	277 489	224 444	14 060	12 299	13 236	14 097	15 158	16 099
-Gemeinden und Zweckv.	32 044	27 041	28 467	25 596	23 005	22 933	22 933	23 850
Schleswig-Holstein	47 736	49 361	50 082	49 012	46 610	48 597	48 241	50 549
-Staat	5 624	6 434	4 160	3 676	3 643	4 687	4 332	4 883
-Gemeinden und Zweckv.	42 112	42 926	45 922	45 336	42 967	43 909	43 909	45 666
Thüringen	43 174	43 553	35 791	31 969	31 488	31 081	31 628	34 422
-Staat	21 338	24 377	15 655	12 299	13 196	12 477	13 025	15 074
-Gemeinden und Zweckv.	21 836	19 176	20 136	19 670	18 292	18 604	18 604	19 348
Flächenländer insgesamt								
Flächenländer West	1 081 187	1 336 171	985 329	992 509	981 922	1 005 544	1 009 747	1 053 278
-Staat	357 995	378 145	138 563	133 655	137 419	136 998	141 202	149 991
-Gemeinden und Zweckv.	723 191	958 022	846 766	858 854	844 503	868 546	868 546	903 288
Flächenländer Ost	886 587	726 533	168 481	156 873	150 190	151 555	153 436	160 781
-Staat	704 895	608 665	46 123	40 610	42 944	42 415	44 296	47 275
-Gemeinden und Zweckv.	181 692	117 868	122 358	116 263	107 246	109 140	109 140	113 506
Stadtstaaten insgesamt	1 330 956	1 157 168	52 832	115 108	112 936	107 352	108 898	110 514
Berlin ¹⁾	984 744	649 856	1 344	56 206	62 971	61 332	59 950	60 619
Bremen	34 967	44 196	13 117	12 523	11 044	9 501	11 215	11 023
Hamburg ¹⁾	311 245	463 119	38 371	46 379	38 921	36 519	37 733	38 872
Bund	163 125	229 929	153 416	162 233	157 962	179 079	139 019	163 962
Insgesamt	3 461 855	3 449 797	1 360 058	1 426 723	1 560 972	1 622 609	1 550 119	1 652 498
-Staat	2 556 972	2 373 907	390 934	451 606	451 261	465 844	433 414	471 742
-Gemeinden und Zweckv.	904 883	1 075 890	969 124	975 117	1 109 711	1 156 765	1 116 705	1 180 756

1) In Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Berlin und Hamburg wurden die öffentlichen Ausgaben für Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit 1995 und 2000 anders verbucht. Eliminiert man diese Unterschiede in der Veranschlagungspraxis errechnen sich für Deutschland 1995 insgesamt Grundmittel für Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit in Höhe von 1,8 Mrd. Euro und für 2000 von 1,9 Mrd. Euro.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Jahresrechnungsstatistiken, Haushaltsansatzstatistiken, eigene Berechnungen.

Tabelle 4.7-1 Öffentliche Ausgaben für Bildung nach Bildungsbereichen, Ländern und Körperschaftsgruppen 2005 in 1 000 Euro

Körperschaftsgruppe	Aufgabenbereich						Insgesamt
	Kinder- tages- einrichtungen	Schulen	Hochschulen	Förderung von Schülern und Studierenden	sonstiges Bildungs- wesen	Jugendarbeit	
Flächenländer							
Baden-Württemberg	1 299 011	6 872 324	2 205 640	303 383	203 879	118 345	11 002 582
-Staat	403 363	6 073 338	2 205 640	288 848	162 200	16 911	9 150 300
-Gemeinden und Zweckv.	895 648	7 98 986	0	14 535	41 679	101 434	1 852 282
Bayern	1 395 896	7 486 310	2 233 960	510 315	128 846	179 905	11 935 232
-Staat	554 891	5 829 507	2 233 960	364 334	71 619	19 078	9 073 389
-Gemeinden und Zweckv.	841 005	1 656 803	0	145 981	57 227	160 827	2 861 843
Brandenburg	417 697	1 322 711	237 004	81 775	38 237	37 831	2 135 255
-Staat	122 939	1 032 668	237 004	36 543	33 956	10 755	1 473 865
-Gemeinden und Zweckv.	294 758	290 043	0	45 232	4 281	27 076	661 390
Hessen	830 278	3 250 480	1 325 304	180 099	171 306	112 587	5 870 054
-Staat	82 328	2 730 185	1 325 304	52 809	133 206	2 406	4 326 238
-Gemeinden und Zweckv.	747 950	520 295	0	127 290	38 100	110 181	1 543 816
Mecklenburg-Vorpommern	231 543	994 920	258 006	76 904	44 624	28 839	1 634 836
-Staat	86 193	785 751	258 006	46 046	40 958	5 221	1 222 175
-Gemeinden und Zweckv.	145 350	209 169	0	30 858	3 666	23 618	412 661
Niedersachsen	805 893	4 690 960	1 537 623	324 912	180 418	128 891	7 668 697
-Staat	164 715	3 518 805	1 537 623	77 381	144 936	14 161	5 457 621
-Gemeinden und Zweckv.	641 178	1 172 155	0	247 531	35 482	114 730	2 211 076
Nordrhein-Westfalen	2 315 232	11 480 265	3 767 307	618 830	377 049	338 234	18 896 917
-Staat	957 285	8 783 427	3 767 307	204 600	314 493	68 971	14 096 083
-Gemeinden und Zweckv.	1 357 947	2 696 838	0	414 230	62 556	269 263	4 800 834
Rheinland-Pfalz	562 615	2 283 736	575 809	118 789	93 683	50 822	3 685 454
-Staat	204 281	1 849 527	575 809	14 410	84 722	7 514	2 736 263
-Gemeinden und Zweckv.	358 334	434 209	0	104 379	8 961	43 308	949 191
Saarland	118 633	566 700	227 327	20 497	17 494	14 713	965 364
-Staat	41 600	453 494	227 327	13 932	15 689	938	752 980
-Gemeinden und Zweckv.	77 033	113 206	0	6 565	1 805	13 775	212 384
Sachsen	676 973	2 462 990	888 276	127 354	61 936	20 339	4 237 868
-Staat	297 291	2 069 711	888 276	77 634	49 136	36	3 382 084
-Gemeinden und Zweckv.	379 682	393 279	0	49 720	12 800	20 303	855 784
Sachsen-Anhalt	361 055	1 519 466	479 410	113 173	16 333	37 895	2 527 332
-Staat	136 534	1 288 408	479 410	59 362	13 164	12 299	1 989 177
-Gemeinden und Zweckv.	224 521	231 058	0	53 811	3 169	25 596	538 155
Schleswig-Holstein	220 793	1 638 680	420 518	75 821	35 814	49 012	2 440 638
-Staat	54	1 228 829	420 518	21 457	23 966	3 676	1 698 500
-Gemeinden und Zweckv.	220 739	409 851	0	54 364	11 848	45 336	742 138
Thüringen	334 303	1 428 209	440 076	84 993	31 742	31 969	2 351 292
-Staat	155 384	1 276 530	440 076	47 712	27 904	12 299	1 959 905
-Gemeinden und Zweckv.	178 919	151 679	0	37 281	3 838	19 670	391 387
Flächenländer insgesamt							
Flächenländer West	7 548 351	38 269 455	12 293 488	2 152 646	1 208 489	992 509	62 464 938
-Staat	2 408 517	30 467 112	12 293 488	1 037 771	950 831	133 655	47 291 374
-Gemeinden und Zweckv.	5 139 834	7 802 343	0	1 114 875	257 658	858 854	15 173 564
Flächenländer Ost	2 021 571	7 728 296	2 302 772	484 199	192 872	156 873	12 886 583
-Staat	798 341	6 453 068	2 302 772	267 297	165 118	40 610	10 027 206
-Gemeinden und Zweckv.	1 223 230	1 275 228	0	216 902	27 754	116 263	2 859 377
Stadtstaaten insgesamt	1 179 146	3 556 140	1 976 847	152 034	95 033	115 108	7 074 308
Berlin	751 408	2 038 066	1 172 192	85 320	29 098	56 206	4 132 290
Bremen	93 600	384 154	213 634	13 523	25 029	12 523	742 463
Hamburg	334 138	1 133 920	591 021	53 191	40 906	46 379	2 199 555
Bund	0	643 486	1 843 472	1 171 649	469 497	162 233	4 290 337
Insgesamt	10 749 068	50 197 377	18 416 579	3 960 528	1 965 891	1 426 723	86 716 166
-Staat	4 386 004	41 119 806	18 416 579	2 628 751	1 680 479	451 606	68 683 225
-Gemeinden und Zweckv.	6 363 064	9 077 571	0	1 331 777	285 412	975 117	18 032 941

Quellen: Statistisches Bundesamt, Jahresrechnungsstatistik 2005, eigene Berechnungen.

Tabelle 4.7-2 Anteile der Bildungsbereiche an den öffentlichen Bildungsausgaben nach Ländern und Körperschaftsgruppen insgesamt 2005 in %

Körperschaftsgruppe	Aufgabenbereich						Insgesamt
	Kinder- tages- einrichtungen	Schulen	Hochschulen	Förderung von Schülern und Studierenden	sonstiges Bildungs- wesen	Jugendarbeit	
Grundmittel							
Flächenländer							
Baden-Württemberg	11,8	62,5	20,0	2,8	1,9	1,1	100,0
-Staat	4,4	66,4	24,1	3,2	1,8	0,2	100,0
-Gemeinden und Zweckv.	48,4	43,1	0,0	0,8	2,3	5,5	100,0
Bayern	11,7	62,7	18,7	4,3	1,1	1,5	100,0
-Staat	6,1	64,2	24,6	4,0	0,8	0,2	100,0
-Gemeinden und Zweckv.	29,4	57,9	0,0	5,1	2,0	5,6	100,0
Brandenburg	19,6	61,9	11,1	3,8	1,8	1,8	100,0
-Staat	8,3	70,1	16,1	2,5	2,3	0,7	100,0
-Gemeinden und Zweckv.	44,6	43,9	0,0	6,8	0,6	4,1	100,0
Hessen	14,1	55,4	22,6	3,1	2,9	1,9	100,0
-Staat	1,9	63,1	30,6	1,2	3,1	0,1	100,0
-Gemeinden und Zweckv.	48,4	33,7	0,0	8,2	2,5	7,1	100,0
Mecklenburg-Vorpommern	14,2	60,9	15,8	4,7	2,7	1,8	100,0
-Staat	7,1	64,3	21,1	3,8	3,4	0,4	100,0
-Gemeinden und Zweckv.	35,2	50,7	0,0	7,5	0,9	5,7	100,0
Niedersachsen	10,5	61,2	20,1	4,2	2,4	1,7	100,0
-Staat	3,0	64,5	28,2	1,4	2,7	0,3	100,0
-Gemeinden und Zweckv.	29,0	53,0	0,0	11,2	1,6	5,2	100,0
Nordrhein-Westfalen	12,3	60,8	19,9	3,3	2,0	1,8	100,0
-Staat	6,8	62,3	26,7	1,5	2,2	0,5	100,0
-Gemeinden und Zweckv.	28,3	56,2	0,0	8,6	1,3	5,6	100,0
Rheinland-Pfalz	15,3	62,0	15,6	3,2	2,5	1,4	100,0
-Staat	7,5	67,6	21,0	0,5	3,1	0,3	100,0
-Gemeinden und Zweckv.	37,8	45,7	0,0	11,0	0,9	4,6	100,0
Saarland	12,3	58,7	23,5	2,1	1,8	1,5	100,0
-Staat	5,5	60,2	30,2	1,9	2,1	0,1	100,0
-Gemeinden und Zweckv.	36,3	53,3	0,0	3,1	0,8	6,5	100,0
Sachsen	16,0	58,1	21,0	3,0	1,5	0,5	100,0
-Staat	8,8	61,2	26,3	2,3	1,5	0,0	100,0
-Gemeinden und Zweckv.	44,4	46,0	0,0	5,8	1,5	2,4	100,0
Sachsen-Anhalt	14,3	60,1	19,0	4,5	0,6	1,5	100,0
-Staat	6,9	64,8	24,1	3,0	0,7	0,6	100,0
-Gemeinden und Zweckv.	41,7	42,9	0,0	10,0	0,6	4,8	100,0
Schleswig-Holstein	9,0	67,1	17,2	3,1	1,5	2,0	100,0
-Staat	0,0	72,3	24,8	1,3	1,4	0,2	100,0
-Gemeinden und Zweckv.	29,7	55,2	0,0	7,3	1,6	6,1	100,0
Thüringen	14,2	60,7	18,7	3,6	1,3	1,4	100,0
-Staat	7,9	65,1	22,5	2,4	1,4	0,6	100,0
-Gemeinden und Zweckv.	45,7	38,8	0,0	9,5	1,0	5,0	100,0
Flächenländer insgesamt							
Flächenländer West	12,1	61,3	19,7	3,4	1,9	1,6	100,0
-Staat	5,1	64,4	26,0	2,2	2,0	0,3	100,0
-Gemeinden und Zweckv.	33,9	51,4	0,0	7,3	1,7	5,7	100,0
Flächenländer Ost	15,7	60,0	17,9	3,8	1,5	1,2	100,0
-Staat	8,0	64,4	23,0	2,7	1,6	0,4	100,0
-Gemeinden und Zweckv.	42,8	44,6	0,0	7,6	1,0	4,1	100,0
Stadtstaaten insgesamt	16,7	50,3	27,9	2,1	1,3	1,6	100,0
Berlin	18,2	49,3	28,4	2,1	0,7	1,4	100,0
Bremen	12,6	51,7	28,8	1,8	3,4	1,7	100,0
Hamburg	15,2	51,6	26,9	2,4	1,9	2,1	100,0
Bund	0,0	15,0	43,0	27,3	10,9	3,8	100,0
Insgesamt	12,4	57,9	21,2	4,6	2,3	1,6	100,0
-Staat	6,4	59,9	26,8	3,8	2,4	0,7	100,0
-Gemeinden und Zweckv.	35,3	50,3	0,0	7,4	1,6	5,4	100,0

Quellen: Statistisches Bundesamt, Jahresrechnungsstatistik 2005, eigene Berechnungen.

Tabelle 5.1.1-1 Jährliche Ausgaben für Bildungseinrichtungen je Schüler/in bzw. Studierenden für alle Bildungsbereiche 2005 in US-Dollar

	Elementarbereich (für 3-jährige und Ältere)	Primarbereich	Sekundarbereich			Postsekundärer, nicht tertiärer Bereich	Tertiärbereich (einschließlich Forschungs- und Entwicklungs- aktivitäten)			Tertiärbereich insgesamt ohne Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten	Primar- bis Tertiärbereich
	ISCED 0		ISCED 1	Sekundarbereich I ISCED 2	Sekundarbereich II ISCED 3		Sekundarbereich Insgesamt ISCED 2/3	ISCED 4	Tertiärbereich B ISCED 5B		
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)	(11)
OECD-Länder											
Australien	m	5 992	7 930	9 223	8 408	7 973	8 569	15 599	14 579	10 199	8 340
Österreich	6 562	8 259	9 505	10 028	9 751	x(4)	11 394	15 028	14 775	10 061	10 407
Belgien	4 816	6 648	x(5)	x(5)	7 731	x(5)	x(9)	x(9)	11 960	8 046	8 034
Kanada ^{1), 2)}	x(5)	x(5)	x(5)	x(5)	7 837	x(7)	m	20 156	m	m	m
Tschechische Rep.	3 353	2 812	4 864	4 830	4 847	2 098	3 105	7 019	6 649	5 409	4 545
Dänemark	5 320	8 513	8 606	10 197	9 407	x(4,9)	x(9)	x(9)	14 959	m	10 108
Finnland	4 395	5 557	8 875	6 441	7 324	x(5)	n	12 285	12 285	7 582	7 711
Frankreich	4 817	5 365	7 881	10 311	8 927	4 488	9 483	11 486	10 995	7 673	8 101
Deutschland	5 508	5 014	6 200	10 282	7 636	10 531	6 938	13 351	12 446	7 772	7 872
Griechenland	x(2)	5 146	x(5)	x(5)	8 423	7 266	3 417	7 661	6 130	4 928	5 692
Ungarn ²⁾	4 402	4 438	3 993	3 613	3 806	4 731	4 549	6 328	6 244	4 837	4 423
Island	6 800	9 254	8 985	8 004	8 411	x(4,9)	x(9)	x(9)	9 474	m	8 931
Irland	5 345	5 732	7 352	7 680	7 500	5 811	x(9)	x(9)	10 468	7 386	7 108
Italien ²⁾	6 139	6 835	7 599	7 682	7 648	m	7 420	8 032	8 026	5 314	7 540
Japan	4 174	6 744	7 630	8 164	7 908	x(4,9)	7 969	13 827	12 326	m	8 378
Korea	2 426	4 691	5 661	7 765	6 645	a	3 811	9 938	7 606	6 607	6 212
Luxemburg ²⁾	x(2)	14 079	18 844	18 845	18 845	m	m	m	m	m	m
Mexiko	1 964	1 913	1 839	2 853	2 180	a	x(9)	x(9)	6 402	5 346	2 405
Niederlande	5 885	6 266	8 166	7 225	7 741	7 000	n	13 883	13 883	8 719	8 147
Neuseeland	4 778	4 780	5 165	7 586	6 278	6 126	7 740	11 002	10 262	8 864	6 342
Norwegen	5 236	9 001	9 687	12 096	10 995	x(5)	x(9)	x(9)	15 552	9 981	10 980
Polen ²⁾	4 130	3 312	2 971	3 131	3 055	2 956	x(9)	x(9)	5 593	4 883	3 592
Portugal ²⁾	4 808	4 871	6 555	6 381	6 473	m	x(9)	x(9)	8 787	6 785	6 197
Slowakische Rep.	2 895	2 806	2 430	3 026	2 716	x(4)	x(4)	5 783	5 783	5 131	3 139
Spanien	5 015	5 502	x(5)	x(5)	7 211	a	9 059	10 301	10 089	7 182	7 134
Schweden	4 852	7 532	8 091	8 292	8 198	2 691	x(9)	x(9)	15 946	8 281	9 156
Schweiz ²⁾	3 853	8 469	9 756	16 166	12 861	9 119	4 163	23 137	21 734	13 041	12 195
Türkei	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Ver. Königreich	6 420	6 361	x(5)	x(5)	7 167	x(5)	x(9)	x(9)	13 506	8 842	7 741
Vereinigte Staaten	8 301	9 156	9 899	10 969	10 390	m	x(9)	x(9)	24 370	21 588	12 788
OECD-Durchschnitt	4 888	6 252	7 437	8 366	7 804	4 719	-	-	11 512	8 102	7 527
OECD insgesamt	5 254	6 173	-	-	7 736	-	-	-	15 559	13 141	8 553
EU19-Durchschnitt	4 980	6 055	7 462	7 864	7 600	4 757	-	-	10 474	6 990	7 036
Partnerländer											
Brasilien ²⁾	1 215	1 425	1 359	899	1 186	a	x(9)	x(9)	9 994	9 808	1 542
Chile ³⁾	2 953	1 936	1 865	1 956	1 924	a	3 922	7 977	6 620	m	2 694
Estland	1 833	3 384	3 802	4 033	3 918	4 417	2 883	4 386	3 869	3 867	3 768
Israel	3 650	4 699	x(5)	x(5)	5 495	4 275	8 232	11 581	10 919	8 476	6 000
Russ. Föderation ²⁾	m	x(5)	x(5)	x(5)	1 754	x(5)	2 274	3 876	3 421	3 155	2 051
Slowenien ²⁾	6 364	x(3)	7 994	5 565	7 065	x(4)	x(9)	x(9)	8 573	7 037	7 378

Kaufkraftbereinigt mittels Kaufkraftparitäts-Umrechnungskursen (KKP) für das BIP, (basierend auf Vollzeitäquivalenten). Der Umrechnungsfaktor 2005 zwischen Euro und US-Dollar (Kaufkraftparität) beträgt 1,1204.

1) Referenzjahr 2004.

2) Nur öffentliche Einrichtungen.

3) Referenzjahr 2006.

Quelle: Bildung auf einen Blick 2008 – OECD-Indikatoren, Tab. B1.1.a.

Tabelle 5.1.1-2 Veränderung der Ausgaben für Bildungseinrichtungen je Schüler/in bzw. Studierenden für alle Leistungsbereiche aufgrund verschiedener Faktoren nach Bildungsbereichen 2005 (2000 = 100)

	Primar-, Sekundar- und postsekundärer, nicht tertiärer Bereich			Tertiärbereich		
	Veränderung der Ausgaben	Veränderung der Zahl der Schüler	Veränderung der Ausgaben pro Schüler	Veränderung der Ausgaben	Veränderung der Zahl der Studierenden	Veränderung der Ausgaben pro Studierenden
OECD-Länder						
Australien	113	103	109	122	110	111
Österreich	103	99	104	133	97	137
Belgien	107	112	96	102	106	96
Kanada ^{1),2),3)}	116	101	115	117	m	m
Tschechische Rep.	130	93	139	153	138	111
Dänemark ¹⁾	116	105	110	116	102	114
Finland	123	105	117	116	105	110
Frankreich	101	98	103	107	105	102
Deutschland	99	98	102	106	108	98
Griechenland ¹⁾	128	99	129	236	148	159
Ungarn ³⁾	147	93	158	126	151	83
Island	140	106	133	177	148	120
Irland	152	103	147	102	120	85
Italien ³⁾	107	101	105	112	112	100
Japan ¹⁾	101	92	110	106	101	105
Korea	149	98	152	130	107	122
Luxemburg	m	m	m	m	m	m
Mexiko	125	106	118	137	121	113
Niederlande	120	103	116	111	118	94
Neuseeland ⁴⁾	108	m	m	118	m	m
Norwegen ⁴⁾	113	106	106	117	114	103
Polen ³⁾	112	88	128	174	125	139
Portugal ³⁾	102	90	113	142	111	128
Slowakische Rep. ¹⁾	136	93	147	149	140	106
Spanien	108	94	115	114	93	123
Schweden	113	102	112	116	121	95
Schweiz ^{3),4)}	110	102	108	133	127	105
Türkei ^{2),3)}	m	m	m	m	m	m
Ver. Königreich	140	109	129	149	118	126
Vereinigte Staaten	108	102	105	118	113	104
OECD-Durchschnitt	119	100	119	130	118	111
EU19-Durchschnitt	119	99	120	131	118	111
Partnerländer						
Brasilien ^{1),3),4)}	141	102	139	118	142	83
Chile ⁵⁾	99	101	98	112	146	77
Estland ⁴⁾	130	83	158	113	117	96
Israel	106	101	105	108	119	90
Russ. Föderation	154	m	m	228	m	m
Slowenien	m	m	m	m	m	m

Index der Veränderung zwischen 2000 und 2005 (BIP-Deflator 2000 = 100, zu konstanten Preisen von 2005)

- 1) Einige Bildungsbereiche sind in anderen Bildungsbereichen enthalten.
- 2) Referenzjahr 2004.
- 3) Nur öffentliche Bildungseinrichtungen (für Kanada nur im Tertiärbereich).
- 4) Nur öffentliche Ausgaben.
- 5) Referenzjahr 2006.

Quelle: Bildung auf einen Blick 2008 – OECD-Indikatoren, Tab. B1.5.

Tabelle 5.1.2-1 Ausgaben für Bildungseinrichtungen je Bildungsteilnehmer 2005 in Euro

Land	Primarbereich	Sekundarbereich			Tertiärbereich		Primar- bis Tertiärbereich
	ISCED 1	ISCED 2	ISCED 3	Insgesamt	ISCED 5A/6	ISCED 5A/6 (ohne FuE)	ISCED 1-6
Baden-Württemberg	4 300	5 400	9 200	6 800	13 700	7 700	7 100
Bayern	4 600	5 800	10 200	7 100	11 900	6 800	7 100
Berlin	5 100	6 500	9 700	7 700	11 300	6 500	8 100
Brandenburg	4 400	5 800	8 300	6 800	10 000	6 600	6 800
Bremen	4 800	5 500	9 800	7 300	12 100	7 300	8 100
Hamburg	5 500	6 500	9 300	7 700	12 600	7 600	8 400
Hessen	4 200	5 500	8 800	6 700	10 500	6 400	6 700
Mecklenburg-Vorpommern	4 600	5 600	8 400	6 800	12 200	7 500	7 200
Niedersachsen	4 400	5 300	9 000	6 600	13 300	8 100	6 800
Nordrhein-Westfalen	4 200	5 200	8 900	6 400	11 500	6 800	6 700
Rheinland-Pfalz	4 500	5 100	9 800	6 600	9 200	5 800	6 500
Saarland	4 300	4 800	9 000	6 400	15 700	9 500	7 000
Sachsen	5 200	6 100	8 400	7 100	12 900	7 700	7 600
Sachsen-Anhalt	5 900	6 400	8 900	7 400	10 800	6 800	7 600
Schleswig-Holstein	4 300	5 300	9 700	6 800	12 000	7 100	6 700
Thüringen	5 500	6 900	9 400	8 000	12 000	7 500	8 000
Deutschland	4 500	5 500	9 200	6 800	11 900	7 100	7 000
OECD-Durchschnitt	5 600	6 600	7 500	7 000	m	m	6 700

Quelle: Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich 2008, Tab. B1.1a.

Tabelle 5.3.1-1 Öffentliche Gesamtausgaben für Bildung in Relation zu den öffentlichen Gesamtausgaben und zum BIP (1995, 2005)

	Öffentliche Ausgaben ¹⁾ für Bildung als Prozentsatz der öffentlichen Gesamtausgaben				Öffentliche Ausgaben ¹⁾ für Bildung als Prozentsatz des BIP			
	2005			1995	2005			1995
	Primar-, Sekundar- und postsekundärer, nicht tertiärer Bereich	Tertiärbereich	alle Bildungsbereiche zusammen	alle Bildungsbereiche zusammen	Primar-, Sekundar- und postsekundärer, nicht tertiärer Bereich	Tertiärbereich	alle Bildungsbereiche zusammen	alle Bildungsbereiche zusammen
OECD-Länder								
Australien	m	m	m	13,6	3,5	1,1	4,8	5,0
Österreich	7,1	3,0	10,9	10,8	3,6	1,5	5,4	6,0
Belgien	8,0	2,6	12,1	m	4,0	1,3	6,0	m
Kanada ^{2),3)}	8,2	4,2	12,3	12,7	3,3	1,7	4,9	6,2
Tschechische Rep.	6,5	2,0	9,7	8,7	2,8	0,9	4,3	4,8
Dänemark ³⁾	9,3	4,5	15,5	12,2	4,9	2,4	8,3	7,3
Finland	7,8	4,0	12,5	11,0	4,0	2,0	6,3	6,8
Frankreich	7,1	2,2	10,6	11,5	3,8	1,2	5,7	6,3
Deutschland	6,2	2,4	9,7	8,5	2,9	1,1	4,5	4,6
Griechenland ³⁾	m	m	m	5,6	2,5	1,4	4,0	2,6
Ungarn ⁴⁾	6,9	2,1	10,9	12,9	3,4	1,0	5,5	5,2
Island ³⁾	12,3	3,4	18,0	m	5,2	1,5	7,6	m
Irland	10,7	3,3	14,0	12,2	3,7	1,1	4,8	5,0
Italien	6,7	1,6	9,3	9,0	3,2	0,8	4,4	4,7
Japan ³⁾	7,0	1,6	9,5	m	2,6	0,6	3,5	3,6
Korea	11,8	2,1	15,3	m	3,4	0,6	4,4	m
Luxemburg ^{3),4)}	9,1	m	m	m	3,8	m	m	m
Mexiko	16,2	4,1	23,4	22,2	3,8	1,0	5,5	4,6
Niederlande	7,7	3,0	11,5	8,9	3,5	1,4	5,2	5,0
Neuseeland	13,5	4,8	19,4	16,5	4,3	1,5	6,2	5,6
Norwegen	m	m	m	15,5	4,1	2,3	7,0	7,9
Polen ⁴⁾	8,6	2,8	12,6	11,9	3,7	1,2	5,5	5,2
Portugal ⁴⁾	8,2	2,1	11,4	11,7	3,9	1,0	5,4	5,1
Slowakische Rep. ³⁾	12,9	4,1	19,5	14,1	2,6	0,8	3,9	4,6
Spanien	7,2	2,5	11,1	10,3	2,8	0,9	4,2	4,6
Schweden	8,2	3,5	12,6	10,7	4,5	1,9	7,0	7,1
Schweiz ⁴⁾	8,7	3,3	12,7	13,5	3,9	1,5	5,7	5,7
Türkei ⁴⁾	m	m	m	m	m	m	m	m
Ver. Königreich	8,6	2,7	11,9	11,4	3,9	1,2	5,4	5,1
Vereinigte Staaten	9,4	3,5	13,7	m	3,5	1,3	5,1	m
OECD-Durchschnitt	9,0	3,0	13,2	11,9	3,6	1,3	5,4	5,3
EU19-Durchschnitt	8,2	2,8	12,1	10,7	3,6	1,3	5,3	5,3
Partnerländer								
Brasilien ⁴⁾	10,6	2,8	14,5	11,2	3,3	0,9	4,5	3,9
Chile ⁵⁾	11,9	2,4	16,0	14,5	2,4	0,5	3,2	3,0
Estland	10,9	2,8	14,9	13,9	3,6	0,9	4,9	5,8
Israel	9,0	2,2	13,5	13,5	4,2	1,0	6,3	7,0
Russ. Föderation ⁴⁾	5,9	2,5	11,9	m	1,9	0,8	3,8	m
Slowenien	8,8	2,8	12,7	m	4,1	1,3	5,8	m

1) Die in dieser Tabelle angegebenen öffentlichen Ausgaben beinhalten öffentliche Subventionen an private Haushalte für den Lebensunterhalt, die nicht für Bildungseinrichtungen ausgegeben werden.

2) Referenzjahr 2004.

3) Einige Bildungsbereiche sind in anderen Bildungsbereichen enthalten.

4) Nur öffentliche Bildungseinrichtungen.

5) Referenzjahr 2006.

Quelle: Bildung auf einen Blick 2008 – OECD-Indikatoren, Tab. B4.1.

Tabelle 5.3.2-1 Öffentliche Ausgaben für Bildung in Relation zum BIP 2005 in %

Land	Primar-, Sekundar- und postsekundärer, nicht tertiärer Bereich	Tertiärbereich	Primar- bis Tertiärbereich
	ISCED 1 - 4	ISCED 5	ISCED 1 - 5
Baden-Württemberg	2,7	1,1	3,9
Bayern	2,4	0,8	3,3
Berlin	3,5	2,2	5,6
Brandenburg	4,1	1,0	5,2
Bremen	2,2	1,5	3,8
Hamburg	1,8	1,1	2,9
Hessen	2,2	0,9	3,0
Mecklenburg-Vorpommern	4,3	1,6	5,9
Niedersachsen	3,4	1,1	4,5
Nordrhein-Westfalen	3,0	1,2	4,2
Rheinland-Pfalz	3,2	1,0	4,2
Saarland	2,6	1,1	3,8
Sachsen	3,8	1,8	5,6
Sachsen-Anhalt	4,3	1,4	5,7
Schleswig-Holstein	3,3	0,9	4,2
Thüringen	4,4	1,5	5,9
Deutschland	2,9	1,1	4,1
OECD-Durchschnitt	3,6	1,3	m

Quelle: Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich 2008, Tab. B4.1.

Tabelle A 6-1 Versorgungsausgaben der öffentlichen Haushalte für pensionierte Beamte und unterstellte Sozialbeiträge für aktive Beamte 2005 in 1 000 Euro

	Versorgungsausgaben einschl. Beihilfen der öffentlichen Haushalte für pensionierte Beamte			Unterstellte Sozialbeiträge ¹⁾ für aktive Beamte						
	Funktion 118	Funktion 138	zusammen	Versorgungszuschlag 11,12	Versorgungszuschlag (Hochschulfinanzstatistik)	Versorgungszuschlag 14	Versorgungszuschlag 15	Elementarbereich (Fkt. 261, 271, 264, 274)	Sonstiges	Insgesamt
Baden-Württemberg	1 674 678	307 043	1 981 721	1 106 365	141 576	64	12 642	209	44 419	1 305 276
Bayern	1 771 283	61 766	1 833 049	1 088 177	152 840	0	2 671	359	40 243	1 284 290
Berlin	296 064	102 678	398 742	310 434	55 935	0	3 126	0	12 645	382 140
Brandenburg	5 117	2 529	7 646	148 770	14 425	0	1 539	5	7 888	172 627
Bremen	114 249	27 988	142 237	61 533	19 317	0	3 042	0	6 624	90 516
Hamburg	337 659	77 339	414 998	171 587	38 064	0	5 017	148	9 640	224 457
Hessen	907 196	124 896	1 032 092	546 053	87 889	32	25 322	517	22 334	682 147
Mecklenburg-Vorpommern	1 038	1 053	2 091	813	14 896	0	324	11	3 711	19 753
Niedersachsen	992 235	110 434	1 102 669	749 856	85 665	58	17 672	416	29 859	883 524
Nordrhein-Westfalen	2 730 469	141 944	2 872 413	1 584 282	212 209	322	72 590	1 795	48 133	1 919 331
Rheinland-Pfalz	607 737	42 752	650 489	369 300	42 812	42	15 592	94	16 174	444 013
Saarland	154 012	18 570	172 582	91 182	12 843	0	2 614	62	6 474	113 174
Sachsen	2 744	4 947	7 691	17 973	33 169	35	136	8	8 964	60 285
Sachsen-Anhalt ²⁾	3 373	2 575	5 948	39 331	21 868	0	140	13	7 012	68 364
Schleswig-Holstein	399 168	43 502	442 670	270 377	27 406	1	2 532	67	10 682	311 065
Thüringen	1 802	0	1 802	111 433	21 693	3	2 102	4	6 213	141 448
Flächenländer West	9 236 778	850 907	10 087 685	5 805 591	763 240	520	151 634	3 518	218 318	6 942 821
Flächenländer Ost	14 074	11 104	25 178	318 319	106 050	39	4 240	41	33 788	462 477
Stadtstaaten	747 972	208 005	955 977	543 554	113 316	0	11 186	148	28 909	697 113
Länderzusammen	9 998 824	1 070 016	11 068 840	6 667 464	982 606	558	167 060	3 708	281 015	8 102 410
Bund	---	---	---	---	10 355	0	289	0	13 123	23 767
Deutschland insgesamt	9 998 824	1 070 016	11 068 840	6 667 464	992 961	558	167 349	3 708	294 138	8 126 178

1) Der Zuschlagssatz berücksichtigt Versorgungszahlungen und Beihilfen im Versorgungsfall.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Jahresrechnungsstatistik 2005, Hochschulfinanzstatistik 2005, eigene Berechnungen.

Tabelle A 6-2 Beihilfeausgaben der öffentlichen Haushalte für aktive Beamte 2005 in 1 000 Euro

	Beihilfe 11,12	Beihilfe (Hochschul- finanzstatistik)	Beihilfe 14	Beihilfe 15	Elementarbereich (Fkt. 261, 271, 264, 274)	Insgesamt
Baden-Württemberg	232 802	17 752	54	573	2 087	253 268
Bayern	256 683	25 012	87	1 140	2 176	285 097
Berlin	55 069	3 101	0	874	2 739	61 783
Brandenburg	20 852	401	0	39	60	21 351
Bremen	8 937	639	0	813	51	10 440
Hamburg	26 908	3 358	0	1 632	36	31 933
Hessen	100 442	9 854	23	10 197	1 025	121 541
Mecklenburg-Vorpommern	1 447	804	0	51	35	2 338
Niedersachsen	137 534	7 128	27	8 645	976	154 310
Nordrhein-Westfalen	344 336	23 215	156	3 139	4 716	375 562
Rheinland-Pfalz	77 880	6 085	43	5 564	968	90 539
Saarland	16 028	54	10	1 261	129	17 482
Sachsen	4 230	1 471	5	22	29	5 758
Sachsen-Anhalt ²⁾	5 876	1 167	0	25	70	7 138
Schleswig-Holstein	45 732	2 273	1	542	287	48 835
Thüringen	16 728	1 377	6	535	80	18 727
Flächenländer West	1 211 438	91 372	399	31 060	12 365	1 346 634
Flächenländer Ost	49 134	5 220	11	672	275	55 312
Stadtstaaten	90 913	7 098	0	3 319	2 826	104 156
Länderzusammen	1 351 485	103 691	411	35 051	15 466	1 506 102
Bund	0	781	0	164	0	945
Deutschland insgesamt	1 351 485	104 472	411	35 214	15 466	1 507 047

Quellen: Statistisches Bundesamt, Jahresrechnungsstatistik 2005, Hochschulfinanzstatistik 2005, eigene Berechnungen.

Tabelle A 7-1 Bildungsausgaben nach unterschiedlichen Ausgabenkonzepten in 1 000 Euro

Ausgabenkonzept Körperschaftsgruppe	1995	2000	2004	2005	2006 vorl. Ist	2007 vorl. Ist	2007 Soll	2008 Soll
Unmittelbare Ausgaben	88 735 781	85 498 640	91 162 328	92 049 744	92 269 328	92 846 920	92 780 472	95 761 316
-Bund	1 286 949	1 769 738	1 801 774	1 847 600	1 931 786	2 270 307	2 334 200	2 681 408
-Länder	64 140 150	59 853 276	63 783 808	64 084 903	64 821 566	64 422 661	64 292 320	65 879 798
-Gemeinden und Zweckv.	23 308 681	23 875 626	25 576 746	26 117 241	25 515 977	26 153 952	26 153 952	27 200 110
Nettoausgaben	88 068 120	84 257 944	90 309 248	91 385 812	92 235 427	95 469 159	95 881 885	96 678 945
-Bund	3 573 206	3 366 059	4 134 022	4 547 724	4 853 102	7 368 373	7 577 275	5 401 420
-Länder	65 915 925	61 899 462	65 770 418	66 152 229	67 172 690	67 385 851	67 589 674	69 733 992
-Gemeinden und Zweckv.	18 578 989	18 992 423	20 404 808	20 685 859	20 209 635	20 714 936	20 714 936	21 543 533
Grundmittel	75 943 595	79 263 636	86 187 243	86 716 166	88 055 940	91 158 450	91 886 447	92 634 754
-Bund	3 281 208	2 979 012	4 281 520	4 290 337	4 640 383	7 184 806	7 358 787	5 208 978
-Länder	56 424 705	59 616 678	64 068 407	64 392 888	65 838 072	65 942 047	66 496 062	68 672 914
-Gemeinden und Zweckv.	16 237 682	16 667 946	17 837 316	18 032 941	17 577 485	18 031 598	18 031 598	18 752 862

Quellen: Statistisches Bundesamt, Jahresrechnungsstatistiken, Haushaltsansatzstatistiken, eigene Berechnungen.

